

21. Sitzung

am Dienstag, dem 21. Januar 2025

Inhalt

Fragestunde

Anfrage 1: Räumung von Straßen, Rad- und Gehwegen

Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

vom 4. Dezember 2024..... 2446

Anfrage 2: Warten statt fahren – wie lange steht Bremens

Zulassungsstelle noch auf der Bremse?

Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

vom 4. Dezember 2024..... 2450

Anfrage 3: Wann endlich kommt die Umgestaltung der Vegesacker Straße?

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Bithja Menzel, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vom 4. Dezember 2024.....2455

Anfrage 4: Fit für den Ganzttag: Ganztagsausbau in der Grundschule an der Melanchthonstraße als bundesweites Vorbild sicherstellen!

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vom 4. Dezember 2024..... 2460

Anfrage 5: Attraktivität und Versorgung der Airport-Stadt Bremen durch Ansiedlung eines Vollsortiment-Supermarktes am Flughafen stärken

Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der FDP

vom 4. Dezember 2024.....2463

Anfrage 6: Wie geht es weiter mit dem Bau von Quartiersgaragen in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP

vom 4. Dezember 2024.....2469

Anfrage 7: Was führte zur schleppenden Entwicklung der Gewerbeflächen an der Hanna-Kunath-Straße?

Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP

vom 4. Dezember 2024.....2473

Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang.

Aktuelle Stunde..... 2476

Für ein Bremen mit Wohlfühlfaktor: Gastronomie, Einzelhandel und Clubs stärken – Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt und den Stadtteilzentren verbessern

Antrag der Fraktion der CDU

(Neufassung der Drucksache 21/62 S vom 7. November 2023)

vom 21. Januar 2025

(Drucksache 21/455 S)

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU)2476

Abgeordneter Sven Schellenberg (Bündnis Deutschland).....2479

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD).....2482

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)2485

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (Die Linke)..... 2488

Abgeordneter Dr. Emanuel Herold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) 2491

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU)2493

Abgeordneter Thore Schäck (FDP)2495

Senatorin Kristina Vogt2496

Abstimmung.....2499

Pilotprojekt für Gröpelingen: Einführung eines giftfreien

Rattenmanagements nach dem Vorbild des „Erfurter Modells“

Antrag der Fraktion der CDU

vom 10. September 2024

(Drucksache 21/373 S)

**Ratten effektiver bekämpfen: Einführung eines neuen Meldesystems
sowie eines verbesserten Abfallmanagements für Bremen**

Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN

vom 4. Dezember 2024

(Drucksache 21/437 S)

Abgeordneter Senihad Šator (SPD).....	2500
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	2502
Abgeordneter Cord Degenhard (Bündnis Deutschland)	2505
Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	2507
Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE)	2513
Abgeordneter Dr. Marcel Schröder (FDP)	2516
Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU).....	2519
Senatorin Claudia Bernhard	2520
Abgeordneter Frank Imhoff (CDU).....	2522
Abstimmung.....	2523

Erkranktes Kita-Personal – Personalplanung auf Kante genäh?

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 2. September 2024

(Drucksache 21/364 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2024

(Drucksache 21/396 S)

Abgeordneter Fynn Voigt (FDP).....	2524
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU).....	2527
Abgeordnete Dr. Franziska Tell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	2531
Abgeordneter Andre Folkert Minne (Bündnis Deutschland)	2533
Abgeordnete Heike Kretschmann (SPD).....	2536
Abgeordnete Miriam Strunge (Die Linke).....	2538
Staatsrätin Katharina von Fintel.....	2542
Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU).....	2545

**Ortsgesetz zur Änderung der Jahrmarktgebührenordnung
Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2024
(Drucksache 21/441 S)**

Abgeordneter Sven Schellenberg (Bündnis Deutschland).....	2546
Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU)	2550
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD).....	2553
Abgeordneter Dr. Emanuel Herold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2557
Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (Die Linke).....	2559
Abgeordneter Thore Schäck (FDP)	2563
Abgeordneter Volker Stahmann (SPD).....	2566
Staatsrätin Maike Frese	2567
Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU)	2570
Abstimmung.....	2571

**Segregation entgegenwirken: Soziale Vielfalt in allen Stadtteilen!
Antrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN**

vom 21. Januar 2025

(Drucksache 21/457 S)

Abgeordnete Sofia Leonidakis (Die Linke)	2572
Abgeordneter Andre Folkert Minne (Bündnis Deutschland).....	2575
Abgeordnete Bithja Menzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	2577
Abgeordneter Dr. Oğuzhan Yazıcı (CDU).....	2581
Abgeordneter Fynn Voigt (FDP).....	2583
Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD).....	2586
Senatorin Özlem Ünsal.....	2589
Abstimmung.....	2593

**Anpassung des Sondernutzungskonzeptes für die Erteilung von
Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches
Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick auf
Fahrzeuge im Sinne der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV)
Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2024
(Drucksache 21/400 S)**

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU)	2594
Abgeordneter Dr. Marcel Schröder (FDP).....	2597

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN).....	2599
Abgeordneter Cord Degenhard (Bündnis Deutschland)	2601
Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD)	2603
Abgeordneter Tim Sültenfuß (Die Linke).....	2605
Staatsrat Olaf Bull	2607
Abstimmung.....	2608

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 21. Januar 2025	2609
--	------

Anfrage 8: Barrierefreie gynäkologische Versorgung verbessern

Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Katharina Kähler, Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Dezember 2024.....	2609
--	------

Anfrage 9: Bedarfsgerechte Bereitstellung von Behindertenparkplätzen

Anfrage der Abgeordneten Katharina Kähler, Anja Schiemann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Dezember 2024.....	2611
--	------

Anfrage 10: Was bedeutet ein mögliches Aus der Mietpreisbremse für Mieter:innen in Bremen

Anfrage der Abgeordneten Falk-Constantin Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Dezember 2024.....	2612
--	------

Anfrage 11: Beteiligung von Unternehmen an den Kosten für den Ausbau des ÖPNV?

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion Die Linke vom 4. Dezember 2024.....	2614
--	------

Anfrage 12: Jahresbilanz: Wie wirkt der Mietspiegel?

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke vom 4. Dezember 2024.....	2615
---	------

Anfrage 13: Wann und wie plant der Senat Bovenschulte, die finanzielle Unterstützung der Beiräte zu erhöhen?

Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 6. Dezember 2024.....	2617
---	------

Anfrage 14: Übernahme des Mitgliedsbeitrags beim Mieterverein für Leistungsbeziehende

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke

vom 13. Januar 2025 2618

Anfrage 15: Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Bremen: Qualitätssicherung und Eignungsprüfung von Pflegepersonen

Anfrage der Abgeordneten Hetav Tek, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

vom 14. Januar 20252619

Anfrage 16: Kommunale Sprachkurse – ein Erfolgsmodell?

Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

vom 14. Januar 20252621

Anfrage 17: Zukunft der Drogenkontrollen bei Eltern und Kindern in Bremen nach Schließung des Labors am Klinikum Mitte

Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Rainer Bensch, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

vom 14. Januar 20252623

Sammelübersicht der Vorlagen ohne Aussprache2625

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten: Derik Eicke, Muhlis Kocaağa, Anja Schiemann, Maja Tegeler, Kai-Lena Wargalla, Medine Yildiz.

Präsidentin Antje Grotheer eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr.

Präsidentin Antje Grotheer: Die 21. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer:innen und die Vertreter:innen der Medien.

Zur Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wurde vereinbart, dass im Anschluss an Tagesordnungspunkt 2 der Tagesordnungspunkt 4 und danach die miteinander verbundenen Tagesordnungspunkte 24 und 25 behandelt werden. Anschließend sollen die Tagesordnungspunkte 26, 34, 39 und 29 aufgerufen werden.

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, die Sie der digital versandten Tagesordnung mit Stand von heute, 13 Uhr, entnehmen können.

Dieser Tagesordnung können Sie auch den Eingang gemäß § 37 der Geschäftsordnung entnehmen, bei dem interfraktionell vereinbart wurde, ihn nachträglich auf die Tagesordnung zu setzen. Es handelt sich dabei um den Tagesordnungspunkt 39.

Wird das Wort zu den interfraktionellen Absprachen gewünscht? – Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren, weiterhin haben Sie für diese Sitzung die Sammelübersicht der Vorlagen ohne Aussprache übermittelt bekommen. Auf dieser Liste stehen die Tagesordnungspunkte 21, 36 und 38.

Um diese Punkte im vereinfachten Verfahren zu behandeln, bedarf es eines einstimmigen Beschlusses der Stadtbürgerschaft.

Ich lasse deshalb jetzt über die Sammelübersicht abstimmen.

Wer der Sammelübersicht seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

Ich bitte um die Gegenprobe.

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Liste der Vorlagen ohne Aussprache zu.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen 17 frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor.

Anfrage 1: Räumung von Straßen, Rad- und Gehwegen Anfrage der Abgeordneten Michael Jonitz, Frank Imhoff und Fraktion der CDU vom 4. Dezember 2024

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Nach welchem System werden die Straßen, Rad- und Fußwege in Bremen bei der Räumung von Laub, Schnee und Eis priorisiert, und wer ist für die Priorisierung verantwortlich und führt diese durch?
2. Wie hoch sind die Kosten für die Räumung von Straßen, Rad- und Fußwegen in Bremen, um eine flächendeckende Verkehrssicherheit zu gewährleisten, insbesondere für die Erreichbarkeit von Schulen, Kindergärten und weiteren zentralen Einrichtungen?

3. Wie hoch sind die im Haushalt für die Räumung von Straßen, Rad- und Fußwegen von Laub, Eis und Schnee bereitgestellten finanziellen Mittel in Bremen?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Kathrin Moosdorf.

Senatorin Kathrin Moosdorf: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Gemäß dem Ortsgesetz zur Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für die Abfallbeseitigung und Straßenreinigung obliegt der Die Bremer Stadtreinigung, DBS, die Zuständigkeit für die Beseitigung von Laub, Schnee und Eis auf öffentlichen Straßen und Radwegen. Gehwege beziehungsweise dem Fußgängerverkehr dienende Straßenteile fallen nur dann in die Zuständigkeit der DBS, sofern kein Anlieger zuständig ist. Grundsätzlich sind die Anlieger für eine ordnungsgemäße Reinigung zuständig.

Die Priorisierung im Fall der Laubentfernung geht aus den Reinigungsvorgaben, dem Pflichtenheft, für das dienstleistende Unternehmen hervor. Die Priorisierung der Reinigungsvorgänge erfolgt grundsätzlich durch DBS und wird bedarfsgerecht durch beispielsweise den Austausch mit Ortsämtern und dem Dienstleistungsunternehmen angepasst.

Im Winterstreudienstkatalog, welcher jährlich durch DBS angepasst und behördlich sowie mit den Ortsämtern abgestimmt wird, sind alle relevanten Hauptverkehrs- und Sammelstraßen, insbesondere mit Busverkehr, gelistet. Diese Straßen werden in erster Dringlichkeit bearbeitet.

In den Grünanlagen gilt das Landesstraßengesetz nicht. Hier erfolgt der Winterdienst durch den Umweltbetrieb Bremen auf den Wegen, die als Verbindungswege für öffentliche Einrichtungen bestimmt wurden, und wird nach den gleichen Regelungen wie bei den Anliegerpflichten durchgeführt. Das Entfernen von Laub in den öffentlichen Grünanlagen erfolgt nach Bedarf witterungsabhängig und wird im Rahmen der jahreszeitlichen Grünpflegearbeiten durchgeführt.

Zu Frage 2: Die Kosten zur Räumung von Straßen und Radwegen sind abhängig von der Witterung. Im Jahr 2023 beliefen sich die Kosten der

DBS für den Winterdienst auf circa 5,7 Millionen Euro. Die Kosten für das Entfernen von Laub werden nicht separat erfasst, sondern sind in den Kosten für die Straßenreinigung enthalten.

Da Schulen, Kitas oder zentrale Einrichtungen überwiegend über Gehwege zu erreichen sind, die der Reinigung der Anliegerpflicht unterliegen, können die Kosten hierfür nicht eindeutig benannt werden.

Der Umweltbetrieb ist gemäß dem Jahresauftrag beauftragt, die Reinigung der öffentlichen Grünanlagen und Friedhofsflächen auszuführen. Für die Leistungen des Winterdienstes wurden im Jahr 2023 circa 312 000 Euro für die Anliegerpflichten der Grünanlagen und circa 70 000 Euro für die Anliegerpflichten der kommunalen Friedhöfe ausgegeben. Für 2024 liegen noch keine abschließenden Zahlen vor.

Zu Frage 3: Für das Jahr 2024 wurden einschließlich der Fixkosten für mögliche erforderliche Winterdiensteinsätze im Bremer Stadtgebiet südlich der Lesum circa 4,6 Millionen Euro und circa 0,9 Millionen Euro für Bremen-Nord eingeplant. Für die Reinigung von Laub sind keine extra definierten Haushaltsmittel geplant. Die Laubentfernung ist ein Teil der originären Straßenreinigungsleistung. Somit ist ein Haushaltsplanansatz für die Laubentfernung nicht definierbar. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Jetzt habe ich eben mitgeschrieben, und Sie haben gesagt, für 2023 sind 5,7 Millionen Euro für die Entfernung von Schnee und Eis durch die Bremer Stadtreinigung veranschlagt worden. Im Jahr 2024 wurden 5,5 Millionen Euro eingestellt. Das ist für mich ein Defizit von 200 000 Euro. Wie wird das denn ausgeglichen bei der Bremer Stadtreinigung?

Senatorin Kathrin Moosdorf: Wir haben ja hier in der Antwort für die Vergangenheit für das Jahr 2023 noch einmal die Kosten von 5,7 Millionen Euro für den Winterdienst definiert, und die abschließenden Zahlen für 2024 liegen uns ja noch nicht vor. Das hängt natürlich immer davon ab, wie die Witterung ist, wie die Laubverhältnisse sind. Ich kann Ihnen hier jetzt auf jeden Fall nur den Planansatz sagen und noch nicht, wie sich das im Endeffekt ganz genau ausgestaltet hat. Die abschließenden Zahlen haben wir zu der Zeit jetzt noch nicht.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Wann liegen denn die Zahlen vor?

Senatorin Kathrin Moosdorf: Das kann ich Ihnen jetzt aktuell noch nicht sagen, das müssen wir noch einmal nachfragen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Sie hatten bei der Antwort zu Frage 1 gesagt, dass die Räumungen et cetera bedarfsgerecht stattfinden und dass diese Priorisierung durch die Stadtreinigung mit den Ortsämtern et cetera durchgeführt wird. Gibt es da vonseiten der Behörde eine Kontrolle des Ganzen, und wann wurde das Ganze zum letzten Mal angepasst?

Senatorin Kathrin Moosdorf: Die Dinge, bei denen die DBS direkt diese Priorisierung vornimmt, das ist ein kontinuierlicher Prozess, also da gibt es einen stetigen Austausch auch mit den Unternehmen, die diese Reinigungen durchführen. Das heißt, das wird stetig angepasst. Grundsätzlich gibt es aber natürlich einmal im Jahr auch die große Planung, wo die Ortsämter dann auch direkt mit beteiligt werden.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Jetzt konnten wir aber ja nachlesen, dass es im Herbst Schwierigkeiten gab, gerade bei der Laubentfernung. Wenn es jetzt einen stetigen kontinuierlichen Verbesserungsprozess gibt, warum gab es dann im Herbst diese großen Probleme?

Senatorin Kathrin Moosdorf: Natürlich gibt es witterungsbedingt unterschiedliche Zeiten, wo dann auch sehr viel Laub anfällt und herunterkommt, und da gibt es dann auch diese hohe Priorisierung, zu schauen: Welche Straßenzüge werden zuerst gereinigt? Es gibt Straßenzüge, die sehr häufig gereinigt werden, bis hin zu welchen, die nur einmal in der Woche gereinigt werden, und die DBS ist da schon sehr kontinuierlich dabei, bei dem Versuch, dem Laub an der Stelle Herr zu werden. Es sind aber richtig viele Tonnen Laub, die da herunterkommen,

insofern kann es schon einmal zu Verzögerungen führen. In der Regel werden die dann aber auch zeitnah beseitigt.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Jetzt kommt der Herbst aber ja nicht überraschend, also eine kontinuierliche Laubbeseitigung kann ja nicht stattfinden, das wäre ja im Frühling und im Sommer etwas überschaubar. Warum gab es dennoch diese Probleme, wenn man doch weiß, dass es jedes Jahr im Herbst diese Herausforderungen gibt?

Senatorin Kathrin Moosdorf: Die DBS hat natürlich im Herbst immer, sowohl, was die Fahrzeuge als auch, was das Personal angeht, eine Planung, dass das Laub entsprechend entfernt wird und auch die anderen Straßenreinigungen durchgeführt werden. Oft kommt es alles zeitgleich herunter, sodass auch da priorisiert werden muss und bestimmte Straßenzüge dann zuerst gereinigt werden, und peu à peu wird das andere auch abgearbeitet. Ich würde da jetzt nicht von sehr großen Problemen sprechen, sondern eher sagen, wir haben eine kontinuierliche Reinigung an der Stelle, und in manchen Straßenzügen geht es schneller als in anderen. Wenn da aber auch Straßenzüge bekannt sind, wo das Laub vielleicht sehr lange liegt, dann kann ich auch nur dazu motivieren, auch noch einmal Kontakt zur DBS direkt aufzunehmen und das zu melden, aber selbstverständlich gibt es da einen kontinuierlichen Prozess, wo immer auch immer wieder geschaut wird: Wo fahren die Fahrzeuge als Nächstes hin? Wo wird gereinigt?

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 2: Warten statt fahren – wie lange steht Bremens Zulassungsstelle noch auf der Bremse?

**Anfrage der Abgeordneten Marco Lübke, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 4. Dezember 2024**

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Wir fragen den Senat:

1. Wie lang sind die aktuellen durchschnittlichen Wartezeiten auf einen Termin in der Kfz-Zulassungsstelle Bremen und Bremen-Nord?
2. Wie hat sich die Wartezeit im Jahr 2024 entwickelt, und was hat der Bremer Senat dafür getan?
3. Wie erklärt der Bremer Senat die Reduzierung des Personals von 35,23 Stellen im Jahr 2023 auf 8,93 Stellen im Jahr 2024, und wie hat sich diese Reduzierung des Personals auf die Wartezeiten ausgewirkt?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Bei der Einführung der Onlinezulassung i-Kfz sind technische Probleme aufgetreten, sodass es zwischenzeitlich zu einem Terminvorlauf von bis zu 25 Tagen gekommen ist. Die Probleme konnten nach intensiven Abstimmungen mit Dataport und den weiteren Beteiligten gelöst werden, sodass das Verfahren i-Kfz in der Nacht zum 21. Januar produktiv gesetzt werden konnte.

Mit einer offensiven Bewerbung des ausgelagerten Verfahrens ist mit einer deutlichen Entlastung der Sachbearbeitung zugunsten eines kürzeren Terminvorlaufs zu rechnen. Zudem wurde die Nachbesetzung von Stellen in dem Bereich weiter beschleunigt. Schlussendlich werden Unterstützerkräfte zur Stabilisierung des Betriebs eingesetzt.

Das für Kfz-Zulassungen eingesetzte Personal wurde keinesfalls reduziert. Die Kfz-Zulassung wurde lediglich im Sinne einer Einheitssachbearbeitung in das BürgerServiceCenter Stresemannstraße integriert, sodass das Personal nicht mehr separat für die Kfz-Zulassung ausgewiesen wird. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Können Sie noch einmal etwas dazu sagen, wie sich die Wartezeit im letzten Jahr entwickelt hat, also von Januar bis Dezember? Ist sie gestiegen und wenn ja, wie hoch?

Staatsrat Olaf Bull: Diese Entwicklung konnten wir nicht darstellen, weil sie nicht erfasst wurde, aber sie ist am Ende des Jahres bei 18 bis 25 Tagen gewesen, und das war uns deutlich zu lang. Deswegen sind wir sehr froh, dass wir jetzt das Onlineverfahren endlich haben.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Habe ich das richtig verstanden: In der Nacht zum 21. Januar dieses Jahres, also gestern quasi?

Staatsrat Olaf Bull: Das war die gestrige Nacht. In der Nacht wurde es produktiv gesetzt, und die Leiterin des Bürgeramtes hat mir eben versichert: Es läuft, es hat noch keine Störung gegeben, die ersten Kfz werden angemeldet.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Herr Staatsrat, wo sehen Sie denn noch weiter Potenzial für Digitalisierung/Automatisierung der Prozesse?

Staatsrat Olaf Bull: Der digitale Führerscheinantrag wird das nächste große Projekt aus diesem Feld sein.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Ja, die drängt sich auf: Wann rechnen wir damit? Wann rechnen Sie damit?

Staatsrat Olaf Bull: Da möchte ich mich nicht hinreißen lassen, weil wir eben gerade bei i-Kfz gesehen haben, dass da sehr viele Beteiligte am Tisch sitzen und an den Tisch gezogen werden müssen, und das ist höchst komplex. Wir hatten diese Verzögerung auch, weil dann Systeme integriert werden müssen, ineinandergreifen müssen,

(Heiterkeit Bündnis Deutschland)

und dann geht es um Zertifikate, das ist ein höchst komplexer Prozess. Da würde ich jetzt keine Prognose abgeben wollen, da bin ich gebranntes Kind.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Mich interessiert noch einmal die Frage: Gibt es dort in der Dienststelle auch ein Beschwerdemanagement, und wenn ja, wie funktioniert das? Also jetzt nicht, dass der Bürger eine E-Mail schreibt und sagt, das dauert mir zu lange! Wie wird mit Beschwerden umgegangen?

Staatsrat Olaf Bull: Persönlich, per Mail, per Anruf – auf allen Kanälen werden Beschwerden bearbeitet.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Werden diese Beschwerden auch statistisch erfasst?

Staatsrat Olaf Bull: Ja! Wir haben eine zentrale Bürgerbeauftragte im Ressort. Die gibt in einem gewissen Turnus ihre Berichte „in welchen Bereichen gab es die meisten Beschwerden, welchen Grund hatten sie, wie erreichen uns die Beschwerden“ in die Bereiche, damit die Beschwerden dann auch von der Amtsleitung betrachtet werden können und die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Marco Lübke (CDU): Herr Staatsrat, würden Sie sicherstellen, dass Sie in der Mitte des Jahres Bericht in der Innendeputation erstatten, wie dieses neue Verfahren ab gestern Nacht funktioniert, und zu dem Thema auch ein statistisches Beschwerdemanagement darlegen?

Staatsrat Olaf Bull: Das sage ich gern zu.

Präsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Bettina Hornhues. – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Herr Staatsrat, wie gingen Sie denn zumindest in der Vergangenheit und vielleicht auch in Zukunft sicher, dass nicht mit diesen Terminen, die so rar gesät waren, gehandelt wurde,

spricht, dass immer wieder die gleichen Personen Termine geblockt haben und sie dann meistbietend auf irgendwelchen Kanälen verkauft haben?

Staatsrat Olaf Bull: Ich habe dieses Gerücht mehrfach gehört, aber immer auf Nachfrage nie irgendetwas vorgetragen bekommen, was man auch irgendwie nutzen könnte, um dem nachzugehen. Insofern kann ich nicht bestätigen, dass dieses Problem wirklich besteht.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Herr Staatsrat, hätte man das vielleicht überprüfen können, indem man sieht – also man muss ja den Namen angeben, wenn man einen Termin bucht –, wenn dann eine andere Person erscheint, um ein Auto anzumelden?

Staatsrat Olaf Bull: In diesem Moment müsste das auffallen. Der Abgleich ist vielleicht noch ein zusätzlicher Arbeitsschritt, das kann ich so nicht beurteilen, aber die Losung ist ja völlig klar: Wir brauchen mehr Termine und mehr Termine, und die können wir anbieten, wenn wir möglichst viel digitalisieren.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Bettina Hornhues (CDU): Funktioniert jetzt mit der Scharfschaltung des Programms auch wieder die Reservierung der Wunschkennzeichen? Die war ja auch mindestens seit Dezember offline.

Staatsrat Olaf Bull: Ja, die funktioniert wieder, und das war wirklich skurril, denn in der Zeit, in der das ausgefallen ist, musste ein Mitarbeiter das händisch machen, und das halte ich für unerträglich.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage?

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Nein, Frau Präsidentin, aber wir kommen wieder, wenn es wieder auftritt! – Danke!)

Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Simon Zeimke. – Bitte sehr!

Abgeordneter Simon Zeimke (CDU): Herr Staatsrat, wir erinnern uns daran, dass i-Kfz aufgrund nicht erfüllter Voraussetzungen des

Kraftfahrtbundesamtes im Jahr 2023 abgeschaltet wurde. Wie stellen Sie sicher, dass in Zukunft rechtzeitig auf Anforderungen des Kraftfahrtbundesamtes reagiert wird und diese umgesetzt werden, damit wir uns in einem Jahr nicht wieder hier treffen und das Thema diskutieren?

Staatsrat Olaf Bull: Sie sprechen darauf an, dass es uns nicht möglich war, Auditoren zu finden, die verhindert haben, dass das Kraftfahrtbundesamt uns abklemmt. Ich habe mich persönlich bemüht, Auditoren zu finden, und der Markt der Auditoren ist so dicht und knapp, dass wir es leider nicht geschafft haben und dann am Ende in der Folge abgeklemmt wurden. Das darf nie wieder passieren, und womöglich müssen uns noch früher darum kümmern, dass wir nicht in so eine Situation kommen. Da haben wir intern miteinander gerungen, und ich bin mir sicher, dass es nicht wieder passiert.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Simon Zeimke (CDU): Ab wann haben Sie sich denn darum gekümmert, Auditoren zu finden, also ab welchem Datum?

Staatsrat Olaf Bull: Sobald mir das Problem bewusst war! Das ist jetzt ein Jahr her. Ich habe mir, glaube ich, keine Kalendernotiz gemacht, aber sofort.

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 3: Wann endlich kommt die Umgestaltung der Vegesacker Straße?

Anfrage der Abgeordneten Ralph Saxe, Bithja Menzel, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. Dezember 2024

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir fragen den Senat:

1. Warum kam es bislang nicht zur Umgestaltung der Vegesacker Straße zur Fahrradstraße, was sich der Beirat Walle seit langer Zeit wünscht?

2. Worin bestehen die ungenutzten Potenziale der Vegesacker Straße aus Sicht des Senats?

3. Sind andere Konzepte zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Verkehrsberuhigung wie Sicherung der Kreuzungen, Querungshilfen, Fahrradzone et cetera geprüft worden?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Ralph Baumheier.

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Vegesacker Straße wurde 2006 und 2011 abschnittsweise im Rahmen des Integrierten Entwicklungskonzepts Walle mit Städtebaufördermitteln umgebaut. 2014 lag dem damaligen Senator für Umwelt, Bau und Verkehr ein Beschluss des Fachausschusses Verkehr zur Einrichtung einer Fahrradstraße in der Vegesacker Straße vor, für den es im Beirat seinerzeit aber keine Mehrheit gab. Im Jahr 2023 hat der Fachausschuss des Beirats Walle das Thema dann erneut aufgegriffen.

Konkret könnte die Einrichtung einer Fahrradstraße technisch bislang im Bestand nicht erfolgen, da in der Vegesacker Straße Senkrechtparkplätze vorhanden sind. Diese sind aber nach dem Stand der Technik bei einer Ausweisung als Fahrradstraße zu vermeiden. Insbesondere Parksuchverkehre und die vorhandenen Senkrechstellplätze sind aus Sicherheitsgründen bei der Einrichtung von Fahrradstraßen ein Problem, da diese die Leichtigkeit und Sicherheit des Radverkehrs behindern. Insofern müssten diese Stellplätze dann entfallen. Dies widerspricht aber dem deutlichen Parkdruck vor Ort. Daher wird seitens der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung aktuell keine Neuordnung des ruhenden Verkehrs in dieser Straße angestrebt. Die Einrichtung einer Fahrradstraße könnte zudem finanztechnisch nur im Bestand erfolgen, da der Umbau des Abschnitts Helgolander Straße bis Waller Ring durch Städtebaufördermittel finanziert wurde und hier eine Bindefrist von 25 Jahren bis zum Jahr 2036 vorliegt.

Zu Frage 2: Der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung liegen Beschlüsse des Fachausschusses Verkehr des Beirats Walle zur Einrichtung

einer Fahrradstraße, einer Querungshilfe und eines Modalfilters in der Vegesacker Straße vor. Diese Anträge werden derzeit weiter geprüft.

Die Vegesacker Straße liegt in einer Tempo-30-Zone. Sie wurde unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Städtebauförderung 2006 bis 2011 umgestaltet. Weitere ungenutzte Potenziale zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und Verkehrsberuhigung sind aus Sicht des Senats in der Vegesacker Straße nicht vorhanden.

Zu Frage 3: Im Rahmen eines Ortstermins im April 2024 wurden bestandsnahe Maßnahmen gemeinsam mit Beirat, Ordnungsamt und Mitarbeitenden der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung erörtert. Hieraus entstand der Prüfauftrag zur Errichtung eines Modalfilters an die Verwaltung. Sobald die Novellierung der allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Straßenverkehrsordnung in Kraft getreten ist, wird auf dieser Basis eine erneute Prüfung erfolgen.

Die Umsetzung einer Querungshilfe in der Vegesacker Straße ist im Querungshilfenprogramm vorgesehen. Hierfür hat die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung eine Verkehrszählung durchführen lassen, welche Grundlage für die Entscheidung zur Art der Querungshilfe ist. Anschließend erfolgt eine Planung durch das Amt für Straßen und Verkehr. Ein Umsetzungszeitraum kann derzeit noch nicht benannt werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben die Senkrechtparkstände erwähnt. Ich erkenne an, dass man da als Autofahrerin leichter hineinkommt. Wenn man rückwärts herausfährt, ist es dann für alle, die sich in der Straße befinden, nicht so sicher, deswegen werden solche Senkrechtparkstände in anderen Städten abgebaut. Wie gehen Sie weiter mit diesen Senkrechtparkständen um, und haben Sie Erfahrungen darüber, ob die gefährlicher sind als Längsparken?

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Ich hatte ja in der einen Antwort gerade schon gesagt, dass es unter dem Aspekt einer Fahrradstraße für diesen Zweck dann keine gute Verbindung ist, dass wir wegen der Senkrechstellplätze dafür dann durchaus eine Gefährdung des Fahrradverkehrs an der Stelle sehen, von daher ist da ein negativer

Zusammenhang. Wir haben aber eben auch die Situation – das war auch Teil meiner Antwort –, dass wir dort eine bestimmte Zahl von Parkplätzen vorhalten, die wir aus Gründen des Parkdrucks an der Stelle auch ungern reduzieren würden.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist immer die Abwägung zwischen Sicherheit und möglichst vielen Parkplätzen. Ich glaube, darüber muss man noch einmal genauer reden. In der Frage ist ja auch nachgefragt worden, was im Bereich der Sicherung der Kreuzungen und möglicherweise auch in Bezug auf eine Fahrradzone, die wir ja in Bremen lange nicht mehr eingerichtet haben, noch an weiteren Möglichkeiten besteht. Können Sie dazu noch Näheres ausführen?

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Die Kolleginnen und Kollegen haben die Möglichkeiten insgesamt geprüft und sind zu dem vorgetragenen Ergebnis gekommen, dass wir das Thema mit dem Modalfilter durchaus noch weiter im Blick haben, aber erst noch abwarten müssen, wie konkret die Regelungen in der neuen allgemeinen Umsetzungsverordnung zur Straßenverkehrsordnung sind. Da sehen wir durchaus die Chance, dass wir dann etwas flexibler damit umgehen können. Nach derzeitigem Rechtsstand ist das etwas schwieriger, von daher müssen wir da, glaube ich, noch ein bisschen warten. Die Aussage, dass sie im ersten Halbjahr oder vielleicht auch ein bisschen früher vorliegt, ist ja getroffen. Von daher, glaube ich, kann man da die Prüfung relativ bald neu aufnehmen.

Darüber hinaus sind aus unserer Sicht keine weiteren Möglichkeiten gegeben, und wir müssen, wie gesagt, das Thema der grundsätzlichen Umbausituationen berücksichtigen, dass diese Straße in wesentlichen Teilen durch Städtebauförderungsmittel für einen langen Zeitraum vorgeprägt ist. Von daher können wir uns nur weitgehend an dem Bestand orientieren.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wären Sie bereit, in der Deputation einmal etwas grundsätzlicher darzulegen, wie man

mit diesem Thema Senkrechtparken und der Sicherheit in der Zukunft in Bremen umgehen will?

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Über die konkrete Einzelstraße hinaus, so habe ich die Frage verstanden! Wir nehmen das mit und bereiten dafür etwas auf. Das kann ich gern zusagen.

Präsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Michael Jonitz. – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Nachdem der Kollege Saxe jetzt wunschlos glücklich ist, darf ich darauf hinweisen, dass es 33 Anträge aus Beiräten für den Haushalt 2024/2025 gab. Da darf ich fragen, mit welcher Priorität denn diesen Wünschen der einzelnen Beiräte jetzt nachgegangen wird, wo jetzt hier die Vegesacker Straße so einzeln herausgegriffen worden ist.

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Wir haben mit den verschiedenen Anträgen im Rahmen der letzten Haushaltsaufstellung ja leider überwiegend die Situation gehabt, dass wir dazu keine Möglichkeiten finanzieller Art gesehen haben. Von daher müssen wir auch im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten damit dann weiter umgehen. Hier haben wir die Situation, dass wir uns um kleinere Maßnahmen bemühen, die, was ich gerade schon sagte, im Rahmen der Bestandsorientierung, weil wir da grundsätzlich sowieso nicht hineingehen können aus der Vorprägung heraus, sicherlich auch aus dem aktuellen Finanzmangel heraus – -. Insofern, wenn es sich um kleinere Maßnahmen handelt, die wir hoffentlich dann auch darstellen können, wenn wir vergleichbare kleinere Maßnahmen an anderer Stelle haben, dann kann man da mit einer entsprechenden Maßstäblichkeit auch herangehen; aber es geht dann wirklich um die Dimension der jeweiligen Maßnahme.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Jetzt haben Sie die Antwort schon ein Stück weit vorweggenommen, denn ein Anliegen der Beiräte aus Borgfeld ist zum Beispiel, die Borgfelder Mitte umzubauen zum Shared Space, was ja seit Jahren auch von den Beiräten vor Ort vorangetrieben wird, auch parteiübergreifend. Da wäre jetzt meine Frage gewesen: Wann wird denn die Borgfelder Mitte umgebaut im Sinne der Beiräte vor Ort?

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Dazu kann ich jetzt im Konkreten nichts sagen außer dem, was ich gerade in allgemeiner Hinsicht gesagt habe. Ich würde einmal vermuten, dass der Umbau der Borgfelder Mitte in so einem Sinne von Shared Space eine etwas größere Maßnahme ist. Von daher, glaube ich, ist es nicht direkt vergleichbar mit einem möglichen Modalfilter an der anderen Stelle. Insofern befürchte ich, dass wir da erst einmal aus finanziellen Gründen so schnell nicht herangehen können, aber ich nehme das gern noch einmal mit und versuche, das aufzuklären.

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 4: Fit für den Ganzttag: Ganztagsausbau in der Grundschule an der Melanchthonstraße als bundesweites Vorbild sicherstellen!

Anfrage der Abgeordneten Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 4. Dezember 2024

Bitte, Frau Kollegin!

Abgeordnete Dr. Franziska Tell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir fragen den Senat:

1. Wie wird sichergestellt, dass die von der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft auf dem Weg zur Ganztagschule geförderte Schule an der Melanchthonstraße in Bremen nach der Übernahme des Projekts „Ganzttag und Raum“ durch die Senatorin für Kinder und Bildung wie geplant pünktlich im Jahr 2026 mit dem Ganzttag starten kann?
2. Wann wird der dafür benötigte Beschluss, die Grundschule an der Melanchthonstraße, die als eine von vier Pilotschulen bundesweit ausgewählt worden war, im Jahr 2026 zur gebundenen Ganztagschule zu machen, in der Deputation für Kinder und Bildung erfolgen?
3. Wie wird organisiert und sichergestellt, dass ab dem Ganztagsstart im Jahr 2026 in der Grundschule an der Melanchthonstraße das gebundene Ganztagsangebot von Beginn an für alle Jahrgänge der Schule starten kann?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Torsten Klieme.

Staatsrat Torsten Klieme: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Der Senat steht nach wie vor uneingeschränkt zur Absicht, die Schule an der Melanchthonstraße in eine gebundene Ganztagschule zu entwickeln. Grundlage dafür ist das von der Montag Stiftung gemeinsam mit der Schule erarbeitete Konzept. Eine entsprechende Bedarfsmeldung liegt Immobilien Bremen vor. Derzeit wird diese Bedarfsmeldung konkretisiert und weiter abgestimmt. Die hieraus resultierende Bedarfsplanung mit Benennung der erforderlichen Maßnahmen unter Angabe von Terminen und Kosten soll Mitte des zweiten Quartals 2025 vorliegen. Dieser Projektschritt ist finanziell abgesichert. Danach können die Zeitpläne für die Umsetzung des Vorhabens weiter konkretisiert werden. Das Ergebnis ist notwendige Voraussetzung für die Entscheidung über den Start des schrittweisen Übergangs der Schule in den gebundenen Ganztags.

Zu Frage 2: Eine Befassung der Deputation kann im zweiten Halbjahr 2025 erfolgen.

Zu Frage 3: Das reguläre Vorgehen bei einer Umwandlung von einer verlässlichen Grundschule in eine gebundene Ganztagsgrundschule ist der Start im gebundenen Ganztags mit dem neuen ersten Jahrgang. Aufsteigend kommt dann der jeweils nachfolgende Jahrgang hinzu. Bei der Schule an der Melanchthonstraße soll entsprechend verfahren werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Franziska Tell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja in der Antwort zu Frage 2 erläutert, dass es mit Immobilien Bremen jetzt noch einmal in die Klärung geht. Ein Aspekt des Projekts ist es ja, genau zu schauen, wie vorhandene Raumstrukturen genutzt werden, um möglichst wenig zusätzlichen Bau zu benötigen. Vielleicht können Sie noch einmal darlegen, was da jetzt noch konkret gemacht werden muss und welche Finanzbedarfe damit auch einhergehen und wie diese abgesichert sind?

Staatsrat Torsten Klieme: Genau das war ja Gegenstand des Projekts, gemeinsam mit der Montag Stiftung zu überlegen, ob man ein

Ganztagskonzept auch räumlich und baulich so entwickeln kann, dass man möglichst mit dem Bestand an Räumlichkeiten zurechtkommt und durch interne innerstrukturelle Veränderungen in der Schule ohne große Neubauten/ohne große Anbauten die Grundlage für die Umsetzung eines Ganztagskonzepts entwickeln kann. Das haben die Kolleginnen und Kollegen an der Melanchthonstraße auch gemeinsam gemacht. Entstanden ist ein Konzept, das trotzdem aber nicht ohne veränderte räumliche Anforderungen auskommt.

Wie gesagt, wir sind noch in einem sehr frühen Stadium. Immobilien Bremen hat noch keine Kostenschätzung vorgelegt. Die Kostenschätzungen, die aus dem Konzept der Schule gemeinsam mit der Montag Stiftung hervorgingen – und das sind keine Bau- und Finanzfachleute, aber sie sind durchaus auch erfahren mit solchen Projekten –, beliefen sich auf etwa 4,5 Millionen Euro. Das ist mit Blick auf unsere Finanzsituation schon deutlich weniger als ein Kleinstbetrag, den wir auch sehr sorgfältig planen müssen und schauen, wie wir den unterkriegen an der Stelle.

Meine Vermutung ist, das sage ich Ihnen ganz offen, dass die Bedarfsplanungen von Immobilien Bremen, die sich das jetzt genau ansehen werden, zu einem Ergebnis kommen werden, das oberhalb dieser ersten Schätzung liegen wird. Ich möchte aber trotzdem jetzt nicht anfangen zu spekulieren, sondern wirklich diesen ersten notwendigen Schritt der Kostenplanung abwarten, um dann gemeinsam bei der Frage weiterzuarbeiten, wie wir das in die Finanzplanung und damit auch in die Umsetzungsplanung hineinbekommen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordnete Dr. Franziska Tell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In der Antwort auf Frage 3 haben Sie ja dargestellt, dass die Schule aufwachsend ab dem ersten Jahrgang zur Ganztagschule werden soll. Ich hatte es so verstanden, dass in dem Projekt auch darüber diskutiert wurde, die Schule direkt komplett für alle Jahrgänge in den Ganztags umzuwandeln. Vielleicht können Sie noch einmal sagen, ob ich es richtig verstanden habe, dass es diskutiert wurde und sozusagen aus organisatorischen Gründen jetzt nicht gemacht wird oder wie das geplant ist.

Staatsrat Torsten Klieme: Der Übergang von einer verlässlichen Grundschule in eine Ganztagsgrundschule ist ein riesengroßer

schulorganisatorischer Schritt. Der betrifft alle Bereiche der Schule. Das sind sowohl inhaltliche, organisatorische und strukturelle Fragen, es betrifft die Lehrkräfte, die Eltern und die Schülerinnen und Schüler. Deswegen haben wir nicht nur in Bremen, sondern bundesweit die Erfahrung gemacht, dass ein schrittweises Aufwachsen in so eine neue Struktur der bessere Weg ist, um diese starken Organisationsentwicklungsanforderungen, die an eine Schule bestehen, tatsächlich möglichst konfliktfrei umsetzen zu können.

Ich nenne einmal ein Beispiel: Natürlich ist es so, dass gerade bei den älteren Schülerinnen und Schülern, so der dritten und vierten Jahrgänge, nicht alle Eltern von vornherein das große Bedürfnis und auch den Bedarf haben, ihre Kinder an fünf Tagen in der Woche bis um 16:00 Uhr in der Schule zu belassen, weil Kinder in diesem Alter schon im Sportverein sind, in Kulturvereinen sind, an der Musikschule sind. Deswegen glaube ich, dass es klug ist, dann nicht in ein laufendes Verfahren einzugreifen, wo Eltern ihr Kind unter anderen Voraussetzungen an dieser Schule angemeldet haben, sondern tatsächlich erst die Tatsachen zu schaffen und dann aufwachsend ab dem ersten Jahrgang in das neue Konzept hineinzuwachsen.

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

**Anfrage 5: Attraktivität und Versorgung der Airport-Stadt
Bremen durch Ansiedlung eines Vollsortiment-
Supermarktes am Flughafen stärken**

**Anfrage des Abgeordneten Thore Schäck und Fraktion der
FDP**

vom 4. Dezember 2024

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Welche Kenntnisse hat der Senat über den konkreten Bedarf an einem Vollsortiment-Supermarkt in der Airport-Stadt, insbesondere für Reisende, Anwohner und Arbeitnehmer, und welche wirtschaftlichen und infrastrukturellen Impulse könnte eine solche Ansiedlung für den Standort Bremen und die Airport-Stadt erzeugen?

2. Welche Anforderungen bestehen seitens potenzieller Betreiber hinsichtlich der erforderlichen Verkaufsfläche, und inwieweit ist eine Abweichung vom kommunalen Zentren- und Nahversorgungskonzept für eine Ansiedlung in der Airport-Stadt geprüft worden, und wie ist hier der aktuelle Planungsstand?

3. Welche Spielräume sieht der Senat für die Ermöglichung eines 24-Stunden-Betriebs, einschließlich Sonntags- und Feiertagsöffnung, im Rahmen von § 7 Bremisches Ladenschlussgesetz, und wie bewertet der Senat solche Ausnahmen im Hinblick auf die Verbesserung der Versorgungssituation und die Standortattraktivität für Unternehmen und Arbeitnehmer?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Staatsrätin Maike Frese.

Staatsrätin Maike Frese: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Dem Senat ist bekannt, dass die Interessengemeinschaft Airport-Stadt und Unternehmen aus dem Lebensmitteleinzelhandel gegenüber der Wirtschaftsförderung Bremen GmbH, WFB, den Bedarf beziehungsweise das Interesse an der Ansiedlung eines Vollsortiment-Supermarktes geäußert haben. Zudem wurde in der Fortschreibung des Bremer Zentren- und Nahversorgungskonzepts 2020 die stadtentwicklungspolitische Zielstellung aufgenommen, einen Lebensmittelmarkt in der Airport-Stadt-Mitte zu verwirklichen.

Bereits mit dem Gewerbeentwicklungsprogramm Bremen 2020 hat sich der Senat das Ziel gesetzt, seine hochwertigen Dienstleistungsstandorte wie die Airport-Stadt-Mitte als urbane Stadträume weiterzuentwickeln. Hierbei spielt die Integration weitergehender Nutzungsbausteine eine große Rolle. Im aktuellen Gewerbeentwicklungsprogramm wird dieser Zielsetzung mit Rahmen des Entwicklungsziels „Erfolgsprojekte nachhaltig fortschreiben“ weitergehend Rechnung getragen. Insofern wird die Etablierung einer Nahversorgung für Beschäftigte und Besucher:innen der in Airport-Stadt-Mitte eine hohe Bedeutung im Hinblick auf die weitere Attraktivierung und Qualifizierung des Dienstleistungsstandorts beigemessen.

Zu Frage 2: In der Fortschreibung des Bremer Zentren- und Nahversorgungskonzepts 2020 wurde die stadtentwicklungspolitische Zielsetzung aufgenommen, einen Lebensmittelmarkt in der Airport-Stadt-Mitte zu verwirklichen. Ziel ist es, die dort Beschäftigten, Studierenden und die Reisenden zu versorgen. Dieses Ziel ist bewusst gesetzt, um diesem besonderen Arbeitsort gerecht zu werden, und ergänzt das eigentliche Ziel einer wohnortnahen Versorgung.

Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung hat unter Berücksichtigung der Regularien des Zentren- und Nahversorgungskonzepts und der besonderen Rahmenbedingungen am Standort Airport-Stadt-Mitte bereits der Errichtung eines Lebensmittelmarktes mit einer Verkaufsfläche von 1 000 Quadratmetern zugestimmt. Für die Umsetzung eines entsprechenden Lebensmittelmarktes ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen notwendig. Aktuell wird hierfür die Ausschreibung eines Grundstücks in der Airport-Stadt-Mitte geprüft.

Zu Frage 3: Grundsätzlich dürfen nach dem Bremischen Ladenschlussgesetz im Land Bremen Geschäfte an 24 Stunden von montags bis samstags öffnen. § 7 Absatz 1 besagt, dass Verkaufsstellen auf dem Flughafen Bremen abweichend an Sonn- und Feiertagen geöffnet sein dürfen. Sofern sich die Einzelhandelsfläche also auf dem Flughafen selbst befindet, ist ein 24-Stunden-Betrieb einschließlich Sonn- und Feiertagsöffnung möglich, und zwar dann entsprechend § 7 Absatz 2 „für die Abgabe von Reisebedarf, von Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs sowie von Geschenkartikeln“.

Bereits jetzt gibt es im Flughafengebäude ein kleines Angebot an Reisebedarf für Reisende. Für im Gewerbegebiet Airport-Stadt Beschäftigte ist eine Versorgung an Sonn- und Feiertagen tendenziell nicht relevant, da es nur eine vergleichbar geringe Anzahl von Arbeitnehmenden gibt, die an diesen Tagen dort arbeiten. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Meine erste konkrete Nachfrage bezieht sich auf Ihre Antwort zu Frage 1: Sie sagten, dass Ihnen bekannt ist, dass seitens der Gewerbetreibenden und der Anrainer dort schon länger der Bedarf an einem großen Supermarkt, an einem Vollsortimenter

geäußert wurde. Wie lange ist Ihnen das denn schon bekannt, oder wann wurde das zum ersten Mal geäußert? Wissen Sie das?

Staatsrätin Maike Frese: Das Datum kann ich Ihnen nicht sagen, es ist aber ein Unterschied: Wir haben jetzt keine konkrete Anfrage eines Vollsortimenters, der sagt, da will ich hin.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Ich konkretisiere noch einmal: Mir geht es nicht um das Angebot eines Supermarktes, sondern um diejenigen, die ja danach fragen, dass sich dort so etwas ansiedelt. Würden Sie sagen, das ist jetzt schon seit einigen Jahren bekannt oder noch länger? Wie schätzen Sie das ein?

Staatsrätin Maike Frese: Das kann ich Ihnen wirklich nicht sagen, ob das seit einigen Jahren bekannt ist. Ich könnte Ihnen den Zeitraum für die Deputation nachliefern. Das mache ich gern.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): In Ihrer Antwort auf Frage 2 sprachen Sie von einer Verkaufsfläche von ungefähr 1 000 Quadratmetern, wenn ich es richtig verstanden habe. Was man so hört, ist das für viele aber zu klein, um dort überhaupt profitabel arbeiten zu können. Es gibt oft die Nennung von 1 500 oder 1 800 Quadratmetern Verkaufsfläche. Woran macht sich diese Größe der von Ihnen genannten 1 000 Quadratmeter Verkaufsfläche fest, und gibt es Möglichkeiten, das auch auszuweiten, damit es für Anbieter vielleicht interessanter wird, sich doch niederzulassen?

Staatsrätin Maike Frese: Wir unterscheiden eigentlich zwischen kleinen und großen Supermarktflächen. Klein ist unter 800, groß ist dann ab 800 Quadratmetern Verkaufsfläche, plus dann die Logistikfläche dazu, die ist nicht eingerechnet. 1 000 sind also dann schon drüber bei den 800, und natürlich gibt es nach oben hin auch, ich will nicht sagen, keine Grenzen, aber die Supermärkte haben sich in ihrer Konzeption sicherlich auch verändert in den letzten Jahren. Also auch die sogenannten Discounter wie Aldi oder Lidl haben mittlerweile eine andere Art, ihr Sortiment zu präsentieren.

Wir haben wie gesagt bislang keine klassischen Interessenbekundungsverfahren oder keine klassische Ausschreibung dazu gemacht, um wirklich zu eruieren: Geht es nicht auch möglicherweise mit einer Fläche von 1 000 Quadratmetern? Die Abgrenzung leitet sich ab aus dem Zentrenkonzept, und da geht es auch immer darum, dass die anliegenden Wohnbereiche durch so einen Standort keine zu starke Konkurrenz bekommen, also dass die zueinander wohl abgegrenzt sind. Also konkret: Es kann natürlich sein, wenn man so eine Abfrage macht, dass auch ein Angebot käme im Sinne von „wir brauchen aber 1 100“, und ich könnte mir vorstellen, dass wir da dann auch mit dem Bauressort zusammen zu einem Einvernehmen kämen. An der Stelle sind wir aber noch nicht.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sie sprachen eben von einer Abfrage, wo man einmal schauen möchte, was dann an Angeboten kommt, wer sich dort ansiedeln möchte. Wann genau soll denn diese Abfrage durchgeführt werden?

Staatsrätin Maïke Frese: Wir sind jetzt in der Diskussion. Ich habe jetzt noch kein konkretes Datum, wann wir diese Abfrage starten. Wir werden das sicherlich zusammen mit der WFB machen, man muss ja auch schauen, dass ein geeignetes Grundstück dafür zur Verfügung steht, dann eben auch in Flughafennähe, denn sonst haben wir natürlich die Reisenden nicht mehr mit im Boot, wenn wir es irgendwo in der Airport-Stadt-Mitte machen. Das wird jetzt zeitnah angegangen. Konkretes Datum: Ich kann Ihnen jetzt noch kein Startdatum wie bei anderen Interessenbekundungsverfahren nennen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Wir befinden uns ja jetzt am Beginn des Jahres 2025, wir haben jetzt noch ein ganzes Jahr vor uns. Da mein Stand ist, dass der Bedarf an so einem Angebot dort schon seit einigen Jahren existiert und auch formuliert wurde: Können Sie mir, jetzt unabhängig davon, wie schnell es geht, aber können Sie mir zusagen, dass zumindest die Abfrage bis Ende dieses Jahres erfolgt ist?

Staatsrätin Maïke Frese: Ja!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Sie nannten eben die Einschränkungen aus § 7 des Bremischen Ladenschlussgesetzes und auch die Ausnahmen, die sich ja vor allem auf Reisebedarf/Geschenkartikel beziehen. Das bezieht sich ja beispielsweise auch auf das Angebot im Hauptbahnhof. Wenn man dort jetzt einmal in den Drogeriemarkt Rossmann geht, dann findet man da in der Kühltheke auch ein halbes Kilo Hackfleisch. Ich weiß jetzt nicht, ob das unter Geschenkartikel fällt oder unter Reisebedarf, aber es scheint dort gewisse Abweichungen zu geben. Halten Sie diese Einschränkung dann insbesondere für den Verkauf am Sonntag wirklich noch zeitgemäß, insbesondere dann, wenn wir auch dieses Angebot am Flughafen schaffen wollen, beispielsweise für Studenten, für die wenigen, die sich dort auch eindecken wollen?

Staatsrätin Maike Frese: Nein, das bezieht sich auch auf Waren des täglichen Ge- und Verbrauchs. Rossmann befindet sich allerdings im Bahnhofsgebäude, das wäre dann die Unterscheidung. Wenn so ein Vollsortimenter dann nicht mehr direkt im Flughafengebäude wäre, muss man da dann abstufen; aber ansonsten ist ein Rossmann offenbar unter Ge- und Verbrauchswaren subsumiert.

Präsidentin Antje Grotheer: Frau Staatsrätin, es gibt eine Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Emanuel Herold. – Bitte sehr!

Abgeordneter Dr. Emanuel Herold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir hatten das Thema der Verkaufsfläche schon in der letzten Fragestunde, da hatte das Bauressort die Antworten geschrieben. Ich wollte jetzt zum Verständnis nur noch kurz etwas klären, und zwar hieß es bezüglich der Festsetzung auf die Größe von 1 000 Quadratmetern in der Antwort des Bauressorts beim letzten Mal: „Anpassungen sind noch denkbar, sofern der zentrale Grund für die Steuerung der Flächengröße nicht beeinträchtigt wird.“ Der zentrale Grund ist sozusagen der Schutz der Versorgungszentren in den Quartieren, zum Beispiel in der Neustadt. Verstehe ich es richtig, dass das die geteilte Position vom Bau- und vom Wirtschaftsressort ist?

Staatsrätin Maike Frese: Ja, das ist die geteilte Position vom Bau- und vom Wirtschaftsressort. Das Wirtschaftsressort hätte vielleicht tendenziell ein Interesse, dass es eher größer oder auch deutlich größer wird, das auf

jeden Fall, aber wir werden uns da letzten Endes verständigen müssen, und die Anpassung, auch eventuell nach oben, ist ein geteiltes Verständnis.

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 6: Wie geht es weiter mit dem Bau von Quartiersgaragen in Bremen?

Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP

vom 4. Dezember 2024

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Fynn Voigt (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Welchen Sachstand hat die im Dezember 2023 vom Senat beauftragte Machbarkeitsstudie, um geeignete Standorte für Quartiersgaragen in den Bereichen mit hohem Parkdruck zu identifizieren?
2. Welchen Sachstand und welches Ergebnis hat die vom Senat angekündigte Prüfung von alternativen Parkmöglichkeiten, zum Beispiel Mitnutzung von privaten und halböffentlichen Parkplätzen, in den Quartieren mit hohem Parkdruck?
3. Wie ist der weitere Zeitplan des Senats, um den Parkdruck in den Quartieren mit hohem Parkdruck zu senken?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Staatsrat Dr. Ralph Baumheier.

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Abgeordnete! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: An der Machbarkeitsstudie „Quartiersparken“ wird intensiv gearbeitet, eine Fertigstellung wird im April 2025 angestrebt. Eine umfangreiche Bürgerbeteiligung zur Identifizierung von Standorten, die im Frühjahr 2024 durchgeführt wurde, hat den Umfang der Studie erweitert. Für vier als geeignet identifizierte Standorte werden aktuell weitergehende Kriterien geprüft, um deren Eignung vertieft zu untersuchen. Parallel dazu

wurden für zwei weitere Standorte Machbarkeitsstudien durch die BREPARK erarbeitet.

Zu Frage 2: Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung prüft aktuell die Mehrfachnutzung von bestehenden Parkplätzen, zum Beispiel an Supermärkten, Unternehmen, Kirchen und Sportvereinen, um Parkalternativen anzubieten. Mögliche Flächen wurden im Rahmen der Bürgerbeteiligung für die Studie „Quartiersparken“ identifiziert. Derzeit gibt es einen Austausch mit verschiedenen Flächeneigentümern, zum Beispiel aus Findorff, Walle und Hastedt, um an konkreten Standorten Vereinbarungen für Pilotlösungen zu treffen.

Die Bereitschaft, die Parkflächen für die Anwohnerschaft außerhalb von Geschäftszeiten zu öffnen, wurde von mehreren Eigentümer:innen signalisiert. Vorab müssen allerdings die jeweils spezifischen Bedingungen am Standort geprüft werden. Die konkrete Umsetzung müssen dann die Flächeneigentümer mit Parkdienstleistern untereinander vertraglich regeln. Nach dem aktuellen Stand der Gespräche ist davon auszugehen, dass in der ersten Hälfte des Jahres 2025 erste Parkplätze für die Mehrfachnutzung geöffnet werden.

Zu Frage 3: Das Konzept zum Umgang mit Gehwegparken wurde am 16. Januar 2025 der städtischen Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung vorgestellt. Dabei wurden auch die Begleitmaßnahmen dargestellt, die zum Ziel haben, den Parkdruck in den Quartieren zu reduzieren und alternative Mobilitätsangebote zu fördern. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Fynn Voigt (FDP): Zunächst zu Frage 1: Ich habe ja mehrfach in der Deputation über das Jahr nachgefragt, wann die Studie zu den Quartiersgaragen denn kommt, und Sie haben dort immer wieder darauf verwiesen, dass sie im Dezember 2024 fertig wird. Wie kommt es denn dazu, dass wir jetzt bis April warten müssen?

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Zuletzt hatten wir, glaube ich, aber schon das Frühjahr 2025 in der letzten Deputationssitzung angesagt. In der Tat gibt es eine leichte Verzögerung, die jetzt auf den April hinausgeht. Ich habe mich aber gestern noch einmal intern sehr intensiv mit dem Stand der Arbeiten beschäftigt, sodass ich davon ausgehen kann, dass wir das, was

wir in der Antwort noch vorsichtig formuliert haben mit „angestrebt“, auch zusagen können, dass im April 2025 die Ergebnisse vorliegen werden. Der wesentliche Grund ist, dass wir im letzten Jahr die breite Bürgerbeteiligung zur Suche nach geeigneten Standorten mit integriert haben. Das hat einen zeitlichen Effekt gehabt, hat aber auch dazu geführt, dass wir ein breiteres Bild von Möglichkeiten gefunden haben, die dann in einem intensiven Such- und Aussortierprozess dann zu einer jetzt vorliegenden Basis für die finale Bearbeitung in den nächsten Wochen zugrunde liegen. Das hat eine kleine zeitliche Verzögerung gebracht, war aber durchaus eine qualitative Verbesserung des Materials, mit dem wir umgehen konnten.

Präsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Michael Jonitz. – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Herr Staatsrat, Sie haben eben auf das verwiesen, was Sie uns letzte Woche in der Deputation vorgestellt haben, das vierschrittige Modell. Da werden ja auch unterschiedliche Lösungen angestrebt, um beim Parken in den Quartieren den Druck herauszunehmen, zum Beispiel Carsharing oder auch die Angebotsoffensive der BSAG. Bei Quartiersgaragen sind Sie ja eben schon darauf eingegangen. Deswegen meine Frage: Carsharing und Angebotsoffensive der BSAG – wann wird beides ergänzend zu den Quartiersgaragen umgesetzt?

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Beides gehört, wie Sie zu Recht noch einmal betont haben, zu dem Spektrum von Begleitmaßnahmen, die wir jetzt auf den Weg bringen werden. Bei der Angebotsoffensive der BSAG waren wir in der letzten Woche in der Deputation nicht dazu gekommen, die Nachfrage zu beantworten. Wir haben auch da eine kleine Verzögerung, das ist aber auch schon breit kommuniziert worden, und wir gehen davon aus, nicht gehen davon aus, sondern der Plan ist jetzt, zum Jahreswechsel 2025/2026 die Angebotsstufe 1 entsprechend in Wert zu setzen, also insofern mit Verzögerung, ja, aber mit einer überschaubaren Verzögerung wird jetzt die Stufe 1 dann kommen.

Beim Thema des Ausbaus von Carsharingmöglichkeiten sind wir mit den Anbietern in Kontakt. Da müssen wir aber auch da noch ein wenig Überzeugungsarbeit leisten, dass eine aktivere Ausweitung, also auch eine intensivere Ausweitung, dann jetzt auch mitgetragen wird. Das können wir nicht allein als Stadt, aber wir sind da im Gespräch und haben da auch ein Interesse, das entsprechend auszudehnen.

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Bei den Parkplätzen haben Sie eben einen Zeithorizont bei der Angebotsoffensive, bei den Quartiersgaragen genannt. Jetzt muss ich natürlich beim Carsharing auch nachfragen: Mit welchem Zeithorizont müssen/dürfen wir da rechnen, bis Sie die Gespräche – –?

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Wir sind da in Gesprächen, und ich hoffe, dass wir im – –. Die Aussage, dass wir da bis Jahresmitte, sage ich jetzt einmal, eine Klarheit haben, inwieweit wir da etwas bewegen können, das ist mein Ziel. Ob wir es einhalten, hängt nicht nur von uns ab, sondern auch von den anderen Beteiligten.

Präsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Ralph Saxe. – Bitte sehr!

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Staatsrat, vier Quartiersgaragen sind ja nicht eben flächendeckend, und wir wissen auch beide und wahrscheinlich alle hier im Raum, dass es ziemlich teuer ist, Quartiersgaragen zu machen, und auch das Carsharing wird nicht für lau zu haben sein, wenn wir es ausweiten wollen. Deswegen meine Frage: Das ist sehr ambitioniert, was Sie aufgeschrieben haben, aber wer soll das bezahlen, und wie viel könnte es überhaupt sein, was wir dafür brauchen?

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Das Thema Quartiersgaragen hat zwei Schwierigkeiten, das ist richtig angenommen. Das eine ist die Kostendimension, da muss man sich in der Tat gemeinsam hinsetzen. Wir sind jetzt ja im Vorlauf auf die nächste Haushaltsaufstellung 2026/2027. Insoweit werden wir ja, wenn wir im April die Klarheit haben, was da erst einmal von der Flächen- und sonstigen Verfügbarkeit grundsätzlich denkbar ist, dazu auch eine Kalkulation haben, und dann muss man sehen, dass man dafür dann auch eine entsprechende Unterstützung finanzieller Art auf den Weg bringen kann. Das ist das eine.

Das Zweite ist: Man muss sich ehrlich machen, dass solche Garagen natürlich nicht von heute auf morgen entstehen, sondern einen gewissen zeitlichen Vorlauf haben. Von daher, diese beiden Themen Finanzen und Zeitschiene sind da realistischerweise mit einzubringen. Ich habe aber auch darum gebeten, dass wir jetzt auch in der abschließenden Bewertung

der Studie nicht nur die klassische Herstellung von Quartiersgaragen, sondern auch einmal kostenmäßig abgespecktere Varianten prüfen, was es da auf dem Markt gibt und ob wir da auf der Finanzschiene, was möglicherweise dann auch auf der Zeitschiene vorteilhaft ist, zu anderen Lösungen kommen. Da kann ich aber im Moment noch nichts Abschließendes sagen, aber ich gehe davon aus, dass wir dann auch zum April hin Einschätzungen dazu vortragen können.

Präsidentin Antje Grotheer: Es gibt eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Michael Jonitz. – Bitte sehr!

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Stimmen Sie mir zu, dass die BREPARK in Bremen nicht nur kostendeckend, sondern jährlich mit einem nicht zu verachtenden Gewinn sehr erfolgreich unterschiedliche Parkhäuser betreibt?

Staatsrat Dr. Ralph Baumheier: Da stimme ich Ihnen zu.

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Anfrage 7: Was führte zur schleppenden Entwicklung der Gewerbeflächen an der Hanna-Kunath-Straße?

**Anfrage der Abgeordneten Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP
vom 4. Dezember 2024**

Bitte, Herr Kollege!

Abgeordneter Fynn Voigt (FDP): Wir fragen den Senat:

1. Warum genau stellte die Bodenbeschaffenheit anscheinend einen Hinderungs- beziehungsweise Verzögerungsgrund bei der Entwicklung der dringend nachgefragten Gewerbefläche in der Hanna-Kunath-Straße dar?
2. Was sind die weiteren Gründe des schleppenden Prozesses bei der Entwicklung der Gewerbeflächen in der Hanna-Kunath-Straße, und wie gedenkt der Senat, den Prozess künftig zu beschleunigen?
3. Welches Optimierungspotenzial für künftige Prozesse bei der Entwicklung von Gewerbeflächen sieht der Senat?

Präsidentin Antje Grotheer: Die Anfrage wird beantwortet von Frau Senatorin Kristina Vogt.

Senatorin Kristina Vogt: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1: Die Bodenbeschaffenheit im Plangebiet erforderte eine besondere Sorgfalt im Hinblick auf Planung und Erschließung. Im Zuge des Planverfahrens wurde im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange der Verdacht geäußert, dass Bodenverunreinigungen im Umfeld des Flughafens über die Gräben bis in das Plangebiet verfrachtet wurden. Insofern wurde zunächst ein Baugrund- und Altlastengutachten beauftragt. Die Ergebnisse haben unter anderem dazu geführt, dass eine vertiefende Altlastenuntersuchung beauftragt werden musste. Die ergänzenden Untersuchungen zeigten schließlich unauffällige Ergebnisse, die zu keinen Nutzungskonflikten führen.

Im Hinblick auf die Ergebnisse der Untersuchung des Baugrunds ist festzustellen, dass das Baufeld ohne Maßnahmen zur Baugrundverbesserung nicht erschließungsreif ist. Nach jetzigem Stand ist als Termin zur Übergabe der erschlossenen und dann baureifen Grundstücke April 2027 avisiert.

Zu Frage 2: Aus der frühzeitigen Behördenbeteiligung im Rahmen des Bauleitplanverfahrens, beispielsweise Behörden wie der Polizei Bremen, Abteilung Kampfmittelräumdienst und Lagezentrum, der Feuerwehr Bremen, der Senatorin für Umwelt – Entschuldigung, ich dachte, ich hätte eine andere Version, aber egal! – und Klimaschutz, dort der Referate Immissionsschutz, Bodenschutz und Altlasten, Grünordnung sowie Wasserwirtschaft und Anpassung an den Klimawandel, der Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation, dort Abschnitt Geologischer Dienst, und das Referat Luftverkehr und Flugplätze, der Landesarchäologie, des Niedersächsischen Landesamtes für Denkmalpflege, des Umweltbetriebs Bremen, des Amtes für Straßen und Verkehr und des Bremischen Deichverbands am linken Weserufer, ergaben sich vertiefende Untersuchungsnotwendigkeiten wie beispielsweise die genannte Altlastenproblematik, wasserwirtschaftliche Fragen oder auch Immissionsschutzbelange hinsichtlich Gewerbelärm, sodass vom zunächst vorgesehenen vereinfachten Bauleitplanverfahren auf ein Regelverfahren mit umfangreichen Verfahrensschritten umgestellt werden musste. Der Anstieg der Abstimmungsbedarfe und die hiermit im Zusammenhang

stehenden Bearbeitungsdauern führten zur weiteren Verzögerungen. Des Weiteren fand ein intensiver Abstimmungsprozess zur Aufteilung des Plangebiets in die einzelnen insbesondere aviationsaffinen Flächen statt.

Durch die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation werden die bestehenden Arbeitsstrukturen bei der Entwicklung von Gewerbeflächen fortlaufend überprüft. Dies hat dazu geführt, dass – ergänzend zu den bei großen Gewerbeprojekten üblichen Steuerungsrunden – im Herbst 2024 durch die Senatorin für Wirtschaft, Häfen und Transformation eine Steuerungsrunde zur Umsetzung des Gewerbeentwicklungsprogramms 2030 unter Einbeziehung der an gewerblichen Erschließungsmaßnahmen zu beteiligenden Ressorts, also der Senatskanzlei, der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, dem Senator für Finanzen und dem Magistrat Bremerhaven, eingerichtet wurde, die seitdem auch das Projekt der Entwicklung der Gewerbeflächen an der Hanna-Kunath-Straße eng begleitet und steuert. Hierdurch sollen weitere Verzögerungen verhindert und ein nunmehr zügiger Abschluss des Planungs- und Erschließungsprozesses erreicht werden.

Zu Frage 3: Der Prozess der Erschließung von Gewerbeflächen wird maßgeblich optimiert, indem besonders bedeutsame gewerbliche Entwicklungsvorhaben, wie eben die Erweiterung der Hanna-Kunath-Straße, innerhalb des Senats prioritär bearbeitet werden, entsprechend mit den notwendigen Personal- und Finanzressourcen begleitet und ausgestattet werden und durch die auf Abteilungsleitungsebene besetzte Steuerungsrunde zur Umsetzung des Gewerbeentwicklungsprogramms 2030 gesteuert werden. – So weit die Antwort des Senats!

Präsidentin Antje Grotheer: Haben Sie eine Zusatzfrage? – Bitte sehr!

Abgeordneter Fynn Voigt (FDP): In einem Gespräch mit einem Anlieger hat sich ergeben, dass einer der Gründe für die Verzögerung wohl finanzielle und haushalterische Probleme sein sollen. Das wurde jetzt in Ihrer Aufzählung nicht genannt. Deswegen würde ich fragen, ob Sie das bestätigen oder verneinen können.

Senatorin Kristina Vogt: Das kann ich nicht bestätigen. Wir haben für die Erschließung des Gewerbegebiets die nötigen Mittel. Es lag tatsächlich vor allen Dingen an den umfangreichen Bodenuntersuchungen, da unter anderem der Verdacht umfangreicher Bodenverunreinigungen im Raum

stand – das ist ein nicht ganz einfaches Gewerbegebiet –, und zudem auch, dass wir auch noch eine Abstimmung in Niedersachsen brauchten, wir sind da ja an der Grenze. Insgesamt zeigt aber auch das Verfahren, diese vielen beteiligten Ämter und nachgelagerten Behörden, dass wir nicht nur große Gewerbegebiete durch die Abteilungsleitersteuerungsrunde begleiten müssen, sondern auch diese kleineren wie die Hanna-Kunath-Straße, denn ich gebe unumwunden zu, dass mir die Entwicklung auch viel zu lange dauert.

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die Fragestunde ist beendet. (Die vom Senat schriftlich beantworteten Anfragen der Fragestunde finden Sie im Anhang zum Plenarprotokoll ab Seite 2609.)

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Für ein Bremen mit Wohlfühlfaktor: Gastronomie, Einzelhandel und Clubs stärken – Sicherheit und Sauberkeit in der Innenstadt und den Stadtteilzentren verbessern

Antrag der Fraktion der CDU

(Neufassung der Drucksache [21/62 S](#) vom 7. November 2023)

vom 21. Januar 2025

(Drucksache [21/455 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Kristina Vogt.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Theresa Gröninger.

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste hier in der Bürgerschaft und zu Hause an den Bildschirmen! Es ist ganz einfach: Wir wollen und

brauchen ein Bremen, das lebt, pulsiert und begeistert. Unsere Gastronomiebetriebe und kulturellen Einrichtungen sind das Herz unserer Stadt, doch dieses Herz schlägt immer schwächer, erstickt von Bürokratie, steigenden Kosten und fehlender Unterstützung. Gastronomie ist mehr als nur Essen und Trinken. Gastronomiebetriebe sind soziale Treffpunkte, Rückzugsorte und kulturelle Plattformen. Sie sind Arbeitgeber für viele Berufsfelder und gleichzeitig Motoren der lokalen Wirtschaft. Gastronomie ist das Herz und die Seele einer lebendigen Stadt – und doch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Gastronomie in Bremen und in ganz Deutschland blutet aus.

(Beifall CDU – Vizepräsidentin Sahhanim Görgü Philipp übernimmt den Vorsitz.)

Die Fakten sprechen eine klare Sprache: 1 190 Insolvenzen wurden vom Informationsdienstleister CRIF für 2024 erwartet – ein Anstieg von über 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Bereits 2023 gab es einen Zuwachs von 35 Prozent bei den Insolvenzen in der Branche, und das ist nur die Spitze des Eisbergs: Auf jede offizielle Insolvenz kommen etwa zehn stille Geschäftsaufgaben. Das Handelsblatt titelt: „Fast jeder vierte Gastronom überlegt, aufzugeben.“ Rathaus, wir haben ein Problem!

(Beifall CDU)

Unsere Stadt verliert an Lebensqualität. Junge Menschen sagen, tanzen kann man in Bremen nicht mehr. Sie empfehlen Bruchhausen-Vilsen. Ich wiederhole: Sie empfehlen Bruchhausen-Vilsen! Die Silvesterparty in „Modernes“: Die Schlange war so lang, dass man das Ende nicht sehen konnte. Warum? Weil es kaum Alternativen gibt! Die Discomeile – 2018 wurde sie für 3,3 Millionen Euro umgebaut -: Heute ist da viel Meile und wenig Disco. Das Stubu ist nun final verkauft. Dass dort wieder ein pulsierender Ort für Nachtleben entsteht: unwahrscheinlich!

Die Lösung liegt seit über einem Jahr auf unserem Tisch. Was Bremen jetzt tun muss: Wir brauchen einen Nachtbürgermeister für Bremen. Amsterdam, Toulouse, Zürich, Paris, Flensburg, Münster, Leipzig, Mannheim, Stuttgart, Freiburg im Breisgau, München, Dortmund, Aachen, Hannover, Wuppertal und sogar Delmenhorst haben ihn. Heidelberg will es: einen oder eine Nachtbürgermeister:in. Wir brauchen eine ehrenamtliche Nachtbürgermeisterin oder einen Nachtbürgermeister. Als neutrale Anlaufstelle soll diese Person Konflikte zwischen Feiernden, Anwohnern,

Polizei und Ordnungsamt entschärfen und die Akteure besser miteinander vernetzen.

(Beifall CDU)

Wir müssen auch in Zukunft Kultur und Musik fördern. Das Bühnenprogramm für Clubs und Livemusikspielstätten muss über den 31. Dezember 2025 hinaus verlängert werden. Außerdem sollten wir prüfen, ob der maximale Zuschuss von 500 Euro pro Veranstaltung erhöht werden kann. Wir müssen Gastronomie entlasten. In Bremen brauchen wir ein Zuschussförderprogramm, das Betriebe unterstützen soll, die unverschuldet in Not geraten sind, etwa durch Gewaltkriminalität oder Baustellen direkt vor der Tür.

Im CDU-Wahlprogramm für den Februar steht: Wir wollen, dass die Gastroststeuer sinkt. Wir reduzieren die Umsatzsteuer auf Speisen in der Gastronomie auf sieben Prozent, nachdem Olaf Scholz diese trotz Versprechen erhöht hat. Wir wollen mehr Vertrauen. Wir wollen, dass Gastronomen sich weniger verzetteln. Wir kehren in Handwerk, Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie bei Dokumentationspflichten die Beweislast um und ersetzen die regelmäßigen Nachweise durch ein Anzeigerecht von Verstößen.

(Beifall CDU)

Die Nachtschwärmer müssen mit mehr Sicherheit sicherer sein. Der Kontrolldruck durch Polizei und Ordnungsamt muss erhöht werden. Platzverweise, Schnellverfahren und Anzeigen sollen konsequent genutzt werden, um Gewalt und Drogenkriminalität zu bekämpfen. Wir müssen die Sauberkeit und Attraktivität steigern – über Ratten in der Stadt sprechen wir heute nicht. Wir brauchen mehr Abfallkörbe, häufigere Reinigungen und ein härteres Vorgehen gegen illegale Müllablagerungen.

(Beifall CDU)

Wenn in Bremen einmal die Sonne scheint, muss das ausgenutzt werden, und große Outdoorveranstaltungen wie die Breminale oder die SummerSounds zeigen den Bedarf. Wir brauchen großzügige Sondernutzungserlaubnisse für Außengastronomie wie in der Coronapandemie. Wenn wir das unterstützen wollen, dann brauchen wir einen Investitionsfonds von mindestens 50 000 Euro pro Jahr, um neu

geschaffene Außengastronomieplätze zu verstetigen und weitere Plätze zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger, wenn wir jetzt nicht handeln, dann wird Bremen eine Stadt ohne Herz und ohne Seele. Es ist Zeit, das Herz Bremens wiederzubeleben. Es ist an der Zeit, dass wir als Bremische Bürgerschaft ein klares Zeichen setzen: Wir stehen zu unserer Gastronomie. Wir stehen zu den Menschen, die Tag für Tag dafür sorgen, dass Bremen lebenswert bleibt. Unsere Gastronomen kämpfen. Jetzt ist es an der Zeit, dass wir ihnen den Rücken stärken. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Sven Schellenberg.

Abgeordneter Sven Schellenberg (Bündnis Deutschland): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher! Auch heute kommen wir einmal mehr nicht umhin, uns wieder mit der gerade in unserem Bundesland Bremen überproportional von Problemen belasteten Gastronomie zu befassen. Sie alle erinnern sich – so lange ist es ja nun noch nicht her –, dass ein die Gastronomie betreffendes Thema Teil der Tagesordnung in diesem Hause war. Seinerzeit ging es da um die Fortführung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von sieben Prozent im gastronomischen Bereich. Wir erinnern uns: Dem seinerzeitigen Vorschlag, diesen künftig beizubehalten, wollte sich die Koalition nicht anschließen, was es natürlich logischerweise für die Betriebe insgesamt nicht besser machte. Heute wissen wir es.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Ganz im Gegenteil: Die erwarteten oder seinerzeit erwarteten Betriebsschließungen wurden in der Realität sogar noch übertroffen. Nun stellt sich natürlich völlig zu Recht auch die Frage, auf welchen Wegen und mit welchen Mitteln man für die Bremer Gastronomie sowie den in Teilen ebenfalls betroffenen Einzelhandel die Gesamtsituation über den Weg politischer Entscheidungen effektiv verbessern und entschärfen.

Insbesondere über die von der CDU vorgeschlagene Einsetzung des sogenannten Nachtbürgermeisters haben natürlich auch wir uns unsere

Gedanken gemacht. Um es gleich vorweg zu sagen: Wir sehen da in der vorliegenden Form des Antrags sowohl Licht als auch Schatten. Kommen wir doch deshalb gern einmal zu den Pros diesbezüglich! Ein Nachtbürgermeister kann schon dazu beitragen, das Nachtleben in der Stadt zu beleben und attraktiver zu gestalten. Da kommt es dann allerdings letztlich auch auf die Definition der Tätigkeit sowie die mit dieser einhergehenden Kompetenzen an. Er kann schneller und flexibler Ansprechpartner für Veranstalter und Betriebe sein und als solcher agieren und mögliche Konflikte frühzeitig lösen, immer auch das notwendige Fingerspitzengefühl der Person vorausgesetzt, versteht sich. Eine lebendige Nachtökonomie kann die Attraktivität der Stadt und der gastronomischen Stadtteilzentren steigern und somit auch den Betrieben finanziell weiterhelfen.

Aber wo Licht ist, ist natürlich auch Schatten, dazu kommen wir dann jetzt auch noch einmal gern! Die Kontras zum Nachtbürgermeister gibt es, und zwar: Die Einrichtung eines Nachtbürgermeisters könnte als zusätzliche bürokratische Instanz angesehen werden und davon einmal abgesehen auch zu zusätzlichen Kosten führen. Darauf werde ich gleich noch einmal gesondert eingehen. Es besteht die Gefahr, dass die Interessen einzelner Gruppen im Nachtleben übermäßig beziehungsweise zu einseitig berücksichtigt werden, was durchaus auch zu Konflikten mit Anwohnern und anderen Interessengruppen führen könnte. Es gibt selbstverständlich im Vorfeld auch keinerlei Garantie dafür, dass die Einrichtung eines Nachtbürgermeisters tatsächlich auch zu einer Verbesserung des Bremer Nachtlebens führen würde.

Es gibt allerdings noch eine weitere ganz zentrale Frage in Bezug auf die finanzielle Ausgestaltung dieser angedachten Position, denn ich kann mir ganz ehrlich gesagt kaum vorstellen, dass dieser Job auf ehrenamtlicher Basis auch nur mittelfristig abzubilden ist: Wer sollte dafür denn überhaupt infrage kommen? Hierzu sollten Sie sich dann – Adresse CDU! – gegebenenfalls doch noch einmal äußern. Ebenfalls kann es sinnstiftend sein, sich bei der Stellendefinition einmal mit den Erfahrungen auseinanderzusetzen, die in München – das waren meines Wissens die Ersten – seit 2021 mit der Einsetzung einer vergleichbaren Position gemacht wurden. Dabei sollte dann allerdings keinesfalls unterschätzt werden, dass die Situation beider Städte absolut nicht zwingend miteinander in allen Facetten übereinstimmt, man muss schon fast sagen: leider!

Insgesamt scheint der Antrag als solcher jedoch sinnvoll zu sein, da er potenziell dazu beitragen könnte, das Nachtleben der Stadt zu beleben und die Attraktivität der Innenstadt und Stadtteilzentren zu steigern. Allerdings sollten die potenziellen Nachteile und Risiken bei der Umsetzung dann auch berücksichtigt werden.

Die im CDU-Antrag enthaltenen Vorschläge eins bis zehn betrachten wir durchaus als zielführend, aber auch als umsetzbar. Allerdings gehört auch zur Wahrheit, dass Ihr Punkt fünf, der sich – nebenbei bemerkt – auch völlig zu Recht mit der Frage der für ein Gelingen notwendigen öffentlichen Sicherheit beschäftigt, in dieser Sache von ganz zentraler Bedeutung ist. Oftmals werden inzwischen gastronomische beziehungsweise generell Veranstaltungsangebote zur Nachtzeit in Bremen auch aufgrund der innerstädtischen Sicherheitslage von vielen Menschen nicht mehr wahrgenommen, und ja, das ist auch nachvollziehbar, wenn man inzwischen bereits auf dem Hinweg zu einer Veranstaltung Gefahr läuft, Opfer einer Straftat zu werden und sich dafür – so weit sind wir ja leider Gottes – erst gar nicht mehr bis zum Rückweg gedulden muss. Der helllichte Tag, das sollte Ihnen klar sein, genügt inzwischen vollends. Linke Politik wirkt leider, meine Damen und Herren.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Wenn in dieser Kernfrage nicht endlich Fakten geschaffen werden, kann man sich leider viele sinnstiftende Maßnahmen wie zum Beispiel die Bezuschussung von Veranstaltungen oder zur längst überfälligen Belebung der Discomile schenken. Diese liefen dann nämlich direkt ins Leere. Der Senat Bovenschulte 2.0 muss endlich seine Politik der Problemverweigerung auch in dieser Sache beenden!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Das heißt – Klartext –: Vor Frau Vogt muss eigentlich Herr Mäurer seinen Job machen.

(Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Ja!)

Wir vom Bündnis Deutschland machen uns offen gesagt wenig bis keine Illusionen darüber, dass in dieser Angelegenheit die Probleme absehbar doch noch einmal einer fachkompetenten Lösung durch den zuständigen Senator für Inneres zugeführt werden könnten, zumindest nicht, solange

dieser sein konstantes Scheitern in Fragen der öffentlichen Sicherheit als Ausdruck höchstmöglicher Zuverlässigkeit mit Ihnen gemeinsam missdeutet. Die Fraktion Bündnis Deutschland wird also dem Antrag der CDU zustimmen. – Diesbezüglich vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt hier einen Antrag, der ein bisschen aus der Zeit gefallen ist, denn der Ursprungsantrag ist ja vom 7. November 2023, das ist also schon einige Monate her, und er ist natürlich auch unter ganz anderen Voraussetzungen gestellt worden, und so haben wir ihn auch immer gelesen: nämlich unter der Voraussetzung, dass man Erfahrungen in der Zeit von Corona gemacht hat und jetzt nach Corona noch einmal schaut, ob man nicht bestimmte Dinge davon hinüberretten und darüber die Gastronomie sozusagen am Leben erhalten und weiterentwickeln kann. Das ist auch grundsätzlich kein schlechter Gedanke.

Dann bleibt er von der CDU über ein Jahr liegen. Dann bekommen wir eine Überarbeitung

(Zuruf Abgeordnete Yvonne Averwerser [CDU])

am 20. Januar 2025, also gestern. Damit hat sich auch das Thema „rechtzeitige Vorlagen“ in der Diskussion von anderen, wo wir immer unter Vorbehalt sind und immer gesagt wird, wir bekommen die Vorlagen nicht rechtzeitig, damit hat sich die Debatte wahrscheinlich auch erledigt. Was mich ein bisschen wundert, ist,

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Ein bisschen billig!)

wenn man den Antrag schon überarbeitet, warum man nicht inhaltlich da hineingeht. Also man streicht längst vergangene Termine und ersetzt sie dann – Haushalt 2025 wird dann durch 2026/2027 ersetzt –, aber zum Beispiel diese Frage, wir wollen, dass die Gastronomiesteuer bei sieben Prozent liegt, das hätte ja ein guter Beschlusspunkt in dem Änderungsantrag sein können. Das wird aber nicht aufgenommen, sondern

stattdessen wird hier noch einmal Wahlwerbung mit Wahlprogrammen gemacht. Das ist ein Niveau, das finde ich schon bemerkenswert.

(Beifall SPD – Zuruf Abgeordneter Frank Imhoff [CDU])

Man muss auch noch einmal zur Kenntnis nehmen, Herr Imhoff, dass natürlich die Zeit weitergegangen ist, und viele der Fragen, die da drinstehen, haben wir hier in der Zwischenzeit mehrfach diskutiert. Wir haben eine Situation am Hauptbahnhof, wo wir über Polizei geredet haben, wo wir über Drogen geredet haben, wir haben Situationen mit den Containern, drei Polizeicontainern an verschiedenen Stellen. Der letzte Artikel war heute wieder im „Weser-Kurier“: Wie gehen wir mit dem Hillmannplatz um? Da sagen die Gastronomen und die Anwohner: Es hat sich verbessert, es hat sich spürbar und merklich verbessert,

(Zuruf CDU: Da gibt es keine mehr!)

wo wir Rückmeldungen aus dem Viertel haben und von den Gastronomen, es hat sich verbessert, wo man jetzt darüber diskutieren muss: Wie geht es eigentlich weiter in Zukunft? – Aber dann bleibt man bei diesem Antrag.

Ich will auch auf ein paar inhaltliche Punkte des Antrags eingehen!
Nachtbürgermeister: Was ist das eigentlich für eine Funktion, und was kann der machen? Haben wir nur einen für ganz Bremen, inklusive Bremen-Nord, und wo soll er nachts überall herumlaufen? Dann würde ich gern noch einmal von der CDU wissen: Wenn ich das hier zitiere aus Ihrem Antrag, der Nachtbürgermeister soll miteinander vernetzen – das kann man nachvollziehen –, er soll aber Konflikten zwischen Feiernden, Anwohnern, Ordnungsamt und Polizei vorbeugen und zwischen diesen vermitteln. – Also ein Ehrenamtlicher ohne jede Kompetenz, ohne Ausbildung, ohne irgendetwas, der soll jetzt bei einer Beschwerde – und es wird das Ordnungsamt oder die Polizei gerufen – dahingehen und dazwischen vermitteln? Habe ich das richtig verstanden? Ist das Ihr Ansatz?

(Zuruf Abgeordneter Jens Eckhoff [CDU])

Das ist jedenfalls der Antrag, Herr Kollege Eckhoff!

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Das ist er nun wirklich nicht!)

Wir haben dann Punkte, die längst ausdiskutiert sind und sich überholt haben durch Zeitablauf, das ist zum Beispiel diese Frage der

Bühnenprogramme und alles, was wir haben. Da haben wir sehr wohl abgewogen, was im Haushalt möglich ist und was nicht möglich ist, und das führt zu Konsequenzen. Ich will auch noch einmal darauf hinweisen: Diese Frage von baustellen-, bauintensiven Geschichten, die ja damals noch war, als der Antrag ursprünglich einmal gestellt worden ist, die Frage Am Wall, und wie ist das mit den Parkmöglichkeiten, da hat die CDU eine Berichtsbitte gestellt.

Sie wissen das: 8. November 2023, Berichtsbitte der CDU von der städtischen Deputation für Wirtschaft und Häfen. Da sind viele Fragen davon beantwortet worden, die jetzt im Antrag auf Grundlage von altertümlichen Gegebenheiten leider nicht mehr aktuell sind.

Es sind aber auch, das will ich auch sagen, noch ein paar lustige Veränderungen passiert, ich will auf zwei noch einmal eingehen! Zum einen das geltende Alkohol- und Konsumverbot in Punkt sechs: Zum einen ist das umgesetzt. Wir sind an der Stelle schon wesentlich weiter, und es hat eine Änderung in dem Antragssatz gegeben, nämlich: An Haltestellen und in der Bremer Innenstadt soll engmaschig kontrolliert werden und nicht mehr konsequent. Das können Sie mir einmal erklären, was da jetzt die Weiterentwicklung dieses Punktes ist, denn inhaltlich ist das umgesetzt, ist das seit dem Ursprungsantrag, nämlich seit November 2023, umgesetzt.

Es gibt auch ein paar wirklich bemerkenswerte Weiterentwicklungen in Ihrem Antrag. Wenn man sich Punkt acht anschaut Stand in Punkt acht in dem Ursprungsantrag: Am Domshof soll endlich eine Ausschreibung passieren, und wir wollen die Veränderung am Domshof. – D'accord! Jetzt steht darin, der Entwurf des Gewinners der Ausschreibung soll bitte schnell umgesetzt werden, mit einer Ausnahme: Der Siegerentwurf soll umgesetzt werden, aber bitte ohne die Düne. Was heißt das denn, liebe Abgeordnete der CDU? Entweder gibt es einen Siegerentwurf, dann muss man das so nehmen, wie die Ausrichter das Angebot gemacht haben, oder man sagt, nein, wir wollen das nicht, denn da ist die Düne drin. Aber man kann ja nicht sagen: Ihr seid ja Gewinner, aber hinterher zensieren wir das und streichen die Düne heraus. Wie soll das funktionieren? Das haben wir an ganz vielen anderen Stellen nicht, aber Sie beantragen das. Das ist wirklich lustig. So viel Fachkenntnis sollten Sie haben, dass dieser Entwurf, wenn es einen ausgelobten Siegerpreis gibt, dann auch übernommen werden muss.

Insgesamt muss man sagen, wir haben eine Unterstützung, und wir haben auch – -. Ich verweise noch einmal auf die Diskussion im Beirat der

Östlichen Vorstadt, wo auch gefordert wurde: Wir wollen eine Ausdehnung der Außengastronomie. Das ist nach wie vor richtig, und es ist nicht so – das kann man auch nicht so diskutieren –, dass wir in der Außengastronomie wieder zurückgefallen sind auf den Stand von vor der Pandemie. Wir haben mehr Außenflächen. Jetzt aber zu fordern, neue Außenflächen sollen kostenfrei sein: Warum eigentlich? Heißt das, die Alten soll weiterbezahlen und nur der, der neu beantragt, bleibt dann kostenfrei? Was ist eigentlich mit den Schaustellern? Bekommen die dann auch ein „kostenfrei“, also erheben wir gar keine Gebühren mehr von den Schaustellern? Das ist auch eine Frage von Gerechtigkeit und Konsistenz. Wenig durchdachter Antrag, und deswegen, bei allem Verständnis, müssen wir ihn ablehnen! – Danke schön!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, was uns ja eint in dieser ganzen Debatte, ist das Engagement für die Bremer Innenstadt, zumindest mir persönlich geht es so. Ich habe schon in einigen anderen Städten gelebt und war schon in vielen Städten zu Besuch, ich finde, die Bremer Innenstadt ist immer noch eine der schönsten, die ich kenne.

(Beifall SPD – Abgeordneter Muhammet Tokmak [SPD]: Das finden wir auch!)

Das ist schon einmal gut!

Das meiste ist aus der vorsozialdemokratischen Zeit entstanden, seien Sie trotzdem ein bisschen stolz darauf!

(Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Es gibt keine vorsozialdemokratische Zeit! – Abgeordneter Ole Humpich [FDP]: Umso schlimmer! – Zuruf SPD)

Ich glaube aber, was uns auch eint, ist ein Stück weit die Sorge um die Innenstadt. Die Entwicklungen, viele Entwicklungen wurden ja hier eben schon aufgeführt: Wir haben erlebt, insbesondere in letzten 20 Jahren, dass sich ganz viel Party- und Clubgeschehen, beginnend von der Partymeile am Bahnhof über verschiedene Clubs in der Innenstadt, ein Stück weit

zurückgezogen hat, es ist immer weniger geworden. Wir erleben ein gastronomisches Angebot, wo doch zunehmend Menschen sagen, das reicht mir nicht, ich hätte da gern ein bisschen mehr.

Wir erleben das Thema Sicherheit und Sauberkeit. Das empfinde ich persönlich als sehr gravierend und schlimmer als noch vor einigen Jahren. Wir erleben Situationen, dass auch auf Bänken in der Innenstadt Menschen ihr Lager aufschlagen und dann links die Küche und rechts die Toilette einrichten. Dass wir diesen Menschen helfen müssen, ist, glaube ich, klar, aber dass das kein Dauerzustand ist, um die Innenstadt attraktiv zu halten, ich hoffe, da sind wir auch einer Meinung.

Ein großes Problem in der Bremer Innenstadt ist das ganze Thema Einkaufsmöglichkeiten. Wir erleben zunehmend natürlich Leerstand, dass immer mehr Geschäfte aus Bremen weggehen. Was mir aber größere Sorgen macht, ist die Veränderung des Angebots in der Innenstadt: Wir erleben in der Bremer Innenstadt, dass dort, wo vielleicht früher ein hochwertiger Schuhladen war, heute ein Ein-Euro-Shop oder ein Dönerladen ist oder vielleicht ein Handyladen, und dass immer mehr Menschen sagen, deswegen lohnt es sich eigentlich nicht mehr, in die Innenstadt zu fahren. Das ist keine gute Entwicklung, und jedem, dem die Bremer Innenstadt am Herzen liegen sollte, sollte das, wie es sich insbesondere in den letzten Jahren entwickelt hat, große Sorgen machen.

(Beifall FDP)

Jetzt hat die CDU einen Antrag vorgelegt, und auch, wenn der Kollege Stahmann und ich nicht bei allen Themen übereinstimmen, habe ich mich doch ein Stück weit abgeholt gefühlt mit dem einen oder anderen Satz. Mir ist auch aufgefallen, dass dieser Antrag vom Herbst 2023 ist, also wir reden bald über 1,5 Jahre, die dieser Antrag alt ist. Nichtsdestotrotz sind darin ja durchaus Forderungen, die auch sinnvoll sind, beispielsweise den Kontrolldruck durch die Polizei oder die Ordnungsdienste zu erhöhen, das ist sinnvoll. Das ist aber auch keine neue Forderung, die haben andere Fraktionen in diesem Hause auch in der Vergangenheit schon einmal gestellt.

(Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Und sie ist umgesetzt!)

Es mag sein, dass das umgesetzt ist, es muss sich dann auch nur im Stadtbild zeigen. Das ist ja das Entscheidende: nicht nur aktiv werden,

sondern auch Ergebnisse erzielen! Wir haben das Thema Sauberkeit erhöhen oder mehr Abfallkörbe, auch das ist etwas, was wir als FDP-Fraktion teilen. Da muss etwas passieren.

Das Thema Sondernutzungserlaubnisse im öffentlichen Raum für die Außengastronomie ist grundsätzlich sinnvoll, aber es ist auch tatsächlich da schon etwas passiert, wir starten da jetzt nicht auf der komplett grünen Wiese. Dass wir darüber nachdenken, wie wir die Außengastronomie in Bremen auch noch einmal attraktiver machen können, wie wir den Gastronomen mehr Angebote machen können, ich glaube, das eint uns auch in diesem Hause, aber die Frage ist: Ist das jetzt etwas, was wirklich neu ist? In der Sache ist es eine gute Forderung, die wir auch unterstützen.

Wir haben aber in diesem Antrag auch so ein paar Forderungen, die wir schlichtweg nicht verstanden haben: Die neue Position eines Nachtbürgermeisters einzurichten – ich glaube, die Probleme, über die wir sprechen, die liegen auf der Hand, sie sind bekannt. Also wir haben kein Erkenntnisproblem, sondern im Zweifelsfall haben wir ein Umsetzungsproblem in Bremen, und wir glauben nicht, dass es jetzt hilft, dass wir dort jetzt eine weitere Stelle schaffen. Ich erinnere noch einmal daran: Wir haben die Gastronomen, wir haben die Einzelhändler, wir haben die Handelskammer, wir haben die CityInitiative, es gibt das Innenstadtbüro, das damals zur Chefsache des Bürgermeisters erklärt wurde, also es gibt genügend Stellen, wo irgendetwas koordiniert werden soll, und glaube nicht, dass es jetzt hilft, da jetzt eine weitere Stelle zu schaffen, die dort koordinieren soll.

Das Thema Alkoholverbot am Hauptbahnhof: Wir haben uns da immer dagegen ausgesprochen, weil wir einfach schlichtweg nicht der Überzeugung sind, dass das wirklich funktioniert. Ja, wir haben dort vielleicht eine kleine Anzahl von 20, 30, 40 Leuten, die sich dort nicht benehmen können, die dort mit Alkohol nicht umgehen können, aber wegen dieser Menschen werden jetzt alle anderen quasi unter Generalverdacht gestellt, und jeder Familienvater, der auf dem Weg zum Weserstadion jetzt sein Bier trinken will, darf das nicht mehr wegen einer Handvoll Menschen, ich finde, das ist nicht verhältnismäßig.

Das letzte Thema: Sie haben in Ihrem Antrag stehen, Sie wollen vor allem über die WFB prüfen, ob im Haushalt 2024/2025 ein Förderprogramm unter anderem für Investitionen in Gastronomie eingestellt werden kann. Daran merkt man, wie alt dieser Antrag ist. Im Herbst 2023 wäre diese Forderung

noch in Ordnung gewesen, aber ich erinnere noch einmal daran, dass wir in der Zwischenzeit Haushaltsberatungen hatten. Wir hatten Haushaltsberatungen, und gerade Sie als CDU-Fraktion hätten die Chance gehabt, dort auch Änderungsanträge zu stellen.

Ich habe das noch einmal geprüft: Man kann auch als Opposition Änderungsanträge stellen,

(Abgeordneter Heiko Strohmann [CDU]: 91!)

das geht!

Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass das geht, denn wir haben das getan. Man kann Änderungsanträge stellen und sagen: Wir wollen hier weniger Geld ausgeben und dafür dort mehr Geld ausgeben. Also wenn Ihnen das ein wirkliches ernsthaftes Anliegen gewesen wäre, hätten Sie die Chance gehabt, im Rahmen der Haushaltsberatungen Änderungsanträge zu stellen. Das haben Sie nicht getan, Sie haben keinen einzigen konkreten Änderungsantrag gestellt. Das ist zu wenig für seriöse Oppositionspolitik.

(Heiterkeit CDU, Bündnis Deutschland)

Deswegen kurzum: Sie haben ein bisschen Schatten, ein bisschen Licht in diesem Antrag, aber es reicht nicht, um da jetzt etwas wirklich Neues auf die Beine zu stellen, und deswegen werden wir uns enthalten. Bringen Sie da ein bisschen mehr Fleisch an den Knochen, dann können wir darüber gern noch einmal reden. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (Die Linke): Sehr verehrte anwesende Damen und Herren, verehrte Präsidentin! Wir diskutieren über einen Antrag der CDU, wo der Wohlfühlfaktor der Stadt Bremen im Mittelpunkt steht, und der ist abhängig von der Frage, wie geht es der Veranstaltungsbranche, und wie geht es der Gastronomie. Was ich gut finde an diesem Antrag, ist, dass er tatsächlich eine ganze Reihe konkrete Vorschläge macht und dass nicht – also zumindest im Antrag nicht – sofort der Untergang des Abendlandes beschworen wird, wenn wir diesem Antrag nicht folgen. Frau Gröninger hat diese Ebene jetzt gleich wieder verlassen: Bremen ist drauf und dran, seine

Seele zu verlieren, sein Herz. – Ich teile diese Dramatik wirklich nicht, und es ist auch, glaube ich, dem Anliegen nicht zuträglich, wenn man so da herangeht.

Ich habe mir das angesehen was Sie vorschlagen, und zu den einzelnen Vorschlägen habe ich mir auch Gedanken gemacht: Erstens, meine Vorredner, auch von der Koalition, finden ja diesen Nachtbürgermeister eher so ein bisschen skurril oder nutzlos. Ich persönlich bin der Ansicht, man könnte da noch einmal hinschauen. Wenn 20 deutsche Städte so etwas haben und die meisten sogar nicht ehrenamtlich – drei von 18 sind ehrenamtlich, zumindest weiß Wikipedia das –, dann, finde ich, kann man da durchaus einmal hinschauen: Was machen die in anderen Stätten, und welchen Nutzen hat das? Kann der vermitteln? Kann er oder sie moderieren, kann er die vernetzen? Ich finde, da sollte man nicht einfach von vornherein sagen, das ist alles Quatsch. Ich finde, man könnte das durchaus noch einmal anschauen.

Wir arbeiten ja derzeit an einem Konzept von Awarenesssteams in Bremen, die auch nachts unterwegs sind und Konflikte schlichten, Leuten, die sich bedroht fühlen, irgendwie helfen. Dieses Konzept wird vorangetrieben, und das hat sich auch, soweit es umgesetzt ist, schon bewährt. Da gibt es vielleicht sogar eine Schnittstelle, und ich kann nur empfehlen – da schließe ich mich Herrn Schäck an –, wenn Sie so einen Nachtbürgermeister haben wollen, es nicht ehrenamtlich zu machen, sondern im Haushalt konkret zu beantragen, dass so eine Stelle eingerichtet wird, und dann können wir uns darüber unterhalten. Vorher allerdings braucht es ein Konzept, was man mit dieser Stelle machen will.

Die Anträge zur Frage von Kontrolldruck erhöhen, engmaschiger kontrollieren am Hauptbahnhof, an den Haltestellen und so weiter, ich glaube, da ist die Zeit tatsächlich ein bisschen darüber weggegangen. Da hat die Koalition schon relativ viel gemacht, Videoüberwachung eingerichtet. Jetzt steht auf dem Ziegenmarkt auch irgendwie dauernd eine mobile Wache und andere Sachen mehr, also in der Richtung ist etwas passiert. Mein Problem ist damit, dass man da das Problem höchstens verlagert. Wenn man es schafft, in einem bestimmten Bereich eine Straße/einen Straßenzug zu „beruhigen“, dann gehen die Menschen woandershin, und das ist, glaube ich, nur eine Bekämpfung der Symptome und nicht der Ursache. Ich glaube, wenn wir die Frage Drogenkonsumraum und Toleranzflächen stärker in den Fokus nehmen, ist damit mehr geholfen.

Wir haben die Clubs und die Veranstaltungswirtschaft während Corona sehr intensiv unterstützt, ebenso wie die Gastronomie. Diese Form von Unterstützung hat vielen Betrieben geholfen, zu überleben, und insbesondere in der Veranstaltungswirtschaft finde ich, dass da auch viel passiert. Das Förderprogramm „Bühnenprogramm für Clubs und Live-Musik-Spielstätten“ läuft jetzt bis 31. Dezember 2025. Wir haben jetzt Haushaltsverhandlungen, und möglicherweise ist es sinnvoll, tatsächlich dieses Programm zu verstetigen, dass irgendwo – -. Auch der Güterbahnhof wurde als Standort der Kultur/Veranstaltungswirtschaft dauerhaft gesichert und vieles mehr. Im Bereich Kreativwirtschaft zieht jetzt der Creative Hub in das Postgebäude, das sind alles städtische Immobilien, und da sind viele Dinge, wo ich finde, da muss man unterstützen, denn diese Form von Kultur gibt es nicht zum Nulltarif, und es ist natürlich schwer, solche Betriebe betriebswirtschaftlich erfolgreich zu betreiben.

Ein anderes Kapitel ist die Gastronomie. Ja, auch da hat es relativ viel Unterstützung für die Gastronomen gegeben, aber unser Eindruck ist, sie befinden sich in einem Transformationsprozess. Die Ansprüche der Kundinnen und Kunden werden anders. Ohne ein vegetarisches Angebot zum Beispiel kann kein Restaurant mehr bestehen. Mein Problem ist aber eigentlich ein bisschen ein anderes: Ich befürchte, wir haben zu viele Gaststätten und zu viele Restaurants und zu wenig Gäste. Das heißt, in diesem Dilemma ist die Frage: Gibt es eigentlich genug Kaufkraft?

(Abgeordnete Bettina Hornhues [CDU]: Die Läden sind doch voll!)

Gibt es eigentlich genug Geld, das man in Restaurants und Gastronomiebetrieben ausgeben kann? Ja, in einzelnen Fällen gibt es lange Schlangen, aber wenn ich durch das Viertel gehe, sehe ich nicht Schlangen vor den Kneipen oder vor den Einrichtungen. Das, finde ich, ist an den Haaren herbeigezogen. Nein, es gibt einen Kaufkraftmangel, und das schafft man nicht dadurch, indem man mehr Kneipen und mehr Restaurants aufmacht, sondern wir hatten im Viertel einmal eine Begrenzung der Schanklizenzen, und ich finde, man kann hinschauen, ob es vielleicht auch eine gute Idee ist, dass man den Zuwachs von Gastronomie und Restaurants wieder ein bisschen kontrolliert.

Der größte Kostenfaktor für Gastronomen sind die Gewerbemieten. Nach unseren Informationen sind sie unverhältnismäßig hoch und ein wichtiger Kostenfaktor für Gastronomen, und da muss man meines Erachtens tatsächlich über einen Mietpreisdeckel nachdenken.

Die Frage des Mülls ist angesprochen. Das Problem ist, die DBS hat – das steht immer auf den Mülleimern draußen – über 3 700 Mülleimer in der ganzen Stadt. Das finde ich schon relativ viel. Man muss konkret schauen: Was kann man da mehr machen? Am Hauptbahnhof ist das ein Problem, aber da ist die DBS gar nicht zuständig. Da ist die Deutsche Bahn zuständig, und man muss mit ihr darüber reden, dass sie da regelmäßig leert.

Das heißt, wir sind dafür, dass man die Veranstaltungswirtschaft unterstützt, auch mit investiven Mitteln, aber permanente Bezuschussung von nicht rentablen Geschäftsmodellen in der Gastronomie finden wir nicht richtig. Deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Die Linke, SPD)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Emanuel Herold.

Abgeordneter Dr. Emanuel Herold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, mich relativ kurz zu fassen, aber nicht, weil das Thema nicht wichtig ist. Ich finde, da ist vom Grundsatz, vom gemeinsamen Verständnis her, welche Bedeutung Einzelhandel, Gastronomie und auch Clubs für diese Stadt haben und wie sie auch zu ihrem Image und ihrer Wirkung nach außen beitragen, vieles richtig gesagt worden, aber es sind auch von den Vorrednerinnen und Vorrednern, glaube ich, schon sehr viele richtige Einwände gegen die verschiedenen Beschlusspunkte vorgebracht worden. Das heißt, ich picke mir jetzt auch nur noch einmal ein, zwei Punkte heraus.

Beim Thema Nachtbürgermeister muss ich sagen, sehe ich es ähnlich wie der Kollege Rupp: Es ist eine interessante Idee, aber ich finde, sie ist wirklich voraussetzungsreich. Man muss sich ja fragen, wie sich so eine Person gewissermaßen in das schon bestehende Netz von Akteuren einfügt und woher sie überhaupt ihre Autorität nimmt. Ich denke auch, dass grundsätzlich die Idee, so etwas ehrenamtlich zu machen, nicht sonderlich tragbar ist, wenn man sich einmal vergegenwärtigt, wie unerbittlich diese Konflikte in bestimmten Fällen manchmal auch in Nachbarschaften um solche Lärmfragen oder andere Fragen geführt werden können. Das heißt, an der Stelle, glaube ich, muss man eine Weile mehr nachdenken, um zu überlegen: Welchen Sinn kann das konkret erfüllen, und vor allen Dingen, ist

man bereit, auch in dieser schwierigen Haushaltslage wirklich eine Stelle dafür zu schaffen? Dem stehen Sie eigentlich ja meistens sehr kritisch gegenüber.

Ansonsten, auch die Idee eines Zuschussförderprogramms für Betriebe, die beeinträchtigt werden, entweder durch Kriminalitätsphänomene oder durch Baustellen, da muss ich sagen, das finde ich tatsächlich ordnungspolitisch im Grundsatz falsch. Ich finde, die Stadt oder die öffentliche Hand kann es sich nicht zu eigen machen, für diese Eventualitäten in dieser Breite – es steht ja da „in Bremen“, also stadtweit – vorzusorgen oder zu kompensieren. Ich finde, das geht zu weit. Vergewähren Sie sich einfach einmal, was wir alle bei den letzten parlamentarischen Abenden der swb darüber gelernt haben, was in den nächsten 10, 15 Jahren an Baustellen auf uns zukommt in Bezug auf den Ausbau des Fernleitungsnetzes.

Ich halte es für illusorisch, dass wir als Stadt alles, was das an Umsatzeinbußen bei Betrieben bedeutet – ob das jetzt der Einzelhandel, die Gastronomie oder anderes ist – kompensieren. Das, finde ich, ist einfach vollkommen illusorisch und unrealistisch. Ich fürchte außerdem, wenn man es versuchen würde, würde das gewissermaßen einen gigantischen bürokratischen Apparat mit sich bringen, denn man müsste Umsätze zunächst einmal prüfen und dann, nachdem eine Beeinträchtigung vorbei ist, prüfen, ob der Umsatz wieder zurückkehrt, damit man es wirklich genau dieser Baustelle oder diesem oder jenem Kriminalitätsphänomen zurechnen kann. Ansonsten geht die ganze Sache ja gar nicht auf, denn wir wissen durch die Corona-Soforthilfen, wie aufwendig solche Kompensationsprogramme sind. Auch da finde ich, das ist keine wirklich tragfähige Idee.

Zum Thema Domshof, Sauberkeit und anderen wurde vieles gesagt, was die Haushalte 2026/2027 betrifft: Natürlich haben wir als Koalition ein Interesse daran, dass die Programme, die wir haben, das Bühnenprogramm etwa, fortgeschrieben werden und gesichert werden. Ich glaube, für die Außengastronomie – das sind nicht so wahnsinnig hohe Beträge – kann man auch darüber nachdenken. Ob wir aber in der Lage sein werden, noch zusätzlich etwas draufzusatteln, ein Investitionsförderprogramm für Clubs etwa aufzulegen, so wünschenswert das auch ist und so interessant ich die Idee auch finde, da muss man jetzt seriöserweise sagen, wir müssen einfach schauen, was auf uns zukommt. Die Haushaltslage ist bekanntermaßen extrem angespannt.

Zu guter Letzt dann noch eine Anmerkung zu Herrn Schäck: Das fand ich dann doch noch einmal bemerkenswert, weil die Haushaltsanträge der FDP erneut Thema waren. Da hat es mich jetzt überrascht, dass Sie darauf hier tatsächlich eingegangen sind, denn Sie haben sich zunächst zu Beginn Ihres Beitrags ja auch gewissermaßen zu diesen Branchen und ihrer Bedeutung für die Stadt bekannt, auch den Clubs und ihrer Bedeutung für die hiesige Kultur. Ich kenne Ihre Änderungsanträge, ich lese so etwas, und Sie wollten vor allem bei Kultur kürzen: Die Förderung für den Clubverstärker wollten Sie streichen, die Zuweisungen an die WFB für Kulturveranstaltungen wollten Sie kürzen, und das Bühnenbudget wollten Sie auch streichen. Seriöse Oppositionspolitik besteht jetzt nicht daraus, dass man in der einen Debatte sagt, wir sind dafür, und dann aber gegenteilige Haushaltsanträge stellt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Das möchte ich noch einmal loswerden. – Vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Theresa Gröninger.

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Lieber Herr Stahmann, wenn die Form das Problem ist, haben wir inhaltlich viel richtig gemacht.

(Beifall CDU)

Was ich auch sagen muss: Ja, es sind Dinge passiert, weil wir über Einzelpunkte hier schon anderweitig debattiert haben, aber es hat sich wenig verbessert. Das Nachtleben ist nicht besser geworden.

(Beifall CDU – Abgeordneter Volker Stahmann [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Ich weiß nicht, wer war in diesem Jahr schon einmal feiern zwischen, sagen wir einmal, 22:00 Uhr bis 3:00 Uhr nachts zwischen Innenstadt und Sielwall?

(Zurufe SPD, CDU, FDP)

Drei Leute? Vier, fünf? Ja, ich auch! Ich kann Ihnen sagen, es herrscht da Totentanz. Da ist gar nichts mehr, wo man wirklich nachts noch hingehen kann, und selbst die Dönerläden am Sielwall machen vor 3:00 Uhr ihre Dönerspieße zu.

(Zuruf Abgeordneter Dariush Hassanpour [Die Linke])

Das war früher anders, als ich Studentin in dieser Stadt war.

Sie haben auch gesagt, dass der Antrag alt ist. Ja, das ist er, er ist von 2023. Ich habe aber in der Zwischenzeit keinen anderen Antrag der Koalition zur Verbesserung der gastronomischen Lage in Bremen für die Bremische Bürgerschaft gelesen.

(Beifall CDU)

Ich danke übrigens den Kollegen Dr. Herold und Rupp für die Auseinandersetzung mit dem Nachtbürgermeister. Da gibt es unterschiedliche Konzepte: Es gibt den ehrenamtlichen Nachtbürgermeister, das haben Sie gesagt, es gibt einen Teilzeitbürgermeister, einen Vollzeitbürgermeister, in Amsterdam wird er sogar von privaten Sponsoren bezahlt. Das heißt, wir können gemeinsam darüber reden, was für ein Format dafür passend ist. Was sind die Aufgaben? Es geht um die strukturelle und nachhaltige Stärkung der Nachtkultur, es geht um Moderation, um Mediation zwischen unterschiedlichen Interessen, die nachts immer wieder aufeinanderprallen, und es geht vor allen Dingen darum, dass das ganze Thema Nachtleben besetzt wird und wir dafür jemanden haben, der sich verantwortlich fühlt. – Und ganz im Ernst: Wenn es in 20 Städten gut klappt – nur in Deutschland – , fast jede Großstadt in Holland einen Nachtbürgermeister hat, egal, wie man ihn auch immer nennen kann, dann ist an dem Konzept etwas dran, was wir uns ansehen sollen.

(Beifall CDU)

Lassen Sie es mich auch sagen: Sie haben gesagt, dass das Problem am Hillmannplatz nicht mehr so schlimm ist. Wenn ich mir aber andere Stellen in der Stadt anschau, dann hat sich das Problem verlagert, das Problem ist nicht gelöst. Wir müssen da am Ball bleiben. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

(Zurufe)

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 49 Sekunden, das schaffen wir!

(Zuruf)

Ja, wir haben Änderungsanträge gestellt, es waren über 90, das habe ich an dieser Stelle, glaube ich, schon einmal gesagt.

(Zurufe)

Herr Dr. Herold, dass Sie die Inhalte unserer Änderungsanträge nicht teilen, das ist völlig in Ordnung. Ich begrüße das sogar, denn sonst wäre ich, glaube ich, in der falschen Partei. Das ist völlig in Ordnung.

(Beifall FDP)

Wir haben in den Änderungsanträgen übrigens nicht mit aufgenommen, dass wir Geld an der einen Stelle frei machen, um damit die WFB weiter aufzublähen, weil wir andere Prioritäten in diesem Haushalt in Bremen sehen, beispielsweise im Bereich Kitabetreuung, Schulen, Sicherheit, Verkehr und so weiter und so fort. Deswegen haben Sie diese Anträge dort nicht gefunden. Das sagt ja aber nichts darüber aus, ob diese Anträge nicht geschrieben worden sind. Sie haben sie offensichtlich gelesen, dann wissen Sie ja auch, was da darin steht.

Drittes Thema: Hillmannplatz! Ja, am Hillmannplatz ist etwas passiert, aber nicht wegen Ihrer Aktivität, sondern weil wir als Opposition so lange dort auf den Putz gehauen haben,

(Zuruf Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD])

bis Sie nicht mehr darüber hinwegsehen konnten. Wir hoffen sehr, dass die Maßnahmen, die Sie dort jetzt getroffen haben, auch weiterhin konstant sind und erhalten bleiben und das nicht nur irgendwie eine Schaufensteraktion war.

(Glocke)

Das Ganze ist passiert, weil wir als FDP-Fraktion über Wochen Rabatz gemacht und gesagt haben, so kann es dort vor Ort nicht weitergehen. Das war die Leistung unserer Fraktion, nicht von Ihnen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Kristina Vogt.

Senatorin Kristina Vogt: Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete! Na ja, Wohlfühlfaktor und Rabatz: Ich glaube, Rabatz gemacht haben vor allen Dingen die Anrainer am Hillmannplatz, aber das ist – –.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Sie haben eben nicht zugehört über die Jahre! – Zuruf Abgeordneter Ole Humpich [FDP])

Es hat sich am Hillmannplatz etwas verändert, weil sich etwas verschoben hat, weil wir den Handlungsdruck auf den Hauptbahnhof erhöht haben, und es hat hier auch nie jemand bestritten, dass es dann zu Verlagerungen kommt – davon kann Ihnen die Neustadt auch ein Lied singen –, und als es dann da virulent wurde, hat der Senat da auch gehandelt.

Aber jetzt komme ich einmal zurück zum Wohlfühlfaktor! Großes Potenzial hat eine Stadt, die natürlich auch gewisse Schwarmstadteffekte bietet, das heißt, eine Lebendigkeit, Vielfalt, Kultur, das bildet alles Lebensqualität, und da ist Bremen ehrlich gesagt auch immer dran, denn diese Elemente, die ich eben genannt habe, stehen vor großen Herausforderungen. Wir haben steigende Insolvenzzahlen in der Gastronomie, das hat unterschiedliche Gründe, und es laufen auch übrigens Restaurants sehr, sehr gut, vor allen Dingen dann, wenn sie eine gute Servicequalität anbieten, und da merkt man eben auch, dass sich bei verändertem Konsumverhalten natürlich auch Gewerbetreibende darauf einstellen müssen.

Der Einzelhandel steht unter großem Veränderungsdruck, auch durch verändertes Konsumverhalten und Konsumgewohnheiten, Stichwort Onlinehandel. Da haben wir übrigens sehr, sehr viel gemacht in den letzten fünf Jahren, siehe die Wettbewerbe, die ja nicht nur Neukunden, sondern auch Bestandskunden umfasst haben. Sie können sich das auch anschauen. Die stationären Einzelhändler, die von unserem Programm profitiert haben,

haben eine ganze Menge auf die Beine gestellt. Gehen Sie einmal durch die Stadt!

Es stimmt auch nicht, dass wir nur Ein-Euro-Shops in der Innenstadt haben. Gerade, weil die Mieten seit Corona gesunken sind – teilweise zahlt man in Walle in der Vegesacker Straße höhere Mieten als in der Obernstraße –, haben sich hier auch wieder Läden angesammelt, die keine Ein-Euro-Shops sind, sondern auch durchaus ein wertvolleres Sortiment haben und nicht auf Massenware setzen.

Trotzdem greift natürlich die CDU-Fraktion einige wichtige Themen auf. Musikclubs, deren Zukunft steht immer wieder infrage; aber interessanterweise gab es ja einen großen Artikel in der Zeitung, wo in der Überschrift stand „Clubsterben“. Er endete aber damit, dass einer schließt und alle anderen entweder neu aufmachen und noch vier neue dazukommen,

(Beifall Die Linke)

und die Überschrift passte da nicht so ganz.

Da zeigt sich auch, dass sich etwas verändert hat: Früher haben junge Leute zum Beispiel viel im Viertel gewohnt. Da sind die Mieten viel zu teuer. Die wohnen jetzt in der Neustadt. In der Neustadt sind X neue Kneipen und Clubs in den letzten Jahren entstanden, die übrigens auch laufen. Veranstalter, mit denen ich rede, sagen: „Natürlich, es muss etwas passieren, auch im Hinblick auf das Sicherheitsgefühl“ – darauf komme ich gleich noch einmal –, „aber man muss als Veranstalter natürlich auch merken, wenn sich bestimmte Verhaltensweisen von bestimmten Gruppen ändern und damit übrigens neue Orte entstehen, wo Clubs und Veranstalter tatsächlich auch neue Geschäftsfelder finden.

Das ist mein großes Problem, das ich mit diesem zugegebenermaßen alten Antrag habe: Er setzt sehr viel auf Symbolpolitik und nicht auf die tatsächlichen Realitäten. Wir brauchen eher eine Politik, die das in den Mittelpunkt stellt, was Gastronomie, Einzelhandel, Veranstalter, aber eben auch die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Konsumenten und auch diejenigen Besucherinnen brauchen. Vor allen Dingen brauchen wir dafür langfristige Lösungen und keine kurzen Strohfeder, und das ist genau das, was der Senat leistet. Wir sagen dabei auch ganz bewusst, dass Innenstadt und Stadtteilzentren mehr sind als bloße Orte des Konsums. Das ist

nämlich auch wichtig: Wir müssen auch an diejenigen denken, die vielleicht nicht das Geld haben, in einem guten Restaurant mit einem guten Service essen zu gehen.

Wir haben in der letzten Zeit sehr viel auf den Weg gebracht, was Sicherheit angeht: verstärkte Polizeipräsenz bis hin zu Sauberheitskampagnen, die auch jetzt tatsächlich Wirkung zeigen, und wir haben vor allen Dingen ein integriertes Konzept der Drogenhilfe, denn es reicht eben nicht, nur Kontrollen zu machen – das habe ich eben gerade am Anfang gesagt, sonst hat man Verlagerungen –, sondern wir brauchen Prävention. Deswegen ist es auch wichtig, dass Sozialarbeitende sozialräumlich denken und nicht nur ihre eigene Klientel im Auge haben.

Da sind wir schon fast beim Nachtbürgermeister: Kultur spielt eine zentrale Rolle. Livemusikspielstätten sind unverzichtbarer Bestandteil des Lebensgefühls, deswegen haben wir auch die Veranstaltungs- und Clubszene in den vergangenen Jahren sehr intensiv gefördert, nicht nur in der Coronazeit. Neu dazugekommen ist aber eben auch das Bühnenprogramm für kleine Veranstalter, und jetzt komme ich einmal zu Ihrer Forderung, Frau Gröninger, noch mehr Förderprogramme zu machen, zu dem beihilferechtlichen Rahmen komme ich noch einmal: Jedes Förderprogramm, das wir machen, hat auch immer Auswirkungen. Die großen Veranstalter finden es nämlich gar nicht gut, dass wir dieses Bühnenprogramm für die kleinen Veranstalter haben, weil sie sagen: Dadurch entsteht uns Konkurrenz.

Wenn ich eins gelernt habe, insbesondere in der Zeit von Corona und danach, wo Förderprogramme – -. Manchen ging es ja gar nicht genug: Wenn es nach Bayern gegangen wäre, hätten wir nur Förderprogramme gehabt, und das hat nämlich auch Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Dass gerade die CDU immer mehr Förderprogramme fordert, wenn zum Beispiel einmal eine Baustelle in der Langenstraße ist, das verwundert mich dann doch sehr. Das muss ich einmal sehr klar sagen, denn was wir brauchen, sind bessere Rahmenbedingungen, denn Förderprogramme haben eben auch Nachteile, und sie haben auch beihilferechtlichen Grenzen. Das müsste der CDU eigentlich bekannt sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Wichtig ist, dass wir tatsächlich durch gezielte Investitionen ein Umfeld schaffen, in dem unternehmerische Initiativen gedeihen können, und ich

glaube, das ist viel wichtiger, als jetzt noch mehr Förderprogramme aus dem Boden zu stampfen.

Zum Nachtbürgermeister und Sicherheitskonzepten: Wir haben keinen ehrenamtlichen Nachtbürgermeister, und ich habe auch meine Zweifel, ob es funktioniert. Ich glaube, wir brauchen wirklich die sozialräumlichen Ansätze, und wir haben bewiesen, dass wir auch praxistaugliche Lösungen haben, zum Beispiel mit der Taskforce „Viertel“ und den Awarenessteams, die wir übrigens erst einmal als Wirtschaftsressort bezahlt haben, weil wir wissen, dass da etwas passieren muss, und wir sind jetzt auch auf der Zielgeraden für die Weiterfinanzierung der Awarenessteams, und das Wirtschaftsressort wird sich daran auch maßgeblich beteiligen, auch wenn es vor allem das Innenressort betrifft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Bei der Livespielstättenförderung, da bin ich sehr sicher, dass wir das gut machen. Wir fördern nachhaltig, ohne Doppelstrukturen oder bürokratische Hürden zu schaffen, und ich hoffe auch, dass wir diese Initiativen im Haushalt 2026/2027 gemeinsam absichern und gegebenenfalls noch ausbauen können. Das wird aber die Verhandlung, die Haushaltsberatung zeigen, dazu kann ich jetzt noch nichts sagen. Dennoch glaube ich, dass das sicher und richtig ist und auch besser als jetzt neue Förderprogramme, wo wir nicht wissen, ob die Zuschüsse rechtssicher und diskriminierungsfrei sind und nicht noch eher einen hohen bürokratischen Aufwand mit sich bringen, weil man die rechtlichen Hürden richtig ausklamüsern muss.

Von daher denke ich eher, dass wir das Bewährte fortsetzen sollten und nicht noch etwas Neues obendrauf setzen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Die Linke)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag – Neufassung der Drucksache [21/62](#) S – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: CDU, Bündnis Deutschland)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Stimmenthaltungen?

(FDP, Abgeordnete Meltem Sağıroğlu [fraktionslos])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

**Pilotprojekt für Gröpelingen: Einführung eines giffreien
Rattenmanagements nach dem Vorbild des „Erfurter
Modells“**

**Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. September 2024
(Drucksache 21/373 S)**

Wir verbinden hiermit:

**Ratten effektiver bekämpfen: Einführung eines neuen
Meldeystems sowie eines verbesserten
Abfallmanagements für Bremen**

**Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN
vom 4. Dezember 2024
(Drucksache 21/437 S)**

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Kathrin Moosdorf und Frau
Senatorin Claudia Bernhard.

Die gemeinsame Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Senihad Šator.

Abgeordneter Senihad Šator (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe
Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren ja heute ein Thema, welches
auch viele Menschen in dieser Stadt bewegt. Das zeigte sich gerade vor

Kurzem bei einer Bürgerversammlung des Bürgermeisters in Gröpelingen, in der der Umgang mit Ratten eines der beherrschendsten Themen überhaupt war.

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Ah! – Zurufe)

Wir wissen, dass sich Ratten gerade dort ausbreiten, wo Nahrung zu finden ist. Die Ausbreitung wird außerdem durch unsere Lage am Wasser verstärkt, da die Tiere hier Unterschlüpfe suchen. Wir wissen auch, dass sich Ratten besonders schnell vermehren und Infektionskrankheiten auf Haustiere übertragen. Gerade aus Gründen des Gesundheitsschutzes müssen wir einen Rattenbefall frühzeitig erkennen und bekämpfen. Besonders bedeutsam ist es aus unserer Sicht hierbei, dass wir ein effektives Meldesystem bekommen und ein besseres Abfallmanagementsystem, um die Möglichkeit der Ratten für Nahrungsaufnahmen auch zu unterbinden, und genau hierauf zielt unser Antrag ab.

Wir wollen, dass der Senat eine Meldepflicht bei sichtbaren Anzeichen eines Rattenbefalls einführt. Dies soll dazu beitragen, damit wir schnell erkennen können, wo die zuständigen Behörden tätig werden müssen. Daneben soll ein System, das beim Gesundheitsamt angesiedelt werden soll, etabliert werden, welches die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Ratten koordiniert und steuert. Weil Ratten ja gerade auch die Abwasserkanäle als Transportwege nutzen, wollen wir Kanalnetzbetreiber dazu verpflichten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, wenn ein Rattenbefall erkannt wird.

Neben diesen Maßnahmen, die greifen sollen, wenn Rattenbefälle erkannt worden sind, wollen wir auch das Abfallmanagement verbessern. Unter anderem wollen wir dafür prüfen, inwieweit Gewerbebetriebe zur Nutzung von Gelben Tonnen verpflichtet werden können. Teilweise gibt es aber auch bei Gewerbebetrieben – und so wurde uns das auch geschildert – Probleme, dass sie zwar eine Gelbe Tonne beantragen, es aber Probleme gibt, dass sie diese erhalten beziehungsweise die Auslieferung doch sehr verzögert stattfindet. Auch da müssen wir besser werden.

Weiter wollen wir, dass Vermieter bei größeren Wohnanlagen verpflichtet werden, zentrale Müllsammelstellen für Verpackungsmüll einzurichten und hierbei Behältnisse nutzen, die für Ratten nur schwer zugänglich sind. Hinzukommen sollen in öffentlichen Räumen und Grünanlagen

geschlossene Müllbehälter, und dabei soll bei Bedarf auch das Reinigungsintervall erhöht werden.

Ich glaube, dass wir gerade mit diesen beschriebenen Maßnahmen und auch den weiteren Maßnahmen, die in diesem Antrag zu finden sind, ein gutes Stück weiterkommen, um die Ratten in unserer Stadt effektiver bekämpfen zu können, und es gilt hier vor allen Dingen, differenziert und auf unsere Stadt angepasste Maßnahmen zu finden, oder aber man macht es wie die CDU und möchte hier einen Antrag stellen, um das Erfurter Modell einzuführen. Das habe ich nicht so ganz verstanden, denn ich glaube, wir sind hier fraktionsübergreifend alle auf der Seite, dass wir sagen, wir haben mit hanseWasser ein Unternehmen, das seine Arbeit sehr gut macht,

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Deswegen wollen Sie ja auch rekommunalisieren!)

und spricht man mit hanseWasser über dieses Erfurter Modell, dann sind die ja gar nicht so überzeugt davon.

Wenn man sich dann auch noch die Berichterstattung in Erfurt anschaut, dann wird das da auch nicht als großer Erfolg gefeiert, vielmehr ist da jetzt in den letzten Artikeln erkennbar, dass man in Erfurt auch wieder Rattenbefälle hatte

(Zuruf Abgeordneter Frank Imhoff [CDU])

und dass dieses Erfurter Modell nicht wirklich etwas dazu beigetragen hat. Also: Insgesamt glauben wir, dass unsere Ansätze deutlich zielführender sind, und es wird Sie daher auch nicht überraschen, dass wir Ihren Antrag ablehnen werden. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

(Abgeordneter Ole Humpich [FDP]: Jetzt kommt ein Nachtbürgermeister für die Kanalisation! – Zurufe)

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Darüber reden wir noch einmal! Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, sehr

geehrte Besucherinnen und Besucher! Es geht um den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU vom 10. September 2024. Da geht es um das Thema „Pilotprojekt für Gröpelingen: Einführung eines giffreien Rattenmanagements nach dem Vorbild des Erfurter Modells“ – das hatte Herr Šator gerade schon richtigerweise erwähnt – und den Dringlichkeitsantrag der Koalition vom 4. Dezember 2024 mit dem Titel „Ratten effektiver bekämpfen: Einführung eines neuen Meldesystems sowie eines verbesserten Abfallmanagements für Bremen“.

(Vizepräsidentin Christine Schnittker übernimmt den Vorsitz.)

Aufgrund des zugenommenen Rattenbefalls in Bremen und insbesondere in Gröpelingen fordern wir als CDU-Fraktion in unserem Antrag vom 10. September 2024 die Einführung eines giffreien Rattenmanagements, also ein Projekt oder Pilotprojekt für Gröpelingen. Bei diesem Pilotprojekt geht es um die Erfassung aller ungenutzten Abzweigungen im städtischen Kanalsystem, und das möchte ich hier jetzt auch noch einmal klarmachen, weil es ja jetzt eben irgendwie bei Ihnen in der Fraktion so nicht angekommen ist: Es geht darum, dass man den Verschluss dieser Abzweigungen, um Ratten den Zugang zu ihren Brutstätten zu verwehren, sozusagen fortführt, einhergehend mit der Einrichtung eines Monitoringsystems für eine genaue Beobachtung der Rattenpopulation vor, während und nach Einführung der Maßnahmen. Das heißt also, wir wollen tatsächlich in diesem Pilotprojekt auch sehen, was bringt dies an Erfolg. Der Vorteil unseres Pilotprojekts wäre eine signifikante Eindämmung des Rattenproblems im Stadtteil Gröpelingen sowie die damit verbundene Vorbildfunktion als Grundlage für andere Stadtteile. Das muss ja unser Ziel sein, dass wir tatsächlich die Zahl der Ratten eindämmen. Überdies würde die Reduzierung des Rattenproblems durch das giffreie Rattenmanagement nicht nur die Kosten für die Schädlingsbekämpfung senken, sondern zusätzlich die Gesundheit der Menschen in dem Stadtteil schützen, denn es geht um den vollständigen Verzicht giftiger Rodentizide im Kanalnetz.

Besonders wichtig ist es uns als CDU-Fraktion, dieses Konzept für ein Modellprojekt in Zusammenarbeit mit dem – und das haben Sie richtig gesagt – Profi, nämlich mit der hanseWasser Bremen GmbH, zu erstellen. Das haben wir auch in unserem Antrag so beschrieben, denn hanseWasser Bremen sollte einbezogen werden.

Einige Monate später, im Dezember letzten Jahres, reichten Sie als Koalition Ihren Antrag zur Rattenbekämpfung und zur Abfallproblematik ein, und da kann ich oder auch wir als Fraktion können dann sagen: Endlich haben Sie, liebe Koalition Bovenschulte, das Problem durch wilde Müllkippen und den damit einhergehenden Rattenbefall erkannt.

(Beifall CDU)

Die Probleme im Bereich der wilden Müllkippen bestehen schon sehr lange, schon seit Jahren eigentlich. Daher sind wir als CDU-Fraktion vor Ort in den Stadtteilen mit den Menschen ins Gespräch gekommen und haben im letzten Jahr mehrere Initiativen in der Fachdeputation und in der Bremischen Bürgerschaft angestoßen. Die haben Sie übrigens alle abgelehnt, aber wir wundern uns natürlich: Warum haben Sie diese jetzt zum größten Teil in Ihrem Antrag übernommen?

(Beifall CDU)

Das ist ganz klar die Handschrift der CDU gewesen, und ich freue mich natürlich, dass Sie das jetzt aufnehmen und dass wir da weiterkommen, schließlich hat auch Bürgermeister Bovenschulte den Menschen vor Ort erklärt, die Rattenproblematik zu beheben.

Auch, wenn Ihr Antrag weiter hinter unseren Erwartungen liegt, so ist es zumindest ein Schritt in die richtige Richtung. Darauf möchte ich auch gern eingehen: So fordern Sie zwar eine zentrale Meldestelle für Rattenbefall, doch diese soll gemeldete Rattenvorkommnisse nur statistisch erfassen und koordinieren beziehungsweise an die entsprechenden Ressorts weiterleiten. Eine grundlegende Kompetenz ist nicht vorhanden. Das heißt also, wenn tatsächlich irgendetwas weitergeleitet wurde, wird nicht einmal nachgesehen, ob der Zustand tatsächlich behoben wurde, sondern es wird wahrscheinlich wieder auf Bürgerbeschwerden gewartet.

Auch die Bekämpfung der Müllprobleme in den einzelnen Stadtteilen umschreiben Sie nur rudimentär mit langen Vorlaufzeiten, und da sage ich Ihnen: Hier müssen Sie endlich ins Handeln kommen, denn das ist genau das, was die Bürgerinnen und Bürger vor Ort von Ihnen erwarten. Also, Sie müssen tatsächlich etwas tun, und es reicht hier nicht, einfach nur den Antrag einzureichen, sondern wir müssen schauen, dass den Bürgern vor Ort – denn jetzt sehen wir schon wieder, dass neue Müllkippen entstehen –

tatsächlich geholfen wird und sie mit ihren Problemen nicht alleingelassen werden!

(Beifall CDU)

Wer in den letzten Wochen mit offenen Augen durch Bremen gefahren ist, der kann dies bestätigt sehen: Wir sehen wieder, in einzelnen Stadtteilen – natürlich nicht in ganz Bremen, auch nicht in den besseren Stadtteilen, aber in bestimmten Stadtteilen – ist es wieder das Gleiche: Es bilden sich wieder neue Hotspots, neue wilde Müllkippen, und das kann doch nicht unser Anliegen hier in Bremen sein!

(Beifall CDU)

Wenn ich jetzt nach Gröpelingen schaue, hilft es auch nicht, die „Saubermänner“ – ich sage das einmal so in Anführungszeichen, das ist die Recyclingbörse in Gröpelingen – abzuschaffen oder zu schließen. Die hätten eigentlich Hilfe gebraucht, damit sie weiter existieren können, denn die werden gern im Stadtteil gesehen. Positiv möchte ich Ihnen anrechnen, dass Sie nun endlich die Müllprobleme insgesamt und im Bereich der Kleingärten angehen wollen. Von daher werden wir Ihrem Antrag zustimmen. Lassen Sie uns gemeinsam für ein sauberes Bremen kämpfen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Cord Degenhard.

Abgeordneter Cord Degenhard (Bündnis Deutschland): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Als hätten sie Kenntnis gehabt von unserer Tagesordnung heute: Gestern Abend um 19:51 Uhr stellte „Bild.de“ eine fette Schlagzeile ins Netz: „Deutschland droht eine Rattenplage.“ – Gestern Abend! Schon die Brüder Grimm berichten in einer Sage von einer Rattenplage in der Stadt Hameln im Jahr 1284. Über die Jahrhunderte hinweg blieben die Ratten eine Plage für die Menschheit, nicht zuletzt dadurch, dass sie und ihre Flöhe oftmals als Überträger der Pest galten. Auch heute noch übertragen sie Krankheiten.

Seit jeher ist es sehr schwer, die richtige Methode zu ihrer Bekämpfung zu finden. Aktuell setzt beispielsweise Dortmund auf Rattenköder in der Kanalisation, Essen wiederum erhöht das Budget für

Schädlingsbekämpfung. Recklinghausen macht es den Bürgern einfach, einen Schädlingsbekämpfer zu bekommen, quasi über eine Hotline. International gibt es völlig andere Vorgehensweisen: Mallorca setzt Drohnen ein, und in Malmö jagen Hunde die Ratten, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Bei der Rattenproblematik und deren Lösung hilft uns eine grundlegende Erkenntnis weiter. Sie lautet: Wo es nichts zu fressen für sie gibt, gibt es auch keine Ratten. Oder im Umkehrschluss: Ratten gibt es nur dort, wo es etwas für sie zu fressen gibt, vor allem in Städten und in Wassernähe. Dass es dort etwas zu fressen gibt für sie, in der Regel Speisereste und Abfälle, hat eine einzige Ursache: menschliches Fehlverhalten. Das Rattenproblem ist von Menschen gemacht.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Es ist eigentlich ein Menschenproblem: Lebensmittelreste in privaten Haushalten wurden nicht sachgemäß entsorgt, Speisereste wurden in die Toilette geschüttet. Die Restaurants und Imbisse haben ihre Abfälle und Reste zu leicht erreichbar für die Ratten entsorgt und so weiter und so fort, wir alle kennen diese Ursachen und noch einige mehr.

Beim Antrag der CDU findet dieser Aspekt allerdings keine Berücksichtigung. Er beschränkt sich darauf, die Einführung des sogenannten Erfurter Modells auch für Bremen zu fordern. Demzufolge wird – ich zitiere – „durch den systematischen Verschluss von ungenutzten Abzweigungen in der Kanalisation den Ratten der Zugang zu potenziellen Brutstätten verwehrt“.

Diese Methode wurde 2020 in Erfurt von der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall, kurz DWA, propagiert und vom Erfurter Entwässerungsbetrieb umgesetzt. Ein möglicher, vor allem giftfreier Ansatz, durchaus, aber wirklich erfolgreich? Als alleinige Maßnahme wohl eher nicht! Dieser Weg ist offensichtlich nur ein Teil der Lösung,

(Zuruf Abgeordneter Hartmut Bodeit [CDU])

denn bereits im Jahr 2024 vermelden „Thüringen24“ und die „Thüringer Allgemeine“: „Rattenplage im Norden Erfurts!“

Der Antrag der Koalition geht weit über die Eindimensionalität des CDU-Antrags hinaus und fordert ein breites Spektrum von Maßnahmen.

Insbesondere der sehr ausführliche Punkt 4 stellt dabei zu Recht den Aspekt des Abfallmanagements in den Vordergrund. Dieser Punkt des Antrags fordert unter anderem: Gelbe Tonne für alle Gewerbebetriebe: richtig! Reißfestigkeit des Gelben Sackes erhöhen: richtig! Zentrale Müllsammelstellen bei größeren Wohnanlagen: ja, unbedingt! Prüfung einer Lagerung von Rest-, Bio- und Verpackungsmüll in Unterflursystemen in besonders betroffenen Gebieten: ja! Im öffentlichen Raum wie in Grünanlagen weitere geschlossene Müllbehälter aufstellen: gut! Ein Fundort- und Reinigungsmonitoring zu etablieren, um Orte zu identifizieren, an denen besonders häufig organischer Restmüll gefunden und entsorgt wird: unbedingt!

Weitere im Antrag enthaltene Punkte wie beispielsweise eine Meldepflicht sind sinnvolle flankierende Maßnahmen. Der Aspekt einer konsequenten und härteren Bestrafung im Falle einer unvorschriftsmäßigen Entsorgung von Speiseresten und Abfällen allerdings fehlt im Antrag der Koalition – bedauerlicherweise. Hier sollte nachgebessert werden.

Dennoch, wir können beiden Anträgen zustimmen. Nicht nur das von der CDU genannte Beispiel Gröpelingen, sondern auch erhebliche Rattenvorkommen in Blumenthal, Vegesack und weiteren Örtlichkeiten machen deutlich, dass dringend etwas geschehen muss. Den Herrn aus Hameln mit der Flöte gibt es leider nur im Märchen. – Ich danke Ihnen!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was ist die Handschrift der CDU? Das haben Sie gefragt, Herr Bodeit. Ich habe dann auch ein bisschen geschaut: Wie erfolgreich ist denn das eigentlich jetzt in Erfurt, was wir da erlebt haben? Da konnte man dann lesen: „Ekelalarm, die Zustände spitzen sich in bestimmten Vierteln immer weiter zu. Eine Viertelstunde nur, da sehen sie sieben, acht Ratten herumlaufen.“

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Das bekommen wir in Bremen locker hin!)

Hat es also nicht geklappt mit dem Erfurter Modell? Ich frage mich – Sie haben hanseWasser adressiert –, ob Sie auch mit hanseWasser gesprochen haben. Ich habe es getan.

(Abgeordneter Hartmut Bodeit [CDU]: Habe ich auch!)

Ich habe mit Herrn Franz telefoniert, der mir gesagt hat, dass sie dann auch eine Befahrung in Gröpelingen gemacht haben, als sie das gelesen haben, und dann haben sie einen Tag Gröpelingen befahren auf der Suche nach Ratten, nur sie haben gar keine Ratte im Kanalsystem gefunden.

(Heiterkeit – Zurufe – Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Dann brauchen wir Ihren Antrag nicht!)

Wenn man so ein Monitoring dann betreibt, ist es vielleicht nicht der richtige Weg, nun genau an der Stelle anzusetzen.

Sie haben ja vermutlich dann auch mit hanseWasser gesprochen: Sind denn die Kanalsysteme in Erfurt und in Bremen miteinander vergleichbar? Erfurt hat ein sehr altes System, da gibt es tatsächlich diese nicht genutzten Nebenabzweigungen, da mag es Sinn machen. Wir haben erlebt, es funktioniert aber anscheinend auch darüber nicht, denn Kanäle sind nicht Brutstätten der Ratten, sondern die Kanäle haben eine Transportfunktion. Das heißt, die Ratten können dabei ziemlich ungehindert von A nach B kommen, und entsprechend werden die genutzt. Ansonsten ist so ein Kanalsystem viel zu gefährlich für Ratten, weil es nämlich einfach lebensgefährlich für die Ratte ist, gerade wenn zum Beispiel Starkwasser kommt.

Das heißt, dieses Erfurter Modell, das Sie da als Beispiel genommen haben: Erstens, auf Bremen ist es nicht zu übertragen, weil wir ein sehr modernes Kanalsystem haben, wo wir sehr wenige von diesen Abzweigungen haben, zweitens, das Erfurter Modell hat in Erfurt aber leider nicht funktioniert. So ist also dann die Handschrift der CDU: Sie nehmen ein Modell aus einer Stadt, die vom Kanalsystem nicht mit unserem zu vergleichen ist,

(Abgeordneter Martin Michalik [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

und Sie schlagen das vor in einem Stadtteil, wo zumindest bei der einen Befahrung nichts festzustellen war, jedenfalls kein Rattenbefall in den Kanälen. Anders ist es draußen, das will ich gar nicht bestreiten.

Ich will auch gar nicht bestreiten, dass wir hier ein Problem haben, dem wir uns auch alle miteinander versuchen, seriös zu nähern, um damit Lösungen zu bekommen. Wir haben das in der Koalition, finde ich, sehr vertieft besprochen. Ich habe auch mit der Bremer Straßenreinigung noch einmal gesprochen, wie sieht es denn mit Reinigungsintervallen aus, weil wir zuerst auch überlegt haben, ob wir versuchen, überall die Reinigungsintervalle zu intensivieren. Da hat mir die Abteilungsleiterin gesagt: Das bringt nichts. Wir müssen die Stellen finden, wo es viele organische Abfälle gibt. Es macht zwar für die Reinigungsqualität in der Stadt einen Sinn, wenn wir mehr Reinigungsintervalle haben, aber es ist nicht wirksam gegen Ratten. Das heißt, wir müssen erst mitbekommen, wo im öffentlichen Raum – und das kann durchaus in Gröpelingen so sein – gibt es vermehrt organische Abfälle, die wir einsammeln müssen, bevor sich dort die Ratten sammeln.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Es wäre ja schon ein Traum, wenn die Müllabfuhr einmal regelmäßig kommt! – Glocke)

Das hat erst einmal damit gar nichts zu tun, Frau Ahrens!

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Doch!)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hartmut Bodeit zu?

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber natürlich!

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Lieber Herr Kollege Saxe, dazu hätte ich jetzt natürlich eine Frage: Sind Sie nicht auch der Meinung, dass es dann genau richtig ist, eigentlich einmal ein Pilotprojekt zu starten, wo gerade hanseWasser mit daran arbeitet, mit denen man dann zusammenarbeitet? Es ist ja nur ein Baustein, um Ratten in Gröpelingen zu verhindern, denn wir haben ja eine große explodierende Population in Gröpelingen, das sagen mir ja viele Bürger. Ich habe so viele E-Mails und so viele Anrufe bekommen, das können Sie gar nicht glauben! – Und Sie finden keine Ratte in Gröpelingen? Das kann doch nicht richtig sein!

(Beifall CDU)

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Bodeit, ich bin nicht persönlich in den Kanälen von hanseWasser in Gröpelingen

gewesen, das mögen Sie mir nachsehen. Ich habe aber mit Leuten von hanseWasser gesprochen, weil die extra in Gröpelingen nachgeschaut haben, weil sie wissen wollten: Haben wir da wirklich ein Problem? Wir haben sicherlich ein Problem in Gröpelingen, aber offensichtlich nach den Aussagen von hanseWasser nicht dort. Wir können überall Pilotprojekte machen, ich bin – dafür kennen Sie mich gut genug – immer für Pilotprojekte, nur die müssen Aussicht auf Erfolg haben.

Das Erfurter Modell ist aufgrund der unterschiedlichen Kanalsysteme nicht zu übertragen auf Bremen. Außerdem ist der Ort, den Sie identifiziert haben, offensichtlich nach der ersten Beschau kein Hotspot für Ratten. Das müssen Sie einfach so zur Kenntnis nehmen, aber ich bin bereit, jeden Pilotversuch, den Sie vorschlagen, gern mit Ihnen zu diskutieren und andere Sachen zu machen. Ich finde aber, dass es sinnvoll ist, dass wir uns auch um das kümmern, was wir als Koalition miteinander besprochen haben, und das haben wir ja miteinander auch beredet, und da waren wir ja auch einer Meinung: hanseWasser arbeitet für sich, das Gesundheitsamt arbeitet für sich, der Umweltbetrieb arbeitet für sich. Die haben alle Experten in ihren Bereichen, also Rattenbekämpfer schlechthin mit darin, nur es gibt diese Koordination nicht, und da ist für mich ganz vollkommen klar –, das haben wir auch adressiert –: Das muss beim Gesundheitsamt gebündelt werden.

Natürlich muss hanseWasser dann immer noch bei hanseWasser in den Kanälen die Rattenbekämpfung machen, aber wir müssen wissen: Wo entstehen die Probleme? Das ist für mich ein wirksames Monitoring, und natürlich macht es, glaube ich, auch Sinn, einen Pilotversuch in Sachen der organischen Abfälle in Gröpelingen zu machen. Da wäre ich sofort mit Ihnen d'accord, das können wir gern miteinander machen, aber auf den ersten Blick ist jedenfalls das, was Sie da vorgeschlagen haben in Gröpelingen, sowohl aufgrund des Zustands unserer Kanäle als auch des Befundes, was wir in Gröpelingen hatten, nicht zielführend. – So weit erst einmal als vielleicht etwas zu lange Antwort!

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Abgeordneten Hartmut Bodeit?

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Bitte, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Ich hätte noch einmal ganz kurz eine Frage: Wir haben ja jetzt dieses Pilotprojekt einfach einmal vorgeschlagen, um in Bremen weiterzukommen. Die Frage, die sich mir natürlich stellt, ist, wir haben ja seit eineinhalb Jahren auch in der Deputation immer wieder dieses Problem angesprochen, warum da nie ein Vorschlag von der Koalition kam.

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, diese Bündelung – da werden Sie meine Wortbeiträge auch gehört haben – der Kompetenzen beim Gesundheitsamt, das habe ich in meinen Wortbeiträgen immer wieder gesagt, und wir haben versucht, in der Diskussion gemeinsam hier ein umfassenderes Konzept mit hinzubekommen und uns aus verschiedenen Blickwinkeln diesem Thema zu widmen: Dass das in der Koalition mit drei Partnerinnen etwas länger dauert, bedauere ich auch manchmal, ist aber einfach Teil unserer politischen Arbeit.

Ich sage auch nicht, dass alle Vorschläge, die Sie da gemacht haben, schlecht gewesen sind. Wir sind ja sowohl im Befund als auch bei vielen Maßnahmen sehr nah beieinander, aber wie gesagt, das, was Sie da jetzt konkret als die Handschrift der CDU vorgeschlagen haben, scheint mir ungeeignet zu sein.

Aber lassen Sie uns solidarisch und auch ergebnisorientiert bei diesem Thema weiter eng beieinanderbleiben, denn der Problembefund, dass die Menschen das nervt, ist doch vollkommen klar. Es ist mir auch egal, wenn mir irgendjemand sagt, das ist ja gar nicht mehr geworden. Ich nehme auch in meiner Empirie wahr, das ist ein bisschen mehr geworden und die Leute sind genervt davon, und wenn Leute genervt sind in der Stadt, ist es unsere Aufgabe als Politik, etwas dagegen zu tun.

Wie gesagt, die Meldepflicht habe ich ja schon erwähnt. Ich glaube, es ist sehr wichtig, das beim Gesundheitsamt zu bündeln. Ich habe mit dem Leiter des Gesundheitsamtes gesprochen. Er hat auch gesagt: Genau, das sehe ich genauso. Das ist unsere Aufgabe. Ich finde, das Gesundheitsamt in Bremen ist hervorragend aufgestellt und hervorragend geführt, und ich traue ihnen auch zu, dass sie das am Ende auch hinbekommen.

Wir werden uns trotzdem die Kanäle ansehen müssen. Es ist ja nicht so, dass diese Befahrungen nicht stattfinden. Sie finden zwar nicht jedes Jahr in allen Kanälen statt, sondern das ist etwa im Bereich von fünf Jahren anzusiedeln, aber natürlich kümmert hanseWasser sich darum. Wir müssen

auch schauen, vielleicht ist das, wie sie das machen, auch so, dass sie die ganzen Ratten übersehen, weil die Ratten das schon mitbekommen und sich erschrecken. Das weiß ich auch alles nicht. Da muss man, glaube ich, noch einmal ganz genau hinsehen. Ich habe aber schon wahrgenommen, als sie dann fachlich darüber gesprochen haben, welche Funktionen haben denn die Kanäle für die Ratten: Das sind, weil es gefährliche Orte für Ratten sind, bevorzugte Transportsysteme, aber offensichtlich nicht die Orte, wo sie sich aufhalten, und da müssen auch die anderen Kanäle, die es in Bremen so gibt, in den Fokus geraten, die vielleicht geeigneter sind, auch als Brutstätten.

Sie haben nicht die privaten Hauskanäle adressiert. Das ist ein Ort, an dem es temporär zu Problemen kommen kann. Wir haben auch Kanäle des ASV mit dabei. Ich will das gar nicht ausnehmen, nur wir müssen erst einmal überhaupt einen Befund haben, wo wir sagen können, da können wir wirklich einen Pilotversuch miteinander versuchen.

Das mit dem Abfall ist ja schon erwähnt worden, auch von Frau Ahrens: Natürlich müssen wir bei der Abfallentsorgung besser werden. Ich finde aber, dass wir da sehr viel – –.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Wir sollten die Müllabfuhrtage auch einmal einhalten!)

Ich kann mir vorstellen, das ist, wenn Leute krank sind. Ich kann dabei jetzt nicht Ihre individuellen Einzelprobleme bei der Müllabfuhr bearbeiten. Ich nehme bei mir wahr, dass die Abfuhrtage immer eingehalten werden, und natürlich gibt es auch da Krankheiten, und es wird manchmal auch nicht eingehalten.

(Abgeordnete Ute Reimers-Bruns [SPD]: Im Bremer Norden auch!)

Die DBS gibt sich wirklich sehr viel Mühe. Auch von Ihnen sitzen Leute im Verwaltungsrat. Ich weiß nicht, ob die Ihnen einen anderen Eindruck vermittelt haben, jedenfalls die Abteilungsleiterin, mit der ich da gesprochen habe, ist immer ganz offen. Als ich sie auch gefragt habe, können Sie das denn nicht herausbekommen, wo es besonders viele organische Abfälle, hat sie gesagt: Ja, gute Idee! Überall mehr Reinigungsintervalle zu machen, das bringt es nicht, aber tatsächlich ein Monitoring zu machen, wo bestehen die Probleme und dort verstärkte Reinigung zu machen, das ist ein Ansatz, den unterstütze ich durchaus.

Herr Bodeit, wir waren ja zusammen auch beim Landesverband der Gartenfreunde. Der eine Punkt geht so ein bisschen auf diese Erfahrung mit zurück, die wir da gemeinsam gemacht haben. Ich wollte da über Schwammstadt reden, über Biodiversität, und ich erkenne an, dass die aber mit uns über Vermüllung und über Rattenprobleme reden wollten. Da, glaube ich, müssen wir mit dem Landesverband der Gartenfreunde – da sind wir alle als Politik gut im Gespräch – sehen, dass wir da Lösungen miteinander hinbekommen für Probleme, die sie allein im Augenblick nicht lösen können, und als wir über den Kleingartenentwicklungsplan gesprochen haben, haben wir da ja auch alle miteinander vereinbart, dass wir da genauer hinsehen wollen und denen auch bei diesem Problem helfen wollen und helfen müssen, weil die Kleingärten einfach so tolle und wichtige Orte für uns in Bremen sind. Erst einmal so weit! – Vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Olaf Zimmer.

Abgeordneter Olaf Zimmer (DIE LINKE): Werte Frau Präsidentin, werte Abgeordnete, liebe Gäste! Die Ratte hat in Deutschland keinen guten Ruf und dementsprechend keine starke Lobby. Man mag sie eher nicht als Mitbewohner in der Stadt haben, höchstens gut verwahrt als Versuchstier im Labor, und manche Person mag sie auch reinlich als Haustier, aber bitte nur in geringer Anzahl.

Anders ist das in anderen Teilen der Welt, vor allem in Asien: In China zum Beispiel ist die Ratte das erste Sternzeichen im Horoskop, sie gilt als wahrer Überlebenskünstler in der Natur und meistert selbst die schwierigsten Situationen. Mit ihrem scharfen Verstand und ihrer schnellen Auffassungsgabe kann sie sich flexibel auf unterschiedlichste Umstände einstellen. In Indien gibt es den Rattentempel Karni Mata. Die flinken Ratten sind hier an Menschen gewöhnt und kennen ihnen gegenüber keine Scheu. So kann es gut passieren, dass eine Ratte schon einmal über die Füße läuft oder am Hosenbein hochkraxelt. Das soll Glück bringen. In Kampuchea sind „Ratten süß-sauer“ ein gern gewählter Leckerbissen.

Dass das in Deutschland und Europa anders ist, hat historische Ursachen, galt doch die Ratte als Verbreiterin der Pest im Mittelalter, welche Millionen Todesopfer forderte, was laut aktuellen Studien zumindest angezweifelt wird. Wie auch immer: Hierzulande wird die Ratte nach wie vor als

problematischer Stadtmitbewohner identifiziert, also müssen Lösungen her, um die Rattenpopulation zu verringern. Einig ist man sich weitestgehend darin, dass der Einsatz von Giftködern problematisch ist ob der Risiken und Nebenwirkungen für Mensch und Natur.

Schauen wir nach Bremen: Das Problem Rattenbefall ist ein Thema, wo die Emotionen hochfahren. Im „Weser-Kurier“ vom 27. Mai 2024 ist gar von einem Beschwerdetsunami die Rede, wenn über Ratten in Stadtteilen wie Gröpelingen die Rede ist. Vorweg: Da, wo Menschen auf dichtem Raum – dazu am Wasser – leben, siedelt sich auch die Ratte an. Hier muss auch unterschieden werden, von welchen Ratten wir reden: Die Hausratte, auch Dachratte genannt, lebt nämlich gern im Trockenen. Sie ist in Deutschland inzwischen vom Aussterben bedroht, und zwar, weil sich die feuchtigkeitsliebende Wanderratte stark ausbreitet. Das ist so, und keine Maßnahme der Welt wird das verhindern.

Die Wanderratte nutzt das gleiche Nahrungsangebot wie die Menschen, sie lebt in unterirdischen Bauten und nutzt unsere Kanalisation als praktischen Verkehrsweg. Sie lebt von unserem Müll, und so gibt es in Metropolen wie zum Beispiel Paris, wo man die Population auf über sechs Millionen schätzt, oder eben in Bremen – hier sind es offiziell 500 000 – einfach genug zu fressen für die Nager. Es herrscht Handlungsbedarf.

Es braucht Lösungen, es braucht eine Strategie, die benennen wir als Koalition in unserem vorliegenden Antrag. Darin heißt es: „Die Stadt Bremen benötigt eine Meldepflicht bei Rattenfall, um frühzeitig größere Rattenbefälle zu erkennen und entsprechend handeln zu können. Zu diesem Zweck muss ein niedrighschwelliges zentrales Meldesystem beim Gesundheitsamt Bremen geschaffen werden, mit dem Bürger:innen schnell und zu jeder Zeit Meldungen über Rattensichtungen oder Anzeichen von Rattenbefällen abgeben können.“ Weiter heißt es: „In dieses Meldesystem müssen alle bisher mit der Rattenbekämpfung befassten Stellen der Stadt, wie etwa Immobilien Bremen, hanseWasser, Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinärdienst und Ordnungsamt, eingebunden werden. Es gilt, standardisierte Prozesse zu entwickeln, wie bei der Bekämpfung des Rattenbefalls vorzugehen ist.“

Im Bereich Müllmanagement werden wir erreichen, dass möglichst alle Gewerbebetriebe in der Stadt, die die Voraussetzungen erfüllen, die Gelbe Tonne nutzen. Die Materialstärke des Gelben Sacks muss verstärkt werden, hierfür bedarf es Gesprächen. Für größere Wohnanlagen sollen durch die

Eigentümer:innen zentrale Müllsammelstellen geschaffen werden. Außerdem sollen im öffentlichen Raum weitere geschlossene Müllbehälter aufgestellt werden und das Personal im Bereich Stadtreinigung auch für die Bekämpfung von Ratten qualifiziert werden. Des Weiteren wollen wir ein Fundort- und Reinigungsmonitoring etablieren, um Orte zu identifizieren, an denen besonders häufig organischer Restmüll gefunden und entsorgt wird.

Nun zum Antrag der CDU! Im September letzten Jahres legten Sie einen Vorschlag vor, wie das Problem des Rattenbefalls in Bremen zu lösen beziehungsweise zu vermindern wäre. Angelehnt an das Erfurter Modell schlagen Sie vor, sogenannte blinde Kanalschächte mit Verschlussstopfen zu verschließen. Macht man sich die Mühe, sich mit diesem Modell zu beschäftigen, kommt man zu dem Schluss: Hier wird ein Problem zumindest giftfrei angegangen. In „Klärwerk.info“ heißt es dazu: Dass Rattenmanagement auch ohne den Einsatz von Rodentiziden in der Kanalisation nachhaltig gelingen kann, zeigt das Vorgehen der Stadtentwässerung Erfurt. Der Artikel ist von 2022. Im Zentrum steht dabei der Verschluss ungenutzter Anschlussstellen mit Hilfe von Robotertechnik.

Auch das Umweltbundesamt kommt in seinem Abschlussbericht 2020 zu dem Schluss: Langfristiges Fernhalten der Nagetiere aus städtischen Kanalisationen kann die sonst erfolgreiche Bekämpfung mit Rodentiziden reduzieren. Durch die Verschließung von Fehl- und Blindanschlüssen im Kanal mit Verschlussstopfen, beispielsweise mit Robotertechnik, kann der Nestbau und die unterirdische Vermehrung der Nagetiere reduziert werden. – So weit das! Das kann man machen, ist bestimmt eine gute Einnahmequelle für die Firma Schwalm, die stellt diese Stopfen her, aber das Problem gehört umfassender bearbeitet: So, wie wir das in unserem Antrag formulieren, mit einem Meldesystem sowie einem Bündel an gezielten Maßnahmen im Bereich Abfallmanagement und gezieltem Monitoring über Rattenbefall, werden wir das Problem Rattenplage gezielt angehen und eindämmen.

Nur so ganz am Rande: Die im Erfurter Modell vorgesehene bauliche Sanierung der Kanäle ist in Bremen in diesem Sinne bereits seit Jahrzehnten weitgehend Teil der betrieblichen Praxis, das Vorgehen ist nur nicht extra benannt. Sollten Verschlüsse fehlen oder mangelhaft ausgeführt sein, werden diese im Nachgang der seit 1999 regelmäßig und wiederholt stattfindenden Kanalinspektionen bedarfsgerecht behoben.

Zum Schluss noch einmal nach Paris: Man ist dort der Auffassung, man müsse sich mit den Ratten arrangieren, statt zu versuchen, sie zu vertreiben oder zu vernichten. Hierbei setzt die Stadtverwaltung auf ein zentrales Meldesystem, ein verbessertes Entsorgungskonzept und ein gezieltes Monitoring darüber, an welchen Orten Ratten in großer Zahl wann auftauchen. Inwieweit sich die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo von dem Film „Ratatouille“ aus dem Jahr 2007 inspirieren ließ, wo die Ratte Rémy in Paris zum Chefkoch wird, ist dabei nicht bekannt. Ich bitte um Ihre Zustimmung. – Vielen Dank!

(Beifall Die Linke)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Marcel Schröder.

Abgeordneter Dr. Marcel Schröder (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kollege Zimmer! Ich hätte nicht gedacht, dass ich heute so viel über Ratten lerne. – Vielen Dank dafür! In der Tat ist das Thema Ratten etwas, was die Menschen wirklich beschäftigt, und Herr Saxe, Sie haben es ja noch einmal erklärt, wie Sie das gemeint haben: Natürlich haben wir in Gröpelingen ein Rattenproblem, ich glaube, das kann man nicht bestreiten. Ich frage mich jetzt gerade so ein bisschen, wenn ich einerseits Ihre Rede höre und dann die von Herrn Zimmer: Wenn Herr Zimmer sagt, wir haben 500 000 Ratten – ich sehe schon häufiger mal Ratten, aber jetzt nicht so viele Ratten, wie ich Bremer sehe –, aber gleichzeitig sollen sie auch nicht in der Kanalisation sein, dann frage ich mich: Wo sind denn die ganzen Ratten? Ich glaube, ein Monitoring, wo die Ratten jetzt genau sind, wäre sinnvoll.

Die Gründe für Rattenplagen sind tatsächlich vielfältig: Sie betreffen das Nahrungsangebot, aber eben auch den Lebensraum, und der Antrag der CDU beschäftigt sich ja hier mit einem Teilaspekt, nämlich der Kanalisation in Gröpelingen, und vieles dazu wurde auch schon gesagt. Vieles davon sehen wir als FDP-Fraktion auch so. Es ist ja grundsätzlich erst einmal überlegenswert, auch zu schauen: Was machen andere Städte, wie laufen diese Modellprojekte? Gleichzeitig habe ich mich aber gefragt, wenn man die Kanalisation da wirklich analysieren muss, da durchgehen muss, schauen muss, wo sind da offene Stellen: Könnte das nicht auch relativ teuer werden? Das würde mich vielleicht noch einmal interessieren: Was kostet das Ganze denn in Erfurt, und lohnt sich das auch?

Außerdem sehen auch wir hier so ein bisschen die Gefahr, dass man sich da so ein bisschen im Klein-Klein verliert, denn in der Tat, Ratten sind eben nicht nur in der Kanalisation. Wenn ich durch die Wallanlagen gehe, sehe ich tatsächlich am häufigsten Ratten. Da wohnen die, glaube ich, häufig so in den Wurzeln von Bäumen. Da gibt es ja diese neue Kita, die „Walljunioren“, da sind die auch gern auf dem Spielplatz unterwegs. Das ist auch so ein Thema, das bekommt man mit der Kanalisation, glaube ich, nicht allein geregelt, da müsste man sich vielleicht auch einmal anschauen: Was sind da für Erdbauten vorhanden, wo leben die da genau, und das nicht nur in Bezug auf die Kanalisation, auch einmal in Bezug auf die Wallanlagen. Ich glaube, das ist auch für die Kinder, die dort den Spielplatz haben, ehrlich gesagt nicht zumutbar.

Vor allem, das ist, glaube ich, auch unstrittig hier, muss man beim Nahrungsangebot ansetzen, und da freuen wir uns, liebe Abgeordnete der Koalition, dass auch Sie das Thema Müll jetzt endlich angehen wollen und das Thema auch erkannt haben. Das ist richtig, denn man kann das Thema Ratten eben nicht behandeln, ohne sich auch dem Thema Müll zu widmen.

Was das Thema Gift angeht: Es ist natürlich eine nette Idee, es ist natürlich schön, wenn man das ohne Gift hinbekommt, aber dann stellt sich natürlich die Frage, wie effektiv das dann tatsächlich ist. Es wurde da auch schon gesagt, wie erfolgreich das jetzt in Erfurt war, ist noch nicht so ganz klar. Die Situation in Gröpelingen ist ja tatsächlich ernst, und da stellen wir uns so ein bisschen die Frage, ob die Situation in Gröpelingen nicht vielleicht doch ein bisschen zu ernst ist für Experimente, sondern ob man da nicht vielleicht einfach besser einmal das Modellprojekt in Erfurt abwartet und dann in Gröpelingen Maßnahmen trifft, die auch wirklich effektiv sind, denn die Situation in Gröpelingen und in anderen Stadtteilen – nicht nur dort, auch in anderen Stadtteilen – ist tatsächlich ernst.

Was den Antrag der Koalition angeht, da sind wir bei vielen Maßnahmen d'accord: Viele Maßnahmen sind richtig, insbesondere müssen wir wirklich in Bremen dahin kommen, dass der Müll nicht mehr auf der Straße herumflattert. Das gilt sowohl insbesondere für die Gelben Säcke, das gilt aber auch für das Altpapier und für Restmüll sowieso. Der sollte ja eigentlich sowieso in die Tonne, aber das Thema Gelbe Tonnen und dort mehr geschlossene Behälter – man nennt sie auch Mülleimer –, das ist natürlich wichtig, und das sollte man angehen, da sind wir auch dabei.

Beim Thema Meldepflicht würde mich gleich einmal die Meinung der Senatorin interessieren. Da bin ich jetzt nicht so ganz schlau daraus geworden, was Sie jetzt genau wollen: Einerseits wird gesagt, ja, hanseWasser und der Umweltbetrieb Bremen, die sollen das dann selbst machen, und das Gesundheitsamt soll nur koordinieren. Dann war eben die Rede davon, das Gesundheitsamt soll da auch Kompetenzen bekommen. Da ist uns jetzt ehrlich gesagt noch nicht so ganz klar, wie das jetzt genau aussehen soll.

Dann auch zum Thema Meldepflicht: Ich habe einmal geschaut, die Sprechzeiten beim Gesundheitsamt beim Schädlingsbefall sind von 10:00 Uhr bis 12:00 Uhr. Wenn man jetzt einerseits eine Meldepflicht einführt, dann muss man natürlich auf der anderen Seite auch schauen, dass dann auch Menschen da sind, die das auch entgegennehmen können. Da würde sich dann auch die Frage stellen: Reicht das Personal denn überhaupt aus beim Gesundheitsamt? Muss man das ausbauen? Wie wollen Sie das finanzieren? Auch da sind ehrlicherweise noch einige Fragen offen, vielleicht kann die Senatorin dazu ja noch einmal ein bisschen mehr sagen.

Auch darüber hinaus stellt sich uns so ein bisschen die Frage: Haben wir wirklich ein Erkenntnisproblem? Die Bürgerinnen und Bürger kommen ja sehr intensiv auf uns zu beim Thema Ratten. Brauchen wir da wirklich eine Meldepflicht? Sagen die Eigentümer nicht Bescheid? Das weiß ich nicht. Wenn wir mit Haus & Grund, mit der CityInitiative, mit anderen Eigentümergemeinschaften reden, dann bekommen wir da eigentlich sehr viel die Rückmeldung, dass das Thema Sauberkeit, auch das Thema Ratten, da sehr wichtig ist, und deshalb bin ich mir da nicht so sicher, ob wir da wirklich ein Erkenntnisproblem haben und ob eine Meldepflicht jetzt wirklich das Allheilmittel ist. Aber ganz grundsätzlich ist es natürlich gut, dass hier etwas passiert, dass es hier vorangehen soll.

Was wir etwas schade finden, ist auch so ein bisschen, dass Sie es abgelehnt haben, dass wir unseren Antrag zum Thema Sauberkeit hier mitdebattieren. Wir hätten nämlich auch noch ein paar Ideen gehabt, die man hier hätte diskutieren können. Wir fanden es etwas schade, dass wir das hier nicht gemeinsam machen können, aber das werden wir dann ja nachholen. Es ist vielleicht auch gar nicht schlecht, wenn wir uns das Thema hier noch häufiger anschauen und das auch länger auf der Tagesordnung bleibt, damit es eben auch auf dem Tableau ist und damit wir da vorankommen.

Wir werden die beiden Anträge ablehnen. Wie gesagt, die Argumente sind eigentlich dieselben, die vorhin schon gesagt worden, und wir freuen uns dann auf die Debatte, wie es dann mit der Sauberkeit hier in Bremen weitergeht. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Hartmut Bodeit.

Abgeordneter Hartmut Bodeit (CDU): Frau Präsidentin, vielen Dank, dass ich noch einmal kurz nach vorn kommen kann! Ich habe jetzt nur noch 45 Sekunden Redezeit, aber ich will versuchen, doch noch einmal eben zwei, drei Dinge klarzustellen: Das eine ist, ich finde es erst einmal gut, dass zumindest ein Abgeordneter es bemerkt hat, dass wir auch einmal einen giftfreien Versuch starten wollen, weil diese Gifte, die hier gegen Ratten eingesetzt werden, ja auch nicht ganz ungefährlich für Menschen sind. Insofern zielt auch unser Antrag darauf ab.

Noch einmal zu Herrn Degenhard: Er hat, glaube ich, nicht verstanden, dass wir hier natürlich viele Anträge, was den Müll angeht und andere Maßnahmen, die hiermit zusammenhängen, schon gestellt haben und dieser Antrag von der Koalition jetzt vier Monate später kam. Dort wurden natürlich diese ganzen Vorschläge, die wir eigentlich schon vorgebracht haben, aufgegriffen und in diesen Antrag mit hineingebracht. Natürlich ist klar, dass wir nicht nur in den Kanälen versuchen, die Ratten zu bekämpfen, sondern auch den Müll beseitigen müssen. Sie haben auch recht, es ist natürlich der Mensch –

(Glocke)

ich komme zum Schluss! – der Hauptverursacher, denn die Ratte ist genau wie die Taube ein Kulturfolger hier in der Innenstadt, und insofern hat sie hier beste Bedingungen. Ich muss meine Rede leider beenden. – Danke schön, Frau Präsidentin!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Claudia Bernhard.

Senatorin Claudia Bernhard: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich übernehme hier an der Stelle tatsächlich eine Querschnittsaufgabe, die wir selbstverständlich über mehrere Ressorts auch lösen und angehen müssen. Die Ratte ist ja schlau, und sie ist ja anpassungsfähig. Ich finde es durchaus immer wieder bewundernswert, wozu bestimmte Tierarten so in der Lage sind. Gleichzeitig – und das ist gerade aus gesundheitspolitischer Sicht natürlich eine deutliche Bedrohung – ist die Übertragung von Krankheiten und Ähnlichem natürlich kein Pappentier, und es ist letztendlich auch klar, dass das zu städtischen Übeln und Auseinandersetzungen führt.

Die Frage einer effektiven Bekämpfung ist insofern eine ständige Herausforderung und hat mit verschiedenen Rahmenbedingungen zu tun, und ich möchte zwei Dinge auseinanderhalten: Das eine ist die Bekämpfung, definitiv, wenn die Ratte da ist und gesichtet wird, und das andere ist aber auch die Prävention. Für beide Dinge brauchen wir aber eine gesicherte Ausgangslage von Informationen. Um an dieser Stelle nachhaltiger und auch schneller reagieren zu können, haben wir uns auf die Socken gemacht, insbesondere das Gesundheitsamt, und ein niedrigschwelliges Meldesystem etabliert, das dort und bei den entsprechenden Stellen in 2025 jetzt implementiert wird. Das ist eine Software, durch die man auch online eingeben kann, wo man Ratten gesichtet hat und wo sie letztendlich auch aufgenommen werden können und die vollständigen Informationen an die jeweiligen zuständigen Stellen weitergeleitet werden können, denn je nachdem, wo die Ratte auftaucht oder die Ratten, liegen natürlich unterschiedliche Zuständigkeitsbereiche vor – also öffentlicher Grund, nicht öffentlicher Grund, Kanalisation und so weiter. Da sind auch unterschiedliche Ressorts in der Verantwortung.

In dieses Meldesystem werden alle bisher mit der Rattenbekämpfung befassten Stellen angeschlossen, wie etwa Immobilien Bremen, hanseWasser, das LMTVet und natürlich auch das Ordnungsamt. Das Gesundheitsamt koordiniert dabei die Bekämpfung der Ratten, und durch das gemeinsame Meldesystem wird auch ein Monitoring über die Bereiche der Kanalisation und der lebensmittelverarbeitenden Betriebe wie auch privaten Grund und öffentlichen Grund miteinbezogen. Das finde ich an dem Punkt wirklich einen wesentlichen Fortschritt zu dem, was wir momentan haben, sodass nicht jede Stelle wieder von vorn anfangen muss.

Zugleich arbeitet mein Haus aktuell an einer Rattenbekämpfungsverordnung, die wir noch in der Abstimmung haben, um den rechtlichen Rahmen eines Rattenbefalls auch vorzugeben, und das ist ein wichtiger Punkt, weil es in der Verordnung unter anderem so ist, dass bei einer großräumigen Maßnahme die Bekämpfung natürlich auch zeitlich koordiniert auf der Oberfläche und auch in der Kanalisation stattzufinden hat.

Was ich aber bereits am Anfang betont habe, ist, dass es eine nachhaltige Strategie natürlich nur geben kann, wenn wir zwei Komponenten im Blick haben: neben der Bekämpfung ganz konkret natürlich auch die präventiven Maßnahmen. Ich finde, dass das hier schon sehr gut herausgearbeitet wurde in der entsprechenden Debatte, und wir sind uns ja im Grunde genommen an vielen Punkten einig, dass es ein Übel ist und letztendlich auch gemeinsam angegangen werden muss, denn immer, wenn die Verantwortlichkeit meines Hauses nach dem Infektionsschutzgesetz da ist und greift, dann ist ja die Ratte schon da, aber wir müssen ja auch überlegen, wie wir es letztendlich eindämmen. Deswegen haben Sie alle völlig recht, die das hier schon diskutiert haben: Ein gutes Abfallmanagement ist die absolute Voraussetzung.

Da ist auf der einen Seite von der größeren Reißfestigkeit des Gelben Sacks die Rede, wo ich mich erinnern kann, dass er einmal reißfester war, aber gewissen Zweckentfremdungen unterlegen hat, und er wurde dann immer dünner und dünner. Dann haben wir die Tatsache: Wie gehen wir mit der Vorschrift um, dass wirklich Gelbe Tonnen angeschafft werden müssen und nicht die Gelben Säcke, die wie Tumbleweeds durch die Straßen fliegen? Das ist immer ein Riesenproblem, und wir müssen uns auch der möglichen Verpflichtung für Vermieterinnen und Vermieter in größeren Wohnanlagen widmen. Das ist unerlässlich.

Es wurde schon angesprochen, die Gespräche mit dem Landesverband der Gartenfreunde sind bereits auch am Laufen. Insofern haben wir uns auf ganz verschiedenen Ebenen wirklich auf die Socken gemacht, um dem Problem zu begegnen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Eine andere präventive Maßnahme zur Eindämmung der bestehenden Rattenpopulation ist der Vorschlag der CDU mit dem Erfurter Modell, und ich erkenne ausdrücklich an, dass es ein giffreier Vorschlag ist, denn ich

halte das nicht für so unerheblich, wenn man praktisch in Massen entsprechendes Rattengift überall hinschüttet und man die Folgen nicht absehen kann. Nun ist es so, dass Teile des Erfurter Modells ja durchaus schon umgesetzt werden. Also da gibt es so etwas, dass entsprechende Anschlussleitungen verstopft werden, es ist auch so, dass sie verplombt werden und so weiter, aber wie schon gesagt wurde, kann man das nicht eins zu eins übertragen, und es kann nur eine Maßnahme sein von vielen anderen, wie wir das angehen müssen.

In diesem Zusammenhang gibt es auch sich ständig wiederholende Kanalinspektionen. Auch wir haben da praktisch bei hanseWasser nachgefragt, wie das eigentlich funktioniert und wie es aussieht. Ich meine, es ist nicht gerade unkompliziert und unkomplex, das muss man auch sagen, aber ich denke, dass wir mit den ganzen Vorschlägen, die hier gekommen sind und mit dem, was wir jetzt auch im Gesundheitsamt implementieren, gerade mit dieser Überwachung und der viel besseren Zusammenarbeit, da einen großen Schritt weiterkommen.

Die Zustandserfassung und die Bewertung, eine Festlegung von Handlungsprioritäten basieren auch auf einem bundesweit geltenden Regelwerk, das darf man nicht vergessen. Wir sind ja nicht die Einzigen, die das Problem haben, und das, denke ich, wird uns in dem Fall einen deutlichen Schritt weiterbringen. Ich habe es hier quasi übernommen, für uns alle praktisch noch einmal darzulegen, was wir für Schritte unternehmen, und das wird ein Konglomerat von einzelnen Maßnahmen sein, die wir gut zusammenführen. Insofern sind wir da alle eng beieinander und verzahnt, und ich danke ganz herzlich für die Anregungen! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Frank Imhoff zu einer Kurzintervention.

Abgeordneter Frank Imhoff (CDU): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Frau Senatorin Bernhard, Sie haben gesagt, Sie wollen jetzt ein Monitoringsystem in diesem Jahr einführen. Das freut uns als CDU-Fraktion sehr, denn es ist noch nicht einmal ein Jahr her, da hat ein Staatsrat Ihrer Koalition behauptet, wir hätten kein Rattenproblem.

(Beifall CDU)

Wenn wir darüber reden, Erfurter Modell oder nicht, dann war das auch immer als Handreichung für diese Koalition gedacht, um einen Teilaspekt dieses Problems und ein Anchieben dieses Problems hier im Parlament voranzubringen. Deswegen ist es gut, dass wir heute jetzt ja auch dem Antrag der Koalition zustimmen werden, nur der Glaube daran, der fehlt der CDU-Fraktion. Ich sage Ihnen voraus: In einem Jahr werden wir hier wieder stehen, und es hat sich nichts verbessert. Die Wahlversprechen der SPD, eine saubere Stadt zu bekommen, werden wir mit dieser Koalition nicht hinbekommen. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Zuerst lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Drucksachen-Nummer [21/373](#) S abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: CDU, Bündnis Deutschland)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke, FDP)

Stimmenthaltungen?

(Abgeordnete Meltem Sađirođlu [fraktionslos])

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nun lasse ich über den Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit der Drucksachen-Nummer [21/437](#) S abstimmen.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke, Bündnis Deutschland, Abgeordnete Meltem Sağıroğlu [fraktionslos])

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Erkranktes Kita-Personal – Personalplanung auf Kante genäht?

Große Anfrage der Fraktion der FDP

vom 2. September 2024

(Drucksache [21/364 S](#))

Dazu

Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2024

(Drucksache [21/396 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Katharina von Fintel.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fynn Voigt.

Abgeordneter Fynn Voigt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Der strukturelle Fachkräftemangel und die stetig ansteigenden Kinderzahlen in Bremen sind wohl eine der großen Herausforderungen, vor der wir stehen, und auch die Coronapandemie oder die Nachfolgen des Angriffskriegs von Russland auf die Ukraine sind Probleme, die den Druck auf unsere Erzieherinnen und Erzieher erhöht haben. Das sagen nicht nur wir, das sagt auch die Wissenschaft, denn in der Studie „Krankenstand in Berufen der Kinderbetreuung und -erziehung“ der Bertelsmann Stiftung ist niedergeschrieben, dass es vor allem bei den Erzieherinnen und Erziehern einen überdurchschnittlichen Krankenstand gibt und, was besonders

besorgniserregend ist, dass auch die psychischen Erkrankungen in diesem Beruf deutlich ansteigen.

Das haben wir als FDP-Fraktion zum Anlass genommen, nachzufragen und nachzuhaken und haben deswegen eine Große Anfrage gestellt, die wir jetzt hier debattieren werden. Wir werfen also einen Blick auf Bremen und auf die aktuelle Lage hier, und ich möchte mich zunächst einmal bei der Verwaltung bedanken für die Antworten, auch wenn diese kein Grund zur Freude sind, und ich würde einmal kurz auf zwei Dinge eingehen, die in der Antwort besonders bemerkenswert sind.

Das sind einerseits die Krankheitstage, die wir sehen bei den Erziehern, dort gab es einen starken Anstieg im Jahr 2022. Vorher sprachen wir von circa 40 Krankheitstagen im Jahr pro Person, seitdem sprechen wir von circa 50 Krankheitstagen pro Person. Die wurden schlagartig erhöht, haben sich seitdem stabilisiert, sind seitdem nicht gesunken, und wir liegen im Länderranking dort auf Platz vier. Das ist zwar nicht Platz eins, wie wir das sonst gewohnt sind bei solchen Rankings, aber trotzdem nichts, mit dem wir uns in Bremen zufriedengeben sollten.

(Beifall FDP)

Ein weiterer Punkt, der wichtig ist, um über dieses Thema zu sprechen, sind die Krankheitsbilder, die sind relativ typisch in Bremen sowie im Bund. Das sind einerseits die Infektionskrankheiten. – Ich glaube, das kennt jeder, der selbst Kinder hat oder mit welchen in der Familie konfrontiert wird, der eine Kita besucht. Gerade in Krankheitswellen überträgt sich das ganz oft auf Eltern und somit auch auf Erzieher. Es sind andererseits Muskel-Skelett-Erkrankungen. Der Erzieherberuf ist nicht dafür bekannt, dass dort Menschen die ganze Zeit auf ergonomischen Stühlen sitzen, sondern die tragen Kinder, sie bewegen sich oft auf dem Boden, sie spielen mit, deswegen gibt es auch Muskel-Skelett-Krankheiten. Was aber am besorgniserregendsten ist, genauso wie bei der Studie der Bertelsmann Stiftung, ist auch, dass in unserer Antwort hier niedergeschrieben wurde, dass auch in Bremen die psychischen Erkrankungen deutlich angestiegen sind. Das finden wir sehr besorgniserregend.

Wir haben infolgedessen also nach Maßnahmen gefragt, was man dagegen tun kann, und die Verwaltung hat auch geantwortet. Die Senatorin für Kinder und Bildung hat einen Maßnahmenkatalog aufgeführt mit Dingen, die sie tun, um gegen diese Krankheiten und diesen großen Krankenstand

anzugehen. Da sind löbliche Dinge dabei, die wahrscheinlich auch helfen, zum gewissen Teil: Das sind einerseits Anschaffung von ergonomischen Stühlen, die wir eigentlich auch für selbstverständlich halten, das sind zum Beispiel Angebote für Gesundheitschecks zur aktuellen Stresssituation oder zur Wirbelsäulenuntersuchung. Ich muss aber ganz ehrlich sagen, dass, wäre ich Erzieher, ich diesen Maßnahmenkatalog als eine Frechheit empfinden würde und mich nicht richtig ernst genommen fühlen würde, weil die rechtlichen Probleme damit eigentlich gar nicht angegangen werden,

(Beifall FDP, CDU)

denn wenn man einmal in die Realität schaut und sich mit Erzieherinnen und Erziehern auseinandersetzt und sie fragt, was die wahren Probleme sind, dann liegen die nicht bei Gesundheitschecks oder bei den Stühlen, sondern es geht um viel zu große Gruppen, es geht um eine zu schlechte personelle Ausstattung, es geht um eine zu schlechte materielle Ausstattung, und alles das, was in diesem Maßnahmenkatalog beschrieben wird, ist nichts anderes als eine Symptombekämpfung und geht gar nicht die richtigen Ursachen an.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Das ist Arbeitgeberfürsorgepflicht, nichts anderes, was da – –!)

Exakt! Das ist die Fürsorgepflicht, die sie haben, alles darüber hinaus wird nicht angegangen.

Was wir in diesem Sektor eigentlich erleben, ist ein sogenannter Teufelskreislauf: Wir fangen damit an, dass wir einen Personalmangel haben, der nicht gelöst wird, das sorgt für schlechte Arbeitsbedingungen. Die schlechten Arbeitsbedingungen sorgen dafür, dass die Arbeitsbelastung steigt, das sorgt dafür, dass wir einen höheren Krankenstand haben, der dafür sorgt, dass wir einen größeren Personalmangel haben. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen, brauchen wir mehr Personal, wir brauchen mehr Ressourcen und besonders auch mehr Vertretungen.

Wir haben in der letzten Bürgerschaftssitzung hier Vorschläge gemacht. Es wurde unser Positionspapier angesprochen, Frau Aulepp ist sogar darauf eingegangen und hat gesagt, dass das alles Maßnahmen sind, die eigentlich nicht helfen. Ich werde jetzt nicht noch einmal konkret darauf eingehen, aber ich möchte sie nennen, weil Frau Aulepp ja in der letzten Sitzung gesagt hat, dass es gar nicht helfen wird. Ich möchte sie, wie

gesagt, noch einmal nennen: Das sind einerseits Mitarbeiterbefragungen, um auf die Sorgen des Personals einzugehen, um einmal zu fragen: Was sind eigentlich die Probleme, wo können wir nachhelfen? Das wird nicht gemacht.

Es geht um eine zusätzliche Finanzierung der PiA-Ausbildung, um für noch mehr Nachwuchskräfte zu sorgen. – Die wird nicht gemacht. Es geht um Einstellungen für Personal, das explizit für die Verwaltungstätigkeiten da ist, um die Erzieher nicht weiter zu belasten, das wurde abgelehnt, und es geht darum, Quereinstieg zu ermöglichen, ohne die qualitativen Standards zu verletzen. Das wird auch nicht gemacht. Das sind alle Vorschläge, die auf dem Tisch liegen, es sind alle Vorschläge, die Sie ablehnen.

Ich finde, die Beschäftigten, die sich hier tagtäglich darum kümmern, dass unsere Kinder in Bremen in die Kita gehen können, die sich um sie sorgen, das ist eine der wichtigsten Ressourcen, die wir hier in unserer Stadt haben, das ist ein Schlüssel an Personen, die Sie besser unterstützen sollten. Das sollte die oberste Priorität sein, und ich glaube, es ist wichtig, dass wir hier in dieser Debatte einmal darüber sprechen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! 37,66 Krankheitstage waren es im Jahr 2018. In 2024 hatten wir im ersten Halbjahr schon 50 Krankheitstage voll. Hochgerechnet auf das Jahr wären wir dann – ein halbes Jahr mal zwei – bei knapp 100 Krankheitstagen. Der bundesweite Durchschnitt von Krankheitstagen allgemein liegt bei 24,9 Tagen im Jahr 2022, das ist gerade im Fokus und auch bundesweit ja diskutiert worden.

Jeder sieht also, pädagogische Berufe sind mit einem erheblich höheren Krankheitsrisiko behaftet, und dann stellt sich die Frage: Warum ist das so? Die häufigsten Erkrankungen, eben schon erwähnt, sind Erkrankungen des Bewegungsapparats, Infektionskrankheiten, aber auch psychische Belastungen bis hin zum Burnout. Machen wir uns nichts vor bei der ganzen Debatte, die ja auch gerade auf Bundesebene stattfindet: Diese Erzieher:innen machen nicht blau und gehen irgendwo einen Kaffee trinken, die sind wirklich krank, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland, FDP)

Bei der Diskussion über die Einführung von Karenztagen, also den Wegfall von Lohnfortzahlungen am ersten Krankheitstag, müssen wir das dann auch mitberücksichtigen, auch diese Berufsgruppe. Meine Meinung zu diesem Thema ist an dieser Stelle sehr deutlich, auch wenn wir als CDU-Fraktion hierzu selbst noch gar keine Meinung festgelegt haben: Ich lehne es persönlich ab, die Lohnfortzahlung ab dem ersten Tag nicht mehr beizubehalten.

(Beifall Die Linke)

Aber losgelöst von allem sage ich Ihnen an dieser Stelle ganz deutlich, auch jetzt Ihnen als Senat: Warum haben wir so viele Krankheitstage? Wir haben in Bremen – und das ist bundesweit einmalig – nur 70 Prozent Fachkraftquote. Alle anderen Bundesländer arbeiten mit mehr Fachkräften. Unsere Quote ist so niedrig wie nirgendwo anders. Wir haben extrem hohe psychische Belastungen aufgrund von Personalmangel und Überforderung, und es ist deswegen auch absoluter Irrsinn und keinesfalls eine Abhilfe, die Idee von Senatorin Aulepp umzusetzen, dass Erzieherinnen in Hör- und Horchweite sein sollen, aber mit finaler Verantwortung, während pädagogisch unqualifiziertes Personal direkt an und mit den Kindern allein arbeiten soll.

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland)

Das steigert die Überforderung der nicht ausreichend qualifizierten Kräfte, die wir jetzt schon haben bei den nur zweijährig ausgebildeten Kräften und der höchsten Inklusion im gesamten Bundesgebiet. Das steigert aber auch das weitere Ausbrennen der pädagogischen Fachkräfte, die als Feuerlöscher geradezu missbraucht werden.

(Beifall CDU)

Die Studie – und das schreiben Sie selbst in den Antworten – besagt ganz deutlich, dass die Arbeitsbedingungen sogar noch wichtiger sind als mehr Geld. Wenn Sie das wirklich ernst nehmen, beerdigen Sie diesen Vorschlag, meine Damen und Herren! Beerdigen Sie ihn, bevor er überhaupt ins Gesetzgebungsverfahren kommt!

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen auch ganz deutlich, dass die Ablehnung der CDU auch inhaltlicher Natur ist.

(Zuruf – Heiterkeit SPD)

§ 24 SGB VIII, der auch für den Bereich Kinderschutz zuständig ist, spricht von Bildung, Erziehung und Betreuung und nicht nur von Verwahrung, meine Damen und Herren, und das haben die Kinder in dieser Stadt verdient bei 42 Prozent Kinderarmut, das haben die Eltern verdient, und das haben auch die Arbeitgeber verdient.

(Beifall CDU)

Der Arbeits- und Gesundheitsschutz liegt in der Verantwortung der Arbeitgeber, ich habe davon vorhin schon gesprochen. Er ist übrigens refinanziert durch die Stadt, denn der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz besteht nicht dem Kitaträger gegenüber, sondern dem Staat und in dem Fall der Stadt gegenüber, weil es ein kommunales Recht ist. Der Kitaträger setzt das als Erfüllungsgehilfe um. Es ist ein Witz, wenn KiTa Bremen seit Jahren darum kämpft, Mitarbeiterräume zu bekommen, weil es sie nicht gibt oder sie abgeschafft wurden unter Frau Senatorin Stahmann, die früher einmal bis 2014 dafür zuständig war, liebe Abgeordnete der GRÜNEN, oder wenn Mitarbeiter Toiletten fehlen. Das ist Basic, das muss umgesetzt werden, und ich bin es leid, darauf zu warten!

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Wenn Sie die Antwort auf Frage Nummer 7 lesen, ist das einer der Hauptpunkte: Fehlende Rückzugsräume machen krank, psychisch krank. – Ändern Sie das!

(Beifall CDU)

Wenn ich dann sehe, dass Sie hier hineinschreiben, dass Sie nur eine zehnpromzentige Krankheitsquote einrechnen: Wir haben seit 20 Jahren steigende Krankheitsquoten im Kitabereich. Sie bleiben aber statisch bei zehn Prozent Vertretungsreserve: Finden Sie einmal den Fehler! In der letzten Personalversammlung von KiTa Bremen haben die Kollegen Ihnen das in deutlichsten Worten um die Ohren gehauen. Hören Sie auf die Fachleute!

(Beifall CDU)

Wenn ich dann sehe, dass die Personalvertretung in der Krippe auf acht Kinder berechnet wird, Sie aber als Grundregelanspruch inzwischen zehn Kinder umsetzen, dann machen Sie hier eine Mangelfinanzierung, feiern sich hinterher, indem Sie Arbeitgeberfürsorgepflicht-Basics hier als die Riesenerrungenschaft darstellen. Das sind Sie gesetzlich verpflichtet zu tun, und dafür feiern Sie sich ab? Das kann es doch wohl nicht sein!

(Beifall CDU)

Wir als CDU fordern die Bezahlung von Anfang an, auch in den ersten zwei Jahren der von Ihnen durch Rot-Grün-Rot vorgeschriebenen Erstausbildung, auch für die sozialpädagogischen Assistenten, auch für die Kinderpfleger:innen. Sie haben unsere Anträge dazu immer und immer wieder abgelehnt. Bei Ihnen gibt es nach wie vor keine Bezahlung von Anfang an, und Ihre Antwort zu Frage Nummer 7 ist ein Witz. – Entschuldigung, wenn ich das so deutlich sage! Die Absichtserklärungen helfen nicht. Es helfen nur Taten, meine Damen und Herren, und bei Taten, da versagen Sie in Bremen immer und immer wieder.

Es braucht, um es abschließend zu sagen, wenn wir wirklich eine Verbesserung wollen, als Allererstes ein vernünftiges Haltekonzept für die noch bestehenden pädagogischen Fachkräfte, die deutlich und in großer Anzahl gesagt haben: Wenn die Idee, die Sie jetzt gerade vorantreiben, durchkommt, noch mehr nicht qualifiziertes Personal allein mit den Kindern arbeiten zu lassen, anderen die Verantwortung aufzubürden, dann wird das dazu führen, dass noch mehr Personal abwandert. Das können wir nicht zulassen bei dem Fachkräftemangel, der noch auf uns zukommt,

(Beifall CDU)

bei 42 Prozent Kinderarmut.

Es ist auch mitnichten alternativlos: Wir haben ein zehenseitiges Papier mit einem kurz-, mittel- und langfristigen Konzept, wie man es auf anderem Wege hinbekommen kann, dass frühkindliche Bildung vier Jahre für jedes Kind in Bremen garantiert werden – nicht wie bei Ihnen im bisherigen System, das ein Jahr in Blumenthal und bis zu fünf, sechs Jahre in anderen gut situierten Stadtteilen umsetzt. Wir brauchen für jedes Kind vernünftige frühkindliche Bildung, dann klappt es auch irgendwann einmal im Bereich der Sprache in der Grundschule. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Dr. Franziska Tell.

Abgeordnete Dr. Franziska Tell (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleg:innen! Die Zahlen, die in der Großen Anfrage dargestellt werden, die durchschnittlichen Fehltage des Kitapersonals, sind erschreckend. Das lässt sich auch nicht schönreden, das ist wirklich gruselig, wenn man sich das anschaut, dass das die durchschnittlichen Fehltage des Kitapersonals sind, und das ist ein Riesenproblem. Das ist ein Riesenproblem, auch bundesweit, das wurde auch schon angesprochen. Das ist kein alleiniges bremisches Problem, aber es ist eben auch ein bremisches Problem, weil es natürlich dafür sorgt, dass unsere Kitas nicht zuverlässig da sein können und wir Probleme in der frühkindlichen Bildung bekommen. Darum ist es auch gut, dass wir uns heute noch einmal damit beschäftigen.

Ich möchte einmal ganz kurz an die FDP geben, nachdem Sie sich ja in Ihrer Einleitung auf die Wissenschaft bezogen haben: Diese Zeitreihen, die da benannt sind, gleich als einen Trend zu interpretieren, finde ich doch etwas gewagt, nur weil man einmal in zwei Jahren einen etwas höheren Wert hat. Ich glaube, das ist ganz so einfach nicht, aber natürlich müssen wir das im Blick haben, und es ist zumindest ein erschreckendes Zeichen, das wir nicht einfach ignorieren dürfen.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Die Werte steigen seit zehn Jahren!)

Ich beziehe mich jetzt auf die Zahlen, die in der Rede der FDP benannt wurden, da ging es um den Anstieg von 2022, und das würde ich nicht als Trend sehen, aber als Warnung.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Ich unterstelle, dass der Kollege Voigt längere Zeiträume angeschaut hat!)

So weit die wissenschaftliche Einordnung dazu! Was aber am Ende der entscheidende Punkt ist, ist, glaube ich, dass sehr deutlich wird – auch dadurch, dass wir diese Entwicklung eben nicht nur in Bremen haben, sondern deutschlandweit, das zeigt sich –, dass das große Problem eben der Fachkräftemangel ist und damit auch die Notwendigkeit, aus der

schwierigen Situation des Fachkräftemangels perspektivisch endlich wieder herauszukommen.

Das A und O hierbei ist natürlich die Stärkung der Ausbildung, die Stärkung der Weiterbildung. Ich glaube, ein wichtiger Baustein, in dem wir auch in Bremen noch besser werden können und müssen, ist die Sichtbarkeit – die Sichtbarkeit der Ausbildungsmöglichkeiten, die es schon gibt, die Sichtbarkeit auch der Finanzierungsmöglichkeiten, die es schon gibt, und zwar nicht nur in der Praxisintegrierten Ausbildung, die ja von sich aus eine Bezahlung mit sich bringt, sondern auch bei den Möglichkeiten, in anderen Ausbildungsformen schon jetzt eine finanzielle Unterstützung zu erhalten und es so möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, sich für diese Ausbildung zu entscheiden und nicht aus Sorgen, dass sie es sich nicht leisten können, dagegen. Daran müssen wir dringend arbeiten, dass das für Menschen noch deutlicher wird, sichtbarer und einfacher wird, sich für diese Ausbildung zu entscheiden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD)

Ich glaube auch, dass wir im Umgang mit den kranken Fachkräften noch einmal einen flexibleren Umgang in den Einrichtungen brauchen, und das meint vor allem die Frage: Wie gehen wir damit um, wenn Fachkräfte kurzfristig ausfallen, und wie können wir dafür sorgen, dass der kurzfristige Krankheitsausfall nicht für eine hohe Belastung von anderen Kräften sorgt, sondern ein guter Umgang in den Einrichtungen gefunden werden kann, um nicht gleich für große Ausfälle zu sorgen, die ja auch eine Belastung für das Personal darstellen, aber eben auch nicht das zurückbleibende Personal so stark zu belasten, weil Kolleg:innen krank sind? Auch hier müssen wir uns noch einmal genau anschauen, welche Stellschrauben es in diesem Bereich gibt.

Schließlich werden in der Anfrage ja einige Punkte benannt, was verbessert wurde. Jetzt wurde aus der Opposition schon kritisiert, dass das nicht ausreicht – ich glaube auch, dass es nicht ausreicht, das sehen wir ja daran, dass die Zahlen eben nicht sinken –, es ist aber ein erster Schritt.

Der andere Schritt, den wir uns dringend anschauen müssen, ist auch die Verbleibstudie, die im Frühjahr 2025, also ziemlich bald, kommen wird, in der wir die von Ihnen angesprochenen Interviewfragen ja sehen werden. Wir werden ja sehen, was das Fachpersonal sagt, was es bewegt, in der Kita zu verbleiben oder eben auch nicht. Ich glaube, das müssen wir als

Orientierung nutzen, um dann noch einmal nachzusteuern und zu schauen: Wo können wir wirklich unterstützen, wo können wir entlasten auf Basis einer wissenschaftlich fundierten Forschungsarbeit, die uns zeigt, was brauchen wir, um das Personal zu unterstützen. – Vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD)

Vizepräsidentin Christine Schnittker: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Andre Folkert Minne.

Abgeordneter Andre Folkert Minne (Bündnis Deutschland): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Situation in Bremer Kitas ist seit Jahren angespannt, und das wissen wir alle. Doch die jüngsten Antworten des Senats auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion machen eines deutlich: Es hat sich nichts verbessert. Im Gegenteil: Die Probleme sind drängender denn je.

(Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Nein, es ist schlimmer geworden!

Überlastung, Personalmangel und steigende Krankenstände haben die Lage in unseren Kitas an einen Punkt gebracht, an dem ein „Weiter so“ schlichtweg unverantwortlich wäre.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Bremen liegt hier weit über dem Bundesdurchschnitt, was die Krankheitstage beim Kitapersonal angeht. Es ist alarmierend, dass physische und psychische Belastungen in einem Berufsfeld, das die Grundlage unserer Gesellschaft bildet, solche Ausmaße angenommen haben: Wer denkt hier an die Kinder? Wer denkt hier, dass nicht stabile Kontinuitäten für Bezugspersonen benötigt werden? Wer denkt an die Mitarbeiter, die unter dieser Belastung zusammenbrechen? Der Senat verweist auf Maßnahmen wie ergonomische Arbeitsplatzgestaltung, Sportangebote und Achtsamkeitstraining. Doch seien wir ehrlich: Diese Maßnahmen sind nicht mehr als kosmetische Korrekturen. Sie behandeln die Symptome, während die Ursachen weiter ignoriert werden.

Ein wesentlicher Punkt, den der Senat bewusst verschweigt, ist der Einfluss – Sie werden es erraten, geschätzte Kollegen der Koalition –, der Migration auch in unseren Kitas. Die steigende Zahl von Kindern, die kein Deutsch sprechen, erhöht den Betreuungsaufwand erheblich, denn Sprachbarrieren führen zu zusätzlichen Belastungen für die Mitarbeiter, die sich häufig auch

als Dolmetscher wiederfinden, während die pädagogische Arbeit auf der Strecke bleibt. Es ist offensichtlich, dass die Migrationspolitik der letzten Jahre einen erheblichen Beitrag zu diesen aktuellen Problemen leistet. Nur einmal so als Zahl: 67 Prozent der unter Sechsjährigen in Bremen haben einen Migrationshintergrund.

Es ist ebenfalls auch ein Problem, was wir haben, das bleibt: der Fachkräftemangel. Zu wenig Menschen entscheiden sich für den Beruf des Erziehers, und zu viele von denen, die es tun, kehren dem Beruf nach wenigen Jahren den Rücken. Warum? Weil die Arbeitsbedingungen inakzeptabel sind: Überstunden, zu große Gruppen, kaum Zeit für pädagogische Arbeit und unverhältnismäßig hoher bürokratischer Aufwand – das alles schreckt nicht nur neue Fachkräfte ab, sondern treibt auch erfahrene Mitarbeiter aus dem Beruf. Der Senat setzt auf Quereinsteiger, niedrigschwellige Schulungsangebote. Das mag kurzfristig helfen, verschärft aber langfristig die Probleme, wenn die Qualität der Betreuung sinkt. Der Fokus muss darauf liegen, die Arbeitsbedingungen für die bestehenden Fachkräfte so zu verbessern, dass sie im Beruf bleiben und dass sie wieder attraktiv werden.

Ein weiterer zentraler Punkt ist überbordende Bürokratie. Erzieher verbringen sehr viel Zeit mit Dokumentationspflichten, die sie von ihrer eigentlichen Arbeit abhalten – der Betreuung und der Förderung der Kinder. Kita-Planer und andere digitale Tools mögen hier eine erste Entlastung schaffen, doch das reicht nicht: Es braucht eine grundsätzliche Überprüfung aller Dokumentationspflichten und eine Reduktion auf das absolut Notwendige. Jede Minute, die Erzieher nicht mit der Betreuung von Kindern verbringen, ist eine Minute zu viel. Der Senat hat es hier versäumt, rechtzeitig gegenzusteuern.

(Beifall Bündnis Deutschland – Präsidentin Antje Grotheer übernimmt wieder den Vorsitz.)

Hinzu kommt, dass der Ausbau von Kitaplätzen nicht mit dem Bedarf Schritt hält. Familien warten monatelang auf einen Platz, und wenn sie einen bekommen, sind die Gruppen oft überfüllt. Das ist weder für die Kinder noch für die Mitarbeiter tragbar. Der Senat verweist auf Bauvorhaben und Investitionen, doch die Realität zeigt, dass vieles viel zu langsam umgesetzt wird. Hier braucht es mehr Tempo, klare Prioritäten.

Wir als Fraktion Bündnis Deutschland fordern daher einen umfassenden Maßnahmenkatalog, um die Situation in den Bremer Kitas nachhaltig zu verbessern. Dazu gehören kleinere Gruppengrößen, faire Vergütung und klare Regeln, um Überstunden zu begrenzen. Nur so kann verhindert werden, dass noch mehr Fachkräfte den Beruf verlassen.

Dokumentationspflichten müssen drastisch reduziert werden. Die Einführung digitaler Tools, zum Beispiel des Kita-Planers, sind ein erster Schritt, um den pädagogischen Alltag zu entlasten. Präventive Maßnahmen müssen ausgebaut werden, um psychischen Erkrankungen und Burnout vorzubeugen. Dazu gehören nicht nur individuelle Angebote, sondern auch strukturelle Veränderungen, die die Belastung im Alltag reduzieren. Neben besseren Arbeitsbedingungen und höherer Vergütung muss auch in die Ausbildung investiert werden. Angehende Erzieher brauchen praxisnahe Ausbildungsangebote, die sie optimal auf den Berufsalltag vorbereiten.

Sehr geehrte Damen und Herren, der Senat trägt die volle Verantwortung für die derzeitige Situation.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Es reicht nicht, die Probleme zu benennen und nur halbherzige Maßnahmen zu ergreifen. Was wir brauchen, ist kein weiterer technokratischer Aktionismus, sondern ein grundsätzlicher Politikwandel für unsere Kinder, für unsere Fachkräfte in den Kitas und für die Stabilität unseres Sozialsystems. Die Realität ist: Unsere Kitas wie auch unser gesamtes Sozialsystem leiden massiv unter den Folgen einer unverantwortlichen Politik.

Es ist höchste Zeit, dass der Senat den Mut aufbringt, die Probleme offen anzusprechen und wirksam Maßnahmen zu ergreifen. Wer weiterhin ignoriert, dass Kapazitäten längst überschritten sind, riskiert nicht nur den Zusammenbruch des Systems, sondern spielt auch mit der Zukunft unserer Kinder. Warum nicht einmal eine Förderung von Betriebskitas in Einkaufszentren, in der City, bei der BSAG, der swb? Machen Sie eine Elternschaft attraktiver in dieser Stadt! Gerade alleinerziehende berufstätige Mütter wie auch Väter würden es Ihnen danken. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Heike Kretschmann.

Abgeordnete Heike Kretschmann (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Abgeordnete, liebe Gäste! Vielen Dank erst einmal an das Bildungsressort für die Antworten auf die Große Anfrage der FDP-Fraktion bezüglich des erkrankten Kitapersonals! Herr Kollege Voigt hat ja schon darauf hingewiesen, dass auch die Bertelsmann Stiftung unlängst eine Erhebung vorgenommen hat und sich auch das Thema des Krankenstands in Berufen der Kinderbetreuung und Kindererziehung vorgenommen hat.

Die Studie der Bertelsmann Stiftung stützt sich auf Zahlen verschiedener Krankenkassen, und die Antworten der Bildungsbehörde auf die Große Anfrage beschränken sich auf den kommunalen Träger KiTa Bremen und haben, anders als die Studie der Bertelsmann Stiftung, Kurzerkrankungen von einem bis drei Tagen einbezogen. Natürlich ist die Zahl der Erkrankungen bei KiTa Bremen dann deutlich höher, und für eine grundsätzliche Bewertung ist diese Ausgangslage auch richtig. Die Beschäftigten von KiTa Bremen weisen in dem Zeitraum von Mitte 2023 bis Mitte 2024 durchschnittlich 49 Fehltag auf. Das sind bei einer Fünftageweche circa ein Fünftel der Jahresarbeitszeit und pro Fachkraft gut eineinhalb Monate am Stück. Meine Kollegin hat es gesagt: Die Zahlen sind erschreckend.

Doch was macht Erzieherinnen krank, und welche Faktoren greifen da ineinander? Erzieherinnen sind in ihrem Berufsalltag – das wurde auch schon gesagt – physischen und zunehmend psychischen Belastungen ausgesetzt. Schlechte strukturelle Rahmenbedingungen und in deren Folgen Rückenprobleme, Infektionskrankheiten, vor allem im Winter in den kalten Monaten, und Erschöpfungssyndrome sind in dieser Berufsgruppe leider keine Seltenheit. Gerade im pädagogischen Bereich überschreiten Fachkräfte im Alltag oft ihre eigenen Belastungsgrenzen. Sie kümmern sich vorrangig um andere und neigen dazu, die Warnsignale ihres eigenen Körpers zu ignorieren.

Zudem sind sie täglich einer Vielzahl von Stressoren ausgesetzt, auf die sie eben auch nur bedingt Einfluss nehmen können. Die Lärmbelastung ist hoch, die Gruppen sind groß, es herrscht ein hoher Arbeitsdruck, der durch Personalmangel noch verstärkt wird. Laut Studie der Bertelsmann Stiftung waren Kitamitarbeitende im Jahr 2023 deutlich häufiger krank als

Beschäftigte anderer Branchen, und die Dynamik hat sich seit Corona noch einmal massiv verschärft.

Die Personalsituation in Kitas ist bundesweit dramatisch. Personalnot macht krank, das gilt hier und auch in der Gesundheits- und Pflegebranche in besonderem Maße. Die Personalausfälle durch Krankheit, Fortbildung oder Urlaubszeiten werden für die Kitas mehr und mehr zum Problem, denn wenn Kolleginnen fehlen, steigt die Belastung derer, die arbeiten. Die Zahlen müssen uns alarmieren, und wir müssen uns natürlich die Frage stellen: Was tun wir dagegen? Neben den Programmen zur Personalgewinnung müssen wir uns auch gesundheitsfördernde Maßnahmen für die pädagogischen Fach- und auch Leitungskräfte anschauen: Wie können zum Beispiel Angebote des betrieblichen Gesundheitsmanagements möglichst umfangreich und gezielt erfolgen? Wie können strukturelle Prozesse in Kitas so gestaltet werden, dass die Beschäftigten bestmöglich in ihrer Arbeit unterstützt werden, und wie wird mit psychischen Erkrankungen umgegangen?

Selbstfürsorge muss dabei fest verankert sein, und auch die Arbeitgeber-Fürsorgepflicht darf nicht zur Worthülse verkommen, denn gerade, um psychischen Belastungen oder auch gar Erkrankungen vorzubeugen, ist es überaus wichtig, eigene Bedürfnisse zum Ausdruck zu bringen und auch zu sehen, dass darauf reagiert wird.

Bei KiTa Bremen gibt es zahlreiche Angebote im Rahmen des betrieblichen Gesundheitsmanagements, wie die Antwort des Senats belegt. Ziel ist es dabei – das wissen Sie –, Strukturen sowie Prozesse im Arbeitsfeld gesundheitsförderlich zu gestalten. Ergonomische Arbeitsplatzausrichtung und gesundheitsförderliches Zeitmanagement gehören genauso dazu wie Bildungszeiten, Entspannung und Sportangebote.

Das reicht aber nicht aus. Ein gutes betriebliches Gesundheitsmanagement ist natürlich wichtig, um die Situation der Beschäftigten zu verbessern. Vor allem muss auch die Personalgewinnung weiterhin mit Nachdruck betrieben werden, doch vor dem Hintergrund des erhöhten Arbeitsdrucks gestaltet sich leider auch die Gewinnung von Personal zunehmend schwerer. Vielfältige Bemühungen, auch durch niedrigschwellige Zugänge zusätzliches Personal zu gewinnen, sind wichtig, jedoch geht das nur einher mit entsprechenden Weiterqualifizierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten, um auch diesen Menschen eine berufliche Perspektive bieten zu können.

Nur so können wir unsere Kindertageseinrichtungen zumindest mittelbar entlasten.

Letztlich müssen wir auch das Ausbildungssystem auf den Prüfstand stellen. Wir müssen beleuchten, inwieweit unsere Formate überhaupt noch zeitgemäß sind und ob sie nicht einer grundlegenden Reform bedürfen. Das jetzige System vermittelt den Auszubildenden, den Schüler:innen, den Weiterbildenden keineswegs die Situation, die es im Kitaalltag zu bewältigen gibt, und gerade das führt zusätzlich zu einer Ernüchterung bei den Fachkräften, wenn sie dann in den Kitas eingesetzt sind. Wir müssen die jungen Kolleginnen genauso in den Fokus nehmen wie die älteren – die jungen, damit sie sich nicht nach wenigen Jahren von der Kindertagesbetreuung abwenden, und die älteren, damit sie lange gesund im System verbleiben können.

Sicherlich können wir durch die Studie der Arbeitnehmerkammer und des Instituts für Arbeit und Wirtschaft zur Personalfuktuation wichtige Erkenntnisse erwarten, aus der sich dann weitere Handlungsschritte ableiten lassen. Das Berufsbild hat sich in den vergangenen Jahren aufgrund komplexer Arbeitsinhalte, fußend zum Beispiel auf neuen pädagogischen Anforderungen und Dokumentationspflichten und auch durch Veränderungen in der Struktur der Kinder- und Elternschaft, massiv verändert.

Auch der Druck der Eltern steigt stetig. Forderungen, zum Beispiel nach verlässlichen Betreuungszeiten, werden größer und können nicht immer erfüllt werden. Viele verkennen dabei aber auch, dass die Aufgabe der Kita darin besteht, familienergänzend und nicht -ersetzend tätig zu sein.

(Glocke)

Von pädagogischen Fachkräften wird ein hohes Maß an Flexibilität und Belastbarkeit gefordert, und das gilt es auch in Zeiten der Personalnot zu bewältigen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Miriam Strunge.

Abgeordnete Miriam Strunge (Die Linke): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Antwort auf die Große Anfrage der FDP-

Fraktion zu erkranktem Kitapersonal sehen wir einige erschreckende Zahlen. Das haben wir jetzt schon gehört, aber ich möchte trotzdem auch noch einmal auf die wichtigsten Zahlen eingehen: Im Jahr 2023 sind die Fehlzeiten des Personals bei KiTa Bremen 48 Tage. Fünf Jahre vorher, 2018, waren es nur 38 Tage, also ein Anstieg von durchschnittlich zehn Tagen pro Jahr pro Arbeitnehmerin im Zeitraum von fünf Jahren. Das ist ordentlich, und das zwingt uns natürlich, noch einmal ganz genau hinzuschauen: Warum erkranken Beschäftigte in den Kitas so häufig?

Laut Erhebung der DAK sind die Kitabeschäftigten im Land Bremen – da werden also alle Kitabeschäftigten erhoben, nicht nur die von KiTa Bremen – im Schnitt 33,4 Tage im Jahr krank. Damit ist Bremen nicht Spitzenreiter, sondern ungefähr auf dem Niveau von Hamburg, die Krankentage von Kitapersonal in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Berlin sind höher als in Bremen. Wir erkennen daran sehr deutlich: Diese Problematik ist kein bremisches Problem, aber es ist ein Problem in Bremen.

Andere Arbeitnehmerinnen sind natürlich auch krank, und um ein Gefühl dafür zu bekommen, was eigentlich normal ist, muss man sich natürlich die Krankenstände von anderen Berufsgruppen auch genau anschauen. Für Bremen lässt sich da feststellen, dass in 2023 über alle Beschäftigtengruppen hinweg die Menschen an rund 22 Tagen krank waren, Beschäftigte in den Kitas rund 33 Tage. Das ist eine so große Differenz, die wiederum zeigt: Ja, wir müssen uns die Situation von Beschäftigten in Kitas wirklich noch einmal genauer anschauen.

Also: Warum werden Beschäftigte in Kitas krank? Die häufigste Ursache, auch das wurde heute schon mehrfach genannt, sind Atemwegserkrankungen, aber auch Erkrankungen aufgrund des Tragens oder des Hebens von Kindern sind häufig. Hier kann man ja ein Stück weit sagen, das ist das Berufsrisiko. Dass die Ansteckungsgefahr in der Kita höher ist als in der Baubranche oder im klassischen Bürojob, ist jetzt wenig überraschend, und ein Indiz dafür, dass Atemwegserkrankungen wirklich einen großen Anteil der Krankentage ausmachen, sind auch die Zahlen, die wir sehen, wann in den Kitas die höchsten Krankenstände sind. Die sind nämlich zwischen November und Februar, mit der Spitze im Dezember. Ich glaube, dass sich hier von politischer Seite relativ wenig gegensteuern lässt.

Anders sieht es aber eben bei psychischen Erkrankungen aus: 23 Prozent, also fast ein Viertel der Krankheitstage in Bremen, lassen sich bei

Kitapersonal auf psychische Erkrankungen zurückführen. Bremen ist auch hier wieder in einer ähnlichen Situation wie Hamburg. Hier stellt sich natürlich die Frage, ob die Arbeitsbedingungen auch zu psychischen Erkrankungen beitragen. In der Studie der Bertelsmann Stiftung zum Krankenstand in Berufen der Kindererziehung wird ein einfacher Kreislauf beschrieben, den jeder, glaube ich, sehr gut nachvollziehen kann, den Herr Voigt von der FDP auch schon beschrieben hat: Personalmangel führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen, das führt zu einer erhöhten Arbeitsbelastung, das wiederum führt zu einem erhöhten Krankenstand, und das wiederum führt zu Personalmangel.

Was mich wirklich ärgert, ist – und ich frage mich auch immer wieder, wie geht man damit eigentlich um –: Wenn einfach offensichtlich Falsches hier vom Podium gesagt wird, dann, finde ich, muss man sich auch manchmal die Zeit nehmen, zu widersprechen. Ich finde es wirklich ätzend, dass Bündnis Deutschland hier einmal wieder behauptet, die Migration sei das Problem, obwohl jede Studie deutlich macht, dass das große Problem in den Kitas das Personalproblem ist und dass das eben rein gar nichts mit Migration zu tun hat; aber das passt nicht in Ihr Bild,

(Beifall Die Linke, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Abgeordneter Sven Schellenberg [Bündnis Deutschland]: Das stimmt nicht!)

und deswegen lesen Sie diese Studien nicht und behaupten hier einfach Sachen, die überhaupt nicht stimmen.

(Zuruf Bündnis Deutschland)

Jetzt aber wieder zurück zum Thema! Wie kann man also diesen Teufelskreis, den ich gerade eben beschrieben habe, durchbrechen? Eigentlich liegen die Lösungen ja auf der Hand: Man muss den Personalmangel reduzieren, die Arbeitsbedingungen verbessern und das Personal entlasten. Ganz so einfach ist das natürlich nicht. Wenn man sich die Punkte gesondert anschaut, dann finde ich einerseits, das Thema Personalmangel steht für sich. Ich finde, hier in Bremen sind wir wirklich dran, das besagt auch die Antwort des Senats ganz klar: Wir machen sehr viel Werbung für diesen Beruf, es gibt eine Vielzahl von unterschiedlichen Weiterbildungsangeboten, je nachdem, auf welchem Niveau man einsteigen will oder kann, es gibt auch den niedrighwelligen Einstieg als Kindertagespflegeperson, wir bauen die Ausbildungskapazitäten aus. Ich

glaube aber, dass wir bei der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen in diesem Berufsfeld auch noch besser werden können.

(Beifall Die Linke)

Gehen wir zum Punkt Arbeitsbedingungen verbessern! Da würde mehr als Allererstes einfallen, dass wir die Gruppengrößen verkleinern und einen funktionierenden Vertretungspool brauchen und auch eine größere Vertretungsreserve, damit bei kurzfristigem Personalausfall nicht eine Fachkraft allein ist, sondern qualifizierte Unterstützung bekommt.

(Beifall Die Linke)

Solange wir aber die Situation haben, dass zu wenig Kinder einen Kitaplatz haben, ist es leider sehr schwierig, kleinere Gruppen zu schaffen. Dieses Dilemma sehe ich, nichtsdestotrotz brauchen wir schnellstmöglich insbesondere in den benachteiligten Quartieren kleinere Kitagruppen, denn das entlastet die Fachkräfte, das macht die Arbeitsplätze dort attraktiver, und es hilft vor allem den Kindern vor Ort.

(Beifall Die Linke)

Für eine größere Vertretungsreserve oder einen guten Vertretungspool brauchen wir natürlich Personal, und das ist in Zeiten des Personal Mangels auch keine einfache Lösung. Ich finde es deshalb sehr interessant, dass die Antwort des Senats zumindest offen dafür ist, zu diskutieren, ob die Einsetzung von Verwaltungspersonal gegebenenfalls auch eine Entlastung für Erzieherinnen sein könnte, ich glaube, diese Diskussion sollten wir fortsetzen.

Potenzial sehe ich auch nach wie vor in der konsequenten Öffnung der Kitas nach oben, also für Berufe wie Psychologinnen, Schulsozialarbeitern – Sozialarbeiterinnen, nicht Schulsozialarbeiterinnen, die vielleicht auch! –, aber Heilerziehungspflegerinnen, um so auch eine Entlastung für die Fachkräfte zu schaffen. Ich freue mich auf die weitere Diskussion zu diesem Thema. – Danke schön!

(Beifall Die Linke, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen vonseiten der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Katharina von Fintel.

Staatsrätin Katharina von Fintel: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Zur Einordnung der Zahlen haben Frau Strunge und Frau Kretschmann schon etwas gesagt. – Vielen Dank dafür, das werde ich jetzt nicht wiederholen! Ich werde vielleicht noch einmal eine Kleinigkeit korrigieren: Wir sind nicht auf dem vierten Platz, sondern vier Plätze hinter Berlin auf dem fünften Platz, unmittelbar vor Hamburg, und die Parallelität der Problemlage zwischen Bremen und Hamburg ist auch eben gerade schon beschrieben worden. Das werde ich jetzt nicht wiederholen.

Der hohe Krankenstand unter den Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas ist eben nicht nur in Bremen, sondern bundesweit eine riesige Herausforderung. Er führt zum Teil zu erheblichen Belastungen bei den verbliebenen Fachkräften und damit für das Kitasystem insgesamt. Nicht zuletzt belastet dieser Krankenstand, der so hoch ist, die Kinder und ihre Eltern, die mit kurzfristigen oder auch längerfristigen Gruppenreduzierungen und sogar Gruppenschließungen umgehen müssen. Deswegen brauchen wir gezielte Maßnahmen zur Fachkräftegewinnung, die den kurzfristigen und den langfristigen Personalnotstand in den Kitas nachhaltig entlasten. Dazu werde ich später mehr sagen.

Es geht aber nicht nur darum, neue Fachkräfte zu gewinnen, sondern auch die bestehenden Mitarbeitenden zu unterstützen und langfristig in ihrem Beruf zu halten. Ein zentraler Punkt ist hierbei die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Belastung der Fachkräfte sinkt und gleichzeitig die Attraktivität des Berufes steigt. Dazu gehört auch eine faire Entlohnung als Anerkennung der geleisteten Arbeit. Wir haben den Trägern die Möglichkeit eingeräumt, Erzieherinnen, die in besonders belasteten Lagen, also Indexlagen, arbeiten, mit 8b TvÖD-SuE zu vergüten. Das ist schon ein ordentlicher Schritt nach vorn.

(Beifall Die Linke)

Zu einer ehrlichen Analyse der Gründe für die hohen Krankenstände gehört aber auch die Erkenntnis, dass es nicht nur um die statistisch leicht zu erfassenden Krankheiten geht – es wurde jetzt schon mehrfach genannt, Wirbelsäule, Atemwegserkrankungen et cetera –, sondern auch das, was wir alle doch wissen aus den Gesprächen mit den Fachkräften, dass sie eine hohe Belastung auch deswegen haben, weil die Förderbedarfe der Kinder und die Beratungsbedarfe der Eltern so sehr gestiegen sind, und das ist

nicht gleich mit Migration. Ein Feld ist, wir haben die Kombination von Kindern mit geistiger Behinderung plus Autismusstörungen. Was wir im Bildungssystem sehen, sehen wir auch in der Kita, und bisher hat kein Land und keine Krankenkasse eine Analyse vorgelegt, warum. Vor dieser Aufgabe stehen wir alle noch. Aber das erhöht den Arbeitsdruck, und das wissen wir.

Die Vielfalt der Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im Allgemeinen und die zahlreichen Angebote von KiTa Bremen haben wir in der Vorlage dargestellt, sie waren schon Thema. Ebenso haben wir unsere Bemühungen sichtbar gemacht, um das Personal immer mit der bestmöglichen Vergütung, die wir bereithalten können, dann auch zu finanzieren, und all das reicht nicht aus.

Die Sicherstellung von ausreichend Personal unter den Bedingungen eines ausgeprägten Fachkräftemangels ist eine echte Herausforderung. Wir wissen doch alle, dass der Fachkräftemarkt in den westdeutschen Bundesländern in den Bereichen Erziehung, Soziales, Gesundheit leergefegt ist.

(Beifall SPD)

Er ist leergefegt.

Wir wissen, dass viele Branchen um die gleichen Jugendlichen verbittert konkurrieren, weil die und wir sie als Auszubildende und als Arbeitskräfte gewinnen wollen. Wir sind hier nicht in der Situation wie vor zehn Jahren, sondern wir sind in einer Situation, wo wir richtig Mangel an jungen Leuten haben, die überhaupt in diesen Weg gehen können, denn die Kohorten die Alterskohorten schrumpfen bundesweit.

(Zuruf – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Umso wichtiger ist es, das bestehende Personal zu halten!)

Der Anteil der Auszubildenden beziehungsweise Fachschülerinnen in den Erziehungsberufen – Mehrzahl, also nicht nur Erzieher, sondern Erziehungsberufen – konnte, relativ gesehen zum Anteil der Schulabgängerinnen, gesteigert werden. Das ist Leistung, dass wir mehr hineinziehen, obwohl wir in einer richtig harten Konkurrenz zur dualen Ausbildung und zum Studienbereich sind. Insbesondere im Bereich der Erstausbildung, also bei den sozialpädagogischen Assistenzen und der Kinderpflege, konnten wir zulegen. Das ist eine Leistung! Die Zahl der

Ausbildungsanfängerinnen stieg allein in den öffentlichen Fachschulen des Landes Bremen vom Schuljahr 2022/2023 auf 2023/2024 um 40 Prozent von 219 auf 309 Ausbildungsanfängerinnen. Das ist was!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Um es auf den Punkt zu bringen: Im Bereich Aus- und Weiterbildungssegment für junge Menschen für die klassischen Zielgruppen, die wir haben, sind wir richtig gut.

Jetzt zum Segment der lebenserfahrenen Menschen, die wir genauso gewinnen wollen und gewinnen müssen: Wir haben den Quereinstieg in die Erziehungsberufe gezielt durch unterschiedliche Formate gestärkt, die der Lebenswirklichkeit lebenserfahrener Menschen besser entsprechen. Diesen Weg gehen wir gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter gezielt weiter. Wir brauchen jede und jeden. Wenn sie geeignet sind und das richtige Interesse mitbringen, dann wollen wir ihnen die Tür öffnen. Wir wollen Zugänge und Durchstiege auch für gering qualifizierte Menschen. Sie sollen sich Schritt für Schritt möglichst berufsbegleitend zu Fachkräften qualifizieren und weiterbilden können. Auch das wurde in der Vorlage schon beschrieben.

Ich will es noch einmal wiederholen: Wir brauchen jede und jeden, denn sonst werden wir die Personallücken, die wir jetzt schon haben, nicht schließen können. Die Lücke wird größer, wenn wir nichts tun, und sie wird allein deswegen größer, weil wir Verrentungswellen vor uns haben – das ist ein Thema insbesondere von KiTa Bremen –, weil wir höhere Betreuungsbedarfe haben, weil wir den Ganzttag ausbauen, weil wir die Inklusion stärken wollen, und das zielt immer auf dieselbe Klientel an jungen Menschen und an lebenserfahrenen Menschen, die sich für dieses Segment interessieren. Also: Wir brauchen sie alle, und wir müssen auf sie zugehen und nicht die suchen, die nie geboren wurden.

(Heiterkeit – Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Perspektivisch soll eine entsprechende Gesetzesinitiative nicht nur den Trägern ermöglichen, schnell mehr Personal in die Kitas zu holen, sondern auch für mehr Flexibilität in der Personalplanung, das ist ein zentraler Baustein, um die Überlast in den Kitas zu verhindern und damit auch dem Krankenstand hoffentlich gut zu begegnen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sandra Ahrens zu einer Kurzintervention.

Abgeordnete Sandra Ahrens (CDU): Frau Präsidentin, sehr geehrte Frau Staatsrätin! Es ist gut, dass wir jetzt endlich über verbesserte Ausbildungszahlen sprechen von tatsächlichen Menschen. In der Vergangenheit hat sich der Senat über sieben Jahre für mehr Plätze, die nicht besetzt wurden, abgefiebert, und alle Anfragen der Opposition immer beantwortet mit „wir haben genügend Plätze, wir bekommen das alles hin“. Das ist also ein Umdenken, das ist positiv.

Wenn wir über niedrig qualifiziertes Personal sprechen, sind wir als CDU-Fraktion nicht generell dagegen; gern als Zweit- oder Drittkraft, aber nicht allein am Kind, und vor allem mit lebenslangem Lernen verbunden, also mit einem verbindlichen Weiterqualifizierungsangebot, damit das eben keine Frauenarmutsfalle bleibt, sondern Frauen auch da die Möglichkeit haben, sich weiterzuqualifizieren, höhere Abschlüsse zu erreichen, mehr Geld zu bekommen und nicht in die Altersarmut zu gehen. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen, und das ist auch ein abweichender Ansatz als der, den Sie im Moment in Ihrem Haus verfolgen. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats, Drucksache [21/396](#) S, auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Kenntnis.

Bevor ich jetzt den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, begrüße ich auf der Besuchertribüne ganz herzlich eine Gruppe des Schaustellerverbands.

Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ortsgesetz zur Änderung der Jahrmarktgebührenordnung Mitteilung des Senats vom 10. Dezember 2024 (Drucksache [21/441 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Staatsrätin Maike Frese.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Sven Schellenberg.

Abgeordneter Sven Schellenberg (Bündnis Deutschland): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stehe heute hier, um mich klar gegen die von der Koalition geplante Erhöhung in der Jahrmarktgebührenordnung auszusprechen.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Dieses Vorhaben, das Sie uns gern als die kleine Formsache einer notwendigen Gebührenanpassung verkaufen möchten, hat es nämlich ganz schön in sich: Bei näherem Hinsehen sind die Auswirkungen leider weitreichend und betreffen nicht nur die Schaustellerinnen und Schausteller, sondern auch die Verbraucher.

Die Bremer Jahrmärkte sind seit Generationen eine gelebte Tradition, die Familien, Freunde und Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft zusammenbringt, eigentlich sogar ein kulturelles Erbe, welches unsere Stadt langfristig geprägt hat. Realisiert werden diese Veranstaltungen von den Schaustellern, die mit harter Arbeit, Leidenschaft und großem persönlichen Einsatz – und wir wollen nicht das unternehmerische Risiko vergessen – immer wieder Jahr für Jahr für ein Gelingen dieser Veranstaltungen sorgen.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Ihre geplante Gebührenerhöhung bedroht geradezu dieses kulturelle Erbe direkt und unmittelbar. Für Schausteller ist es ohnehin nicht unbedingt einfach, wirtschaftlich zu überleben. Die Kosten für Energie, Transport und Personal steigen gerade in den letzten Jahren stetig, und die Pandemie hat die Branche nachhaltig geschwächt, das lässt sich nicht abstreiten.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Viele Betriebe kämpfen bereits jetzt ums Überleben, und zusätzliche finanzielle Belastungen könnten für viele das Aus bedeuten. Es geht hier also nicht nur um Zahlen, sondern auch um Existenzen. Jede Gebührenerhöhung führt dazu, dass gerade kleinere Betriebe bald möglicherweise gar nicht mehr mithalten können. Das bedeutet nicht nur den Verlust von Arbeitsplätzen, sondern auch im Angebot auf den Jahrmärkten selbst. Ohne diese kleinen Betriebe verlieren diese einen wesentlichen Teil dessen, was deren Charakter nämlich ausmacht.

Doch die Auswirkungen gehen weit über die Schausteller hinaus: Höhere Gebühren werden zwangsläufig an die Besucherinnen und Besucher weitergegeben. Eintrittspreise, Fahrkarten und Snacks auf Veranstaltungen dieser Art könnten teurer werden, und das in einer Zeit, in der die Lebenshaltungskosten ohnehin steigen. Was bleibt, ist ein Jahrmarkt, den sich viele Familien in Bremen schlichtweg nicht mehr leisten können, und das spricht eigentlich gerade sie an, meine Damen und Herren. Das widerspricht nämlich grundsätzlich der Idee eines Volksfestes, das allen offenstehen sollte, und zwar unabhängig von deren Einkommen.

(Zuruf – Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Ja!)

Darüber hinaus haben unsere Jahrmärkte auch eine wirtschaftliche Bedeutung für Bremen. Sie ziehen Menschen aus der gesamten Region an, die nicht nur die Märkte selbst besuchen, sondern auch in Restaurants, Hotels und Geschäften in der Umgebung Geld ausgeben. Eine Schwächung der Jahrmärkte wird also auch negative Folgen für andere lokale Unternehmen mit sich bringen. Sie riskieren diesbezüglich einen Dominoeffekt, der weitreichende wirtschaftliche Schäden nach sich ziehen wird, nur – wie man es gewohnt ist – sehen Sie das gar nicht.

Aber gern noch einmal zur Argumentation des Senats! Sie können doch nicht ernsthaft anhand der einsamen Begründung fehlender Kostendeckung nach elf Jahren Nichterhöhung daraus ableiten, dass Sie uns da die Kostensteigerungen der letzten elf Jahre von Anfang an schuldig bleiben wollten! – Herr Robrahn hatte Sie daran, glaube ich, erinnert, soweit ich das in Erinnerung hatte. Zumindest gestern erreichte uns per Mail Ihre Info darüber, welche Kostenfaktoren umlagefähig sind oder nicht beziehungsweise in Ihrer Kalkulation nicht berücksichtigt wurden. Da vielen Dank an die Senatorin, die heute gerade jetzt nicht hier ist, aber auch Dank an Frau Gröninger, die da nachgehakt hat!

Die Entwicklung der Kostenfaktoren während der letzten elf Jahre hätten Sie von Anfang an transparent machen müssen, um die Gesamtlage nüchtern beurteilen zu können. Wenn Sie dies nicht konnten oder gar nicht erst wollten, dann stellt sich hier direkt die Frage, ob Sie nicht eventuell doch nur wieder Opfer Ihrer selbst herbeigeführten Haushaltsnot sind und nun verzweifelt versuchen, irgendwo dann doch noch ein paar Chips zumindest zusammenzukratzen. Einmal ehrlich: Das kann es doch wohl nicht wirklich sein!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Wissen Sie, wo ich in Fragen der Glaubhaftigkeit gar nicht einmal anzweifeln will, ist die Explosion der Sicherheitskosten: Einlasskontrollen, Sanitätsdienst, gegebenenfalls Absperrungen und Security, unter anderem für Messerkontrollen, gibt es natürlich zwangsläufig auch nicht zum Nulltarif, das haben Sie richtig erkannt. Sie alle beziehungsweise Ihre Bundesparteien haben aber seinerzeit unter Beifall gespendet, als die damalige Bundesregierung unter Frau Merkel die völlig unkontrollierte Massenmigration auf unser Land losgelassen hat.

(Widerspruch SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke – Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Das stimmt doch!)

Das geht jetzt natürlich auch an den Volksfesten in keinster Weise spurlos vorbei. Das müssen Sie doch selbst einmal realisieren!

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: So kann man eine Debatte auch versabbeln! – Zurufe)

Nicht erst seit Magdeburg ziehen überproportional meist männliche Personen mit Migrationshintergrund aus Kulturkreisen, in denen Messer und Macheten sowohl als Mittel der Konfliktkultur sowie als Statussymbole für deren Männlichkeit dienen, immer wieder neue Blutspuren durch unser Land, was zwangsläufig – –.

(Zurufe – Glocke)

Präsidentin Antje Grotheer: Herr Schellenberg, bitte!

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Soll das eine AfD-Rede sein, oder was?)

Abgeordneter Sven Schellenberg (Bündnis Deutschland): Wir sind bei der Sache, das hat nämlich mit der Kosteneffizienz tun!

Präsidentin Antje Grotheer: Ich möchte Ihnen sehr ungern einen Ordnungsruf erteilen, ich bin kurz davor. Ich weise Sie darauf nur hin!

(Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Dann klagen wir wieder! – Unruhe)

Ich glaube, dass Sie jetzt vorsichtig sein müssen, wie Sie fortfahren in dieser Debatte.

(Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Nein, er kann so fortfahren, wie er – –! Das war vollkommen korrekt! – Zurufe)

Herr Leidreiter, ich rede! Sie haben das nicht zu kommentieren! Das sieht die Geschäftsordnung ausdrücklich vor.

(Zurufe)

Wenn ich glaube, den Kollegen ermahnen zu müssen – –.

(Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Dann klären wir das vor Gericht!)

Herr Leidreiter, wenn Sie nicht ganz vorsichtig sind, lasse ich Sie gleich aus dem Saal führen!

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Bitte! Das sieht die Geschäftsordnung so vor, dass ich das mit Herrn Schellenberg kläre und nicht mit Ihnen!

(Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Ich bin Fraktionsvorsitzender!)

Herr Schellenberg, bitte! Ich habe Sie nur ermahnt im Moment, mehr tue ich gar nicht. Bitte fahren Sie mit Ihrer Rede fort!

Abgeordneter Sven Schellenberg (Bündnis Deutschland): Frau Präsidentin, ich nehme das für jetzt zur Kenntnis. Ich schließe dann also diesen Punkt einfach letzten Endes mit der Feststellung, dass das Ganze natürlich auch in die Kosten einfließt als erhöhter Sicherheitsaufwand, den es zwangsläufig mit sich bringt. Wir reden also bei diesem Aufwandsbedarf

letzten Endes doch über Kosten, welche leider Gottes – und das müssen Sie selbst erkennen – unmittelbare Folgen Ihrer politischen Fehlentscheidungen sind, und darüber dürfen Sie sich gern weniger aufregen, dafür mehr darüber nachdenken. Das wäre ein Anfang.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Wir als Fraktion Bündnis Deutschland stellen Ihnen heute die Frage, ob Ihnen überhaupt auch nur im Ansatz bewusst ist, wie sich Ihre Erhöhung in dieser Sache für die betroffenen Schausteller überhaupt auswirkt. Für diese bedeutet die Erhöhung nicht nur lediglich einen erheblichen finanziellen Mehraufwand, nein, es bedeutet einen erheblichen Mehraufwand vor allen Dingen zur völlig falschen Zeit, nämlich in einer Zeit, in der sich deren ohnehin schon angespannte Lage durch die wirtschaftliche Gesamtentwicklung nicht nur Bremens, sondern Deutschlands noch weiter verschärfen wird, denn das Ganze ist ja in Wirklichkeit nicht nur ein Bremer Problem.

Es bleibt also abzuwarten, wie die Branche auf diese Lage reagieren wird. Ob die Mehrkosten an die Festbesucher weitergereicht werden müssen, werden wir sehen. Wenn Sie jetzt aber hoffen – und ich schätze Sie so ein –,

(Glocke)

dass die Schausteller die Mehrkosten, ähnlich wie bereits in der Hotellerie geschehen, nicht weitergeben, sollten Sie das besser erst einmal nicht als Selbstläufer sehen, denn das werden wir tatsächlich noch erleben, da können Sie sicher sein. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Theresa Gröninger.

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste hier in der Bürgerschaft und zu Hause an den Bildschirmen, liebe Schausteller! Es ist noch gar nicht so lange her, da stand ich hier und habe über meine Pommepreis-Schmerzgrenze gesprochen, und ich sage es Ihnen: die Pommepreis-Schmerzgrenze wird mit der heutigen Vorlage wieder überschritten – möchte der Senat Bovenschulte die Gebühren für meinen Lieblingspommestand um das Zweieinhalbfache verdoppeln.

Lassen Sie mich an die Worte unseres Bürgermeisters von 2022 erinnern: „Schaustellerinnen und Schausteller sorgen wie kaum ein anderer Berufszweig dafür, dass es den Menschen besser geht, dass sie zumindest für einen Moment glücklicher sind und ihre Sorgen vergessen können.“ Volksfeste seien, so Bovenschulte, Orte der Begegnung, der Sorgenfreiheit und der Geselligkeit. Doch heute zeigt sich, diese Orte werden vom Senat Bovenschulte nicht gefördert, sie werden massiv belastet.

(Beifall CDU)

Der Senat Bovenschulte ist ein Senat, der Volksfeste gefährdet.

(Beifall CDU)

Die Schausteller haben in den letzten Jahren ohnehin zahlreiche Herausforderungen bewältigt: hohe Energie- und Inflationkosten, das neue Mehrweggebot, Personalmangel, die Angst davor, dass Viren oder Sicherheitsprobleme Märkte frühzeitig schließen lassen. Nun kommt die geplante Gebührenerhöhung hinzu – eine Erhöhung, die nicht nur unverhältnismäßig ist, sondern viele Existenzen gefährdet. Was passiert, wenn die Preise für Stände steigen? Die Kosten werden an die Besucher weitergegeben, die Eintrittspreise und Lebensmittelpreise auf den Festen erhöhen sich, weniger Menschen kommen, und am Ende verlieren alle: Schausteller, Besucher und Bremen als Standort für Geselligkeit.

Der Senat begründet die Erhöhung mit der Aussage, die Gebühren seien seit elf Jahren nicht angepasst worden, ein Argument, das auf den ersten Blick vernünftig klingt. Doch wie sieht die Realität aus? Ein Big Mac – er hat 2014 in der Eurozone 3,76 US-Dollar gekostet – liegt heute bei 6,06 US-Dollar, das ist ein Anstieg von 61,17 Prozent. Die Gebühren für ein Bürgerstand auf unseren Festen sollen hingegen um 146 Prozent steigen. Die sogenannte Breflation übertrifft also bei Weitem die Inflation

(Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Und wie ist das bei Burger King?)

und damit jede normale Preisentwicklung. Die Rechtfertigung des Senats ist nicht überzeugend.

(Beifall CDU, FDP)

Die Gebühren sehen aus wie aus der Losbude gezogen, ohne Logik oder Transparenz. Sie sind einfach nicht logisch, weil die Hintergründe und

Einflussfaktoren sowohl in der Deputation als auch hier fehlen. Ich kann nicht nachvollziehen, warum die Standgebühren für ein Kinderkarussell sich bei der Osterwiese verdreifachen, insbesondere dann, wenn man darauf achtet, dass Kinderkarussells in kürzeren Zeitfenstern unterwegs sind, um ihre Zielgruppe zu bewegen, denn sie müssen trotzdem den ganzen Tag Personal vorhalten. Warum gleichzeitig normale Karussells nur um den Faktor 2,5 steigen, erschließt sich mir nicht. Das kann nur mit der Subvention der Freikarte erklärt werden.

(Beifall CDU)

Auch größere Betriebe leiden: Das Bayernzelt mit seinen 1 750 Quadratmetern zahlt auf dem Freimarkt bald vermutlich anstatt von 22 015 Euro satte 52 500 Euro – ein Anstieg von 30 485 Euro! Das entspricht dem Preis von etwa 2 800 Maß Bier. Das sind 200 Bier an jedem Festtag dort. Das verändert jede Kalkulation. Wie soll das funktionieren?

(Beifall CDU)

Der Senat Bovenschulte argumentiert ebenfalls, dass gestiegene Sicherheitskosten eine Rolle spielen. Die Sicherheit auf öffentlichen Volksfesten ist zweifellos wichtig, gerade in Zeiten, in denen Übergriffe wie der schreckliche Angriff in Magdeburg die Risiken verdeutlichen, aber hier stellt sich die Frage: Sollten für öffentliche Volksfeste auf öffentlichem Grund in öffentlichem Auftrag wirklich die Schausteller den Bärenanteil der Sicherheitskosten übernehmen, oder ist es nicht doch eine Aufgabe der öffentlichen Hand? Die Kostenverteilung erscheint mir hier nicht transparent und unkonkret.

(Beifall CDU)

Mein Appell: Keine Erhöhung ohne Fairness!

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Volksfeste sind wichtiger Klebstoff für das soziale Gefüge in dieser Stadt. Mit der geplanten Gebührenerhöhung gefährdet der Senat diese Tradition. Wenn Sie die heute vorliegende Gebührenerhöhung der Standpreise so durchziehen, dann wird auch Ihre geliebte Freikarte keinen Wert mehr haben, denn die Preise müssen steigen.

Wir als CDU fordern erstens eine transparente und gerechte Gebührenstruktur, die sich an der realistischen Kostenentwicklung

orientiert, zweitens klare Entlastungen für kleine Schausteller und Familienbetriebe, drittens eine faire Verteilung der Sicherheitskosten, die auch die Verantwortung der öffentlichen Hand berücksichtigt,

(Zuruf Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD])

viertens eine höhere finanzielle Beteiligung zur Bewerbung der Feste aufseiten der Stadt, die davon stark mitprofitiert, weil die Volksfeste Besuchermagneten sind – damit einhergehend ist die Einbindung der Volksfeste in die Maßnahmen des Tourismusmarketings –, fünftens eine kritische Überprüfung gemeinsam mit den Schaustellern, welche Kosten wie von wem getragen, übernommen und organisiert werden können. Wir wollen, dass die Marktverwaltung effizienter und enger mit den Schaustellern zusammenarbeitet.

Ich appelliere an Sie: Stimmen Sie gegen diese unverhältnismäßige Gebührenerhöhung! Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass Bremen auch in Zukunft eine Stadt der Feste und der Begegnungen bleibt! – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Es ist nicht die erste Diskussion, die wir miteinander haben. Aber ich will am Anfang eine Feststellung machen: Die Debatte mit den Schaustellern der letzten Wochen und Monate war wesentlich sachlicher als das, was ich von der Opposition bisher gehört habe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Ich will jetzt nicht darauf eingehen, wes Geistes Kind die Stigmatisierung von ganzen Gruppen ist, das ist wirklich beschämend für dieses Parlament.

(Beifall SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Beschämend ist auch, wenn man hier von dieser Stelle aus einfach die Fakten verdreht. Ich will einen Punkt einmal eben schnell aufklären:

(Zuruf CDU: Damit kennen Sie sich ja aus!)

Der Bärenanteil der Sicherheitsdienste und des Sicherheitskonzepts wird nicht in Gebühren umgelegt, sondern der Bärenanteil ist der Polizeieinsatz. Ich selbst war in der Polizeistation, die dann in der Stadthalle ist, also in der ÖVB-Arena, wie es ja korrekterweise heißt, und das ist zum Zeitpunkt des Freimarktes die größte Polizeiwache, die wir in Bremen haben. Die meisten Kosten sind Polizeikosten, und die werden eben nicht umgelegt, inklusive Pollern und – –.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke – Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Aber bei Werder! – Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Bei Werder!)

Ja, auf das Argument von Werder habe ich nur gewartet! Da gibt es juristische Unterschiede, das können wir Ihnen auch einmal erklären. Herr Dr. Schröder ist dafür sozusagen prädestiniert.

(Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Das machen Sie mal!)

Das zu vergleichen, ist wirklich unredlich und nur noch plump.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke – Abgeordneter Piet Leidreiter [Bündnis Deutschland]: Warum? – Zurufe CDU, Bündnis Deutschland, FDP)

Es ist ja erwähnt worden, die umlagefähigen Kosten haben wir in der Sitzung der Deputation diskutiert, die ja erst am 18. Dezember war, und es liegen uns heute ja auch die umlagefähigen Dinge vor, also Sicherheitsdienst, Sanität, Notbeleuchtung. Das kann man alles nachlesen. Wir haben aber auch die Frage diskutiert: Wieso eigentlich? Es ist ja richtig: Seit 2013 ist nicht erhöht worden. 2019 sollte erhöht werden in Vorbereitung des Ressorts. Das haben wir nicht gemacht. Warum nicht? Weil Corona kam, weil wir in dem Prozess drin waren und weil die geplante Erhöhung mit der Vorlage – –.

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: 2019 kam Corona?)

Nein, 2019 war die Diskussion um die Erhöhung, und 2020 haben wir gesagt, wir machen das nicht wegen Corona.

(Beifall SPD)

2020 haben wir gesagt, wir erhöhen in dieser Situation für die Schausteller nicht, und das muss man auch einmal anerkennen. Jetzt kann man sagen: Nach 13 Jahren erhöht ihr so viel. Das hätte die Sache nicht besser gemacht, wenn wir vor Corona erhöht hätten und jetzt noch einmal. Also das ist wirklich ein Argument, das wirklich an den Haaren herbeigezogen ist.

Wir sind gesetzlich verpflichtet, nach der Ordnung, zu erhöhen. Wir dürfen nicht bezuschussen. Es darf keine verdeckten Subventionen durch Begünstigungen von Freistellungen geben. Das Wirtschaftsressort, wir haben in den letzten Jahren draufgezahlt, und wir sind in der Verpflichtung – da haben wir eigentlich gar keinen Handlungsspielraum –, die Kosten, die entstehen und umlagefähig sind, auch umzulegen. Insofern ist das jetzt nicht hier „Wünsch Dir was“ oder „Du kannst das“, sondern es sind die Kosten, die da sind.

Ich will noch einmal sagen, das Sicherheitskonzept und alles, was wir erlebt haben, jetzt gerade beim Weihnachtsmarkt, aber auch beim Freimarkt, das sind nicht die Kosten, die hier eingerechnet sind. Die Kostenberechnung und die Kostensteigerung bezieht sich auf 2023, wo wir noch eine andere Situation haben, wo wir auch Kostensteigerungen haben, wo das Wirtschaftsressort auch schon Geld hineingegeben hat, obwohl es das nicht darf. Deswegen hat es zu dieser Erhöhung geführt.

Die Diskussion mit den Schaustellern, das will ich noch einmal ausdrücklich betonen: Da bin ich dankbar, denn es hat da keine Ansage gegeben, sondern einen Dialog. Die Schausteller haben von Anfang an Protest erhoben. – Völlig d'accord, völlig richtig! Sie haben aber auch in der Sitzung der Deputation noch einmal deutlich gemacht, dass es gar nicht um die Erhöhung an sich geht – auch die können das nachvollziehen –, sondern es geht – –.

(Glocke)

Präsidentin Antje Grotheer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ole Humpich?

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Selbstverständlich!

Abgeordneter Ole Humpich (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Ohne Mikro?

Abgeordneter Ole Humpich (FDP): Ich kann doch laut reden!

Präsidentin Antje Grotheer: Nein, das ist für das Protokoll wichtig! Warten Sie einmal eben eine Sekunde!

(Zuruf – Heiterkeit)

Das Mikrofon neben Frau Gröninger ist an, vielleicht können Sie das nehmen.

(Zurufe – Heiterkeit)

Abgeordneter Ole Humpich (FDP): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Herr Kollege Stahmann, Sie haben uns ja gerade erzählt, dass die Kosten sich steigern und Sie im Ressort auch Kostenaufstellungen erstellen. Wann haben die Schausteller denn das letzte Mal eine Kostenaufstellung seitens des Ressorts bekommen, dass man auch nachvollziehen kann, welche Kosten wo entstehen und weshalb dann auch eine Steigerung vorkommt?

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Die Schausteller haben in der Vorlage der Neubewertung – –. Sie haben die Vorlage bekommen, lange vor Entscheid, und dazu hat es eine Rückmeldung gegeben. Das war der Dialog, den es gegeben hat. Es wurde genau aufgezeigt, welcher Betrieb ist mit welchen Kosten belastet. Das geht auch nicht – vielleicht als kleiner Einschub – nach bloßen Quadratmetern. Das kann man ja so nicht machen, weil es ein Unterschied ist, ob ich ein schnelllebiges Geschäft habe, also ob ich nur Bratwurst und Bier herausgebe oder Tellergerichte, was länger dauert. Deswegen ist das eine nicht unkomplizierte Rechnung. Da hat es eine Vorlage gegeben, die Schausteller haben sich das angesehen, und da hat es auch Rückmeldungen gegeben. Da ist man sich nicht an jeder Stelle einig geworden, das sehe ich auch so, aber es ist so, dass es eine Rückmeldung gegeben hat und dass darauf auch eingegangen worden ist.

Vielleicht jetzt zurück zu der Frage der Erhöhung! Jede Erhöhung ist nicht angenehm. Die Frage ist aber nicht, ist sie unberechtigt oder nicht, sondern wir haben als Ressort an der Stelle keine Möglichkeit, und es ist abgewogen, und die Sicherheitskosten sind nur da bei den Sicherheitsdiensten umgelegt, wo es notwendig ist. An der Stelle, finde ich, muss man darauf auch noch einmal eingehen. All die Kosten für die Errichtung von Zugangssperren und Ausweitung der Videoüberwachung sind nicht umgelegt worden. Insofern ist es schlecht, dass wir die Kosten

erhöhen müssen, aber es gibt von unserer Seite aus keine andere Möglichkeit, das ist der eine Punkt.

Die Kosten werden auch für die Stadt weiter steigen, denn das Sicherheitskonzept und der Polizeieinsatz werden nicht weniger werden – das wird nicht umgelegt –, und wir werden an der Stelle auch in Zukunft sehen, dass wir im Dialog mit den Schaustellern bleiben. Insofern finde ich, das Gesetz ist so in Ordnung, auch wenn es nicht angenehm ist. – Herzlichen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Emanuel Herold.

Abgeordneter Dr. Emanuel Herold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Schausteller! Wie jetzt schon mehrfach gesagt: Wir führen die Debatte nicht zum ersten Mal. Ich möchte aufgrund mancher Äußerungen hier zunächst vorausschicken: Die Bremer Volksfeste sind für unsere Stadt prägend, jedes Jahr aufs Neue, und das schon seit langer Zeit. Nach meinem Verständnis gehört zu dem kulturellen Erbe dieser Feste auch, dass alle Menschen dieser Stadt dort willkommen sind, unabhängig von ihrer Herkunft oder anderen persönlichen Merkmalen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, CDU – Zuruf Abgeordneter Frank Imhoff [CDU])

Zur Sache selbst! Wir wiederholen in vielerlei Hinsicht die Diskussion, die wir in der Deputation schon vertieft hatten, und ich möchte trotz der erneut vorgebrachten Kritik hier auch noch einmal mein Plädoyer vom Dezember wiederholen, dass ich die jetzt vorgenommenen Anpassungen als einen schmerzhaften – das will ich gar nicht leugnen –, aber tragbaren Kompromiss verstehe. Die Krux liegt sicherlich darin, dass man über lange Zeit keine Anpassungen der Gebühren vorgenommen hat und – anstatt dass man Zwischenschritte vornehmen könnte – nun aufgrund von Inflationsentwicklung und anderen Aspekten einfach einen großen Sprung hat. Das hat Rückwirkungen auf das Geschäft der Schausteller, das muss man gar nicht lange leugnen, das wird Rückwirkungen auf Preise haben. Darauf gehe ich gleich noch ein. Wir leben in veränderten Zeiten, wo die Ansprüche an die Durchführung solcher Märkte sich auch verändern und die

Frage, was ist essenziell zur Durchführung solcher Veranstaltungen und damit auch umlagefähig hier im Kontext der Gebührenordnung, lange debattiert werden kann.

Wichtig ist mir aber auch die Klarstellung: Ich finde, an der Stelle ist es nicht angemessen, Magdeburg und andere tragische Ereignisse hier zum Argument zu machen, weil die Maßnahmen, die zur Terrorabwehr und zur Gefahrenabwehr gehören, gerade nicht Teil dieser Gebührenordnung und der Umlagediskussion sind. Das ist eine andere Thematik.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD)

Wichtig ist mir, dass mir das Ganze tragbar erscheint, aus zwei Gründen: Ich finde, die Verwaltung hat sich im Dezember und auch im Dialog mit den Schaustellern meines Wissens die Mühe gegeben, nachzuweisen, dass die Erhöhungen, die jetzt stattfinden, das Gebührenniveau auf ein Level heben, das sich mit anderen Märkten vergleichbarer Größe etwa einpendelt. Das heißt, wir haben nicht einen Sprung, der uns in eine Höhe führt, die mit anderen Standorten nicht vergleichbar wäre. Das finde ich zur Frage, ist das Ganze verhältnismäßig oder nicht, eine sehr entscheidende Auskunft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD)

Dementsprechend: Wir haben, auch zur Herleitung, lange Zeit – eben wurde gesagt draufgezahlt – bezuschusst, damit die Märkte durchgeführt werden können. Wir haben eine objektiv angespannte Haushaltsslage und sind aus Gründen der Haushaltsdisziplin dazu aufgefordert, ein solches Delta, wie es sich da in langer Zeit aufgebaut hat zwischen Kosten und den Gebühreneinnahmen, zu schließen. Das wird hier gemacht, und das finde ich verantwortungsvoll. Ich finde, man kann nicht an der Stelle sagen, dass unverantwortlich gehandelt wird und gar dieses kulturelle Erbe der Volksfeste gefährdet wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD)

Zum Punkt der Pommespreis-Schmerzgrenze: Das ist ja im Grunde genommen ein schöner Begriff, den sich die Kollegin Gröninger da ausgedacht hat, der auf ein Thema zielt, das wichtig ist. Die Frage ist: Wenn wir Inflationsentwicklungen haben in verschiedenen Bereichen des Lebens, wie wirkt das auf Menschen zurück, die einen kleineren Geldbeutel haben? Es geht um die Frage: Wie können Menschen an zum Beispiel solchen

kulturellen Ereignissen teilhaben? Da ist die Kaufkraft, die sie mitbringen, natürlich ein limitierender Faktor. Ich finde das Ganze nur hier an dieser Stelle wirklich reichlich schief, weil es einfach verschiedene Antworten auf die Frage gibt, wie man Teilhabe gewährleisten kann.

Man kann natürlich jetzt hier sagen, diese Erhöhung oder Anpassung der Gebühren ist von großem Übel und überlastet Menschen mit kleinem Geldbeutel. Man kann sich aber auch andererseits Gedanken darüber machen: Wie kann man die Kaufkraft von Leuten mit geringem Einkommen stärken? An der Stelle muss ich sagen: Sich hier als das soziale Gewissen der bremischen Jahrmärkte aufzuspielen, wenn man jetzt gleichzeitig mit einem Wahlprogramm durch die Lande zieht, bei dem Menschen mit geringem Einkommen wirklich gar nichts von der CDU zu erwarten haben, das ist einfach doppelbödig.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke – Zuruf Abgeordneter Frank Imhoff [CDU])

Ob ich da auf die Steuerpläne schaue, die Haltung, wie ist die Mindestlohnanpassung oder anderes: An der Stelle, finde ich, sind Sie einfach wirklich unglaublich.

(Zurufe)

In diesem Sinne, um mein Argument zusammenzufassen: Es ist ein bedeutender Schritt, und der wird Auswirkungen auf Preise haben. Ich finde, da muss man sich auch nichts vormachen. Nichtsdestotrotz, ich finde das Ganze vertretbar, und ich finde es tragbar, und deswegen würde ich hoffen, dass es als ein Kompromiss verstanden und aufgenommen wird. – Vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Klaus-Rainer Rupp.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (Die Linke): Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Wir wollen heute in zweiter Lesung ein Gesetz zur Änderung der Jahrmärktegebührenordnung debattieren und verabschieden, und ich mache mich tatsächlich bewusst bei Menschen, den Jahrmärktebetreibern, Schaustellerinnen und Schaustellern, Fahrgeschäftbetreiberinnen und -betreibern unbeliebt, wenn ich sage, ich

finde diese Jahrmarktgebührenordnung auch richtig – erstens, weil sie schon tatsächlich lange Zeit angepasst gehört und weil wir auch eine Verpflichtung haben, Gebühren anzupassen, wenn die tatsächlichen Kosten entstehen und dann aus dem Ruder laufen und nicht mehr durch die Gebühren gedeckt sind.

Dass es jetzt viel ist, ist das jetzt ein Problem, oder ist es eigentlich

(Abgeordneter Michael Jonitz [CDU]: Ein Unding!)

eine Sache, die beweist, dass wir in manchen Situationen auch bereit sind, Dinge nicht zu erhöhen? Es wäre doch bescheuert gewesen, wenn wir zu Zeiten von Corona, also 2020/2021/2022, diese Gebühren schon erhöht hätten. Das haben wir nicht gemacht. Ich finde, das war eine richtige Entscheidung, es war eine gute Entscheidung, und ich bin mir ziemlich sicher, es hat vielen Unternehmen, die Fahrgeschäfte betreiben, die auf Jahrmärkten sind, deutlich geholfen.

Tatsache ist, dass wir jetzt an einem haushälterischen Punkt sind, wo es uns zwingt, tatsächlich Gebühren in unterschiedlichen Bereichen anzupassen und dass auch die Rechtslage so ist, dass diese Form von, wir sagen wir immer Begünstigung, nicht gestattet ist. Wir müssen diese anpassen, und die Frage, wie hoch sind sie eigentlich angepasst, da gibt es ja unterschiedliche Berechnungsweisen. Frau Grönert hat gesagt, das ist eineinhalbfach verdoppelt worden.

(Abgeordnete Theresa Gröninger [CDU]: Gröninger!)

Gröninger, Entschuldung! In meinem Alter kommt man mit den Namen schon so oft durcheinander, das geht unglücklicherweise nicht nur bei Ihnen so, sondern ich verspreche mich da häufig. Also, Frau Gröninger, verzeihen Sie, dass ich Ihren Nachnamen nicht richtig ausgesprochen habe, trotzdem habe ich die Äußerung „eine 2,5-fache Verdopplung“ mathematisch nicht verstanden. Ich bekam das nicht in eine Formel.

Tatsächlich ist es so, dass die Gebühren ungefähr um 1,6 Millionen Euro erhöht werden, wir hatten vorher eine Million Euro Gebühren, für mich ist das der Faktor 2,6 beziehungsweise eine Erhöhung um 1,5 Millionen/1,6 Millionen Euro, also keine Verdopplung. Ihre Berechnung, dass, wenn wir das verzweieinhalbfachen, sich dann automatisch die Bürgerpreise an einem Bürgerstand sicher auch verzweieinhalbfachen, finde ich auch

schwierig nachvollziehbar, denn diese Gebühren sind ja sicherlich nur ein geringer Teil der Betriebskosten und der Material- und der Personalkosten und anderer Kosten dieses Burgers. Diese Rechnung funktioniert meines Erachtens auch nicht.

(Glocke)

Präsidentin Antje Grotheer: Herr Rupp, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Theresa Gröninger?

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp: Ja!

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU): Ich weise gern auf die letzte Tabelle aus der Vorlage hin. Aus ihr geht hervor, dass die Preise für Vollimbisse um den Faktor 2,47 steigen, das entspricht einer prozentualen Erhöhung der Preise in Höhe von 146,71 Prozent. Der alte Preis in Höhe von 12,16 Euro pro Quadratmeter wird auf 30 Euro erhöht. Das ist die Rechnung, auf die ich mich bezogen habe, das heißt, aufgesplittet je nach Kategorie des Imbissstandes oder der Kategorie der Darstellung, die geboten wird.

Abgeordneter Klaus-Rainer Rupp (Die Linke): Verzeihen Sie mir diese leicht ironische Bemerkung, denn ich hatte nur diese 2,5-fache Verdopplung. Das ist also eine sprachliche Unschärfe, und die schleicht sich manchmal ein, wenn man hier vorn steht. Ich weiß auch, dass es nicht beabsichtigt war, und natürlich haben Sie, was die Preissteigerungen angeht, recht, das ist keine Frage, das steht ja auch hier drin.

Die Frage ist: Woran liegt das jetzt? Liegt das jetzt an dem, was hier, ich sage einmal, ganz gezielt ausländerfeindlich, rassistisch und an sonstigen Ursachen herbeizitiert wird? Ich sage einmal: Nein!

(Beifall Die Linke)

Es ist Sicherheitsdienst, es ist Sanität, es ist Notbeleuchtung, Notausgangsbeleuchtung, Einzäunung von Verwaltungsgelände, Containeranmietung, Toiletten, Sanität und Sanitätsdienstpagoden, Telefon- und Internetanschlüsse und so weiter. Das heißt, all diese Dinge haben sich aufgrund der Inflation verdoppelt, und ich wüsste nicht, warum Syrien allein dafür verantwortlich ist. – Aber das gibt eine Welt, in der werden solche einfachen Erklärungen herbeizitiert, um wirklich menschenfeindlich und sonst wie zu agieren. Das finde ich in diesem Haus nicht in Ordnung, und das gehört hier eigentlich nicht her.

(Beifall Die Linke, SPD)

Die einzelnen Maßnahmen sind so justiert worden – das finde ich auch gut –, dass unterschiedliche Arten von Schausteller- oder Fahrgeschäften oder von Dingen, die dort auf dem Freimarkt passieren, unterschiedlich bewertet werden: Also große Zelte, wo in größeren Mengen Bier verkauft wird, über 650 Quadratmeter bis hin zu 1 000, da habe ich jetzt gerade gelernt, dass die anders bewertet werden als kleinere und kleine Unternehmen, kleine Einrichtungen, beispielsweise kleine Fahrgeschäfte, die viel Platz brauchen, aber nicht in der Geschwindigkeit Umsätze generieren. Da ist eine Form von Gerechtigkeit eingezogen, und ich finde diese Form von Gerechtigkeit in Ordnung.

Zweitens habe ich gelernt, es gibt auch in diesem Bereich Anpassungsmöglichkeiten, also bei besonderen Härten kann man sich auch an die Wirtschaftssenatorin wenden und sagen: Hör mal, ich bin da ganz gern dabei, das ist ein wichtiger Teil des Volksfestes, ich möchte da gern hin, kann diese hohen Gebühren aber nicht bezahlen, wenn du willst, dass ich komme, dann musst du mir da ein bisschen entgegenkommen. Das finde ich auch in Ordnung, und das anzupassen auf ein Niveau anderer Städte, finde ich auch in Ordnung. Das heißt, ja, das wird mit Sicherheit nicht einfach für viele Betreiber und Betreiberinnen von Fahrgeschäften und Buden auf den Jahrmärkten, aber dass damit jetzt der Jahrmarkt abgewürgt wird, dass das dann nächstes Jahr oder dieses Jahr der letzte Freimarkt ist, den wir veranstalten, das halte ich für eine Schwarzmalerei und eine Katastrophenherbeirederei, die so nicht zutrifft.

Ich denke, diese Umlage, diese Erhöhung der Jahrmarktsgebühren ist notwendig, um die öffentliche Hand in irgendeiner Weise zu entlasten, sie ist notwendig, damit diejenigen, die Kosten verursachen, an den Gebühren teilnehmen, und was ich auch besonders wichtig finde, das hat der Kollege von den Grünen schon gesagt –. Sehen Sie, da habe ich es wieder mit Namen –

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Herold! – Heiterkeit)

Herold, genau! Herold, genau! Der Herold war es, der immer geköpft wird, wenn er mit schlechten Nachrichten kommt. Es ist so: Ich werde – –.

(Zurufe)

Der hat gesagt, die Dinge, die unmittelbar im Zusammenhang mit Gefahrenabwehr im Bereich von Terrorismus zu tun haben, sind gar nicht Teil dieser Gebühren.

Ergo ist auch der Vorfall in Magdeburg nicht Ursache dieser Erhöhung. Das heißt also, auch da gibt es eine Lücke in der Plausibilität bestimmter Argumentationen, und deswegen denke ich, dass wir sicherstellen wollen, dass wir in der Lage sind, diese Kosten auch über den Haushalt zu tragen.

Ich unterstütze ausdrücklich das, was der Kollege Dr. Herold gesagt hat: Die CDU geht ins Rennen in die Bundestagswahl und hat 100 Milliarden Euro Steuererleichterungen versprochen. Ich habe noch gar keine Idee, was das für den bremischen Haushalt bedeutet. Gleichzeitig wird gefordert: Das muss noch gemacht werden, das muss noch – –.

Ich erinnere mich an die Debatte heute Morgen, welche Form von Unterstützung wir der Gastronomie angedeihen lassen wollen. Also fordern, Geld zu fordern ist immer leicht, aber sicherzustellen, dass die Kommunen und die Länder genügend Steuereinnahmen haben, um ihre Aufgaben zu gewährleisten, das will die CDU deutlich nicht. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall Die Linke, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Thore Schäck.

Abgeordneter Thore Schäck (FDP): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Schausteller! Schön, dass Sie heute auch dieser Debatte beiwohnen! Ich würde ganz gern nach dieser fast schon Wahlkampfdebatte über Wahlprogramme wieder zurückkehren zum Standort Bremen und zu der Frage, was diese Entscheidungen, die Sie jetzt hier treffen wollen, eigentlich für die Jahrmärkte in Bremen bedeuten! Jahrmärkte sind in Bremen und deutschlandweit eine Form von Kulturgut. Was mir aber in dieser ganzen Debatte viel zu kurz gekommen ist, ist die Tatsache, dass die Jahrmärkte auch Umsatz machen. Sie machen Umsatz, sie schaffen Arbeitsplätze, und sie sorgen für die Steuereinnahmen, die ganz, ganz dringend gebraucht werden, und ich würde mich freuen, wenn Sie das in dieser Debatte in Zukunft ein bisschen mehr wertschätzen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP, CDU, Bündnis Deutschland)

Grundsätzlich ist es ja total in Ordnung, dass Schausteller, die mehrere Wochen im Jahr an zentralen Orten auf öffentlichem Grund ihre Dienstleistungen, ihre Produkte anbieten, dafür auch eine Form von fairen Gebühren zahlen müssen. Da hat, glaube ich, niemand etwas dagegen, aber die Frage ist immer: In welcher Höhe und zu welcher Zeit sollen Jahrmarktsgebühren/Schaustellergebühren dann erhöht werden, und dann muss man schon einmal sagen, dass wir schon in einer Situation sind, dass die Schausteller wirklich harte Jahre hinter sich haben. Ich erinnere noch einmal an die Coronazeit mit zahlreichen Auflagen: Manches konnte weiterlaufen, aber bei Weitem nicht so, wie man es gewohnt war.

Wir haben auch explodierende Kosten in den Haushalten erlebt, was bedeutet, die Menschen konsumieren weniger, wir haben auch direkte Kostensteigerungen bei den Schaustellern, beispielsweise im Bereich Energie, beispielsweise im Bereich der Lebensmittel explodierende Energiekosten und auch ein Stück weit das politische Herumgeschraube am Lohngefüge.

Gleichzeitig gibt es jetzt die Tendenz, diese Auflagen immer weiter zu steigern. Wir wissen auch, dass wir hier in Bremen recht hohe Auflagen haben, dass wir hier den Schaustellern recht hohe Auflagen zumuten, die es so in anderen Städten gar nicht gibt. Das sorgt natürlich für steigende Kosten, und wir wissen auch, dass zunehmend Kosten umgelegt werden sollen, wo man zumindest einmal die Frage stellen kann, ob das alles so gerechtfertigt ist. Ja, natürlich gab es eine Kostenaufstellung für die Schausteller. Mein Stand ist aber, dass sie sehr lange daran arbeiten mussten, diese zu bekommen, dass sie teilweise unvollständig war und nicht zufriedenstellen, und jetzt reden wir darüber, dass es jetzt zusätzlich zu all dem auch noch eine Gebührenerhöhung geben soll.

Ich bin immerhin dankbar, dass Sie ganz klar gesagt haben aus den Reihen der Koalition, dass Sie das machen, um Ihren Haushalt hier in Bremen zu sanieren. Das ist eine ungewohnte Ehrlichkeit in dieser Debatte, aber zur Ehrlichkeit gehört eben auch, dass diese Kosten, die ja jetzt an allen Ecken und Enden gesteigert werden – Bereich Energie, Bereich Lebensmittel, Bereich Personal, Gebühren, Sicherheit und so weiter –, dass all diese Gebühren natürlich auch erst einmal verdient werden müssen. Das heißt, sie werden zwangsweise irgendwie beim Kunden landen. Sie werden beim

Gast landen, und dadurch steigen die Preise insbesondere auch für die Familien.

Wir haben ja nun die Situation erlebt – und das ist ja immer der Moment, wenn dann so Kosten steigen, und dann werden irgendwann die Preise erhöht, weil es gar nicht mehr anders geht –, dann hat man immer irgendeinen linken Politiker, der sagt: Jetzt brauchen wir einen Deckel, jetzt brauchen wir eine Bremse. Jetzt brauchen wir einen Glühweinpreisdeckel, eine Glühweimbremse. Jetzt kann man der Meinung sein, das hätte es nicht gegeben, aber doch: Das hat der Parteivorsitzende der Linken gefordert, Jan von Aken. Um es einmal ganz deutlich zu sagen: Das ist völliger Quatsch, und hier hat jemand das Grundprinzip der Ökonomie einfach schlichtweg nicht verstanden.

(Beifall FDP)

Herr von Aken hat aber auch einen ganz guten Vorschlag gemacht, das war nämlich der zweite Satz dieser Aussage. Er hat gesagt: Die Kommunen sollten doch, damit die Preise einigermaßen bezahlbar bleiben, bitte in Zukunft die Standgebühren halbieren.

(Abgeordnete Dr. Henrike Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt jetzt die FDP? Interessant!)

Das war die Aussage von Herrn von Aken, und wäre die Wirtschaftssenatorin hier und würde sich diese Debatte heute anhören, dann würde ich ihr empfehlen: Wenn Ihr eigener Parteivorsitzender einmal etwas Kluges sagt, dann hören Sie auf ihn und sorgen Sie dafür, dass mindestens die Gebühren nicht steigen, im besten Fall, dass sie sinken für die Zukunft.

(Beifall FDP)

Kurzum: Es ist für uns als FDP-Fraktion insbesondere nach den letzten Jahren der völlig falsche Zeitpunkt, die Gebühren und Belastungen für die Schausteller und damit übrigens dann eben auch für die Gäste zu erhöhen. Das passt alles nicht. Es passt nicht in die Zeit, es passt nicht zu den Herausforderungen mit sowieso schon gestiegenen Anforderungen im Bereich Sicherheit, wo wir, glaube ich, alle der Meinung sind, dass es notwendig ist, dass dort mehr gemacht wird, gerade nach den Geschehnissen, die wir leider erleben mussten. Umso wichtiger ist es aber doch, dann nicht an den anderen Ecken, wo es gerade nicht zwingend

notwendig ist, auch noch die Gebühren zu erhöhen, sondern hier dafür zu sorgen, dass wir über eine Gebührenentlastung für einigermaßen stabile Preise sorgen können, damit der Jahrmarktsbesuch auch in Zukunft für die ganze Familie noch bezahlbar bleibt. Deswegen werden wir als FDP-Fraktion das heute hier an dieser Stelle ganz klar und mit voller Überzeugung ablehnen. – Herzlichen Dank!

(Beifall FDP)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Volker Stahmann.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Das haben Ihre eigenen Leute gesagt!)

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrter Herr Schäck, es ist schon bemerkenswert, wenn Sie hier behaupten, wir machen das zur Sanierung des Haushalts.

(Abgeordneter Thore Schäck [FDP]: Das haben doch Ihre eigenen Leute gesagt! Das war nicht meine Aussage! – Zurufe SPD)

Es ist deutlich gesagt worden – einfach mal zuhören, einfach zuhören! –, wir sind verpflichtet, eine Kostendeckung zu haben, und es gibt ein Subventionsverbot. Wir dürfen das Minus nicht machen,

(Abgeordneter Ole Humpich [FDP]: Aber warum sind denn die Kosten so hoch?)

und das so zu interpretieren, das ist wirklich Demagogie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke – Abgeordneter Ole Humpich [FDP]: Aber die Kosten sind zu hoch!)

Sie können sich melden! Ich nehme Sie dran, ich lasse es! Bitte! Auch die Frage vergleichbar und hohe Auflagen, die es in anderen Städten nicht gibt: Ich will noch einmal darauf hinweisen: Die Kostenstruktur ist geprüft worden. Das haben wir – und Sie sind Mitglied der Wirtschaftsdeputation, und Sie waren in der Sitzung anwesend, als wir gefragt haben: Wie sind die Vergleichswerte? Dann ist uns gesagt worden, es ist mit vier Märkten der Bundesrepublik verglichen worden – die Namen habe ich jetzt nicht mehr drauf, ich weiß nur noch, dass es jedenfalls nicht das Oktoberfest war, weil

es von der Größe und der Ausrichtung nicht passt –, und wir befinden uns mit der neuen Kostenstruktur da in der Range. Alles andere ist Demagogie.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Deswegen habe ich mich eigentlich nicht gemeldet, und jetzt ist meine Redezeit vorbei.

Ich will noch einmal einen Punkt sagen zu der Frage, einen kurzen Satz, Frau Präsidentin – –.

Präsidentin Antje Grotheer: Einen!

Abgeordneter Volker Stahmann (SPD): Einen kurzen Satz – mit wie vielen Kommas? Nein, das war die falsche Frage!

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Die Zeit ist abgelaufen!)

Ich will noch einmal einen Satz sagen:

(Glocke)

Wir reden hier viel über konkrete Zahlen, und das ist auch richtig in diesem Zusammenhang, denn es geht um eine Gebührenerhöhung. Mich würde einmal interessieren – denn wir haben darüber einmal am Rande des Marktes gesprochen –: Welche Rolle spielt eigentlich die Freikarte an der Stelle? Wenn die Debatte der Opposition stimmt, dann dürfen wir die Freikarte auf keinen Fall abschaffen, denn dann bricht alles zusammen. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke – Zurufe CDU, FDP)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Staatsrätin Maike Frese.

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Ja, Frau Vogt traut sich nicht! – Zuruf Abgeordnete Dr. Henrike Müller [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Zurufe CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Staatsrätin Maike Frese: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, sehr geehrte Schaustellerinnen und Schausteller! Wir diskutieren über die Änderung der

Jahrmarktgebührenordnung, und ja, das bedeutet eine Erhöhung der Jahrmarktsgebühren. Das ist die erste Erhöhung seit 2013, und das ist etwas, das können Sie uns vorwerfen, dass wir nicht früher erhöht haben.

(Vizepräsidentin Sahhanim Görgü-Philipp übernimmt den Vorsitz.)

Gleichwohl müssen wir erhöhen, und daran geht kein Weg vorbei. Sie alle wissen, wie sich die Inflation gerade in den letzten Jahren entwickelt hat und dass seit 2013 alles deutlich teurer geworden ist, und dazu gehört dann auch die Ausrichtung von Osterwiese, Freimarkt und Weihnachtsmarkt, denn über diese drei reden wir.

In 2023 belief sich die Unterdeckung auf 1,6 Millionen Euro. Eine Nichtanpassung der Gebühren ist sowohl fiskalisch als auch bezogen auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht zu rechtfertigen, aber sie ist auch nicht zulässig, weil wir über eine Gebührenordnung sprechen. Durch die jetzt angestrebte Anpassung der Jahrmarktsgebühren sind wir übrigens dann immer noch nicht kostendeckend unterwegs, sondern wir rechnen dieses Jahr mit einer Unterdeckung von 300 000 Euro und im nächsten und in den nächsten Jahren mit rund 415 000 Euro.

Grund für die weiterhin bestehenden Mindereinnahmen ab diesem Jahr sind steigende Personalkosten sowie die Kostenregelung in der Gewerbeordnung, die definiert, dass Schaustellerinnen und Schausteller nur für die Überlassung von Raum und Ständen, die Inanspruchnahme von Versorgung und teilweise für Werbemaßnahmen in Anspruch genommen werden können. Entsprechend haben wir bei der Neukalkulation solche Kostenpunkte außen vor gelassen, die nämlich nicht umlagefähig sind.

(Präsidentin Antje Grotheer übernimmt wieder den Vorsitz.)

Das betrifft zum Beispiel Kosten für das Awarenesssteam, die Eröffnungsfeier oder auch die Dekoration der Innenstadt im Zuge des Weihnachtsmarktes. Die weiteren Kostensteigerungen ab 2023 liegen auch in der Steigerung der Pachtzahlung für die Nutzung der Bürgerweide.

Wir alle wissen, dass für Großveranstaltungen wie unsere Märkte erhöhte Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden mussten und wir sie auch ergreifen wollten – das ist bereits mehrfach erwähnt worden –, um sowohl die Besucherinnen und Besucher als natürlich auch die Schausteller und Schaustellerinnen selbst zu schützen, und diese Maßnahmen wurden nicht

in die Kalkulation aufgenommen und werden somit auch eindeutig nicht auf die Schaustellerinnen und Schausteller umgelegt. Das sind beispielsweise die Videoüberwachung oder die Zufahrtssperren, die nicht einbezogen worden sind, das sind aber auch, wie der Abgeordnete Stahmann vorhin erwähnt hat, die zusätzlichen Polizisten, die eingesetzt werden mussten, um beispielsweise diese Videoüberwachung auch entsprechend auszuwerten.

Grundsätzlich – das möchte ich hier noch einmal klarstellen, weil wir immer wieder über dieses Thema Sicherheit reden – haben wir zwei Arten von Sicherheit, die zu bezahlen sind: Das eine sind allgemeine Gefahren, die durch den Staat abzuwehren und dadurch auch zu bezahlen sind, das sind besagte Videoüberwachungen oder Poller, und das andere sind Sicherheitsmaßnahmen, die aus der Veranstaltung selbst entstehen, also sozusagen veranstaltungsbedingt oder veranstaltungsaffin sind. Ich weiß, dass es auch da Kritik auch von den Schaustellern gibt, inwieweit diese Sicherheitsdienste zur Berechnung der Gebühren mit herangezogen werden können, wir subsumieren darunter auch die Kosten für die Sanitätsdienste. Die Schausteller selbst haben in Aussicht gestellt, dass sie hierzu noch einmal eine rechtliche Prüfung durchführen wollen, und das ist, finde ich, auch ihr gutes Recht.

Ich möchte aber unsere Position als Wirtschaftsressort noch einmal darstellen, dass wir die Bereitstellung eines Sanitätsdienstes und auch Sicherheitsdienstes für eine Veranstaltung einer solchen Größenordnung für unumgänglich halten und sie auch veranstaltungsaffin einwerten. Eine Veranstaltung dieser Größenordnung ist ohne Sicherheitsdienste eigentlich kaum durchzuführen, das Haftungsrisiko wäre viel zu groß.

Auch in der Debatte schien noch einmal deutlich durch von einigen Abgeordneten, dass wir uns zu wenig um die Belange der Schausteller kümmern würden. Eigentlich wissen, glaube ich, ganz viele hier im Raum, dass es zwischen unserem Haus und den Schaustellerinnen und Schaustellern einen recht engen Draht gibt, und – es wurde auch schon von einigen Rednern erwähnt – ich möchte noch einmal an die Zeit der Pandemie erinnern: Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Märkte unter Schutzmaßnahmen stattfinden konnten, während es in ganz vielen anderen Städten überhaupt nicht möglich war, solche Veranstaltungen durchzuführen.

Wir haben 2021 eine Sommerwiese, einen Freimarkt und einen Weihnachtsmarkt durchgeführt und haben damit auch den

Schaustellerinnen und Schaustellern, weil uns das am Herzen liegt, eine Möglichkeit des Umsatzes gegeben. Wir haben dabei auf eine Erhebung der Gebühren und Beiträge ebenso verzichtet wie bei der ohne Beschränkungen durchgeführten Osterwiese 2022, und wir haben uns vor dem Hintergrund der Energiepreiskrise infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine 2023 nicht auf den Weg gemacht, die Anpassungsprozesse für die Jahrmarktgebührenordnung anzugehen, sondern erst später, weil wir es genau zu dem Zeitpunkt für nicht gerechtfertigt hielten. Wir versuchen also immer, attraktive und auch für die Schaustellerinnen und Schausteller erfolgreiche Veranstaltungen herzustellen, und da versuchen wir auch zu unterstützen, wo wir können.

(Glocke)

Es ist vielleicht einigen von Ihnen bekannt, dass wir die Zuständigkeit der Märkte bei uns im Haus neu geordnet haben und an dieser Stelle auch noch stärker mit der WFB beziehungsweise mit dem Marketingbereich der WFB zusammenarbeiten, um so auch die Märkte deutlich stärker zu bewerben. Ich hoffe oder ich freue mich auf die Osterwiese als nächste Veranstaltung, und ich bin sehr überzeugt, dass wir auch weiterhin eine gute und auch umsatzträchtige Veranstaltung durchführen können. – Danke!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Theresa Gröninger.

Abgeordnete Theresa Gröninger (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Sie alle haben den guten Dialog mit den Schaustellern betont, und wie gut kann ein Dialog sein, der am Ende in einer Klage der Schausteller gegen diesen Gebührenbescheid mündet?

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland, FDP)

Ich habe in dieser ganzen Debatte eine Sache vermisst. Als Sie gesehen haben, dass Sie die Preise um mindestens 65 Prozent für Geisterbahn und 251 Prozent für Ausschankbetriebe erhöhen müssen, gab es da Bestrebungen, die Preise zu senken, indem man zum Beispiel effizienter wird, indem man sich überlegt, wie man Synergien bündeln kann? Ist es möglich, zum Beispiel die Marktbewerbung aus den Kosten herauszunehmen und es mit dem Tourismusmarketing zu koppeln, weil ja

der Freimarkt auch ein Besuchermagnet ist? Ich habe das so nicht vernommen, und ich glaube, dass da noch Effizienz drin ist, denn diese Gebühren in dieser Höhe kann ich nicht nachvollziehen.

(Beifall CDU, FDP)

Die Frage ist auch: Welche Kosten werden wie von wem übernommen? Was ist Aufgabe des Sicherheitsdienstes? Ist es überhaupt möglich, den Sanitätsdienst auf die Gebühren umzulegen? Urteile zum Beispiel aus Berlin besagen, dass das nicht geht. Ich glaube, dass das, was da passiert ist, so intransparent ist, der Glaubwürdigkeit schadet und vor allen Dingen dazu führt, dass unsere Volksfeste ihre Art und Weise, stattzufinden, verändern werden, und das können Sie gern drei Millionen Besuchern auf dem Weihnachtsmarkt, 500 000 Besuchern auf der Osterwiese und 1,8 Millionen Besuchern auf dem Freimarkt erklären.

Sie verteuern nämlich mit diesen erhöhten Standgebühren so, dass nicht nur meine Pommepreis-Schmerzgrenze überschritten ist. Ich glaube, die ist von ganz, ganz vielen Leuten überschritten, und das können Sie gern den Leuten erklären, die ihren Freimarkt nicht mehr so vorfinden, wie er war. – Vielen Dank!

(Beifall CDU)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Ortsgesetz zur Änderung der Jahrmarktgebührenordnung beschließen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür: SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: CDU, Bündnis Deutschland, FDP, Abgeordnete Meltem Sağıroğlu [fraktionslos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Segregation entgegenwirken: Soziale Vielfalt in allen Stadtteilen!

Antrag der Fraktionen Die Linke, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

vom 21. Januar 2025

(Drucksache [21/457 S](#))

Dazu als Vertreterin des Senats Frau Senatorin Özlem Ünsal.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Sofia Leonidakis.

Abgeordnete Sofia Leonidakis (Die Linke): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bezahlbarer Wohnraum ist Mangelware geworden, auch in Bremen. Wohnungsbaugesellschaften melden Leerstandsquoten von unter einem Prozent. Wer eine Wohnung hat, zieht dementsprechend nicht um. Menschen, die eine Wohnung suchen, weil sie umziehen müssen oder neu nach Bremen kommen, werden immer mehr an Stadtrandlagen gedrängt, weil nur noch dort bezahlbarer Wohnraum verfügbar ist. Die soziale und auch die ethnische Spaltung der Stadt nimmt so immer mehr zu.

Auf ein zweites Problem hat der Paritätische Wohlfahrtsverband hingewiesen: Die Mietbelastung steigt bis weit in die Mitte der Gesellschaft, wie die Studie zu Wohnarmut des Paritätischen gezeigt hat. Demnach geben in Bremen fast 200 000 Menschen über 30 Prozent, teilweise sogar über 40 Prozent des Monatseinkommens für Wohnen aus. Miete und Nebenkosten verschlingen einen immer größeren Teil des verfügbaren Einkommens. Wohnen ist deshalb zu der sozialen Frage unserer Zeit geworden.

Sozialquoten für den Wohnungsbau sind neben öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften das Mittel der Wahl, um für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sozialwohnungen sind in Bremen sehr ungleich verteilt. Deshalb beschreiten wir als Koalition heute Neuland in der sozialen Stadtentwicklung: Erstens entwickeln wir stadtteilspezifische soziale Wohnungsziele. Das ist bundesweit meines Wissens einmalig und ein

absolutes Novum. Damit sorgen wir für sozial gemischte Stadtteile statt der Herausbildung von Armutsquartieren und Wohlstandsgebieten.

(Beifall Die Linke, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens führen wir erstmals in Bremen eine 30-Prozent-Quote für mittelpreisigen Wohnraum ein. Diese neue mittlere Mietenquote ist wichtig für Menschen, die mit ihrem Einkommen knapp über dem Sozialleistungsniveau liegen, zum Beispiel eine Erzieherin in Teilzeit, ein Lagerarbeiter, Familien, die immer schlechter über die Runden kommen. Drittens senken wir die Bagatellgrenze, ab der die Sozialquote greift, von derzeit 20 auf dann sechs Wohneinheiten in hochpreisigen Lagen ab und sorgen damit auch für günstiges Wohnen in dicht bebauten zentralen und auch häufig sehr hochpreisigen Stadtteilen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so funktioniert das: In einem ersten Schritt wird der Senat eine Wohnraumbedarfsprognose 2031 vorlegen, die ist bereits in Arbeit und ein sehr dicker Batzen Arbeit, und wir freuen uns darauf, dass das Angebot und die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt in Bremen auch stadtteilscharf eruiert und vorgelegt wird. Auf dieser Basis der Wohnraumbedarfsprognose 2031 wird der Senat dann auf unsere Bitte hin ein Konzept erstellen, das stadtteilspezifische soziale Wohnraumziele festlegt.

Die druckfrische Mitteilung des Senats auf unsere Anfrage vom 14. Januar 2025, die wir am Donnerstag diskutieren, belegt den Bedarf dafür: Wir haben herausgefunden, dass es immer noch so ist, wie es schon seit einigen Jahren die Tendenz ist. In Borgfeld haben wir null Sozialwohnungen, in Gröpelingen, das ohnehin günstig ist und viele soziale Herausforderungen hat, haben wir 905. Das zeigt, dass die Verteilung der Sozialwohnungen korreliert mit der sozialen Spaltung der Stadtteile, die ohnehin vorhandene soziale Spaltung der Stadtteile wird auch noch durch die ungleiche Verteilung der Sozialwohnungen verstärkt.

Durch die Ballung sozialer Problemlagen in den einzig erschwinglichen Stadtteilen mit verfügbarem Wohnraum verschwinden kollektive Inklusionsmechanismen. Es gibt kaum noch Lernvorbilder in den Klassen in diesen Lagen, und es gibt auch negative Auswirkungen auf die Bildungseinrichtungen insgesamt und auch die Zukunftsperspektiven von Kindern. Wer kann, zieht dementsprechend dort weg. Gleichzeitig verstärken sich Privilegierungen, wenn Wohlhabende immer mehr unter sich

bleiben. Die soziale Spaltung von Stadtteilen, das Aufbürden wesentlicher gesellschaftlicher Herausforderungen auf ohnehin belastete Stadtteile sind soziales Gift für die Gesellschaft und letztendlich auch für die Demokratie.

Dieses Problem haben viele erkannt, wir gehen es an als Koalition.

(Beifall Die Linke, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Umsetzung des Ziels vielfältiger gemischter Stadtteile erweitern wir das Instrumentarium. Erstmals werden wir in Bremen eine 30-Prozent-Quote für preisgedämpften Wohnraum – sprich neun Euro Bruttokaltmiete pro Quadratmeter – einführen. Diese Möglichkeit gibt es schon seit dem Wohnraumförderprogramm 2022, wo das erstmalig auch in der Förderkulisse aufgenommen wurde, und diese Förderkulisse wird sehr gut angenommen. Wir haben seither 140 Anträge auf entsprechende Wohnungen bekommen, 70 in Bremen und 70 in Bremerhaven. Jetzt führen wir hierfür auch eine Quote ein, auch Hamburg hat bereits eine entsprechende Quote erlassen.

Beide Bremer Quoten, also die bisherige 30-Prozent-Sozialwohnungsquote und die künftige 30-Prozent-Quote, die mittlere Mietenquote, gelten prinzipiell gleichzeitig, werden sich aber wie kommunizierende Röhren miteinander verhalten. In Stadtteilen mit wenig Sozialwohnungen und hohen Angebotsmieten können bis zu 60 Prozent preisgebundener Wohnraum entstehen im Neubau, in Stadtteilen mit sehr niedrigen Angebotsmieten kann es dazu führen, dass zum Beispiel nur noch das mittlere Mietensegment gefördert wird, um die Herausbildung von Armutsquartieren zu verhindern. Was wir damit erreichen, ist also in beiden Richtungen das Ziel, die soziale Durchmischung zu fördern.

(Beifall Die Linke, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit sozialer Wohnraum in hochpreisigen Lagen auch tatsächlich kommt, senken wir für diese Bereiche dann die Bagatellgrenze, ab der Sozialwohnungsquoten greifen, von derzeit 20 auf sechs Wohneinheiten in hochpreisigen Lagen ab, denn dort findet ja insbesondere Lückenbebauung statt. Das heißt, es sind kleinere Bauprojekte und nicht die großen Wohngebiete, in denen tatsächlich große Bauvorhaben realisiert werden, in denen auch die Sozialwohnungsquote greift.

Unsere Große Anfrage hat gezeigt, dass das nötig ist, denn seit 2012, seit der Einführung der Sozialquoten, sind 3 000 neue Sozialwohnungen entstanden, davon bis Ende 2023 669 in Walle, aber in teuren Lagen wie in Schwachhausen nur zehn oder in der östlichen Vorstadt nur vier Sozialwohnungen. Das zeigt und belegt, dass die Sozialwohnungsquote, die Bagatellgrenze ab 20 Wohneinheiten, insbesondere in diesen Gebieten, wo Lückenbebauung stattfindet, eben nicht stattfindet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag ist meiner Meinung nach bahnbrechend für die soziale Stadtentwicklung. Alle sehen das Problem, wir gehen es an. Bezahlbares Wohnen muss überall möglich sein, nicht nur in einigen Stadtrandlagen. Nicht einige Stadtteile sind Ankommensquartiere, sondern die ganze Stadt, nicht der Wohnort sollte über den Bildungserfolg eines Kindes entscheiden, sondern ihre oder seine Fähigkeiten. – Vielen Dank!

(Beifall Die Linke, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Andre Folkert Minne.

Abgeordneter Andre Folkert Minne (Bündnis Deutschland): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Regierungskoalition ist ein Paradebeispiel für das realitätsferne Wunschdenken, das in der Bremer Politik mittlerweile zum Standard geworden ist. Die Forderung nach mehr sozialer Durchmischung in den Stadtteilen klingt auf dem Papier erst einmal ganz gut, doch in der Praxis entpuppt es sich als Ansatz, ineffizienter Versuch, mit staatlichem Aktionismus ein grundlegendes Problem zu lösen, das diese Regierung selbst mitverursacht hat und dies auch fördert.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Manche Ihrer Ansätze mögen theoretisch richtig erscheinen, doch ich muss weder Ökonom noch Hellseher sein, um zu erkennen, dass kein staatliches Wohnbauprojekt dieser Welt schnell und effizient genug sein wird, um dem Problem beziehungsweise den Problemen Herr zu werden, die wir hier dank vorherrschender Politik haben. Der Ansatz, durch eine starre Sozialwohnungsquote und sektorale Bebauungspläne die soziale Vielfalt – was für ein netter Euphemismus für erzwungene Verwahrlosung! – zu erzwingen: Es wird nicht funktionieren. Stattdessen trägt diese ideologische

Politik zu einer Verlangsamung des ohnehin trägen Wohnungsbaus, zu höheren Kosten und letztlich zu weniger Wohnraum für alle bei.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Die Wahrheit ist: Der Wohnungsmarkt in Bremen leidet unter Überregulierung, nicht unter einem Mangel an staatlichen Eingriffen. Mit jeder neuen Auflage, mit jedem zusätzlichen Bürokratieakt wird es für private Investoren unattraktiver, in Bremen überhaupt noch in den Bau von Wohnungen zu investieren. Die Regierung hat sich schon lange davon verabschiedet, dass der Markt eine zentrale Rolle spielen muss, um bezahlbaren Wohnraum in ausreichender Menge zu schaffen. Der sozialdemokratische Verstand scheint hier grundsätzlich die Realität in ihren unverrückbaren Gesetzen nicht zu begreifen, geschweige denn, dies zu akzeptieren und mit den oft unangenehmen Wahrheiten konstruktiv umzugehen.

Was der Antrag vollkommen ausklammert, ist der enorme Druck, den die anhaltende Zuwanderung auf den Wohnungsmarkt ausübt. Es ist eine offensichtliche Wahrheit. Wer massenhaft Menschen in einer Stadt aufnimmt, ohne gleichzeitig den Wohnraum in entsprechender Menge zu erweitern, sorgt zwangsläufig für Verdrängung und steigende Mieten. In den nötigen Dimensionen Wohnraum bereitzustellen, ist für diese Stadt aber quasi ein Ding der Unmöglichkeit. Es kann nicht sein, dass Menschen, die sich illegal im Land aufhalten oder deren Asylantrag schon abgelehnt wurde, wertvolle Sozialwohnungen belegen, während Familien – natürlich auch die mit Migrationshintergrund, die ein wertvoller Teil unserer Gesellschaft geworden sind – keinen Platz finden.

(Beifall Bündnis Deutschland – Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [Die Linke])

Schauen Sie sich doch einmal an der Uni und der FH die Schwarzen Bretter an, wie hoch da der Wohnungsdruck ist! Eine ehrliche Debatte über die Rolle der Migration in der Wohnungsproblematik ist längst überfällig, doch davon will diese Regierung nichts hören. Anstatt den Wohnungsbau zu entlasten und Anreize für private Investoren zu schaffen, verfolgt dieser Antrag die altbekannte Politik des staatlichen Dirigismus. Die Vorschläge, Vorkaufsrechte und sektorale Bebauungspläne auszuweiten, klingen in der Theorie gut, schaffen in der Praxis nur weitere Hürden, zusätzliche Kosten.

Die Folgen: weniger Wohnraum, höhere Preise und noch größere Abhängigkeit vom Staat.

Die Idee, Sozialwohnungen in allen Stadtteilen zu schaffen, mag auf den ersten Blick gerecht erscheinen, doch sie ignoriert die Realität: Wer glaubt, durch staatliche Eingriffe die soziale Spaltung in Bremen zu überwinden, der übersieht die eigentlichen Ursachen dieser Spaltung. Sie liegen in einer verfehlten Bildungspolitik, in einer dysfunktionalen Migrationspolitik und einer Überregulierung des Wohnungsmarktes.

Sehr geehrte Damen und Herren, soziale Vielfalt lässt sich nicht durch staatliche Zwangsmaßnahmen erzwingen. Sie entsteht durch Wachstum, durch Wohlstand und durch funktionierende Marktwirtschaft, durch Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt. Eine Politik, die darauf abzielt, in jedem Stadtteil eine gleiche soziale Struktur zu schaffen, ignoriert die Unterschiede in Lebensqualitäten und individuellen Präferenzen. Nicht jeder Stadtteil kann und muss alles bieten, und das ist gut so. Viel wichtiger als staatlich verordnete Gleichmacherei wäre es, die bestehenden Probleme an den Wurzeln zu packen, damit würden Sie es dem Wohnungsmarkt und dem sozialen Klima ermöglichen, sich zu erholen.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Der vorliegende Antrag ist ein Beispiel für gut gemeinte, aber schlecht gemachte Politik. Er versucht, mit staatlichen Maßnahmen eine soziale Realität zu schaffen, die sich nicht erzwingen lässt. Wir als Fraktion Bündnis Deutschland sagen klar: Bremen braucht weniger staatliche Eingriffe, mehr Eigenverantwortung. Der Fokus ist auf die Menschen zu legen, die hier leben, arbeiten, Steuern zahlen, alles andere ist Illusion und führt nur noch in eine weitere Krise. – Vielen Dank!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Bithja Menzel.

Abgeordnete Bithja Menzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleg:innen! Ich glaube, die allermeisten hier im Raum konnten sich sehr bewusst für ihren Wohnort entscheiden, aber viele Bremer:innen haben diese Wahl nicht, und da fängt das Problem an, über das wir heute reden. Meine Kollegin Frau Leonidakis hat es schon richtig

angesprochen, welche Auswirkungen die Segregation in unserer Stadt hat. Das möchte ich nicht noch einmal wiederholen, aber auch ergänzen, dass Segregation demokratiegefährdend ist, weil einige Stadtteile mit überwiegend benachteiligter Bevölkerung durch immer weiter sinkende Wahlbeteiligung irgendwann auch nicht mehr gut repräsentiert sind in unserer Demokratie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Wenn man sich jetzt anschaut, wie lange das Thema Segregation in der Politik schon eine Rolle spielt, dann wird deutlich, dass wir kein einfaches Thema diskutieren, und wir können auch nicht einfach jede neue Wohnung mit einer Sozialbindung versehen, weil unsere Fördermittel endlich sind und die privaten Bauvorhaben auch irgendwie wirtschaftlich sein sollen. Gleichzeitig können gehäuft auftretende Sozialwohnungsbauten sogar das Problem der Segregation verschärfen, weil sie logischerweise nicht in den beliebten, schon dicht bebauten Stadtteilen entstehen, sondern eben dort, wo noch Platz ist.

Der sektorale B-Plan wurde gerade schon als Lösung genannt. Ich glaube, es lohnt sich, an diesem Instrument weiter festzuhalten, und genauso lohnenswert ist es, sich die Bagatellgrenze in hochpreisigen Gebieten vorzunehmen und abzusenken, damit hier sehr viel wahrscheinlicher als jetzt sozialer Wohnraum entsteht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Das Thema, über das wir reden, ist auch kompliziert, weil einige sagen, wir haben eigentlich genügend Wohnraum in der Stadt, er ist nur nicht gerecht verteilt. Ich glaube, da ist sehr viel Wahres dran, und vor dem Hintergrund des Ressourcenverbrauchs, aber auch der aktuellen Baukosten sollten wir uns immer wieder daran erinnern, dass wir mehr dafür tun müssen, dass der Wohnraum in der Stadt wirklich fair verteilt ist. Das braucht aber einen langen Atem. Wir haben das im Blick: Wir brauchen mehr altersgerechten Wohnraum, mehr flexibler zu nutzenden Wohnraum, wir brauchen eine gute Infrastruktur in allen Stadtteilen und flächendeckend gerechte Mieten, damit Menschen in den Wohnungen wohnen, die zu ihrer aktuellen Lebenssituation auch wirklich passen, sie gegebenenfalls umziehen können und den Platz dann wiederum auch für andere Menschen auch frei machen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Unsere Beschlusspunkte heute setzen aber mit der Weiterentwicklung der Quoten, die gerade genannt wurden, und neuen wohnungspolitischen Instrumenten an den wichtigen Elementen eines gerechten Wohnungsmarktes und einer gemischten Stadt an, die wir auf Grundlage der nächsten Wohnraumbedarfsprognose, auf die ich schon gespannt warte, weiterentwickeln wollen.

Auch, wenn wir in Bremen beim Thema Armut und Reichtum eher für die Extreme bekannt sind, war es uns wichtig, dass auch das mittlere Einkommen in unserem Antrag eine Rolle spielt und vor allem die Einkommen, die knapp über der Bemessungsgrenze für B-Scheine liegen, mehr Berücksichtigung finden. Mit unserem Beschlusspunkt zu preisgedämpftem Wohnraum stärken wir die zweite Kategorie von preisgebundenem Wohnraum, die es uns ermöglicht, auch noch genauer auf die unterschiedlichen genannten Bedürfnisse in den Stadtteilen einzugehen.

Noch einmal zum Verständnis: Insgesamt soll an dieser 30-Prozent-Quote für sozialgebundenen Wohnraum in der Stadt nichts geändert werden, aber in Blumenthal kann demnächst vielleicht ein deutlich höherer Anteil an preisgedämpftem Wohnraum relevant werden, während wir in Schwachhausen natürlich darauf achten müssen, unbedingt diese 30 Prozent und gern auch mehr auszunutzen, um dort mehr sozialen Wohnraum auch wirklich zu schaffen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Eine Sache ist mir aus ökologischer Sicht noch ganz wichtig: Unser Wohnungsbestand hat gegenüber allen Neubauplänen eine überragende Bedeutung – zahlenmäßig für alle Wohnungssuchenden, aber auch, was die Auswirkungen auf den Klimaschutz angeht, wenn wir über energetische Sanierung sprechen. Darum möchte ich noch einmal betonen: Die Modernisierungsförderung als Teil der Wohnraumförderung ist ein ganz wichtiger Baustein für uns, um gleich mehrere Ziele zu erreichen. Hier gibt es eine Förderung, wenn Bestandswohnungen mehr für den Klimaschutz tun und im Anschluss an die Sanierung aber auch die Bezahlbarkeit als sozialer Wohnraum gewährleistet ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Mit dem Blick auf diese Bestandsbauten in unserer Stadt werden wir in dieser Koalition auch eine effektive Umbauordnung nach vorn bringen und dafür sorgen, dass der Bestand noch leichter angepasst und umgewandelt werden kann. So stärken wir das Wohnraumangebot in den schon bestehenden Stadtteilen/in den bestehenden Nachbarschaften und nehmen einfach ein bisschen Druck heraus, und das ist in Kombination mit den Zielen, die wir heute im Antrag vermerkt haben, einfach auch eine gute Aussicht in der aktuellen schwierigen Wohnungslage.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Bei allem Richtigen, was meine Kollegin gesagt, ich glaube, es ist auch noch einmal wichtig, zu betonen: Nur mit Wohnraum allein ist es auch nicht geschafft. Es kommt auch darauf an, dass alle Menschen ein gutes Lebensumfeld vorfinden, und es braucht in den Stadtteilen, in denen die meisten Menschen ohne finanzielle Sorgen leben, auch ein Gespür und ein Bewusstsein dafür, dass es andere Lebenslagen gibt und dementsprechend niedrigschwellige und kostengünstige Angebote auch trotzdem verankert werden.

Ein Stadtteil, der bisher vor allem einkommensschwache Menschen beherbergt, braucht natürlich genauso attraktive Angebote, die auch finanziell bessergestellte Menschen anziehen, und hier helfen ja seit Jahren die Programme WiN – Wohnen in Nachbarschaften –, aber auch die Städtebauförderung, die für Bremen essenziell ist. Ich glaube, wir sind uns einig, da wurde schon viel für das Anpassen der Verhältnisse getan, aber wir haben auch noch ordentlich Raum für Verbesserungen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Ich bin jetzt mehr als gespannt auf die neue Wohnraumbedarfsprognose und freue mich auf die Verbesserungen, die wir im Sinne unseres Antrags und mit den Fachleuten aus der Verwaltung hinbekommen werden. – Vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Oğuzhan Yazıcı.

Abgeordneter Dr. Oğuzhan Yazıcı (CDU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Dringlichkeitsantrag ist nicht bahnbrechend, sondern alter Wein in neuen Schläuchen.

(Beifall CDU)

Frau Menzel hat es eben schon angedeutet: Die Durchmischung der Stadtteile und die soziale Spaltung zwischen den Stadtteilen sind Themen, die wir hier in diesem Parlament schon seit 10, 15 Jahren rauf- und runterdiskutiert haben, auch aus wohnpolitischer Sicht, und eigentlich ist dazu schon alles gesagt: Wir haben kein Erkenntnisproblem, dieser Senat hat ein eklatantes Umsetzungsproblem.

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [Die Linke])

Ein Beispiel: Es war der damalige Fraktionschef der Sozialdemokraten, Björn Tschöpe, der einen Antrag zur Chefsache gemacht hat, bei dem es um die Förderung der sozialen Durchmischung der Stadtteile ging durch die Einführung von differenzierten Sozialwohnungsquoten. In sozial schwachen Gegenden sollte die Quote abgesenkt und in höherpreisigen Wohngebieten aufgestockt werden. Von einem Paradigmenwechsel hat er gesprochen, und als Folge dieses Antrags wurde dann die Sozialwohnungsquote angehoben und die Bagatellgrenze abgesenkt und vollmundig das Ziel ausgegeben: Ende 2023 werden wir 8 000 Sozialwohnungen im Bestand haben und die soziale Durchmischung fördern. Beide Ziele haben Sie krachend verfehlt, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Heute, sechseinhalb Jahre später möchten Sie im Grunde genommen genau dasselbe noch einmal. Es ist es also der Versuch, mit etwas neuen Instrumenten das gleiche Ziel zu erreichen. Das ist in Ordnung, aber jetzt haben Sie ja schon viele Jahre an dem Thema gearbeitet, und man könnte meinen, dass Sie in diesem Antrag jetzt Sofortmaßnahmen fordern, etwas, was Sie zeitnah umsetzen. Weit gefehlt! Sie fordern eine Wohnraumprognose, und auf Grundlage dieser Wohnraumprognose möchten Sie ein Konzept bis Ende 2026.

(Zurufe – Heiterkeit CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist so ideenlos und mutlos, und Sie verschieben die Probleme geradezu in die nächste Legislaturperiode. Das ist eine Bankrotterklärung!

(Beifall CDU – Abgeordnete Sofia Leonidakis [Die Linke]: Was ist denn Ihre Idee, Herr Yazıcı? Von der CDU-Fraktion habe ich noch keinen einzigen Vorschlag gehört! – Zurufe CDU)

Ja, das ist „täglich grüßt das Murmeltier“: Immer, wenn Sie angegriffen werden, fordern Sie von uns ein Konzept aus der Opposition. Das ist nicht unsere Arbeit hier, meine Damen und Herren, das ist Ihre Arbeit!

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland – Zuruf Abgeordnete Sofia Leonidakis [Die Linke] – Abgeordnete Dr. Wiebke Winter [CDU]: Aber wenn Sie nicht mehr wollen: Wir übernehmen, kein Problem!)

Auch Ihr Vorgehen in der hier Sache kann keineswegs überzeugen. Noch einmal zur Erinnerung: Sie haben vor etwa fünf Jahren die Sozialwohnungsquote angehoben, die Bagatellgrenze abgesenkt in einer Phase, wo wir keine Baukrise hatten. Damals hatten wir 2 500 Bauanträge, entsprechend hoch waren die Fertigstellungszahlen. Jetzt befinden wir uns in der Krise. Sie möchten also exakt mit demselben Instrument hineingehen, zusätzlich eine weitere 30-prozentige Quote einführen – im preisgesenkten Segment –, Sie wollen die Bagatellgrenze noch einmal absenken auf sechs Wohneinheiten und mit den sektoralen B-Plänen noch einmal in gut situierte Stadtteile gehen und Sozialwohnungen schaffen. Meine Frage ist: Haben Sie eigentlich noch ein Gespür für die soziale Realität in dieser Stadt?

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland – Abgeordnete Sofia Leonidakis [Die Linke]: Ja, das haben wir! Genau deswegen machen wir das!)

Wie soll das eigentlich finanziell dargestellt werden? Neben der Sozialquote muss jetzt auch noch das preisgedämpfte Segment von der Mittelschicht subventioniert werden, das macht die Mieten noch teurer.

(Beifall CDU, FDP – Abgeordnete Sofia Leonidakis [Die Linke]: Die profitieren davon!)

Darüber hinaus greift dieser Fokus auf die Sozialwohnungen aus unserer Sicht zu kurz, denn ein weiteres Instrument zur Bekämpfung der Segregation ist aus unserer Sicht die Eigenheimförderung. – Ich weiß, das

ist ein Thema, wo Sie Schnappatmung bekommen. Gehen Sie einmal auf die Seite der Bremer Aufbau-Bank und versuchen Sie einmal, dort einen Antrag auf Eigenheimzuschuss zu stellen. Das gibt es gar nicht mehr. Das haben Sie einfach komplett gestrichen. Bis auf unbestimmte Zeit kann man in dieser Stadt einfach keinen Eigenheimzuschuss mehr beantragen. – Noch deutlicher kann man Familien in Bremen nicht sagen, dass man ihnen das Eigenheim nicht gönnt.

(Beifall CDU, Bündnis Deutschland)

Dabei führt auch das Eigenheim zu Folgeumzügen in Form des Sickerungseffekts, und am Ende dieser Sickerungskette, an dem auch einfacher und preisgünstiger Wohnraum frei wird, erleichtert das die Probleme auf dem Wohnungsmarkt, und entlang dieser Kette verbessern im Grunde genommen alle Menschen dieser Stadt ihr Wohnverhalten. Deswegen setzen wir uns für einen Mix ein, neben Sozialwohnungen, frei finanzierten Wohnungen und selbstgenutztem Eigentum. Das ist der richtige Weg und nicht der, wie Sie ihn gehen.

(Beifall CDU)

Sie bleiben letztlich in ideologischen Denkmustern verhaftet. Statt die Probleme jetzt zu lösen, verschieben Sie sie in die Zukunft. Das ist keine überzeugende Politik, und deswegen werden wir diesen Antrag ablehnen. – Danke schön!

(Beifall CDU)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Fynn Voigt.

Abgeordneter Fynn Voigt (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste! Liebe Abgeordnete der Koalition, ich finde Ihren Antrag sehr bemerkenswert, denn am Ende liest sich dieser Antrag samt Vortext – Achtung! – wie ein Testat der gescheiterten Politik von Rot-Grün-Rot in letzten Jahren.

(Beifall FDP, CDU)

Deswegen: Vorsicht! Ich dachte ehrlicherweise auch, dass wir da schon ein Stück weiter sind, denn manche Aussagen Ihrer Fachpolitiker aus den letzten Monaten entsprechen genau dem, was in diesem Antrag steht.

Nichts in diesem Antrag wird die wirklichen Probleme in dieser Stadt lösen. Dieser Antrag ist durchsetzt von Ideologie der Linken mit dem Wunsch, das eigene Bild von verschiedenen Klassen in den Gesellschaftsgruppen anzugehen.

Ich möchte das am Anfang aus dem Weg räumen: Wir als FDP-Fraktion haben an sich partout gar nichts gegen soziales Wohnen. Wenn man einen Blick in unser Wahlprogramm wirft, dann legen wir da einen etwas anderen Fokus: auf die Nutzung von Wohngeld, auf die Förderung von städtischen Wohngesellschaften statt Sozialwohnungsquoten, um an vergünstigten Wohnraum zu kommen, aber grundsätzlich haben wir nichts dagegen.

Wir sehen aber das Instrument von Sozialwohnungsquoten als kritisch an. Warum sehen wir das so? Der Kollege Herr Wagner hat es vor wenigen Monaten hier sogar am Pult erklärt. Wenn ich beispielsweise zehn Wohnungen baue, und drei davon müssen Sozialwohnungen sein und ich muss sie mit dem Sozialwohnungssatz vermieten, dann zahlen die anderen sieben Mieter die subventionierte Wohnung der drei unten, und die zwei oben, die vielleicht eine Penthousewohnung beziehen, die können sich das leisten, aber die fünf in der Mitte, die haben wahrscheinlich ein sehr großes Problem damit. Das ist leider die unbequeme Wahrheit, aber sie ist wahr: Sie belasten die Mittelschicht und sorgen dafür, dass weniger Menschen an bezahlbaren Wohnraum in dieser Stadt gelangen können.

(Beifall FDP, CDU)

Genau das Gegenteil müsste eigentlich der Fall sein: Wenn Sie ein ernsthafteres Anliegen haben, dass die breite Masse in dieser Stadt an bezahlbaren Wohnraum gelangen kann, dann müsste die 30-Prozent-Sozialwohnungsquote eigentlich nicht ausgebaut, sondern eher abgebaut werden, meine Damen und Herren.

(Beifall FDP)

Ich frage mich ernsthaft, was dieser Antrag eigentlich sein soll, außer ein Bauturbo – aber kein Bauturbo für unsere Stadt Bremen, sondern ein Bauturbo für die umliegenden Gemeinden wie Lilienthal oder Ähnlichen. Ich kann mir überhaupt nicht vorstellen, wie diese ganzen Punkte überhaupt finanziert werden sollen. Mich hat der Vortext wahnsinnig geärgert, denn Sie sprechen davon, dass Sie in ärmeren Stadtteilen in dieser Stadt große Probleme haben, dass der Wohnort oft korreliert mit weniger Bildungserfolg.

Es ist quasi in fast jeder meiner Reden, auch in den bildungspolitischen Reden, hier enthalten, dass es ein großes Anliegen von uns als FDP-Fraktion ist, dass wir als Bundesland mit den größten Problemen bei Bildungserfolgen, bei Elternhäusern, die benachteiligt sind, dagegen angehen müssen, aber statt Klassenkampf zu schüren, sollten Sie sich ja eher darum kümmern, sich um diese Quartiere zu kümmern und dort in den Schulen etwas voranzubringen.

Ich möchte hier auch noch einmal das Startchancen-Programm erwähnen, das aus unserer Feder kommt, wo wir genau dieses Problem angegangen sind. Sie gehen diese Probleme nicht an, das sollten Sie tun!

(Beifall FDP)

Sie sollten ja eigentlich glücklich sein über jede Person, die etwas aus ihrem Leben macht und es schafft, an Wohlstand zu gelangen, und mich hat eine Passage in Ihrem Antrag sehr verärgert, wo Sie geschrieben haben, dass die Menschen dann aus den Stadtteilen wegziehen, wenn sie zu Erfolg gekommen sind, und sich Wohlstand in manchen Stadtteilen lagert und in manchen Stadtteilen nicht lagert. Wir sollten uns eher darum kümmern, dass das nicht passiert, indem wir die Menschen verteilen, sondern indem wir die Quartiere zu besseren Orten machen und uns um Quartiersmanagement kümmern, dass wir uns um die Schulen kümmern, die in diesen Stadtteilen sind, dass wir als Gesamtstadt uns eine bessere Qualität erarbeiten. Das sollte der Ansatz sein.

Sie haben Dutzende Baustellen in diesem Antrag angesprochen, keine davon gelöst. Frau Leonidakis, Sie haben das eine Prozent Leerstandsquote angesprochen. Da sollte doch eher der Ansatz sein, dass wir für mehr Wohnungsbau sorgen. Wir machen hier regelmäßig Vorschläge dafür.

(Abgeordnete Sofia Leonidakis [Die Linke]: Wir auch!)

Die Probleme liegen im Wohnungsbau und in der Bildungspolitik, nicht in der Umverteilung von Sozialwohnungsquoten. Kümmern Sie sich darum! Wir sollten unsere Stadtteile insgesamt attraktiver machen und nicht mit sozialistischen Umverteilungsmechanismen herumwerkeln. – Vielen Dank!

(Beifall FDP, Bündnis Deutschland)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Falk-Constantin Wagner.

Abgeordneter Falk-Constantin Wagner (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Segregation entgegenwirken: Soziale Vielfalt in den Stadtteilen! – Wir könnten es auch einfacher ausdrücken: Gegen die Spaltung der Stadt in Arm und Reich, das ist es, worum es uns mit diesem Antrag geht!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Spaltung in Arm und Reich ist nicht nur etwas für die Weihnachtsansprache. Es hat ganz konkrete Auswirkungen, und zwar gravierender Art, auf das praktische Leben der Menschen in den Stadtteilen. Man kann sich das vorstellen anhand der Frage: Existieren Bildungsvorbilder in den Schulklassen, oder existieren sie nicht, weil sie alle nur in einem anderen Stadtteil wohnen? Man kann sich das vorstellen, wenn in der Schule das Schulfest organisiert werden soll und die Frage ist: Gibt es Eltern, die in der Lage sind, das Portemonnaie aufzumachen und durch eine Spende etwas zur Finanzierung beizutragen, oder gibt es sie nicht, weil sie alle nur in anderen Stadtteilen wohnen?

Man kann das ganz besonders deutlich und mit langfristig sehr gravierenden Auswirkungen beobachten bei der Frage, welche gesellschaftlichen Vorurteile über gesellschaftliche Gruppen gibt es eigentlich, weil man denen im Alltag leider nicht mehr begegnet und seine Informationen im Wesentlichen aus Facebook-Gruppenchat-Debatten hat. Auf die Art und Weise entstehen Vorurteile übelster Art über Arbeitslose oder prekär Beschäftigte, über Bürgergeldempfangende, und ja, auch über viele Bremerinnen und Bremer mit Migrationsgeschichte, die wir leider auch in diesem Haus vom rechten Teil des Plenarsaals immer wieder hören müssen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Vor diesem Hintergrund ist die Frage sozialer Spaltung auch eine der Funktionsfähigkeit unserer Demokratie, und deswegen müssen wir auf allen Ebenen schauen: Wie können wir ihr entgegenwirken? Ein Grund – nicht der einzige, aber einer – für soziale Spaltung ist in der Tat das Wohnungsangebot. Das Wohnungsangebot entscheidet in ganz erheblichem Maße mit darüber, wie sich Menschen, wie sich soziale Schichten in der Stadt verteilen. Das funktioniert manchmal über den Preis, viele Stadtteile können sich Menschen mit kleinem Einkommen einfach gar nicht leisten.

Manchmal funktioniert das über die Qualität, denn dann ist es in der Tat so, dass ich in manchen Stadtteilen zwar günstig wohne, die Qualität der Wohnung aber dafür sorgt, dass nicht alle Menschen dort hinziehen wollen oder solche, die einen sozialen Aufstieg hinlegen, von dort wegziehen. Wenn jetzt von mancher Seite hier vorgetragen worden ist, das liege an staatlichem Dirigismus, und der Markt könne das ja alles regeln, der ist bisher in seinem Leben wirklich mit unfassbaren Scheuklappen durch eine Großstadt gelaufen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Natürlich ist eine vernünftige soziale Regulierung des Wohnungsmarktes und auch des Neubaus unbedingt erforderlich. Sie konnten das ja in der Frühzeit der Überseestadt sehen, als es noch keine Sozialquote gab: Was ist denn da gebaut worden? Da ist ausschließlich das Premiumsegment bedient worden. Natürlich schaffen Sie so die soziale Spaltung einer Stadt. Das sieht man auch bei der Qualität der Wohnungen. Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal in der George-Albrecht-Straße in Blumenthal gewesen ist,

(Abgeordnete Silvia Neumeyer [CDU]: Ja, ich schon!)

aber wer sich diese Wohnblocks und die Zustände angesehen hat, die der Markt – an der Stelle ein privater Investor – angerichtet hat, der kann nicht allen Ernstes behaupten, der Staat solle die doch einfach einmal in Ruhe lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Wir haben es – diese Koalition, dieser Senat –, Senatorin Ünsal hat es geschafft, dass die Stadt die Wohnanlage George-Albrecht-Straße erwerben kann.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Man braucht kein Hellseher zu sein, dass, wie an vielen anderen Orten in der Stadt, mit einem sozial orientierten Bestandshalter dort ein Aufwind eintreten wird, und das haben wir nur aus einem Grund geschafft. Aus einem Grund ist das nicht an den nächsten windigen Investor verkauft worden, sondern an die Stadt, und zwar übrigens auch noch zum Verkehrswert: weil wir ein Sanierungsgebiet für dieses Areal festgesetzt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Deshalb konnten wir das schlichtweg durchsetzen, und ja, mit einer staatlichen Intervention, und ich sage Ihnen, das ist auch gut so.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Erlauben Sie mir übrigens die Anmerkung: Auch ein bekannter Immobilieninvestor dieser Stadt hat uns herzlich dazu gratuliert und zu mir gesagt: Herr Wagner, genau richtig so! Anders geht es mit diesen Typen auch nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke – Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU]: Wer sind jetzt „die Typen“?)

Wir haben im Sozialwohnungsneubau dieser Stadt eine erprobte Kooperation von Privatinvestoren und öffentlichen Gesellschaften, die wollen wir fortsetzen. Wir wollen dabei aber die Sozialwohnungsquote künftig stärker differenzieren. Das ist deswegen notwendig, weil im Sozialwohnungsneubau bisher zwar schon eine ganz ordentliche, wenn auch noch nicht ausreichende Zahl an Sozialwohnungen neu errichtet wurden, aber die verteilen sich sehr ungleich über die Stadt, und der Altbestand verteilte sich auch schon sehr ungleich über die Stadt. Das ist eine Problemlage, die wir in irgendeiner Form angehen müssen, und deshalb sagen wir, wir wollen die Sozialquote künftig stärker differenzieren.

Wenn heute viel mehr Sozialwohnungen in Gröpelingen existieren als in Schwachhausen, dann ist doch die logische Konsequenz daraus, dass man die Regeln so gestaltet, dass künftig im stärkeren Umfang Sozialwohnungen in Schwachhausen entstehen und in stärkerem Maße Angebote für die Mittelschicht in Gröpelingen entstehen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist doch schlichtweg vernünftig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Das möchten wir mit dem Vorschlag gern angehen. Wir haben Instrumente vorgeschlagen, wie in hochpreisigen Stadtteilen mehr Sozialwohnungen entstehen können – Vorkaufsrechte wurden genannt, sektorale Bebauungspläne wurden genannt, abgesenkte Bagatellgrenze –, und wir können uns im Umkehrschluss eben auch vorstellen, dass in den Stadtteilen, die eher ein Qualitätsproblem haben, in Zukunft die Sozialquote teilweise oder sogar ganz durch das mittlere Preissegment

erfüllt werden kann, also ein zusätzliches Angebot für die Mittelschicht gemacht werden kann.

Wir sind unter dem Strich der Überzeugung, dass wir einen Beitrag dafür leisten, dass es in teuren Stadtteilen mehr Angebote gibt für Menschen mit kleinem Einkommen, dass es in den preisgünstigeren Stadtteilen in Zukunft mehr Angebote gibt für Menschen mit mittlerem Einkommen. Das wird nicht im Alleingang die soziale Spaltung einer Stadt beseitigen, das kann es auch nicht, aber wir sind überzeugt, es ist ein Beitrag gegen die Spaltung der Stadt in Arm und Reich. – Vielen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächste Rednerin hat das Wort Frau Senatorin Özlem Ünsal.

Senatorin Özlem Ünsal: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, verehrte Gäste! Erlauben Sie mir bitte, vorweg einmal eine kurze Anmerkung voranzustellen, was die Begrifflichkeiten in der Debatte angeht! Sie fallen mir nicht nur heute auf, sondern doch immer wieder, und deshalb liegt mir diese Anmerkung wirklich sehr am Herzen: Wenn wir Begriffe wie Spaltung, Segregation, Verdrängung verwenden, um unsere unterschiedlichsten Beschlüsse zu untermauern, dann habe ich natürlich Verständnis dafür. Dennoch will ich einmal dafür sensibilisieren, dass diese Begriffe natürlich Gewicht haben und wir sie gemeinsam auch bedacht einsetzen sollten. Anderenfalls könnten sie genau in die falsche Richtung einschlagen – das ist heute nicht der Fall, ich will das ausdrücklich unterstreichen – und im ungünstigsten Fall auch für ideologische Zwecke missbraucht werden und stigmatisieren.

Zurück zu unserer Debatte! Aus unserer Sicht des Senats bedarf es auch bei diesem Thema einer differenzierten Betrachtung, und es ist nicht ungewöhnlich, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass Wohnungsangebote hinsichtlich ihrer Größe, des Alters oder auch des Sanierungszustands variieren und dadurch eben auch unterschiedliche Mietpreise hervorrufen oder entstehen. Solche Unterschiede führen zu einer sozialräumlichen Differenzierung, ja, das ist richtig, und sie müssen auch von uns genauer betrachtet werden, und auch das ist notwendig.

Trotzdem müssen wir uns gemeinsam überlegen: Ist es schon die Phase der Segregation, der sozialen Spaltung, können wir das als solche interpretieren, oder müssen wir ein bisschen genauer hinschauen? Das tun wir auch. Dennoch – so verstehe ich die Initiative heute – ist es wichtig und richtig, frühzeitig diesen Fehlentwicklungen zu begegnen, um sie entweder erst gar nicht entstehen zu lassen oder darauf rechtzeitig reagieren zu können. Das tun wir sehr verantwortungsvoll, sehr bedacht und auch sehr quartiersbezogen, und das werden wir auch weiterhin so verfolgen.

Deshalb empfehle ich und schlage deshalb auch vor – es ist in der Debatte mehrfach genannt worden –, zunächst die Ergebnisse der von meinem Haus beauftragten Wohnraumbedarfsprognose abzuwarten, bevor wir dann gemeinsam in die weiteren Schritte einsteigen und entsprechende Schlüsse daraus ziehen. Darauf geht der vorliegende Antrag dankenswerterweise auch differenziert ein, und ich begrüße das ausdrücklich, und ich kann heute hier auch schon verkünden, dass wir voraussichtlich mit Stand von heute am Ende des ersten Quartals bereits unsere ersten Ergebnisse präsentieren können, um dort auch konkret einzusteigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Vielen Dank!

Das heißt auch nicht, dass wir in der Zwischenzeit untätig bleiben, waren und auch bleiben oder werden, sondern im Gegenteil: Wir haben diese soziale Durchmischung sehr genau als zentrales Ziel für uns als Ressort formuliert, um sozialen Spannungen natürlich frühzeitig entgegenzutreten und natürlich auch den sozialen Frieden in unseren Quartieren sicherzustellen; und ja, eine Stadt wie Bremen mit ihren vielfältigen Quartieren – sie sind sehr spezifisch, deshalb muss man auch sehr spezifisch schauen –, sie müssen lebenswert und allem voran sozialverträglich und bezahlbar bleiben, da gehört das auch dazu. Genau dafür setzen wir uns mit unserer Wohnungsbaupolitik mit den Stadtentwicklungsinstrumenten auch ein, die Sie auch alle kennen.

Dazu gehören zum einen die Instrumente, sie sind an unterschiedlichster Stelle gefallen, aber auch unsere Initiativen, die wir auch deutlich über unsere Landesgrenzen hinaus verfolgen, sowie unsere Ankäufe, die eben auch sehr gewürdigt worden sind. Dafür danke ich ausdrücklich, und ich freue mich auch über diese wirklich aktuelle Entwicklung gestern mit dem

Kaufvertrag, den wir abschließen konnten und damit auch endgültig den Missständen ein Ende setzen, die seit Jahren dort anhalten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Ich will aber auch noch einmal unterstreichen, dass natürlich die wohnortnahe Infrastruktur einer ganzheitlichen Betrachtung bedarf, das heißt, wir sind da auch ressortübergreifend im Senat tätig und auch im Schulterschluss unterwegs. Segregationseffekte haben ganz viele unterschiedliche Ursachen: Wir diskutieren über Sicherheit, wir diskutieren über Sauberkeit, über soziale Angebote. All das wirkt auf dieses Quartier ein, egal, welches Quartier wir dann in die genaue Betrachtung ziehen. Deshalb müssen wir auch diese ganzheitliche Betrachtung weiterhin im Blick halten.

Ich komme einmal zurück auf die Arbeit des Senats! Ich habe gesagt, wir fangen da nicht bei null an. Lassen Sie mich abschließend gern ein paar Beispiele aufführen, damit sie auch gemeinsam eingeordnet werden können: Über unsere gemeinsame Städtebauförderung achten wir auf hochwertige Infrastruktur im Wohnumfeld – ich durfte gestern zuletzt mit einigen von Ihnen beispielsweise im Schweizer Viertel auch dort ein größeres Projekt initiieren mit einem Spatenstich. Mit dem STEP Wohnen 2030 verfolgen wir eine ausgewogene Entwicklung von Neubau und Bestandsnutzung, um für alle Einkommensgruppen dann auch angemessenen Wohnraum zu schaffen. Die Modernisierungsförderung ist hier genannt worden, und der Ankauf ausgelaufener Bindungen beschäftigt uns natürlich auch ganz massiv und soll auch langfristig gesichert werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Meine verehrten Damen und Herren, die Wohnraumförderung ist dabei unser stärkstes und stabilstes Instrument, um bezahlbaren Wohnraum in allen Quartieren zu schaffen und auch zu stabilisieren. Deshalb verdient es eine ganz besondere Betrachtung an dieser Stelle, und deshalb können wir auch hervorragende Projekte fördern, die einzeln auch häufig über die 30-Prozent-Quote hinausgehen. Wir haben die 30-Prozent-Quote, aber ganz oft liegen wir auch über diesen 30 Prozent. Das ist gewollt, wenn wir uns beispielsweise das Kaffeequartier anschauen, die Überseestadt und einige Quartiere mehr.

Auch hier knüpfen die Vorschläge des Antrags an, deshalb begrüße ich diese ausdrücklich. Ihre Beschlussvorschläge sind richtig und wegweisend. Die Förderung des mittleren Preissegments unterstützt unsere Bemühungen hin zur weiteren sozialen Durchmischung in den Quartieren. Eine Senkung der Bagatellgrenze lässt uns flexibler handeln und die Sozialquote auch in kleinen Gebieten umsetzen. Der sektorale Bebauungsplan wird bereits von uns – alle die, die in unserer zuständigen Deputation vertreten sind, wissen das – an ausgewählten Standorten auch schon umgesetzt. Da will ich insbesondere drei Quartiere besonders hervorheben: Schwachhausen, Borgfeld und Habenhausen sind hier für uns nur beispielhaft, also wir sind da dran. Die Wohnraumbedarfsprognose wird eine solide Grundlage für die weiteren Schritte für eine fundierte Umsetzung liefern, insofern dürfen wir gemeinsam auch auf die Ergebnisse gespannt sein.

Aber auch über das Thema der Sozialwohnungen hinaus haben wir uns die zur Verfügung stehenden Instrumente gut angeschaut und bleiben da auch in der ständigen Prüfung unserer Instrumente und werden sie auch weiterhin nach Möglichkeit so ausschöpfen. Das Vorkaufsrecht ist nur ein Instrument, das ich ausdrücklich auch begrüße, und ich freue mich, dass wir dieses Instrument hoffentlich auch in Zukunft weiterhin insbesondere dort, wo es angezeigt ist, verstärkt einsetzen können. Den Bremer Norden haben wir beispielhaft ja auch schon gehört.

Das hier vorgeschlagene geordnete Verfahren ist zu begrüßen. Lassen Sie uns für eine solide Grundlage die Wohnraumbedarfsprognose abschließen und darauf aufbauend ein qualifiziertes Konzept dann auch für die sozialräumliche Durchmischung entwickeln! Eines dürfen wir jedoch nicht vergessen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, und wir brauchen da auch die gemeinsame Betrachtung: Die Umsetzung dieser Beschlüsse erfordert eine solide Finanzierung, und die hier vorgeschlagenen Maßnahmen werden zusätzliche Finanzmittel verlangen.

(Glocke)

Ich komme gleich zum Schluss! Unser aktuelles Wohnraumförderprogramm ist nicht nur ein Erfolgsmodell und ein Stabilisierungsfaktor und wird stark nachgefragt, sondern wir müssen auch zusehen, dass wir diese Wohnraumförderung auch zukünftig mit einer verlässlichen Finanzierung sichern und auf stabile Füße stellen.

Deshalb appelliere ich abschließend an Sie: Unterstützen Sie die Beschlüsse, und tragen Sie als Parlament im Schulterschluss mit uns dafür Sorge, dass die notwendigen Mittel für die soziale Frage unserer Zeit auch bereitgestellt werden können. Nur so können wir handlungsfähig bleiben und Ihre Erwartungen erfüllen an Bezahlbarkeit, an Durchmischung und die soziale Stabilität in unseren Quartieren. Insofern: Lassen Sie uns gemeinsam dranbleiben und uns dafür auch gemeinsam einsetzen! – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen.

(Dafür: SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: CDU, Bündnis Deutschland, FDP, Abgeordnete Meltem Sağıroğlu [fraktionslos])

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

**Anpassung des Sondernutzungskonzeptes für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick auf Fahrzeuge im Sinne der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung (eKFV)
Mitteilung des Senats vom 15. Oktober 2024
(Drucksache [21/400 S](#))**

Dazu als Vertreter des Senats Herr Staatsrat Olaf Bull.

Als erster Redner hat das Wort der Abgeordnete Michael Jonitz.

Abgeordneter Michael Jonitz (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Ich weiß, es ist für alle die sechste Stunde, was es tatsächlich jetzt ist, aber es ist ein sehr spannendes und wichtiges Thema, das wir hier nicht vergessen dürfen, denn mit der Anpassung des Sondernutzungskonzeptes für Fahrzeugverleihsysteme von Elektrokleinstfahrzeugen – im Volksmund, ich habe es hier eben auch schon gehört, E-Roller genannt – treibt es Bremen einmal wieder auf die Spitze, leider auf die negative Spitze.

Anstatt eine Ausschreibung zu machen, in der sich die unterschiedlichen Marktanbieter so, wie es normal der Fall ist, um Lizenzen bewerben, wo die Marktanbieter in einen Wettstreit treten um die besten Fahrzeuge, um die günstigsten Preise, um die beste Software, die höchste Sicherheit, die besten Arbeitsbedingungen oder andere Qualitätskriterien, tritt in Bremen die Willkür auf den Plan. So soll in Bremen der Zuschlag für die Anbieter verlost werden, der Zuschlag per Los in einer Amtsstube erfolgen.

(Unruhe)

Nicht die besten Ideen, das beste Konzept, Verlässlichkeit und Zuverlässigkeit sollen gelten, sondern der Münzwurf eines Beamten. So wenig Vertrauen hat dieser Senat in die Fähigkeit seiner Beamtinnen und Beamten, dass er ihnen nur noch einen Münzwurf zutraut. So schreibt der Senat in seiner Vorlage, dass eine Bestenauswahl viel zu aufwendig sei, die Rechtsunsicherheit viel zu groß sei. Wenn die Ambitionslosigkeit dieses Senats einen neuen Höhepunkt erreicht hat: Hier ist er im besten Amtsdeutsch ausgedrückt.

(Beifall CDU – Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: Sie können auch nur dumme Phrasen! – Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schauen wir in andere Städte – da kann der Kollege Lenkeit noch etwas lernen –, sehen wir dort, dass eine Bestenauswahl kein Hexenwerk ist, so, wie es der Senat, so, wie es Sie wahrscheinlich auch gleich wieder behaupten werden und wie uns der Senat Bovenschulte hier weismachen will. Sie muss nur gut geplant und durchgeführt werden.

In Stuttgart wurde das Konzept für die Vergabe von E-Rollern auf 20 Seiten mit sechs Kriterien beschränkt. Die Auswertung dauerte vier Wochen. In Heilbronn dauerte die Auswertung im Bestenverfahren zweieinhalb Wochen. Warum ist in Bremen die Welt aber wieder einmal eine andere? Es ist dieser Senat Bovenschulte im einmal wieder schlechtesten Sinne. Der Senat hat Angst. Es wird nämlich damit argumentiert, dass eine Bestenauswahl Gerichtsverfahren nach sich ziehen könnte, weil sich Bewerber übergangen fühlen könnten, weil sie Bewertungen anzweifeln.

(Unruhe SPD)

Nun liegt ganz druckfrisch aus dieser Woche ein Gutachten vor, wo gesagt wird, wenn die in Bremen das Losverfahren wirklich durchführen, werden wir klagen. Dort finden sich Begrifflichkeiten wie Rechtswidrigkeit, Ermessensausfall, Ermessensdefizit, Umsatzeinbußen können geltend gemacht werden. Der Kollege Dr. Schröder wird darauf bestimmt gleich noch einmal sehr dezidiert in einem kleinen juristischen Proseminar eingehen. All das wird sehr deutlich und klar im Gutachten angeführt. Kurzum: Der Verwaltungsaufwand, den Sie sich hier einsparen wollen, wird deutlich größer werden, es werden noch eine Menge Kosten hinzukommen. Es ist also durch das Losverfahren nichts gewonnen in puncto Rechtssicherheit. Durch das Losverfahren haben wir vielmehr jetzt schon direkt automatisch ein Gerichtsverfahren an den Hacken mit Ansage der Anbieter.

(Abgeordneter Tim Sültenfuß [Die Linke]: Nein, mit Ansage der CDU!)

Mit einer Bestenauswahl würden wir etwas anderes schaffen, nämlich in Bremen endlich einmal die Tür aufzumachen, an zukünftigen Entwicklungen auch teilnehmen zu können. Nach zwei Jahren Wartezeit geht diese Woche, wir konnten es nachlesen, endlich das Experiment in der Neustadt los, wo es feste Abstellflächen für E-Roller gibt.

(Abgeordneter Dr. Marcel Schröder [FDP]: Wahnsinn!)

Sechs Abstellflächen nach zwei Jahren! – Überschaubar! In Stuttgart – nur am Rande – gibt es 27 Abstellflächen für E-Roller, in Heilbronn 22. Warum ein Experiment für die Abstellflächen in der Neustadt? Weil niemand weiß, ob die richtigen Flächen ausgewählt wurden! Das muss nämlich überprüft werden. Gleichzeitig wollen die Beiräte in Burglesum, in der Vahr und in Horn-Lehe auch feste Abstellflächen. – Ausgesetzt vom Senat, bis wir in der

Neustadt ein Stück weiter sind! Die Beiräte haben hier berechnete Ansprüche geltend gemacht und haben vorgegearbeitet, haben passgenaue Flächen ausgesucht, der Senat kommt seiner Arbeit hier einmal wieder nicht nach.

(Beifall CDU)

Die jetzigen Anbieter sagen, dass es für sie nur eine Sache von Minuten ist, diese festen Abstellflächen einzurichten. Warum bestrafen wir solche guten Partner und setzen sie der Willkür eines Losentscheids aus? Ich kann es nicht verstehen! Vielmehr verhöhnen Sie die aktuellen Anbieter in Ihrem Antrag. So ist dort nachzulesen, durch die Verlängerung der Laufzeit von zwei auf drei Jahre würde den Unternehmen eine höhere Planbarkeit und Wirtschaftlichkeit möglich sein. Wo liegt die Planbarkeit, wenn nach drei Jahren aber alle Anstrengungen, alle Zusammenarbeit, alle Partnerschaftlichkeit, alle Qualitätsverbesserungen für die Katz sind, weil das Los entscheidet?

(Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD]: In einem festgeschriebenen Verfahren! Was soll denn so ein Quatsch?)

Dieses Verfahren, dieses Losverfahren lehnen wir als CDU in aller Deutlichkeit ab.

(Beifall CDU – Zuruf Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD])

Herr Lenkeit, Sie können gleich reden! Dass die SPD nichts von Innovationsfreude, Partnerschaft und Qualitätsbewusstsein hält, wissen wir.

(Zuruf Abgeordneter Kevin Lenkeit [SPD])

Dass Sie es hier aber so schriftlich zu Wort gebracht haben, ist schon wirklich ein Offenbarungseid.

(Beifall CDU)

Wir wollen als CDU kein staatliches Lotteriespiel für wichtige öffentliche Angebote, und genau das ist das E-Roller-Angebot. Lassen Sie uns Bremen gemeinsam besser machen! Stimmen Sie mit uns als CDU gegen diese Bitte des Senats und gegen dieses Losverfahren! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall CDU)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Dr. Marcel Schröder.

Abgeordneter Dr. Marcel Schröder (FDP): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal fragen Sie sich wahrscheinlich, warum ich jetzt hier stehe.

(Zurufe: Nein! – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Nein, tun wir nicht! Können wir überspringen!)

Das liegt daran, dass für eine Genehmigung nach dem Straßenrecht die Ortspolizeibehörde zuständig ist, und das ist in dem Fall das Ordnungsamt. Deswegen ist das bei uns auch in der Innendeputation gelandet, das hat schon für Verwirrung bei dem einen oder anderen gesorgt.

Wir diskutieren über E-Scooter, und ich oute mich: Auch ich nutze gelegentlich E-Scooter, und ich habe auch schon den einen oder anderen Kollegen hier auf einem E-Scooter getroffen, von dem ich das wirklich nicht erwartet hätte. Also wir sehen: E-Scooter sind sehr beliebt.

(Zurufe – Abgeordneter Mustafa Güngör [SPD]: Jetzt wollen wir Namen hören!)

Das bleibt unser Geheimnis! Ich glaube, es ist auch unstrittig, dass E-Scooter auch neben anderen Sharingkonzepten für ein modernes Verkehrskonzept, für ein multimodales Verkehrskonzept unverzichtbar sind und eine wichtige Rolle spielen. Deshalb muss die Regulierung für E-Scooter auch so sein, dass die Unternehmen hier gut und nachhaltig wirtschaften können, und das bringt mich jetzt zu dem von Ihnen geplanten Sondernutzungskonzept.

Der Kollege Jonitz hat es gerade schon erklärt: Es wird die bisher geltende Gesamtbetrachtung der Anbieter abgeschafft, hin zu einem Losentscheid. Ich habe jetzt bisher – wir haben recherchiert – keine andere Stadt gefunden, die das bisher so per Losentscheid macht, und auch, wenn es sich hier um Landesstraßenrecht handelt, muss Ihnen ja klar sein, dass Sie hiermit letztendlich einen Markt, und wie man einen Markt reguliert, dafür gibt es ja verschiedene Möglichkeiten: Man kann ihn entweder gar nicht regulieren, oder man setzt gleiche Rahmenbedingungen, oder man macht eine Konzession, oder man macht klare Kriterien und fällt eine Ermessensentscheidung.

Sie haben sich jetzt dafür entschieden, ein Losverfahren anzuwenden, und die Begründung ist, dass der Verwaltungsaufwand für eine Ermessensentscheidung zu hoch wäre, das finde ich ehrlich gesagt schon ein starkes Stück. Wenn Sie nicht das Personal haben und es nicht schaffen, mit dem Verwaltungsaufwand eine vernünftige Entscheidung zu treffen, dann lassen Sie es doch einfach sein! Das wäre doch die logische Konsequenz, anstatt hier so eine Willkür einzuführen!

(Beifall FDP)

Es ist ja auch nicht so, dass in anderen Städten jetzt die Welt untergegangen wäre, weil sie keine Sondernutzungserlaubnis haben. Duisburg ist vergleichbar, dort gibt es keine Limitierung für E-Scooter. Trotzdem gibt es da ungefähr 2 000, das sind ungefähr so viele wie in Bremen. Wie ist das passiert? Achtung, jetzt müssen die Linken stark sein: Der Markt hat sich da selbst geregelt – ganz einfach, denn wenn nicht genügend Leute die E-Scooter nachfragen, dann werden von den Unternehmen dort auch nicht mehr E-Scooter eingestellt, ganz einfach.

Hannover, auch ähnlich groß wie Bremen: 7 000 bis 8 000 E-Scooter! Wie wir gelernt haben, ist in Hannover offenbar die Welt schon untergegangen bei 8 000 E-Scootern. Nürnberg: 544 000 Einwohner, 4 000 E-Scooter! Wir lernen also: Dass man zwangsläufig so wenig E-Scooter hat wie Bremen und dass man zwangsläufig eine Sondernutzungserlaubnis braucht, ist kein Selbstläufer, das ist nicht in Stein gemeißelt, das steht auch nicht in der Bremer Landesverfassung.

Warum ist dieses Losverfahren so sinnlos? Es setzt keinen Anreiz, Qualität zu liefern. Normalerweise ist es im Wettbewerb ja so: Es setzt sich derjenige durch, der die beste Qualität zum relativ besten Preis anbietet. Die Anbieter, die zu schlechte Qualität liefern oder zu hohe Preise, scheiden irgendwann aus dem Markt aus. Das ist langfristig gut für die Verbraucher, denn es führt zu hoher Qualität und zu sinkenden Preisen. Beim Losverfahren ist es aber so: Ganz egal, wie sehr das Unternehmen sich anstrengt, ganz egal, wie gut die Qualität ist, am Ende muss man damit rechnen, nach den drei Jahren das Losverfahren zu verlieren und alles, was man dann hineingesteckt hat, ist für die Katz. Wieso sollte man sich dann anstrengen und gute Qualität liefern?

Es gibt auch keine Planungssicherheit. Keine Planungssicherheit heißt auch, es werden keine Investitionen getätigt, und vor allem – und das finde

ich eigentlich gerade für eine SPD besonders krass –, die Arbeitsplätze sind ja auch total unsicher, denn die Arbeitnehmer wissen gar nicht, ob das Unternehmen in drei Jahren wieder das Losverfahren gewinnt. Hier hängen also Arbeitsplätze von einem Münzwurf ab, und das finde ich für eine Partei, die sich das Thema Respekt auf die Fahnen geschrieben hat, tatsächlich ein sehr starkes Stück und absolut nicht sinnvoll.

(Beifall FDP)

Wir fassen zusammen: Ein Losverfahren setzt keine Anreize für gute Qualität, ein Losverfahren bietet keine Planungssicherheit, ein Losverfahren bietet keine sicheren Arbeitsplätze. Das ist keine Marktwirtschaft, noch schlimmer: Es ist nicht einmal Planwirtschaft, denn dann gäbe es ja zumindest Planungssicherheit. Es ist Zufallswirtschaft, und das ist die denkbar schlechteste Art und Weise, wie man einen Markt regulieren kann, und deswegen werden wir als FDP-Fraktion das ablehnen. – Vielen Dank!

(Beifall FDP)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Ralph Saxe.

Abgeordneter Ralph Saxe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ein bisschen nervt mich diese Debatte, aber durch solche Sachen muss man auch durch. Herr Jonitz immer wieder mit seinen Negativsuperlativen: Es ist immer alles das Schlimmste und Katastrophalste, was es jemals in diesem Land gegeben hat,

(Zurufe CDU – Abgeordneter Michael Jonitz [CDU]: Ja, das haben wir uns ja gerade wieder anhören dürfen!)

Das kann ich wirklich nicht mehr hören!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke – Zurufe CDU)

Gehen Sie doch einfach einmal eine Stufe niedriger! In der Differenzierung liegt die Kunst, aber das ist eine andere Geschichte.

Dann haben wir das andere, der Vertreter der Nichtregulierung, das hat zumindest so dem Bild entsprochen, das ich erwartet habe.

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Nun regen Sie sich nicht so auf!)

Ich rege mich gar nicht auf!

(Zuruf SPD: Die Gesundheit!)

Ich bin für Gesundheit zuständig, also weiß ich schon, wie weit ich mich auch aufregen kann.

(Abgeordnete Ute Reimers-Bruns [SPD]: Das muss auch raus! – Zurufe)

Es gibt eine Menge Städte, die sich Bremen zum Vorbild genommen haben mit dieser Sondernutzung. Das war innovativ – nach Ihrem Gusto vielleicht nicht, aber es war innovativ –, weil viele andere Städte das auch gemacht haben. Wir haben das doch in der Anfangszeit erlebt: Die Leute in dieser Stadt waren genervt. Die Menschen, die mit dem Rollstuhl durch die Gegend gefahren sind oder die zu Fuß mit ihren Kindern durch die Gegend gegangen sind, waren genervt, weil es diese Regulierung nicht gab, die wir jetzt versuchen.

Ich bin absolut ein Fan davon, dass es diese E-Scooter gibt, meine Kinder nutzen die auch. Ich finde auch – da bin ich mit Herrn Dr. Schröder komplett einer Meinung –, sie sind ein Bindeglied einer modernen Multimodalität, vollkommen klar. Gerade für die kurzen Entfernungen sind sie absolut notwendig, und trotzdem finde ich, so, wie wir das in den ersten Jahren erlebt haben, dass das reguliert werden muss. Warum haben Städte wie Barcelona zum Beispiel sie komplett verboten? Weil es eben auch eine Art des Umgangs damit gibt, wo Ihr Gusto nämlich, wir lassen das einmal alles den Markt regulieren, einfach nicht funktioniert hat, wo es auch zu einem tödlichen Unfall kam!

Deswegen ist genau der Weg, den dieser Senat gegangen ist, wir wollen nicht zu viel von diesen Fahrzeugen in der Stadt haben und schauen dabei auch auf Qualität, genau der richtige. Ich fand das jetzt nicht die super Idee mit dem Losverfahren,

(Abgeordneter Dr. Marcel Schröder [FDP]: Ja, aber sie machen es dann eben doch!)

habe aber auch wahrgenommen, dass es da einen großen Aufwand gab und habe auch wahrgenommen – ich habe mich damit auseinandergesetzt –, dass der Unterschied zwischen den Anbietern jetzt nicht so eklatant ist, dass man dort einen großen Verwaltungsaufwand wird betreiben müssen.

Wir haben das dann mit dem Ressort diskutiert. Wir haben auch verstanden, dass das kein vernünftiger Weg ist, und wir haben dann versucht, noch andere Dinge miteinander zu besprechen, das steht ja auch in der Deputationsvorlage, dass es nämlich eine Plattform geben soll, wo störende Fahrzeuge gemeldet werden können, dass die Sanktionsmaßnahmen erweitert werden sollen, falls es wirklich einen Missbrauch im öffentlichen Raum gibt, und auch, dass klargestellt werden soll: Wie viele Leute machen denn jetzt Fußpatrouille? Das finde ich ganz wichtig, dass die Firmen auch unterwegs sind und schauen, was läuft da jetzt gerade schief, und dann durchaus auch verantwortlich sind für die Fahrzeuge von anderen. Das ist, finde ich, sehr fortschrittlich, und deswegen kann ich nicht wahrnehmen, dass wir hier jetzt ganz besonders rückschrittlich sind, sondern es ist ein Spagat – ein Spagat zwischen den vielen Menschen, die in dieser Stadt total genervt sind von diesem Gebrauch der E-Scooter und dem, dass sie auch ein wertvolles Instrument fortschrittlicher Multimodalität sind. Ich glaube, den Spagat schaffen wir ganz gut.

Deswegen kann ich nur alle dazu auffordern, das zu unterstützen, und zu versuchen – –. Diese E-Scooter werden wir nicht mehr wegbekommen. Selbst die, die sie vielleicht doof finden, werden akzeptieren müssen, dass sie eine Art der Fortbewegung sein werden. Wir werden aber alle miteinander darüber nachdenken, für bewegungseingeschränkte Menschen, dass wir diese E-Scooter zähmen, sodass sie stadtverträglich und mobilitätsverträglich sind. – Vielen Dank!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Cord Degenhard.

Abgeordneter Cord Degenhard (Bündnis Deutschland): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Angesichts der fortgeschrittenen Zeit packen wir das hier jetzt einmal weg, wir kürzen das einmal ein bisschen ab. Ich wiederhole nicht all das, was hier zu den beiden Verfahren schon gesagt worden ist, und steige ein bei unseren Bauchschmerzen für das Losverfahren. Wir haben Bauchschmerzen damit, in der Tat, die haben wir. Trotzdem entscheiden wir uns für dieses Verfahren, das sicherlich viele Nachteile hat, die hier auch genannt worden sind. Trotzdem entscheiden wir uns dafür aus einem einzigen Grund: Wir werden dem zustimmen, weil wir wollen, dass, wie in der Sitzung des Senats am 15. Oktober 2024 beschlossen wurde, durch dieses leichtere Verfahren

frei werdende personelle Ressourcen beim Ordnungsamt dafür verwendet werden können, das Verfahren der Abstellflächen zu beschleunigen. Das ist ja ein Beschluss des Senats, im Oktober gefasst. Das ist das für uns entscheidende Kriterium, denn wir wollen diese Dinger hier nicht mehr überall herumliegen sehen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Aktuell wird das Stadtbild überall durch herumliegende E-Scooter verschandelt.

(Abgeordneter Dr. Marcel Schröder [FDP]: Quatsch! Das stimmt doch gar nicht!)

Allerdings! Hinzu kommen erhebliche Verkehrssicherheitsaspekte. So darf sich eine Stadt, die auch großen Wert auf Tourismus legt, nicht präsentieren.

(Beifall Bündnis Deutschland)

Hinzu kommt aus meiner/aus unserer Sicht ein zunehmender Verfall der öffentlichen Ordnung, insbesondere auch in den Köpfen vieler Bürger.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Marcel Schröder [FDP])

Wer erlebt, dass er seinen E-Scooter überall ablegen darf, wo er gerade möchte, dessen Hemmschwelle sinkt möglicherweise auch bei der Entsorgung seines Hausmülls, oder er meint, er könne auch mit seinem Pkw überall parken, wo es ihm beliebt. Wir brauchen hier also Ordnung. Wir brauchen Abstellplätze, wir brauchen Parkflächen für diese Scooter.

Sollte es allerdings nicht zu den verpflichtenden Abstellplätzen kommen, sollte sich das in der Zukunft nicht positiv weiterentwickeln und somit also der weiteren Verschandelung des Stadtbildes sowie des weiteren Verfalls öffentlicher Ordnung nicht wirkungsvoll Einhalt geboten werden, muss aus unserer Sicht grundsätzlich über die Zulassung von E-Scootern neu nachgedacht werden. – Ich danke Ihnen!

(Beifall Bündnis Deutschland)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Kevin Lenkeit.

(Abgeordneter Falko Bries [SPD]: Über die volle Distanz, Kevin! Gib alles! – Zurufe)

Abgeordneter Kevin Lenkeit (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ein großer Fan von E-Scootern in unserer Stadt. Ich habe eben noch einmal nachgeschaut: Ich bin in den letzten fünf Tagen viermal damit gefahren, zuletzt am Sonntag vom Weserstadion bis zum Hauptbahnhof; also nicht nur für mich, sondern für viele Menschen in unserer Stadt sind E-Scooter nicht mehr wegzudenkende Aspekte der Mobilität.

(Unruhe FDP)

Und ja, so beliebt E-Scooter bei vielen von uns sind, so unbeliebt sind sie bei vielen anderen: Unachtsam abgestellte Fahrzeuge auf dem Gehweg verärgern immer wieder Bürgerinnen und Bürger, denn schließlich sind die Gehwege durch aufgesetztes Parken ja schon eng genug. Aber auch in Gebüsch, Gräben oder Flüssen liegen Fahrzeuge. Das ist sicherlich kein schöner Anblick, und das ärgert die Bürgerinnen und Bürger zu Recht. Deswegen war ich auch ein bisschen irritiert, als hier eben Beispiele von mehreren Tausend Scootern zusätzlich gebracht wurden. Ich glaube nicht, dass auch nur irgendeine Fraktion damit Pluspunkte bei der Bevölkerung sammelt.

(Beifall SPD)

Die SPD-Fraktion sieht die E-Scooter als festen Bestandteil der öffentlichen Mobilität, und sie sind da auch überhaupt nicht mehr wegzudenken, das wurde hier, glaube ich, auch bei fast allen Redebeiträgen deutlich, und wir haben den relativ restriktiven Weg, den wir ja von Anfang an hier mit der Zulassung beschritten haben, auch von Beginn an unterstützt: Das Sondernutzungskonzept für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick auf Fahrzeuge im Sinne der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung, so der schlanke Name über die Anpassung, die wir heute debattieren – und wieder steht diese Anpassung unter der Überschrift, die zwei Pole im Blick, die Akzeptanz für Elektrokleinstfahrzeuge weiter voranzutreiben. Deswegen ist ein Kern auch die zukünftige Möglichkeit für Ortsämter und Beiräte, feste Abstellflächen vorzuschlagen, um das punktuelle Abstellen von E-Scootern alle 50 Meter zu unterbinden. Zukünftig kann ich also meinen E-Scooter vielleicht nicht mehr direkt vor der Haustür abstellen, sondern muss von der letzten Hauptstraße die 50 Meter zu Fuß zurücklegen.

(Zuruf)

Die Befristung der Erlaubnis wird von zwei auf drei Jahre verlängert, das ist gut für die Planbarkeit der Anbieter und schafft einen soliden Businesscase. Die Gesamtzahl der E-Scooter bleibt in etwa gleich, wir werden allerdings die Möglichkeit schaffen, zukünftig bis zu 200 weitere E-Scooter im Bereich des Bremer Nordens aufzustellen beziehungsweise einzusetzen. Das ist absolut zu begrüßen, denn anders als in vielen Teilen unserer schönen Stadt ist der ÖPNV nördlich der Lesum nicht ganz so gut ausgebaut, und gerade in den Abendstunden ist auch die Taktung ein bisschen ausgedünnt, und der E-Scooter ist dann eine gute Alternative auf dem Weg nach Hause.

Wir werden zukünftig bei der Vergabe der Lizenzen, das wurde hier schon angesprochen, auf ein Losverfahren setzen. In einem ersten Schritt – und das wurde hier ausgeblendet, wahrscheinlich unbewusst – müssen alle Anbieter, die sich bewerben, die Anforderungen der Mustersondernutzungserlaubnis vollumfänglich nachweisen. Es wird also einen Katalog mit Forderungen geben, ich gehe davon aus, der Staatsrat wird darauf gleich noch einmal ein bisschen mehr im Detail eingehen. Diese Forderungen müssen erfüllt werden, und nur dann landet der Name des Anbieters auch im Lostopf. Hier kann es auch bei neuen Anbietern beispielsweise oder Anbietern, die in der Vergangenheit ein bisschen fahrlässig gehandelt haben, zu Anhörungen einzelner Anbieter kommen, um die Qualität der Angebote sicherzustellen. Das Losverfahren wird den bisher erheblichen Verwaltungsaufwand – Auswertung der Angebote, Darstellung in einer Matrix – reduzieren und gleichzeitig die hohe Qualität absichern.

(Zuruf Abgeordneter Dr. Marcel Schröder [FDP])

Man muss sich hier, lieber Herr Dr. Schröder, auch ehrlich machen: Die bisherige Idee, dass das bisherige Auswahlverfahren besonders zu Innovation animiert, ist leider nicht eingetreten. Wir haben uns mehr Wettbewerb erhofft, mehr Innovation und vielleicht auch einen Kostenvorteil für die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt. Das ist nicht eingetreten, von daher wird es da auch zukünftig keinen Nachteil geben; und, liebe Kolleginnen und Kollegen, es wurde ja ein bisschen so getan, als könnte das neue Verfahren jetzt besonders leicht beklagt werden. Fragen Sie einmal bei dem Anbieter Voi nach, wie es in der Vergangenheit bei ihm gelaufen ist: Auch da gab es Prozesse. Die wurden auch verloren, und ein in Bremen etablierter Anbieter wurde im zweiten Schritt nicht wieder übernommen.

Deswegen und weil das Verwaltungsgericht das Losverfahren in vergleichbaren Fällen bereits als zulässig bestätigt hat, gehen wir nun

diesen Weg. Wir sind überzeugt, das bisherige Qualitätsangebot nicht nur beizubehalten, sondern weiter auszubauen und zu entwickeln und gleichzeitig ein etwas schlankeres Vergabeverfahren zu implementieren. Rechtliche Bedenken, die hier angesprochen wurden, kann man anbringen, wir teilen diese Bedenken allerdings nicht.

Kolleginnen und Kollegen, E-Scooter in Bremen sind eine positive Geschichte. Mit der nun erfolgten Anpassung gehen wir diesen positiven Weg weiter, und ich würde mich freuen, wenn der hier eingereichte Antrag gleich eine breite Mehrheit findet. – Haben Sie vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall SPD, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Tim Sültenfuß.

Abgeordneter Tim Sültenfuß (Die Linke): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Gäste! Ich fasse mich jetzt ein bisschen kürzer. Ich habe mir bei der Tagesordnung kurz selbst die Frage gestellt, warum wir das Thema überhaupt debattieren wollen. Es wurde jetzt schon mehrfach gesagt: Die meisten Änderungen sind total unspektakulär, zum Beispiel wird die Laufzeit der Sondernutzungserlaubnis von zwei auf drei Jahre erhöht. Das macht natürlich Sinn, weil es für die Anbietenden die Planbarkeit und damit auch die Wirtschaftlichkeit erhöht.

Die bisherigen Bestimmungen eines Gesamtkontingents und die Verteilung auf zwei Anbieter:innen bleiben im Wesentlichen bestehen. Die Gesamtkontingente der E-Roller werden allerdings erhöht, insbesondere in Bremen-Nord. Das unterstützt auch der Beirat Burglesum. E-Scooter erhöhen mittelbar auch die Attraktivität des ÖPNV, das hat mein Kollege Saxe gerade auch schon gesagt, da sie erfahrungsgemäß oft genutzt werden, um beispielsweise den letzten Kilometer vom Bahnhof nach Hause zu bestreiten.

Der eine Punkt, bei dem ich zumindest in Ansätzen verstehen kann, dass es Redebedarf gibt, betrifft die Änderung im Auswahlverfahren. Früher wurden hier in einem aufwendigen Verfahren alle Bewerber:innen bis ins letzte Detail mit einem komplizierten Punktesystem miteinander verglichen. Wenn sich zukünftig mehr als eine Firma bewirbt, um in Bremen E-Scooter anzubieten, dann wird – anders, als die Opposition es hier gerade

suggeriert hat – immer noch geprüft, ob alle Bewerber:innen nachvollziehbar dargestellt haben, dass sie die Anforderungen erfüllen, und wenn das der Fall ist, dann wird gelöst. Gleichzeitig werden wir die Mustererlaubnis für den Betrieb von E-Scootern weiter optimieren, sodass wir die qualitativen Standards insgesamt trotzdem weiter erhöhen können.

(Beifall Die Linke)

Indem wir hier zukünftig einen unkonventionellen Weg gehen, sparen wir der Verwaltung eine Menge Arbeit.

Herr Dr. Schröder, ich fand es sehr erfreulich, dass Sie sich gerade so für die Rechte der Arbeitnehmer:innen bei diesen Anbietern interessiert haben. Sie sind ja Jurist. Eigentlich müssten Sie doch wissen, dass man in so einem Fall nach § 14 Teilzeit- und Befristungsgesetz eben keine Befristung des Arbeitsvertrags über mehr als zwei Jahre machen kann. Das könnte ich Ihnen auch gern noch einmal so erklären, aber das geht in dem Fall nicht. Man kann da nicht auf drei Jahre befristen, weil man als Arbeitgeber vielleicht kein Losglück hat.

(Abgeordneter Frank Imhoff [CDU]: Wir haben aber nur fünf Minuten!)

Eine Sache noch zum Schluss: Ich finde es hier übrigens echt ganz schön lächerlich von der Opposition, jetzt genau in dem Fall so ein Fass aufzumachen. Zum Markenkern von Liberalen und Konservativen gehört es doch eigentlich, bei jeder Gelegenheit gegen Bürokratie zu wettern und damit die ablehnende Haltung zum Beispiel gegen das Lieferkettengesetz, gegen Klimaschutzstandards oder die Rechte von Arbeitnehmern zu begründen.

(Beifall Die Linke, SPD – Zuruf Abgeordnete Sandra Ahrens [CDU])

Jetzt wird hier wirklich einmal ein Stück Bürokratie abgebaut, dann ist es auch wieder falsch. Man könnte fast das Gefühl bekommen, dass es Ihnen gar nicht wirklich um Bürokratie geht, sondern dass Sie nur mit diesem Begriff um sich werfen, wenn man ihn für die Interessen der Reichen und der Konzerne in Stellung bringen kann.

(Beifall Die Linke – Zurufe CDU)

Die Linke kämpft aber weiter für die Interessen der Mehrheit, und das bedeutet eben manchmal mehr und manchmal weniger Bürokratie. – Danke und schönen Feierabend!

(Beifall Die Linke, SPD)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen aus den Reihen der Abgeordneten liegen nicht vor.

Als nächster Redner hat das Wort Herr Staatsrat Olaf Bull.

Staatsrat Olaf Bull: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Keine Sorge, ich raffe es jetzt maximal! Das erste Scooter-Konzept war schon sehr umsichtig mit seinen vielen Nachschärfungen – Unfallfonds und Erreichbarkeit für Beschwerden, und es war auch rechtssicher, es wurde vom Verwaltungsgericht bestätigt. Das zweite Scooter-Konzept kommt jetzt auch noch effizient daher. Die Unterschiede zwischen den Bewerbern sind einfach zu gering. Ein Losverfahren ist absolut sinnhaft, und eigentlich ist es doch auch Anliegen der FDP, die Verwaltung zu entlasten.

Wir lassen uns nicht verunsichern durch dieses sogenannte Gutachten, das um 12:00 Uhr hier hereingeflogen ist. Der Vorwurf, dass ein Ermessensdefizit mit dem Konzept verbunden ist oder sogar ein Ermessensausfall, ist völlig abwegig, nämlich gerade die Aufstellung dieser verschiedenen Kriterien, die Sie heute bemüht haben, und das Konzept, das Sie heute beschließen, das ist Ermessensgebrauch, so etwas aufzustellen, und das Verwaltungsgericht hat ein ähnliches Konzept auch in Bremen schon bestätigt. Das ist Ermessensgebrauch par Excellence, hier fällt gar nichts aus.

Lassen Sie uns die Ressourcen lieber stecken in die Einrichtung von Abstellflächen, gemeinsam mit dem Amt für Straßen und Verkehr, und diese kleine Scooter-Erfolgsgeschichte fortschreiben mit Innovationen, die bundesweit Beachtung gefunden haben. Ich bitte Sie um Zustimmung für das Konzept, lassen Sie uns das jetzt mit den Anbietern entscheiden! – Vielen Dank!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke)

Präsidentin Antje Grotheer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer der Anpassung des Sondernutzungskonzeptes für die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach § 18 Bremisches Landesstraßengesetz für Fahrzeugverleihsysteme im Hinblick auf Fahrzeuge im Sinne der Elektrokleinstfahrzeuge-Verordnung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen.

(Dafür: SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke, Bündnis Deutschland)

Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen: CDU, FDP)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Anpassung des Sondernutzungskonzeptes zu.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angelangt.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluss der Sitzung 19:48 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 21. Januar 2025

Anfrage 8: Barrierefreie gynäkologische Versorgung verbessern Anfrage der Abgeordneten Ute Reimers-Bruns, Katharina Kähler, Selin Arpaz, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 4. Dezember 2024

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die gynäkologische Versorgungssituation für Frauen mit Mobilitätsbehinderungen in der Stadt Bremen?
2. Welche Kenntnisse hat der Senat über die Nachfrage und die Zufriedenheit bei Patient:innen der barrierefreien gynäkologischen Sprechstunde am Klinikum Bremen-Mitte?
3. Welche Potenziale sieht der Senat für die Verbesserung der barrierefreien gynäkologischen Versorgung in der Stadt Bremen und insbesondere am Klinikum Bremen-Mitte?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Mit Stand August 2024 ist der Homepage der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen zu entnehmen, dass in Bremen 71 gynäkologische Praxen existieren. Entsprechend der Selbstauskunft der Praxen erfüllen zwei der Praxen das Merkmal „uneingeschränkt barrierefrei“, vier Praxen geben an, zum Teil barrierefrei zu sein.

Zusätzlich zu den ambulanten barrierefreien gynäkologischen Praxen gibt es am Klinikum Bremen-Mitte die barrierefreie gynäkologische Sprechstunde. Diese existiert seit 2011 und bietet derzeit alle drei Wochen mittwochs von 15:00 bis 19:00 Uhr Termine an. Im Jahr 2024 arbeiten dort sechs Gynäkolog:innen. Das Klinikum Bremen-Mitte stellt während der Sprechzeiten das notwendige Praxispersonal zur Verfügung. Termine können über die Telefonnummer der Kassenärztlichen Vereinigung vereinbart werden.

Im Auftrag der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz haben der Landesbehindertenbeauftragte und die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten ab Oktober 2023 eine Erhebung zur barrierefreien gynäkologischen Versorgung in Bremen durchgeführt. Die Erhebung kommt zu dem Ergebnis, dass Frauen mit Mobilitätsbehinderungen überdurchschnittlich häufig keine gynäkologische Versorgung in Anspruch nehmen. Dies ist zum einen in der fehlenden Barrierefreiheit der Praxen und deren Zuwegungen begründet, zum anderen berichten befragte Frauen von schlechten Erfahrungen, so wurden sie zum Beispiel beschämt oder empfinden Angst vor der Untersuchung. Auch die befragten Gynäkolog:innen berichten von Schwierigkeiten vor allem aufgrund fehlender adäquater Fortbildungen, außerdem fehlt eine wirtschaftlich auskömmliche Finanzierung für eine adäquate Versorgung.

Positiv hervorgehoben wurde das Angebot der barrierefreien Sprechstunde am Klinikum Bremen-Mitte, weshalb insgesamt davon ausgegangen werden kann, dass die Versorgungssituation verbesserungsfähig ist, mit dem Angebot am Klinikum Bremen-Mitte aber ein adressatengerechtes Angebot existiert.

Zu Frage 2: Die barrierefreie gynäkologische Sprechstunde am Klinikum Bremen-Mitte verzeichnet etwa 60 Nutzerinnen pro Jahr. Die bereits erwähnte Erhebung zeigt, dass das Angebot seitens der Nutzerinnen grundsätzlich geschätzt wird, jedoch nur ein Viertel der Studienteilnehmenden das Angebot kennen. Nach den vorliegenden Daten handelt es sich um das einzige Angebot in Bremen, das über einen Lifter verfügt, nahezu vollständig barrierefrei ist und qualifiziertes Personal vorhält. Kritisiert wurden die kleinen Räumlichkeiten, ein fehlendes barrierefreies WC, die fehlende freie Arztwahl und die fehlende Option auf eng terminierte oder spontane Terminbuchungen. Insgesamt kann das Angebot als zufriedenstellend für die Nutzerinnen bewertet werden.

Zu Frage 3: Die Erhebung bestärkt die Aufrechterhaltung der barrierefreien gynäkologischen Sprechstunde am Klinikum Bremen-Mitte.

Anpassungsbedarfe sind in der Infrastruktur und Barrierefreiheit zu sehen. Weiter ist darüber nachzudenken, inwiefern das Angebot zum Beispiel aufseiten der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen, im barrierefreien Stadtführer sowie in den Einrichtungen besonderer Wohnformen zu bewerben ist. Wichtig für die Ausweitung des Angebots ist jedoch dessen auskömmliche Finanzierung. So setzt die Kassenärztliche Vereinigung

Bayern in München zum Beispiel ein Modell ein, in dem eine zusätzliche Vergütung für die Versorgung von Frauen mit Mobilitätseinschränkungen ermöglicht wird.

Aus den Rückmeldungen der Gynäkolog:innen in den niedergelassenen Praxen geht hervor, dass der erhöhte Behandlungsaufwand nicht im Verhältnis zur Vergütung steht. Es besteht daher die Befürchtung, dass Gynäkolog:innen es vermeiden, Angaben darüber zu machen, dass ihre Praxen barrierefrei sind, da die Versorgung von Frauen mit Mobilitätseinschränkungen unrentabel ist. Weiter handelt es sich bei Aussagen zur Barrierefreiheit um Selbstauskünfte und keine objektiven Fremdeinschätzungen.

Entsprechend ist es unabdingbar, eine wirtschaftlich tragfähige Vergütung für niedergelassene Gynäkolog:innen und Spezialeinrichtungen zu etablieren, um nachhaltig die Versorgung dieser vulnerablen Gruppe sicherzustellen. Diese Anpassungen können durch das Land nur bedingt erfolgen, da Anpassungen von Vergütungszuschlägen für die wirtschaftlich tragfähige Vergütung einer entsprechenden Behandlung auf Bundesebene zu lösen sind. Im Rahmen des Aktionsplans Barrierefreiheit beim Bundesministerium für Gesundheit hat die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz in ihrer Stellungnahme auf diesen Mispstand hingewiesen.

Anfrage 9: Bedarfsgerechte Bereitstellung von Behindertenparkplätzen

**Anfrage der Abgeordneten Katharina Kähler, Anja Schiemann, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 4. Dezember 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Bemühungen und Gespräche hat es seitens des Senats anlässlich des Beschlusses des Landesteilhabebeirats über die Erstellung eines Konzepts für Behindertenparkplätze vom 5. September 2024 gegeben?
2. Wo und wie können individuelle und allgemeine Bedarfe nach einem Behindertenparkplatz gemeldet werden, und wie werden diese geprüft und berücksichtigt?

3. Inwiefern wird das öffentliche Verzeichnis über Behindertenparkplätze auf der Internetseite der Verkehrsmanagementzentrale regelmäßig gepflegt, und auf welchem Stand ist es aktuell?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Der Senat hat den Beschluss des Landesteilhabebeirats vom September zum Anlass genommen, das Verfahren der aktuell praktizierten Einzelfallprüfung von allgemeinen Behindertenparkplätzen für den konkreten Bedarfsfall zu evaluieren und ist zu dem Schluss gekommen, dass sich dieses Verfahren bewährt hat. Bei dieser Vorgehensweise können antragsberechtigte Institutionen/Einzelpersonen einen entsprechenden Antrag zur Einrichtung eines allgemeinen Behindertenparkplatzes stellen.

Das Forum Barrierefreies Bremen hat diesem Vorgehen folgend eine Liste für den Bedarf nach Einrichtung allgemeiner Behindertenstellplätze in Bremen eingereicht. Diese Liste wurde beim Amt für Straßen und Verkehr geprüft, und das weitere Vorgehen wurde am 14. Januar 2025 mit dem Forum abgestimmt.

Zu Frage 2: Bedarfe nach allgemeinen und individuellen Behindertenstellplätzen können beim Amt für Straßen und Verkehr angemeldet werden. Dort erfolgt eine individuelle Prüfung des jeweiligen Bedarfs. Die Anordnung allgemeiner Behindertenstellplätze erfolgt in Abstimmung mit dem betroffenen Beirat. Für die Anordnung individueller Behindertenstellplätze ist der Grad der Behinderung vom Antragsteller nachzuweisen.

Zu Frage 3: Das öffentliche Verzeichnis über Behindertenparkplätze wird auf der Internetseite der VerkehrsManagementZentrale regelmäßig gepflegt. Mit dem Forum barrierefreies Bremen wurde besprochen, dass das Verzeichnis seitens der Straßenverkehrsbehörde auf Aktualität geprüft wird.

Anfrage 10: Was bedeutet ein mögliches Aus der Mietpreisbremse für Mieter:innen in Bremen

**Anfrage der Abgeordneten Falk-Constantin Wagner, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD
vom 4. Dezember 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Welche Bedeutung kommt dem Instrument der Mietpreisbremse bei der Ermöglichung bezahlbaren Wohnraums zu?
2. Welche Folgen können sich konkret durch einen Wegfall dieser für Mieter:innen in Bremen ergeben?
3. Wie bewertet der Senat in diesem Kontext bundespolitische Debatten über ein mögliches Auslaufen der Mietpreisbremse, und inwieweit setzt sich der Senat für eine Verlängerung der Mietpreisbremse ein?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die Mietenbegrenzungsverordnung, gemeinhin Mietpreisbremse genannt, schützt Mieter:innen unmittelbar vor überhöhten Mietsteigerungen im Bereich der Neuvermietungen. Sie ist ein wichtiges Instrument, da sie konkrete preisregulierende Wirkung hat. Insbesondere seit der Einführung des Mietspiegels ist es für die Mieter:innen einfacher geworden, überhöhte Angebote der Neuvermietung zu erkennen und gegebenenfalls eine Senkung der Miete zu verlangen.

Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz zur Sicherung von bezahlbarem Wohnraum in Bremen. Teil der umfassenden Strategie der Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik ist die Anwendung mietpreisregulierender Instrumente wie Kappungsgrenzen- und Mietenbegrenzungsverordnung, solange ein angespannter Wohnungsmarkt vorliegt.

Zu Frage 2: Ein Wegfall der Mietpreisbremse zum 1. Dezember 2025 würde zwangsläufig zu stärkeren Mieterhöhungen führen. Neuvermietungen könnten nicht wie bisher maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, sondern würden sich nur an der Wesentlichkeitsgrenze des Wuchertatbestands von mehr als 20 Prozent der ortsüblichen Miete orientieren. Die so entstehende Dynamik würde sich langfristig auch auf die ortsübliche Vergleichsmiete auswirken, da sich diese durch die Berücksichtigung der Neuvermietungen sukzessive erhöht.

Zu Frage 3: Der Senat setzt sich für eine bundesgesetzliche Verlängerung der Mietpreisbremse ein. Die Schaffung von neuem Wohnraum ist eine Maßnahme, deren Effekte nur langsam, aber dafür langfristig in Kraft treten. Die Mietpreisbremse ist dagegen ein bewährtes Instrument zum

umgehenden Schutz der Mieter:innen insbesondere in Ballungsgebieten wie der Stadtgemeinde Bremen. Sie hilft, den Zeitraum zu überbrücken, bis neuer Wohnraum zur Entspannung der Wohnungsmärkte beiträgt.

Dass künftig höhere Anforderungen an die Begründung der Mietpreisbremse gelten könnten, wie aktuell auf Bundesebene diskutiert, würde trotz des erhöhten Darstellungsaufwands begrüßt. Die Rechtssicherheit, die Selbstkontrolle der Verwaltung und auch die Akzeptanz der Mietpreisbremse wird so erhöht. Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung ergreift seit Jahren zahlreiche Maßnahmen, die der Entspannung des Mietwohnungsmarktes dienen, sodass die höheren Anforderungen an die Begründung erfüllt werden können.

Bremen hat im Bundesrat eine Initiative zur Verlängerung der Mietpreisbremse eingebracht (siehe Gesetzesantrag der Länder Hamburg, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, dem Berlin und Brandenburg beigetreten sind, Entwurf eines Gesetzes zur Verlängerung der Mietpreisbremse, Bundesrat Drucksache 606/24 vom 10. Dezember 2024) und setzt sich weiter aktiv beim Bund für eine Verlängerung ein.

Anfrage 11: Beteiligung von Unternehmen an den Kosten für den Ausbau des ÖPNV?

Anfrage der Abgeordneten Tim Sültenfuß, Nelson Janßen, Sofia Leonidakis und Fraktion Die Linke vom 4. Dezember 2024

Wir fragen den Senat:

1. In welchen Fällen wurden Unternehmen in den letzten 30 Jahren erfolgreich finanziell an den Kosten der BSAG für den Betrieb bestimmter Bus- oder Straßenbahnlinien beteiligt?
2. In welcher Höhe erfolgten diese Beteiligungen?
3. In welchen Fällen wurden dahin gehende Verhandlungen erfolglos abgebrochen?

Antwort des Senats:

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet:

Seit 2011 sind der BSAG keine Zahlungen und auch keine erfolglos abgebrochenen Verhandlungen bekannt. Für den Zeitraum davor waren keine Unterlagen einsehbar.

Der Ausbau und Linienbetrieb des ÖPNV ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge der Freien Hansestadt Bremen, die diese durch das Bremische ÖPNV-Gesetz dem Zweckverband Bremen/Niedersachsen übertragen hat. Die diesbezüglichen entstehenden Kosten sind grundsätzlich von der Stadtgemeinde Bremen zu tragen, eine Beteiligung von Unternehmen ist aber selbstverständlich hilfreich und würde insofern sehr begrüßt. Eine Beteiligung von privaten Unternehmen an den jeweiligen Kosten kann auch indirekt durch den Erwerb von Tickets – wie zum Beispiel Jobtickets – erfolgen.

Anfrage 12: Jahresbilanz: Wie wirkt der Mietspiegel?

**Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke
vom 4. Dezember 2024**

Wir fragen den Senat:

1. Wie wird der Mietspiegel bekannt gemacht, und gibt es neben dem Mieterverein quartiersbezogene und möglichst kostenlose Beratungsangebote und Öffentlichkeitsaktivitäten, um über die Existenz und Anwendung des Mietspiegels zu informieren und beim Einfordern der daraus erwachsenden Mieter:innenrechte zu unterstützen?
2. Wie oft wurde seit Einführung des Mietspiegels gegen die Mietpreisbremse verstoßen, und mit welchen Konsequenzen?
3. Wie oft wurden seit Einführung des Mietspiegels deutlich überhöhte Mieten gemeldet beziehungsweise wie viele Verfahren wurden gemäß § 5 Wirtschaftsgesetzbuch sowie gemäß § 291 Strafgesetzbuch – StGB – (Mietwucher) eingeleitet?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Die erstmalige Einführung des Mietspiegels der Stadtgemeinde Bremen wurde im Rahmen einer Pressekonferenz mit der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung und einer entsprechenden Pressemitteilung

im Dezember 2023 bekannt gegeben. Zusätzlich erfolgte eine ausführliche Information über die sozialen Medien.

Der Mietspiegel ist im Internet unter www.bremer-mietspiegel.de sowie bei der Bremer Aufbau-Bank als Projektverantwortliche veröffentlicht. Auf dieser Seite sind alle wichtigen Informationen zum Mietspiegel der Stadtgemeinde Bremen aufgeführt. Hier kann sowohl die Mietspiegelbroschüre, worin alles über den Aufbau und die Berechnung der ortsüblichen Vergleichsmiete inklusive eines Wohnlagenverzeichnisses enthalten ist, als auch die ausführliche Mietspiegeldokumentation, worin die einzelnen Schritte der Mietspiegelerstellung dokumentiert sind, kostenfrei heruntergeladen werden. Zusätzlich steht auf dieser Seite ein Onlinerechner zur Verfügung. Hiermit kann auf einfache Weise die ortsübliche Vergleichsmiete berechnet werden.

Bei Fragen zum Mietspiegel außerhalb der Rechtsberatung stehen eine kostenlose Hotline und ein Mietspiegel-Funktionspostfach zur Verfügung. Dort können Fragen zum Beispiel allgemein zum Mietspiegel oder zur Anwendung des Onlinerechners gestellt werden.

Zu Frage 2: Die Stadtgemeinde Bremen ist gesetzlich gemäß § 558c Absatz 4 Satz 2 BGB verpflichtet, einen Mietspiegel zu erstellen und zu veröffentlichen. Sie hat aber keinen Einblick in die Mietverträge. Die Durchsetzung möglicher Rechte obliegt somit den Vertragsparteien auf dem Zivilrechtsweg. Verstöße gegen den Mietspiegel und die Mietpreisbremse werden vom Senat nicht erfasst. Die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung wird im Rahmen künftiger Arbeitskreissitzungen eine Abfrage bei den Mitgliedern durchführen.

Zu Frage 3: In der Stadtgemeinde Bremen gilt aktuell die Mietenbegrenzungsverordnung, sodass die Miete bei Neuvermietung die ortsübliche Vergleichsmiete nach § 556d BGB höchstens um zehn Prozent übersteigen darf. Die praktische Relevanz der bundeseinheitlichen Regelungen nach § 5 WiStG (Mietpreisüberhöhung) und § 291 StGB (Wucher) ist aktuell gering einzuschätzen. Sollte die Mietenbegrenzungsverordnung Ende des Jahres auslaufen, werden die Wuchertatbestände an Bedeutung gewinnen, wobei nicht alle Übersteigerungen der ortsüblichen Miete aufgefangen werden können. Die Wesentlichkeitsgrenze des § 5 WiStG liegt nach Absatz 2 bei mehr als 20 Prozent der ortsüblichen Miete.

Seit Einführung des Mietspiegels sind bei der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung nur vereinzelt Anfragen zu überhöhten Mieten eingegangen. Es wurden bisher keine Verfahren nach § 5 WiStG eingeleitet, da die Tatbestandsmerkmale dafür bisher nicht gegeben waren.

Bei der Staatsanwaltschaft Bremen wurden seit Einführung des Mietspiegels keine Verfahren nach § 291 StGB bezüglich Mietwucher eingeleitet.

Anfrage 13: Wann und wie plant der Senat Bovenschulte, die finanzielle Unterstützung der Beiräte zu erhöhen?

Anfrage der Abgeordneten Kerstin Eckardt, Frank Imhoff und Fraktion der CDU

vom 6. Dezember 2024

Wir fragen den Senat:

1. Ab wann erfolgt die Auszahlung der geplanten Erhöhung der Globalmittel für die Beiräte?
2. Inwiefern gibt es eine langfristige Strategie für die Anpassung der Beiratsgelder und Globalmittel an zukünftige Bedarfe?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Unter Globalmitteln werden die Gelder verstanden, die im Haushaltsplan der Stadtgemeinde Bremen für orts- und stadtteilpolitische Maßnahmen veranschlagt werden und über deren Verwendung die Beiräte entscheiden. Mit diesen Mitteln können Projekte und Initiativen in den Stadtteilen unterstützt beziehungsweise in gewissem Umfang auch neue Projekte oder Maßnahmen initiiert werden. Die Möglichkeit, Anträge auf eine Globalmittelförderung stellen zu können, ist in den Stadtteilen bekannt und wird von den Beiräten zum Teil gezielt genutzt, um die Lebensverhältnisse in den Quartieren kleinteilig und anlassbezogen, aber auch nachhaltig zu verbessern. Die Einsatzmöglichkeiten sind dabei vielfältig und reichen von Verbesserungen der Ausstattung von lokalen sozialen Trägern und Initiativen bis hin zur Unterstützung größerer Veranstaltungen im kulturellen oder sozialen Bereich. In dieser Funktion nehmen die Globalmittel einen hohen Stellenwert in der Arbeit der Beiräte ein.

Mit der Beschlussfassung über den Haushalt für 2024 hat der Haushaltsgesetzgeber im letzten Sommer entschieden, die Globalmittel für die Beiräte in der Stadtgemeinde Bremen um 20 Prozent zu erhöhen. Zu Beginn des letzten Jahres wurden die Ortsämter informiert, dass trotz ausstehender Beschlussfassung über die Haushalte zunächst von der Summe ausgegangen werden könne, die den Beiräten in 2023 zur Verfügung gestanden habe. Anfang Oktober wurde ihnen dann mitgeteilt, welche Beträge ihren Beiräten nach der Erhöhung für den Rest des Jahres zur Verfügung stand, damit sie vorliegende oder eingehende Anträge noch bewilligen beziehungsweise weitere Anträge initiieren konnten. Die zur Verfügung stehenden Beträge konnten wie üblich zugewendet werden.

Zu Frage 2: Auch die Beiratsgelder, sofern hiermit die Gelder gemeint sind, die den Beirats- und Ausschussmitgliedern für die Teilnahme an Sitzungen gezahlt werden können, wurden im Haushalt für 2024 um 20 Prozent erhöht. Hierfür wurde die Rechtsverordnung angepasst, auf deren Grundlage die Auszahlung dieser Sitzungsgelder erfolgt, sodass auch diese Erhöhung inzwischen umgesetzt wurde. Aktuell erhalten Beirats- und Ausschussmitglieder für die Teilnahme an einer Sitzung eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 30 Euro anstatt bisher 25 Euro.

Im Zuge dessen wurde auch überlegt, ob eine Erhöhung der Sitzungsgelder künftig über eine automatisierte Systematik in Anlehnung an andere Parameter, etwa Regelsatz oder Inflationsausgleich, sinnvoll wäre. Inwiefern dies der Funktion der Sitzungsgelder, eine angemessene Aufwandsentschädigung und Wertschätzung für die ehrenamtliche Arbeit der Beiräte zu leisten, entspräche, ist zumindest fraglich, ebenso, welche Systematik hier angemessen wäre. Aufgrund der weitreichenden Auswirkungen auf künftige Haushalte müsste eine neue Systematik zunächst mit dem Haushaltsgesetzgeber erörtert werden.

Anfrage 14: Übernahme des Mitgliedsbeitrags beim Mieterverein für Leistungsbeziehende

Anfrage der Abgeordneten Sofia Leonidakis, Nelson Janßen und Fraktion Die Linke

vom 13. Januar 2025

Wir fragen den Senat:

1. Seit wann besteht die Möglichkeit, dass der Mitgliedsbeitrag für den Mieterverein für Leistungsbeziehende von der öffentlichen Hand übernommen wird?
2. Wie viele Personen haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht?
3. Mit welchen Anliegen haben diese Personen eine Beratung gesucht (zum Beispiel Nebenkostenabrechnung, zu hohe Miete, Selbstbedarfskündigung, Zwangsräumung et cetera), und konnte den Anliegen Abhilfe geschaffen werden, zum Beispiel auch durch Klageunterstützung?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Seit dem Jahr 2020 regelt die Verwaltungsanweisung „Bedarfe für Unterkunft und Heizung“ allgemein, dass bei Bedarf die Kosten für eine Mitgliedschaft in einem Mieterverein übernommen werden können. Zuvor war die Kostenübernahme nur in spezifischen Problemlagen, etwa bei einer Mieterhöhung, vorgesehen.

Die Fragen 2 und 3 werden zusammen beantwortet:

Die Kostenübernahme für eine Mitgliedschaft in einem Mieterverein erfolgt als Annexleistung zu den Kosten der Unterkunft und wird statistisch nicht separat erfasst. Daher kann die Anzahl der leistungsberechtigten Personen, die von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, nicht beziffert werden. Auch die Art der Anliegen, mit denen sie Beratung gesucht haben, wird statistisch nicht erfasst.

Anfrage 15: Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Bremen: Qualitätssicherung und Eignungsprüfung von Pflegepersonen
Anfrage der Abgeordneten Hetav Tek, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 14. Januar 2025

Wir fragen den Senat:

1. Welche konkreten Maßnahmen ergreift das Bremer Jugendamt, um die gesetzlich vorgeschriebene Eignung von Pflegepersonen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu überprüfen, wobei insbesondere auf die Einhaltung der Vorgaben wie Führungszeugnis, Hausbesuche und Gehaltsnachweise abgestellt wird?

2. Wie häufig wurden im Bremer Jugendamt die Qualität der Betreuung in Pflegeverhältnissen überprüft, wobei konkrete Auffälligkeiten oder Beanstandungen der letzten zwei Jahre berücksichtigt wurden?

3. Wie wird in Bremen geprüft, ob Pflegepersonen, die gleichzeitig mehrere Pflegekinder betreuen, nicht überlastet sind?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Im Jahr 2002 haben die damalige Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie das Amt für Soziale Dienste dem Träger „Pflegekinder in Bremen (PIB) gGmbH“ die Wahrnehmung der Aufgabenbereiche der Familienpflege in der Stadtgemeinde Bremen übertragen. Zu den im städtischen Jugendhilfeausschuss und in der städtischen Deputation für Soziales, Jugend, Senioren und Ausländerintegration verabschiedeten differenzierten Leistungsformen für junge Menschen gehört auch die Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII.

Zu den Qualifizierungs- und Kooperationsverpflichtungen der Pflegefamilien gehören – neben der Teilnahme an Grundqualifizierungsmaßnahmen – die Kooperation mit dem Amt für Soziale Dienste, insbesondere die Teilnahme an den halbjährlichen Hilfeplangesprächen sowie die kontinuierliche Zusammenarbeit mit der Fachberatung des Trägers PiB. Dieser stellt sicher, dass die in der Frage genannten Vorgaben durch Pflegefamilien eingehalten werden.

Hinsichtlich des Leistungsangebots und der damit einhergehenden Verpflichtungen für die Pflegefamilien bestehen keine Unterschiede zwischen unbegleiteten minderjährigen und sonstigen Pflegekindern.

Zu Frage 2: Sollte es Hinweise auf problematische Verhältnisse in der Vollzeitpflege geben, wird das Jugendamt tätig und prüft, ob und welche Maßnahmen erforderlich sind. In den Jahren 2023 und 2024 wurden insgesamt 14 unbegleitete minderjährige Ausländer im Rahmen der Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII betreut. Eine Beantwortung der Frage wäre nur nach Prüfung jeder einzelnen Fallakte möglich. Das war in der kurzen Frist zur Beantwortung der Frage nicht möglich.

Zu Frage 3: Grundsätzlich sollen in einer Pflegefamilie nicht mehr als zwei Kinder betreut werden. Sofern eine Pflegefamilie mehr als zwei Kinder

betreuen möchte, treffen PiB und das Jugendamt eine Entscheidung unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände des Einzelfalls.

**Anfrage 16: Kommunale Sprachkurse – ein Erfolgsmodell?
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Frank Imhoff und Fraktion
der CDU
vom 14. Januar 2025**

Wir fragen den Senat:

1. Durch welche regelmäßigen Bewertungsverfahren stellt der Senat seit Beginn der kommunalen Sprachkurse nachweislich fest, wie es um deren Effektivität, Bedarfsorientierung und gerechte Verteilung in den Stadtteilen bestellt ist und ob die Mittel zweckgebunden eingesetzt werden?
2. Wie hat sich die finanzielle Förderung der kommunalen Sprachkurse seit ihrer Einführung entwickelt? (Bitte aufschlüsseln nach Jahr, Höhe der Fördermittel und Verwendung durch die jeweiligen Träger!)
3. Wie viele Kurse mit wie vielen Teilnehmenden wurden seit Beginn der kommunalen Sprachkurse in den einzelnen Stadtteilen durch welche Träger durchgeführt, und konnte immer sichergestellt werden (wenn ja, durch welche Maßnahmen), dass keine Angebotslücken in den Stadtteilen entstehen?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Spracherwerb ist ein zentraler Erfolgsfaktor für eine gelungene Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am Arbeitsmarkt. Vor diesem Hintergrund strebt der Senat an, möglichst vielen Menschen den Erwerb der deutschen Sprache zu ermöglichen und hat seit 2014 ein ergänzendes kommunales Angebot zum Deutsch lernen geschaffen, das das Bundesintegrationskursangebot flankiert. Die kommunalen Ergänzungsangebote werden an die Anforderungen der Bundesangebote angelehnt.

Die Bedarfsermittlung und Bewertung der Effektivität der Angebote werden unter anderem durch einen Abgleich mit den Veränderungen bei den Bundesintegrationskursen und regelmäßigen Austauschrunden mit relevanten Akteur:innen in der Sprachförderlandschaft auf Bundesebene und in der Stadtgemeinde Bremen gewährleistet.

Die Mittel zur Förderung der kommunalen Sprachkurse werden einmal jährlich ausgeschrieben, um auf aktuelle Entwicklungen wie beispielsweise besondere Migrationsbewegungen und Veränderungen bei den bundesgeförderten Sprachkursen bedarfsorientiert reagieren zu können. Dadurch können die Vergabekriterien je nach Bedarf angepasst werden.

Zu Frage 2: Seit 2014 werden kommunal geförderte Sprachkurse über die Volkshochschule Bremen und andere Träger angeboten. Nachdem 2014 zunächst circa 750 Erwachsene an den Kursen teilgenommen haben, wurde das Programm in den Folgejahren kontinuierlich ausgebaut. Anfangs standen rund 160 000 Euro pro anno zur Verfügung. Das Budget für die Förderung der kommunalen Sprachkurse beträgt seit einer Erhöhung infolge des Sprachgipfels 2016 jährlich rund 450 000 Euro. Davon erhält die Bremer Volkshochschule rund 250 000 Euro über einen Rahmenvertrag zur Durchführung von Deutschkursen für in Bremen lebende erwachsene Asylbewerber:innen und Geflüchtete. Die restlichen 195 000 Euro werden im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung an zugelassene Integrationskursträger, anerkannte Träger der Weiterbildung oder an in der Migrationsarbeit tätige Vereine mit Erfahrung in der Vermittlung von Sprachkenntnissen vergeben.

Zu Frage 3: Seit Beginn der Förderung 2014 konnten insgesamt circa 11 500 Teilnehmende durch die Angebote der kommunalen Sprachkurse erreicht werden. Pro Jahr werden circa 45 bis 50 kommunale Sprachkurse für jeweils circa 16 bis 20 Teilnehmende mit Progression in die nächsthöhere Zielstufe angeboten.

Überwiegend werden Sprachkurse in Bremen-Mitte angeboten. Das liegt unter anderem daran, dass die Volkshochschule die meisten Kurse anbietet und diese ausschließlich zentral in der Faulenstraße 67 - 69 stattfinden. Andere Stadtteile, in denen die kommunalen Sprachkurse von verschiedenen Trägern durchgeführt wurden und werden, sind folgende: Gröpelingen, Hemelingen, Osterholz/Schweizer Viertel, Östliche Vorstadt, Schwachhausen, Tenever und Walle.

Im Zeitraum 2018 bis 2024 hat die mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds finanzierte Koordinationsstelle Sprache neben ihrer Sprachberatung die Koordinierung und Umsetzung verschiedener modellhafter Sprachangebote in den Stadtteilen erfolgreich durchgeführt.

Die geografische Verteilung der kommunal geförderten Sprachangebote auf die einzelnen Stadtteile ist in der Regel ein wesentliches Kriterium bei der Mittelvergabe. Gleichzeitig ist der kommunale Einfluss auf eine lückenlose Verteilung der Angebote in den Stadtteilen sehr begrenzt, weil die Beantragung und Umsetzung der Kurse von den Standorten der Kursträger und deren Kapazitäten abhängt. Sprachkursträger wählen oft zentrale, gut erreichbare Standorte für Ihre Kursräume, um möglichst viele Menschen im gesamten Stadtgebiet zu erreichen.

Anfrage 17: Zukunft der Drogenkontrollen bei Eltern und Kindern in Bremen nach Schließung des Labors am Klinikum Mitte
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Rainer Bensch, Frank Imhoff und Fraktion der CDU
vom 14. Januar 2025

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele Drogentests bei Eltern und Kindern wurden in den vergangenen fünf Jahren durch das Labor am Klinikum Mitte durchgeführt, und wie haben sich diese Zahlen entwickelt?
2. Welche Substanzen wurden dabei am häufigsten nachgewiesen, und wie viele Fälle pro Jahr betrafen den Nachweis mehrerer Substanzen?
3. In wie vielen Fällen führte der Nachweis von Drogenrückständen bei Eltern oder Kindern zu einer Weiterverfolgung durch das Jugendamt oder andere zuständige Behörden?

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Laut der Gesundheit Nord können aktuell keine Angaben zu den bei Eltern und Kindern in den letzten fünf Jahren durchgeführten Drogentests gemacht werden, da diese händisch ausgewertet werden müssen. Dies war der Gesundheit Nord in der Kürze der Zeit nicht möglich.

Nach Angaben der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration wurden im Jahr 2023 durch das Jugendamt Bremen circa 1 000 bis 1 100 Haaranalysen sowie Blut- und Urinproben an Erwachsenen und jungen Menschen veranlasst. Davon wurden circa 400 Haaranalysen an der Charité Berlin ausgewertet. Weitere circa 700 toxikologische Testungen (vorwiegend Blut- und Urinproben) wurden durch das Bremer Jugendamt im

pharmakologisch-toxikologischen Labor am Klinikum Bremen-Mitte in Auftrag gegeben.

Zu Frage 2: Nach Angaben der Gesundheit Nord gGmbH kann bei circa 90 Prozent aller abgegebenen Proben – dies betrifft allerdings nicht nur die vom Jugendamt Bremen in Auftrag gegebenen Untersuchungen – durch das pharmakologisch-toxikologische Labor am Klinikum Bremen-Mitte die Einnahme von Substanzen durch positive Testergebnisse nachgewiesen werden.

Bei allen abgegebenen Proben wird am häufigsten Cannabis, gefolgt von Kokain, nachgewiesen. Häufige Substanzkombinationen sind Cannabis und Kokain, Alkohol und Kokain sowie Alkohol und Cannabis. Auch die Kombination von Amphetaminen und Amphetaminderivaten kommt gelegentlich vor. Eine drei- oder vierfache Kombination von Substanzen wird selten nachgewiesen.

Insgesamt ist zu beobachten, dass der tägliche bis mehrfach tägliche Konsum von Cannabis mit hohen THC-Werten im Blut zugenommen hat. Seit dem Jahr 2024 wurde auch ein Anstieg der Nachweise des Narkosemittels Ketamin beobachtet. Des Weiteren wird in den Proben zunehmend Fentanyl sowie Crack nachgewiesen.

Zu Frage 3: Nach Angaben der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration erfolgt die Beauftragung von Drogentestungen durch das Jugendamt im Kontext des Schutzauftrags bei Kindeswohlgefährdung (§ 8a SGB VIII), der Hilfen zur Erziehung (§ 27 folgende SGB VIII), begleiteten Umgängen (§ 18 Absatz 3 SGB VIII) oder anderer Unterstützungsleistungen. Positive Testergebnisse führen in der Regel zu einer Weiterverfolgung oder Anpassung der bestehenden Unterstützungsleistungen. Eine genaue Zahl der Fälle, in denen ein Nachweis von Drogenrückständen zu Maßnahmen durch das Jugendamt Bremen führte, wird statistisch nicht erfasst.

Sammelübersicht der Vorlagen ohne Aussprache

Von der Stadtbürgerschaft in der 21. Sitzung nach interfraktioneller
Absprache beschlossene Tagesordnungspunkte ohne Debatte.

Nr.	Vorlage	Behandlung
21.	Petition S 20/321 Schnellladestation für E-Rollstühle Mitteilung des Senats vom 23. April 2024 (Drucksache 21/183 S)	Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.
36.	Nachbesetzung eines Mitglieds des Jugendhilfeausschusses Mitteilung des Senats vom 7. Januar 2025 (Drucksache 21/450 S)	Die Stadtbürgerschaft wählt einstimmig anstelle der ausgeschiedenen Frau Laura Himmelskamp Herrn Yves Poniewas als Mitglied in den Jugendhilfeausschuss.
38.	Bericht Nr. 15 des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung Bericht und Antrag des Ausschusses für Petitionen und Bürgerbeteiligung vom 14. Januar 2025 (Drucksache 21/452 S)	Die Stadtbürgerschaft beschließt einstimmig die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Antje Grotheer
Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft